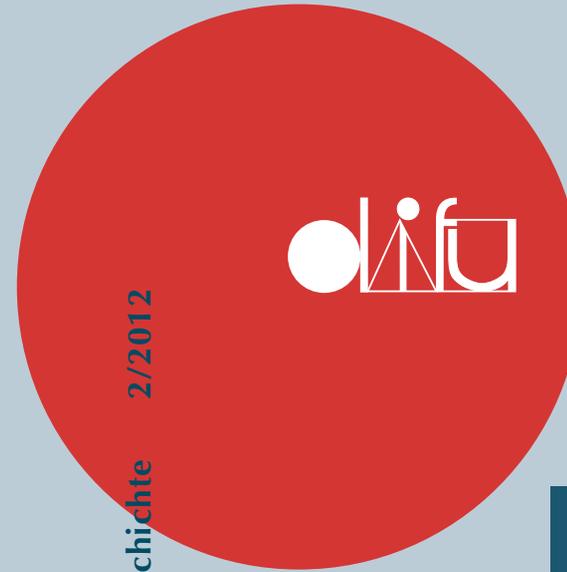




Informationen
zur modernen
Stadtgeschichte

Themenschwerpunkt

Urbanisierung
im 20. Jahrhundert



Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2/2012

2/2012

IMS

ISSN 0340-1774

INFORMATIONEN ZUR MODERNEN STADTGESCHICHTE (ZITIERWEISE: IMS)

Erscheinungsweise	halbjährlich, ISSN 0340-1774
Bezugsbedingungen	Jahresabonnement (2 Hefte) 19 Euro Einzelheft 12 Euro
Redaktion	Prof. Dieter Schott Institut für Geschichte Technische Universität Darmstadt schott@pg.tu-darmstadt.de PD Dr. Christoph Bernhardt Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung bernhardt@irs-net.de
Koordination	Dagmar Bellmann Institut für Geschichte Technische Universität Darmstadt Fachbereich 2: Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften Residenzschloss 64283 Darmstadt Tel. 06151/16-2044 Fax 06151/16-3992 dagmar.bellmann@stud.tu-darmstadt.de
Verlag und Vertrieb	Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH Zimmerstraße 13-15 10969 Berlin Tel. 030/39001-253 Fax 030/39001-275 verlag@difu.de

Informationen zur modernen Stadtgeschichte

2012
Verlagsort: Berlin

2.Halbjahresband

Herausgegeben von
Martin Baumeister, Christoph Bernhardt, Dorothee Brantz, Martina Heßler,
Gerd Kuhn, Friedrich Lenger, Jürgen Reulecke, Ralf Roth, Axel Schildt,
Dieter Schott und Clemens Zimmermann

in Verbindung mit
Stefan Fisch, Antjekathrin Graßmann, Adelheid von Saldern,
Hans Eugen Specker und Clemens Wischermann

Themenschwerpunkt

Urbanisierung im 20. Jahrhundert

Verantwortlicher Herausgeber:
Christoph Bernhardt

LEITARTIKEL

Christoph Bernhardt

Urbanisierung im 20. Jahrhundert: Perspektiven und Positionen..... 5

BERICHTE UND AUFSÄTZE ZUM THEMA

Standortbestimmungen und neue Blicke

Clemens Zimmermann

Stadt- oder Urbanisierungsgeschichte? Überlegungen zu zwei
Paradigmen..... 12

<i>Marc Schalenberg</i>	
Städtevergleich: Ein Mittelweg zwischen Stadtbiografien und Urbanisierungsparadigma?.....	18
<i>Daniel Morat</i>	
Die Stadt und die Sinne. Sinnesgeschichtliche Perspektiven auf Urbanisierung und Großstadterfahrung.....	23
<i>Heike Weber</i>	
Urbanisierung und Umwelt: Ein Plädoyer für den Blick auf Materialitäten, Ressourcen und urbane ‚Metabolismen‘.....	28
<i>Sylvia Necker</i>	
Zwischen Großstadtvisionen und Siedlungshaus. Urbanisierung und Städtebau im Nationalsozialismus	35
 <u><i>Internationale Perspektiven</i></u>	
<i>Denis Bocquet</i>	
Henri Lefebvre und der Begriff der Urbanisierung ohne Urbanität: Deutung eines missverstandenen Begriffs aus heutiger Sicht.....	41
<i>Rainer Liedtke</i>	
Verstädterung ohne Urbanisierung? Südeuropa im 20. Jahrhundert.....	47
<i>Anna Veronika Wendland</i>	
Urbanisierung und Urbanität als Forschungsproblem in der Geschichte Ost- und Ostmitteleuropas.....	53
<i>Dorothee Brantz</i>	
Metropolitane Welten: Zum Urbanisierungsdiskurs in der amerikanischen Stadtgeschichtsforschung.....	62
 <u><i>Disziplinübergreifende Sichtungen</i></u>	
<i>Adelheid von Saldern</i>	
Urbanisierung in disziplinübergreifender Perspektive	69
<i>Dieter Schott</i>	
‚Eigenlogik der Städte‘: Abkehr von der Urbanisierungsforschung?.....	76

<i>Celina Kress</i>	
Urbanität und Architektur. Zur „Rückeroberung der Stadt“ im 20. Jahrhundert bis in die Gegenwart.....	86

<i>Beate Binder</i>	
Figuren der Urbanisierung aus geschlechtertheoretischer Perspektive.....	92

<i>Klaus Brake</i>	
Urbanisierung in veränderter Aufstellung. Ein Essay über aktuelle Umbrüche: Beobachtungen, Interpretationen und Ideen.....	101

LEITZREZENSION

<i>Manfred Kühn</i>	
Klaus Brake / Günter Herfert (Hrsg. 2012), Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland, Wiesbaden 2012.....	106

FREIE ARTIKEL

<i>Christiane Reinecke</i>	
Auf dem Weg zu einer neuen sozialen Frage? Ghettoisierung und Segregation als Teil einer Krisensemantik der 1970er Jahre.....	110

<i>Christian Rau</i>	
Grenzen und Spielräume in der „Fürsorgediktatur“: Staatliche Wohnungspolitik und städtische Wohnraumlenkung in Leipzig in den 1970er und 1980er Jahren.....	132

ALLGEMEINE BERICHTE

<i>Axel Priebis</i>	
Bericht: 100 Jahre Gründung des Verbandes Groß Berlin	163

<i>Harald Engler</i>	
Tagungsbericht: 12. Werkstattgespräch zur DDR-Planungsgeschichte am 19. und 20. Januar 2012 im IRS Erkner bei Berlin.....	167

Clemens Zimmermann

Tagungsbericht: 42. Frühjahrskolloquium „Urbanität. Formen der Inszenierung in Texten, Karten, Bildern“ des Instituts für vergleichende Städtegeschichte und des Kuratoriums für vergleichende Städtegeschichte an der Universität Duisburg-Essen vom 19. bis 20. März 2012 171

Dieter Schott / Martin Schmid / Tim Verlaan

Berichte von der 11. Konferenz der European Association for Urban History in Prag vom 29. August bis 1. September 2012..... 176

Christoph Bernhardt

Bericht von der Mitgliederversammlung der GSU, 26.9.2012 in Mainz.... 182

Michael Toyka-Seid

Tagungsbericht: Round-Table „Die Ressourcen der Stadt. Konzepte zur Untersuchung der historischen Stadt als materielles Phänomen“ auf dem Deutschen Historikertag in Mainz, 26. September 2012..... 184

Celina Kress / Christoph Bernhardt

Verleihung des GSU-Forschungspreises in Mainz am 26.09.2012..... 189

Urbanisierung im 20. Jahrhundert – Perspektiven und Positionen

In der historischen Urbanisierungsforschung bildet das 20. Jahrhundert, so scheint es, immer noch eine merkwürdige Leerstelle, die besonders bei einem vergleichenden Blick auf die Gegenwart, aber auch auf die Forschungslage für die älteren Epochen hervortritt. Einerseits bieten Städte in aktuellen „politik- und sozialwissenschaftlichen Analysen zur Globalisierung [...] ein bevorzugtes Untersuchungsfeld“¹ und sind Gegenstand zahlreicher, insbesondere entwicklungspolitischer Programme etwa der UN.² Die große Bedeutung der Verstädterung für die Gegenwart und Zukunft der Menschheit gehört inzwischen geradezu zum Allgemeinwissen. Andererseits liegen für die Zeit vor 1900 umfassende Untersuchungen und ein gesicherter Forschungsstand zur Herausbildung des „urbanen“ Europa seit dem Hochmittelalter, zur Urbanisierung Deutschlands in der frühen Neuzeit³ und vor allem für das 19. Jahrhundert vor. Zuletzt haben die wegweisenden Werke von Jürgen Osterhammel und Christopher A. Bayly zur Globalgeschichte dieser Epoche nachdrücklich die geradezu konstitutive Rolle der Urbanisierung für die fundamentale „Verwandlung der Welt“ im 19. Jahrhundert überzeugend dargelegt und breit ausgeleuchtet.⁴

Zur Urbanisierungsgeschichte des 20. Jahrhunderts liegen hingegen vorrangig einzelne konzeptionelle Skizzen, so etwa von Lenger und Zimmermann⁵, sowie eine Vielzahl vertiefender Studien zu wichtigen Teilentwicklungen vor, auf die unten zurückzukommen ist. Dieser Mangel an übergreifenden Zugriffen und Synthesen mag

¹ So der Aufruf zur Konferenz im November 2012 in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg „Das Globale lokal. Historische Perspektiven auf das Verhältnis von Stadt und Globalisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“. Vgl. <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de/termine.php?nid=141&id=4&stufe=4> (Zugriff am 20.11.2012).

² <http://www.unhabitat.org/categories.asp?catid=9> (Zugriff am 20.11.2012).

³ Vgl. Paul H. Hohenberg und Lynn H. Lees, *The making of urban Europe, 1000-1994*, Cambridge Ma. 1995; Heinz Schilling, *Die Stadt in der frühen Neuzeit*; München 1993.

⁴ Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. München 2008; Christopher A. Bayly, *Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780-1914*, Frankfurt und New York 2006, S. 212-214.

⁵ Friedrich Lenger, Einleitung, in: Ders. und Klaus Tenfelde (Hrsg.): *Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung-Entwicklung-Erosion*, Köln u.a. 2006, S. 1-24; Clemens Zimmermann, Einleitung: Raumgefüge und Medialität der Großstädte im 20. Jahrhundert, in: ders. (Hrsg.): *Zentralität und Raumgefüge der Großstädte im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 7-22.

mit darin begründet liegen, dass der Urbanisierungsbegriff durch seine Prägung in den 1980er Jahren inzwischen weithin als (zu) stark dem Konzept der Strukturgeschichte verhaftet gilt. Jedoch deutet seine vielfache Verwendung als Referenzpunkt für unterschiedliche historische Analysen und Begriffsbildungen auf eine gleichwohl ungebrochene Anziehungskraft hin: So wurden, als Gegen- und Unterkategorien zur Beschreibung neuer Formen oder Phasen von Verstädterung und Stadtentwicklung, noch in jüngerer Zeit etwa die Begriffe der „Hyper-Urbanisierung“, „Suburbanisierung“, „Ent“- „De“- und „Re“-Urbanisierung“ vielfach verwandt.⁶ Auch fruchtbare Kontroversen um einzelne Thesen, wie etwa um Niethammers Postulat der „defizitären Urbanisierung“ im Ruhrgebiet des späten 19. Jahrhunderts⁷, belegen den anhaltenden heuristischen Wert dieser Kategorie, Konzepte wie etwa Korffs kulturgeschichtliche basierte Wendung der „inneren Urbanisierung“ haben sich als überaus entwicklungsfähig erwiesen.⁸

Urbanisierung, Verstädterung, Urbanität

Die Grundlegung und bis heute nachwirkende Prägung des Urbanisierungs-Konzeptes gehen wesentlich auf eine breite, unter anderem von Jürgen Reulecke, Horst Matzerath und Wolfgang Hofmann geführte Diskussion in den 1980er Jahren zurück. Insbesondere Reulecke unterschied in seinem bahnbrechenden Buch zur „Geschichte der Urbanisierung in Deutschland“ von 1985 die Aspekte einer wesentlich quantitativ fassbaren *Verstädterung* von der die städtischen Lebensformen bezeichnenden *Urbanität*. Beide setzte er noch einmal ab von dem über die Städte auf das Land ausstrahlenden, wesentlich qualitativ zu erfassenden soziokulturellen Prozess der Urbanisierung der gesamten Gesellschaft.⁹ Das Innovative an diesem Konzept war nicht zuletzt die Akzentuierung der kulturellen Seiten des Verstädterungsprozesses. Die recht breite stadthistorische Forschung der 1980er und 1990er Jahre schlug allerdings bis zur kulturgeschichtlichen Wende, die der Beitrag Zimmermanns in diesem Heft skizziert, diesen Weg nur vereinzelt ein. Auch Reuleckes be-

⁶ Den Begriff Hyper-Urbanisierung verwendet Colton für die Sowjetunion in der Stalin-Zeit, hier zitiert nach: Thomas M. Bohn, Von der „europäischen Stadt“ zur „sozialistischen Stadt“ und zurück? Zur Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Von der „europäischen Stadt“ zur „sozialistischen Stadt“ und zurück? Urbane Transformationen im östlichen Europa des 20. Jahrhunderts, München 2009, S. 1-10, hier: S. 2. Zur Suburbanisierung vgl. exemplarisch Tilman Harlander (Hrsg.), Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland, München 2001 sowie den Themenschwerpunkt der IMS 2 (2002). Vgl. auch das in der Leitrezension zu diesem Themenschwerpunkt besprochene Buch.

⁷ Vgl. dazu jüngst Heinz Reif, Städte und Städteagglomerationen der Montanindustrie in Deutschland, 1840-1914, in: IMS1 (2012), S. 15-29, hier: S. 21-23.

⁸ Vgl. dazu den Aufsatz von Beate Binder in diesem Heft.

⁹ Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1985, S. 10-11.

grifflich scharfe Differenzierung zwischen einem eher quantitativ messbaren Verstädterungs- und einem auf gesamtgesellschaftliche Handlungsformen und Mentalitäten ausgerichteten Urbanisierungsbegriff hat sich in der Folgezeit in dieser Konsequenz nicht durchgesetzt. Reulecke selbst hat dies bereits in seinen 2002 mit Zimmermann verfassten programmatischen „12 Bemerkungen zur Stadt- und Urbanisierungsgeschichte“ konstatiert.¹⁰ Seither herrscht eine weniger trennscharfe, pragmatische Verwendung des Urbanisierungs-Begriffes vor, der etwa jüngst auch Osterhammel folgte.¹¹ Doch hat sich der Grundansatz als durchaus übertragbar erwiesen und wurde etwa von Bayly oder in Forschungen zur Urbanisierung süd- und osteuropäischer Länder im 20. Jahrhundert wieder aufgegriffen.¹²

Im Rückblick verfolgte das hier nur verkürzt skizzierte ältere Konzept der Urbanisierung stärker als die spätere Forschung den Anspruch, den mit der Verstädterung einhergehenden fundamentalen gesamtgesellschaftlichen Wandel umfassend zu beschreiben.¹³ Auch wenn dies nur ansatzweise gelang, wurde die Stadt- und Urbanisierungsgeschichte doch stärker in die übergreifenden politischen Entwicklungen eingebettet analysiert und übrigens auch in der benachbarten Stadtsoziologie aufmerksamer und differenzierter registriert, als dies später der Fall war.¹⁴ Zu den Schwächen des Konzeptes zählte allerdings, dass die Urbanisierungsgeschichte sich lange Zeit stark auf den nationalen Rahmen konzentrierte und dabei überwiegend in Distanz zu den vielfältigen Formen der Wahrnehmung, Erfahrung und Aneignung städtischer Räume verharnte.

Schneisen zur Urbanisierung im 20. Jahrhundert

Die Komplexität der Urbanisierungsprozesse im 20. Jahrhundert, zumal auf europäischer Ebene, macht eine Skizzierung selbst nur ihrer wesentlichen Grundzüge an dieser Stelle unmöglich. Die vorliegenden Entwürfe von Lenger, von Saldern und

¹⁰ Vgl. Jürgen Reulecke und Clemens Zimmermann, 12 Bemerkungen zur Stadt- und Urbanisierungsgeschichte, in IMS 1 (2002), S. 64. Vgl. auch das von Adelheid von Saldern und dem Autor entworfene Grundsatzpapier der GSU, ebenfalls von 2002, S. 2, http://www.gsu.tu-darmstadt.de/pdf/POS_Grundsatzpapier.pdf. (Zugriff am 20.11.2012).

¹¹ So bezeichnete etwa Osterhammel die Unterscheidung zwischen Verstädterung und Urbanisierung als „ein wenig schematisch und schwer durchzuhalten“. Osterhammel, *Die Verwandlung*, 2008, S. 366.

¹² Bayly benutzt eine mit Reuleckes Ansatz vergleichbare Terminologie in ders., *Die Geburt*, S. 228-229. Vgl. auch die Verwendung des Konzeptes in verschiedenen Beiträgen des Sammelbandes von Lenger und Tenfelde (Hrsg.), *Die europäische Stadt*, 2006.

¹³ Vgl. etwa Wolfgang Hofmann, *Stadtgeschichte oder Urbanisierungsforschung?*, in IMS 1 (1984), S. 1-4.

¹⁴ Exemplarisch ablesbar ist dies an der Abflachung der historischen Dimension bei Walter Siebel (Hrsg.), *Die europäische Stadt*, Frankfurt a.M. 2004 gegenüber dem älteren Werk von Hartmut Häussermann und Walter Siebel, *Neue Urbanität*, Frankfurt a.M. 1987, S. 91-93.

Zimmermann akzentuieren die Dimensionen der *zentralörtlichen Bedeutung* von Städten, der sozialen *Heterogenität* sowie der *Öffentlichkeit* bzw. *Kommunikation* als weiterhin zentrale analytische „Perspektiven der Urbanisierungsforschung“.¹⁵ Die Ausbildung von Stadtregionen und Agglomerationen, Automobilisierung, Zunahme von Umweltbelastungen, zeitweise exzessive Gewalterfahrungen und Kriegszerstörungen, Pluralisierung der Lebensstile, ethnische Vielfalt und zunehmende Medialisierung können hier nur als einige wenige Signaturen der Entwicklung im 20. Jahrhundert genannt werden, weitere wären hinzuzufügen.

Auch von den Studien, die in den letzten Jahren Schneisen in die Geschichte der Urbanisierung des 20. Jahrhunderts in Deutschland geschlagen sowie zentrale Probleme und Wendepunkte in den Blick genommen haben, können nur wenige erwähnt werden. Besonders umfassend wurde der Zusammenhang von Stadtentwicklung, Städtebau und Wohnen rekonstruiert, dem sich unter anderem die mehrbändige „Geschichte des Wohnens“ und der von Harlander herausgegebene Band zur Geschichte des suburbanen Städtebaus widmeten.¹⁶

Die in der historischen Urbanisierungsforschung seit jeher akzentuierte Geschichte der Stadt-Land-Differenz erhielt anhaltend Beachtung. Sie wurde aus sozial- und kulturgeschichtlicher Sicht etwa von Zimmermann und Tenfelde ausgelotet, die, allgemein gesprochen, eine schrittweise Angleichung der früher schärfer geschiedenen Lebenswelten durch Elektrifizierung, Medialisierung, Automobilisierung usw. konstatierten.¹⁷ Bereits in einem frühen Aufsatz hatte ebenfalls Tenfelde 1994 schärfer als andere die Lockerung, wenn nicht Auflösung des aus früheren „stadtbürgerlichen Jahrhunderten“ überkommenen engen Zusammenhangs im Verhältnis von Stadt und Bürgertum konstatiert.¹⁸ Der das 20. Jahrhundert prägenden so-

¹⁵ Vgl. Lenger in ders. und Tenfelde (Hrsg.), *Die europäische Stadt*, S. 17-19; Adelheid von Saldern, *Kommunikation in Umbruchzeiten. Die Stadt im Spannungsfeld von Kohärenz und Entgrenzung*, in: dies. (Hrsg.), *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchzeiten*, Stuttgart 2006, S. 11-44; Clemens Zimmermann, *Zurück zum Sozialen? Stadtgeschichtsforschung zwischen den Kategorien Gesellschaft, Kultur und Medien*, in: Christa Becker (Hrsg.), *Die Stadt als Kommunikationsraum. Reden, Schreiben und Schauen in Großstädten des Mittelalters und der Neuzeit*, S. 15-28.

¹⁶ Vgl. *Geschichte des Wohnens 1800-1918: Das bürgerliche Zeitalter*, hrsg. von Jürgen Reulecke, Stuttgart 1997; (3 Bände); *Geschichte des Wohnens 1918-1945: Reform, Reaktion, Zerstörung*, hrsg. von Gert Kähler, Stuttgart 1996; *Geschichte des Wohnens von 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau*, hrsg. von Ingeborg Flagge, Stuttgart 1995; Harlander (Hrsg.), *Villa und Eigenheim*, 2001.

¹⁷ Vgl. etwa Clemens Zimmermann, *Städtische Medien auf dem Land. Zeitung und Kino von 1900 bis zu den 1930er Jahren*, in: Ders. und Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Die Stadt als Moloch? Das Land als Kraftquell? Wahrnehmungen und Wirkungen der Großstädte um 1900*, Basel u.a. 1999, S. 141-164; Klaus Tenfelde, *Die Welt als Stadt? Zur Entwicklung des Stadt-Land-Gegensatzes im 20. Jahrhundert*, in: Lenger und Tenfelde (Hrsg.), *Die europäische Stadt*, 2006, S. 233-264.

¹⁸ Klaus Tenfelde, *Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert*, in: Klaus Tenfelde und Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Wege zur Geschichte des Bürgertums*, Göttingen 1994, S. 317-353. Eher im Sinne einer anhal-

zialen und sozialräumlichen Fragmentierung der Stadt in Europa nahm sich 2005 ein umfangreicher Themenschwerpunkt des Archivs für Sozialgeschichte an, der das alte Thema der Segregation auf neue Weise in den Blick nahm und kulturelle Brücken der Integration akzentuierte.¹⁹

Vor allem für die Zeit nach 1945 wurde verschiedentlich die Tragfähigkeit des Urbanisierungsbegriffs offen in Frage gestellt. So warf Paul Nolte für die Zeit nach 1945 explizit die Frage nach einer Entwicklung „jenseits der Urbanisierung“ auf, konstatierte allerdings dann für die Bundesrepublik eine weitere „Urbanisierung des Landes“ und der städtischen Peripherien.²⁰ Besonders prägnant spiegelte das Dacht-hema einer breiten, interdisziplinär angelegten Debatte über das „Ende der Urbanisierung?“, die 2006 in der Mailingliste von *h-soz-kult* geführt wurde, die kulturgeschichtliche Wende im Blick auf neue Trends in Stadtentwicklung und Stadtforschung: Aktuelle Probleme der Suburbanisierung wie der „Schrumpfung“ wurden hier ebenso analysiert wie die Stadtplanungsgeschichte als historiographisches Konstrukt. Der besondere Akzent, den das Forum auf die Kulturgeschichtsschreibung der Stadt setzte, kam in Beiträgen zur Imagebildung von Städten, städtischen Interaktionsräumen bis hin zu neuen „kreativen Milieus“ zum Ausdruck.²¹ Den innovativen und erhellenden Beitrag der Kommunikationsgeschichte zur Urbanisierungsforschung haben insbesondere die Arbeiten von von Saldern zu bundesdeutschen und DDR-Städten sowie jüngst die von Roth zur Herausbildung der europäischen Städtelandschaft nachdrücklich aufgezeigt.²²

Urbanisierungsgeschichte in europäischer Perspektive

Die in den letzten Jahren feststellbare Weitung des Blicks auch in der deutschen Debatte hat vor allem gezeigt, wie wenig verallgemeinerbar der nordwesteuropäische Weg für das übrige Europa ist. Für Südeuropa haben Baumeister, Liedtke und andere unter anderem eine starke Urbanisierung bei schwacher oder verspäteter Industrialisierung hervorgehoben und die Spezifika in der kulturellen Organisation und

tenden Meinungsführerschaft bürgerlicher Eliten argumentiert Jochen Guckes, Konstruktionen bürgerlicher Identität. Städtische Selbstbilder in Freiburg, Dresden und Dortmund 1900-1960, Paderborn 2011.

¹⁹ Vgl. Archiv für Sozialgeschichte 46 (2006).

²⁰ Paul Nolte, Jenseits der Urbanisierung? Überlegungen zur deutschen Stadtgeschichte seit 1945, in: Lenger und Tenfelde (Hrsg.), Die europäische Stadt, 2006, S. 477-492, hier: S. 487-488.

²¹ Vgl. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/index.asp?id=665&pn=texte> (Zugriff am 20.11.2012).

²² Vgl. von Saldern (Hrsg.), Stadt und Kommunikation; dies. (Hrsg.), Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935-1975), Stuttgart 2005; Ralf Roth (Hrsg.), Städte im europäischen Raum, Stuttgart 2009.

Aneignung in Stadterweiterungsgebieten des Südens herausgearbeitet.²³ Auch Osteuropa weist in vielem eigene Urbanisierungsmuster auf, wie z.B. Phasen von außerordentlich starker „Hyper-Urbanisierung“, eine viel stärkere Tradition multi-ethnischer Stadtbevölkerungen sowie extreme Gewalterfahrungen und erzwungene Wanderungen während und nach der Zeit der Weltkriege. Vor allem Bohn und andere haben nachdrücklich daran erinnert und verdeutlicht, dass und wie der Sozialismus sich in die europäische Städtelandschaft und die Erfahrungswelten ihrer Bewohner tief eingepägt hat.²⁴ Die von von Saldern, Betker, Bernhardt und Reif und anderen besonders intensiv erforschte DDR repräsentiert dabei nur einen von zahlreichen Entwicklungspfaden.²⁵

Die vorliegenden, groß angelegten Synthesen der „Cambridge urban history of Britain“²⁶ und der „Histoire de l'Europe urbaine“²⁷ deuten darauf hin, dass die komplexe Vielfalt der Urbanisierungsprozesse des 20. Jahrhunderts auch wegen der Ausdifferenzierung der Forschung selbst im nationalen Rahmen wohl nur noch als Kaleidoskop von Beiträgen größerer Autorentteams angemessen zu bearbeiten ist. Umso mehr gespannt sein darf man auf die demnächst von Friedrich Lenger zu erwartende Gesamtdarstellung zur Sozial- und Kulturgeschichte Europas im Spiegel der Entwicklung seiner Großstädte.²⁸ Diese wie andere übergreifende Arbeiten zur Stadtgeschichte und Urbanisierung im 20. Jahrhundert stehen nicht zuletzt vor der Herausforderung, sich im Verhältnis zu anderen Großparadigmen, etwa der Moderne und des Fordismus,²⁹ zu positionieren.

Fazit

Bereits das rege Interesse an der diesem Themenschwerpunkt zugrundeliegenden Tagung und die dort geführten lebhaften Diskussionen zeigten, dass der Urbanisierungsbegriff seine Fruchtbarkeit für Analysen zur Verstädterung, Stadtentwicklung

²³ Vgl. stellvertretend zuletzt den Themenschwerpunkt Städte in Südeuropa, in IMS 1 (2009).

²⁴ Bohn, Von der „europäischen Stadt“, 2009; Alena Janatková und Hanna Kozi ska-Witt (Hrsg.), Wohnen in der Großstadt 1900-1939. Wohnsituation und Modernisierung im europäischen Vergleich, Stuttgart 2006.

²⁵ Von Saldern, Inszenierter Stolz; Frank Betker, „Einsicht in die Notwendigkeit“. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945-1994), Stuttgart 2005; Christoph Bernhardt und Heinz Reif (Hrsg.), Sozialistische Städte zwischen Herrschaft und Selbstbehauptung, Stuttgart 2009.

²⁶ Martin Aunton (Hrsg.), The Cambridge Urban History of Britain, Vol. III, 1840-1950, Cambridge 2000.

²⁷ Jean-Luc Pinol (Hrsg.), Histoire de l'Europe urbaine, 6 Bände, Paris 2003 ff.

²⁸ Die Publikation des Bandes mit dem Arbeitstitel „Großstadt und Moderne. Eine Sozial- und Kulturgeschichte Europas seit 1850“ ist für 2013 anvisiert.

²⁹ Vgl. im Hinblick auf stadthistorische Perspektiven z.B. den Themenband Fordismus der Zeithistorischen Forschungen 2 (2009).

und kulturellen Aneignung städtischer Räume im 20. Jahrhundert nicht eingebüßt hat. Zudem vermag er offensichtlich immer noch zur Zusammenführung disziplinübergreifender Diskurse anzuregen. Dies gilt jedoch mit Blick auf den aktuellen Forschungs- und Diskussionsstand nur mit drei wesentlichen Präzisierungen: „Urbanisierung“ kann heute nicht mehr als Erfolgsgeschichte geschrieben werden, wie das die ältere Forschung vielfach zumindest implizit tat, sondern war und ist von fundamentalen Ambivalenzen gezeichnet. Zu diesen zählen unter anderem die anhaltend scharfen sozialen Ungleichheiten in Städten und Stadtregionen einschließlich der Inklusions- und Exklusionsmechanismen der Kommunalpolitik. Ebenso sind die als „ökologischer Fußabdruck“ von städtischen Siedlungen vielfach verursachten Umweltschäden angemessen zu gewichten.³⁰ Zweitens lässt sich die Urbanisierung heute nicht mehr im Käfig national beschränkter Perspektiven, sondern nur als transnationaler Prozess in vielfacher Verflechtung und Variation beschreiben. Damit verlieren wichtige ältere Narrative, wie z.B. die normsetzende Orientierung am nordwesteuropäischen Entwicklungspfad oder der Konnex von Industrialisierung und Urbanisierung an Kraft. Drittens schließlich können Wahrnehmungen, Imaginationen und Selbstbeschreibungen als konstitutive Elemente von Verstädterung und Stadtentwicklung nicht weiter ausgeblendet bleiben, sondern gewinnen im Gegenteil im Verlauf des 20. Jahrhunderts wie auch in der neueren Urbanisierungsforschung zunehmend an Bedeutung.

Zu den Beiträgen

Statt einer inhaltlichen Vorschau, die angesichts der Struktur dieses Themenheftes und der Vielzahl der Beiträge wenig sinnvoll wäre, ist nur noch kurz auf deren Genese und Format hinzuweisen. Die Beiträge entstammen mit wenigen Ausnahmen einer Konferenz, die der Autor zusammen mit Dorothee Brantz im Auftrag der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) am 31.5. und 1.6.2012 in Erkner und Berlin organisierte. Ziel der als Teil einer Reihe von „Theorie-Workshops“ konzipierten Veranstaltung war es, zehn Jahre nach der ersten Grundsatzdebatte innerhalb der GSU³¹ eine Bestandsaufnahme zu zentralen Paradigmen der Stadt- und Urbanisierungsforschung vorzunehmen. Das Konzept der Veranstaltung zielte darauf ab, pointierte, vorrangig konzeptionelle Stellungnahmen jüngerer und etablierter ForscherInnen einzuholen, dabei disziplinäre Grenzen

³⁰ Vgl. dazu Dieter Schott und Michael Toyka-Seid (Hrsg.), Die europäische Stadt und ihre Umwelt, Darmstadt 2008.

³¹ Diese Debatte ist dokumentiert im Sonderteil „Perspektiven der Stadtgeschichtsforschung“ der IMS 1 (2002).

zumindest punktuell zu überschreiten und den Blick auf die europäische Ebene zu weiten. Aus diesem Kontext ihrer Entstehung als einleitende Statements zur Diskussion erklärt sich das Format der Beiträge dieses Themenschwerpunktes: Sie sollen vorrangig Standortbestimmungen im Themenfeld der Stadt- und Urbanisierungsgeschichte vornehmen und zur weiteren Diskussion anregen.

PD Dr. Christoph Bernhardt, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Bernhardt@irs-net.de

B E R I C H T E U N D A U F S Ä T Z E Z U M T H E M A

C L E M E N S Z I M M E R M A N N

Stadt- oder Urbanisierungsgeschichte? Überlegungen zu zwei Paradigmen

1. Zur Genese von Stadt- und Urbanisierungsgeschichte

„Stadtgeschichte“ war seit dem späten 19. Jahrhundert in der Historie ein auf den Einzelfall gerichtetes Feld, in dem sich weniger professionelle Universitätshistoriker bewegten als gelehrte Amateure sowie Archivare. In bürgerlichen Geschichts- und Denkmalvereinen, bei Festreden in Gymnasien, im frühen 20. Jahrhundert wachsend auch in Zeitungsbeilagen und durch große Einzeldarstellungen wurde örtliche Memoria gepflegt und erste repräsentative Forschungsprojekte anlässlich Stadtjubiläen durchgeführt, die auch mit „City-Branding“ zu tun hatten.¹

Die – so aber noch nicht genannte – Urbanisierungsgeschichte und typologische Ansätze der universitären Stadtforschung gab es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vereinzelt in den Kontexten von Nationalökonomie, Geographie und der frühen soziologischen Forschung (Karl Bücher, Max Weber, Werner Sombart; Louis Wirth)². Zu einer Vernetzung von Perspektiven kam es nicht. Erst in den 1970er

¹ Um nur einen Beleg anzuführen: Friedrich Walter (1870-1956, Leiter des Stadtarchivs Mannheim), Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart. Jubiläumsgabe der Stadt, 2 Bände, Mannheim 1907.

² Vgl. die Forschungsberichte: Jürgen Teuteberg, Historische Aspekte der Urbanisierung, in: Ders. (Hrsg.), Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte, Köln und Wien 1983, S. 2-34; Jürgen Reulecke, Bundesrepublik Deutschland, in: Christian Engeli und Horst Matzerath, Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan, Stuttgart 1989, S. 21-36.

Jahren trat die nun explizit sogenannte „Urbanisierungsgeschichte“ als historische Subdisziplin in Erscheinung. Sie war an räumlich übergreifenden Prozessen interessiert, hatte erklärende und generalisierende Absichten und interpretierte die westeuropäische Verstädterungsgeschichte als ‚Normalfall‘ globaler Geschichte. Die Sozialgeschichte gewann an den Universitäten erheblich an Boden. Es verstärkte sich das Interesse der Geographen und Soziologen an urbanistischen Phänomenen, Industriestadtentwicklung und sowohl regionalen als auch globalen Verstädterungsprozessen erheblich. Stadt- und Urbanisierungsgeschichte traten seitdem in ein Wechsel- und Spannungsverhältnis, was sich an einer erheblichen Produktivierung der Forschung zeigt. Allerdings erscheinen in praxi weiterhin jedes Jahr Hunderte von Veröffentlichungen, die Städte jeweils isoliert betrachten. Geographie, Soziologie, Stadtplanungsdisziplin und Urban Studies verfolgen wiederum historische Perspektiven im Zuge ihrer jeweiligen disziplinären Matrix.³

Die *moderne* Stadtgeschichte etablierte sich in der Bundesrepublik Deutschland seit den 1980er Jahren über verschiedene Arbeitskreise und Zeitschriften sowie Buchreihen und besteht darüber hinaus als Kommunikationszusammenhang universitärer wie außeruniversitärer Akteure. Während Stadtgeschichte in allen Epochen, gerade auch für das Mittelalter, betrieben wurde, galt es für Neuzeithistoriker als gewiss, dass man von einem Urbanisierungsprozess erst nach 1780/1840 oder spätestens 1870 sprechen könne, der auf die demographischen und industriellen Dynamiken der beginnenden Moderne zurückgeführt wurde. Die Historiker der Vormoderne hingegen postulieren den Prozess der Städtegründungen des 12.-14. Jahrhunderts ebenfalls als Urbanisierungsprozess.⁴ Zudem wurde klar, dass „Städtesysteme“ und „Raumbezüge“ bei nicht primär industriellen Städten sehr langfristig angelegt sind und neben den vielen stark wachsenden und neuen Städten des 19. und 20. Jahrhunderts viele ältere fortbestanden, die ihre Grundfunktionen weitgehend beibehielten oder sich langsam wandelten. Das relativierte zugleich die implizite Modernisierungstheorie in den Urbanisierungsstudien, bei denen demographisches Wachstum, Industrialisierung und Modernisierung von Verwaltung als teleo-

³ Historische Studien zur „Stadt“ sind etwa fünfmal so häufig wie zu *Urbanisierung* und *Verstädterung*, letzteres ein inzwischen stark zurückgetretener Konkurrenz begriff. Sehr selten werden *Urbanisierung* oder *urbanisation* in mikrosoziologischen und ethnologischen Studien verwendet, in den Geschichtswissenschaften erst ab 1970, häufiger in den 1980er Jahren, und bis heute ist der Begriff als Titel für größere Studien nicht häufig. Demgegenüber ist der Begriff der *Stadtgeschichte* aufgrund der Vielzahl lokaler Studien um ein Mehrfaches verbreiteter. Man kann ferner schätzen, dass 20 % aller Urbanisierungsstudien historisch orientiert sind, meist beziehen sie sich auf größere Regionen und Nationalstaaten.

⁴ Vgl. Gerhard Fouquet und Gabriel Zeilinger (Hrsg.), *Die Urbanisierung Europas von der Antike bis in die Moderne*, Frankfurt am Main 2009.

logische Prozesse verstanden wurden. Gerade die herausgearbeitete Modernisierung der Stadt schien diese zu einem würdigen Gegenstand der Gesellschaftsgeschichte zu machen.

Grundsätzlich war die Stadtgeschichte gegenüber der Urbanisierungsforschung dadurch gekennzeichnet, dass einzelne konkrete Akteure sowie Ereignisse bei ihr mehr hervortraten als in der Urbanisierungsforschung. Beispiele aus IMS-Themenheften der 1990er Jahre zeigen allerdings, dass sich ein stadthistorisches Paradigma etabliert hat, das die Stadt als jeweils exemplarisches Forschungsfeld für generelle Phänomene nutzt: „Deutschlands Städte 1945“, „Städtisches Grün“; „Stadtgeschichte in den neuen Bundesländern“; „Hauptstadt und Hauptstädte“; „Stadt und Verkehr“; „Stadt und Umland“. Obwohl in den Beiträgen solcher Hefte oder auch anderer Sammelbände keine genauen Repräsentativitätskriterien angegeben wurden, hat sich mittlerweile in der Stadtgeschichte ein neuer Standard etabliert. Vor allem über komparative und typologische Verfahren⁵ wird danach gestrebt, sowohl der Individualität von Städten durch Benennung von besonderen Traditionen, Akteuren und Konstellationen Rechnung zu tragen, als auch generelle Charakteristiken und Modelle herauszuarbeiten.⁶

2. Das Jahr 1985: Die Ansätze von Horst Matzerath und Jürgen Reulecke

Kaum ein Ansatz der modernen Urbanisierungsgeschichte war so wirkungsvoll wie der von Horst Matzerath⁷ und Jürgen Reulecke, deren Bücher 1985 erschienen und die viele der Themen vorgaben, an denen man sich die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre abarbeiten sollte.⁸ Im Werk von Matzerath stand das Interesse an einem demographischen Urbanisierungsbegriff im Vordergrund. Bis heute Prüfungsstoff an universitären Lehrstühlen, unterschied der Autor drei grundsätzliche Phasen der Urbanisierungsgeschichte am Beispiel Preußens heraus, differenzierte das Geschehen räumlich (vor allem hinsichtlich Ost/West-Unterschieden), entwickelte Stadtty-

⁵ Etwa im Zusammenhang der „europäischen Stadt“: Friedrich Lenger, in: IMS 1 (2005), S. 96-113; vgl. auch Ders. und Dieter Schott, Die europäische und die amerikanische Stadt, Themenheft der IMS 1 (2007); Martin Baumeister und Rainer Liedtke, Probleme mit der „europäischen Stadt“: Städte in Südeuropa, in: IMS 1 (2009), S. 5-14.

⁶ Mit der Gemeinde- und dann der Stadtsoziologie entstand ein Ansatz, der generelle Interessen an gesellschaftlichen Wandlungen mit dem Eingehen auf Einzelfälle verband, nicht selten durch komparative Ansätze, oder durch Sampling von Einzeldaten. Allerdings ist die deutsche Stadtsoziologie als Subdisziplin inzwischen ziemlich bedeutungslos, während sich die Stadtgeschichte zwar kaum als Disziplin mit regelrechter Stellenausstattung, aber doch als Forschungsfeld sehr deutlich ausbreiten konnte.

⁷ Horst Matzerath, Urbanisierung in Preußen 1815-1914, Stuttgart 1985.

⁸ Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt am Main 1985 (sowie Neuauflagen 1992, 1997, 2005).

pologien – und sah die Urbanisierung mit dem frühen 20. Jahrhundert praktisch als beendet an. Insofern war durch diesen Ansatz eine Vernachlässigung des 20. Jahrhunderts und ein Übergewicht der Bevölkerungsgeschichte angelegt. Je weiter nun die Urbanisierung im 20. Jahrhundert in Europa in ihrer strukturellen wie kulturellen Dimension voranschritt, desto schwieriger musste es werden, den Gegenstand einer Geschichte von Stadt im 20. Jahrhundert und auch die Urbanisierung selbst in einem Zeitalter angeblicher Nivellierung von Stadt-Land-Unterschieden zu definieren.⁹

Gegenüber Matzerath¹⁰ war der Ansatz von Jürgen Reulecke stärker qualitativ angelegt. Reulecke war an Kommunikationsprozessen interessiert und arbeitete die Diversität von Akteuren heraus. Fruchtbar war auch sein Ansatz der *offenen Bürgerstadt*, hier gab es Anschluss an die starke Bürgertumsforschung. So waren bei Reulecke viele Zukunftsthemen repräsentiert: von der Stadtwahrnehmung über die Stadtplanung bis zur Politisierung, gerade weil er einen quantitativen wie qualitativen Urbanisierungsbegriff verwandte und weil er in seinem Klassiker die von Städten ausgehenden Effekte für die ländliche Gesellschaft und Gesellschaft insgesamt thematisierte.¹¹

Mit Matzerath und Reulecke wurden insbesondere die Industriestadt und die Agglomerationsbildung als eigene und wichtige historische Phänomene in der Forschung etabliert. In diesem Zusammenhang ist auch das Werk von Heinz Reif zu Oberhausen zu nennen¹², das erstmals die innerräumlichen Prozesse in der Dialektik von Industrie, Stadtraum und Segregation herausarbeitete. Die Entwicklung von solchen Industrieorten wurde hier nicht mehr als hoch defizitäre, sondern als eigenständige Kultur und Form interpretiert. Beim Ansatz von Reif handelte es sich um eine industrie- und urbanisierungsgeschichtlich unterfütterte Stadtgeschichte mit stark typologischen und generalisierenden Interessen, ebenso wie es sich bei

⁹ Lutz Niethammer, Stadtgeschichte in einer urbanisierten Gesellschaft, in: Wolfgang Schieder und Volker Sellin (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland, II, Göttingen 1986, S. 113-136. – Wenn man unterstellt, dass im Zuge von wachsender Urbanisierung die Unterschiede von Stadt und Land jedenfalls in Westeuropa verschwanden, ergibt sich für das späte 20. Jahrhundert die Frage, ob es überhaupt noch sinnvoll ist, von Urbanisierung oder (ortsbezogener) Urbanität zu sprechen.

¹⁰ Wolfgang R. Krabbe stieß dann mit „Kommunalpolitik und Industrialisierung. Die Entfaltung der städtischen Leistungsverwaltung im 19. und 20. Jahrhundert. Fallstudien zu Dortmund und Münster, Stuttgart 1985“ ins (frühe) 20. Jahrhundert vor. Es entstand hier parallel ein Feld historisch orientierter „Kommunalwissenschaften“, deren Fragestellungen sich in dem Sammelband von Wolfgang Hofmann, Bürgerschaftliche Repräsentanz und kommunale Daseinsvorsorge, Stuttgart 2012 abschließend spiegeln.

¹¹ Vgl. dazu jetzt: Clemens Zimmermann (Hrsg.), Stadt und Medien, Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Köln, Weimar und Wien 2012.

¹² Heinz Reif, Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846-1929, 2 Bände, Köln 1992/3. Vgl. den zusammenfassenden Beitrag von Heinz Reif in: IMS 1 (2012).

Reulecke um eine generalisierende Urbanisierungsgeschichte handelte, die viele städtische Beispiele und Entwicklungen aufnahm, allerdings nicht eine einzelne Stadt in den Vordergrund stellte.

3. Kulturhistorische Wende

Was geschah nun mit der kulturhistorischen Wende in der Stadtgeschichte seit den 1990er Jahren? Zunächst erweiterte sich diese von der „geplanten und gebauten Stadt“ auf die „gelebte und gedeutete“.¹³ Anstelle von *Urbanisierung* wurde der Begriff *Urbanität* aufgewertet.¹⁴ 1974 hatte der Stadtsoziologe Hans Paul Bahrdt die Industriegroßstadt als kulturelle Fehlentwicklung gesehen, die einer inneren „Urbanisierung“ als spezifisch qualitätsvolle urbane Lebensform noch bedürfe.¹⁵ Die Herausbildung besonderer urbaner Lebensformen ist, als Gegenstück zum strukturellen überstädtischen Raumbegriff, dann vom Ethnologen Gottfried Korff als interaktiv verlaufender Prozess *innerer Urbanisierung* charakterisiert worden; dieser Ansatz ist in der Stadtgeschichte stark rezipiert worden.¹⁶

Es verbreiteten sich kommunikations- sowie diskursgeschichtliche Paradigmen. Bild- und kulturwissenschaftliche Stadtforschungsansätze hatten nicht mehr viel für den Urbanisierungsprozess übrig.¹⁷ Aber mit dem Vordringen von Kommunikations-, Diskurs-, Symbol- und Wahrnehmungsgeschichte wurde zugleich die Spannung zwischen Stadt- und Urbanisierungsgeschichte abgebaut. Dies zeigt sich am Besten in den Studien von Adelheid von Saldern zur städtischen Kommunikation und Selbstrepräsentation von Stadtgesellschaften, die methodisch auf theoretisierten Epochenbegriffen und einem komparativen Ansatz beruhen. Der Urbanisierungsbegriff ist hier zugunsten der Problematik von „Kohärenz und Entgrenzung“

¹³ Marcus Funck, *Urbanisierte Gesellschaften, Krieg und Gewalt. Stand und Perspektiven der Forschung*, in: IMS 2 (2004), S. 72-79, hier: S. 75.

¹⁴ Vgl. Beate Binder, *Urbanität als „Moving Metaphor“*. Aspekte der Stadtentwicklungsdebatte in den 1960er/1970er Jahren, in: Adelheid von Saldern (Hrsg.), *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten*, Stuttgart 2006, S. 45-63.

¹⁵ Vgl. Hans Paul Bahrdt, *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*, München 1974, S. 132-139.

¹⁶ Gottfried Korff, *Mentalität und Kommunikation in der Großstadt*. Berliner Notizen zur „inneren“ Urbanisierung, in: Theodor Kohlmann und Hermann Bausinger (Hrsg.), *Aspekte empirischer Kulturforschung*, Berlin 1985, S. 343-361; paradigmatische Fallstudie zur inneren Urbanisierung: Sandra Schürmann, *Dornröschen und König Bergbau. Kulturelle Urbanisierung und bürgerliche Repräsentationen am Beispiel der Stadt Recklinghausen (1930-1960)*, Paderborn 2005.

¹⁷ Vgl. IMS 1 (2005), *Stadtbilder und Stadtrepräsentationen*; Jochen Guckes, *Konstruktionen bürgerlicher Identität. Städtische Selbstbilder in Freiburg, Dresden und Dortmund 1900-1960*, Paderborn 2011.

von Interaktionsräumen verschwunden.¹⁸ Freilich ist anzumerken, dass auch heute die Frage nach dem Fortschreiten demographisch-struktureller Urbanisierung für das 20. Jahrhundert nicht hinlänglich geklärt ist, wenn man Phänomene wie Suburbanisierung¹⁹, „neue Ländlichkeit“ und soziokulturelle Nivellierungstendenzen jenseits der Lokalitäten einbezieht.

4. Schluss

Es ist trotz der Zuwendung zu kulturhistorischen und -wissenschaftlichen Kategorien der Sinn für die realen sozialen Prozesse im Forschungsfeld nie verloren gegangen, was sich heute als großer Vorteil erweist. Insgesamt stehen Stadt- und Urbanisierungsgeschichte als Erkenntnisperspektiven historischer Forschung in einer engen Wechselbeziehung, wobei der „äußere“ Urbanisierungsbegriff in der Forschung zurückgefahren wird, auch weil die Grundlinien quantifizierbarer Entwicklungen und die Regionalität von Urbanisierungsprozessen für den europäischen Zusammenhang inzwischen bekannt sind. Indes steht das Fach vor den Herausforderungen einer europäisierten und globalisierten Perspektive.²⁰ Man kehrte von der linearen Verstädterungsperspektive der 1980er und 1990er Jahre sehr deutlich ab, indem man die Potenziale kleiner Städte sowie Schrumpfungspänomene behandelte. Schließlich sind mit der Adaption von Begriffen wie „Netzwerken“²¹, „vernetzte

¹⁸ Adelheid von Saldern, Kommunikation in Umbruchszeiten. Die Stadt im Spannungsfeld von Kohärenz und Entgrenzung, in: Saldern, Stadt und Kommunikation, S. 11-44.

¹⁹ Vgl. Meik Woyke, Mobilität im suburbanen Raum. Das schleswig-holsteinische Umland von Hamburg (1950-1980), in: Saldern, Stadt und Kommunikation, 2006, S. 123-146; Axel Prieb, Suburbane Siedlungsflächen. Wucherung oder gestaltbare Stadtregion?, in: ebd., S. 147-162 sowie das Themenheft Suburbanisierung in: IMS 2 (2002).

²⁰ Vgl. die untergeordnete Rolle des Begriffs in der Urban History of Britain, Vol. III, hrsg. v. Martin Daunton, Cambridge 2000, ebenso bei Peter Clark, European Cities and Towns 400-2000, New York 2009 sowie Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, 5. Aufl. München 2009, wo die Städte als analytische Einheiten im geschichtlichen Gesamtprozess sehr aufgewertet werden.

²¹ Vgl. z.B. Rainer Liedtke, Migration, Nachbarschaften, Netzwerke: Athen im 20. Jahrhundert, in: IMS 1 (2009), S. 24-33. Die deutsche Forschung hat, vor allem in den Arbeiten von Dieter Schott, an US-amerikanische technikgeschichtliche Netzwerkstudien angeknüpft. Aus Sicht der Geographie: Stephen Graham und Simon Marvin (Hrsg.), Splintering Urbanism. Networked infrastructures, technological mobilities and the urban condition, London und New York 2001, und Peter J. Taylor, World City Network. A Global Urban Analysis, London und New York 2004; aus Sicht der Technik- und Kulturgeschichte Mikael Hård und Thomas J. Misa (Hrsg.), Urban Machinery. Inside Modern European Cities, Cambridge und London 2008; Miriam R. Levin u.a., Urban Modernity. Cultural Innovation in the Second Industrial Revolution, Cambridge und London 2010.

Stadt“,²² „Medialität von Stadt“ weitere Anleihen aus den Raum- und Sozialwissenschaften erfolgt, die das urbanisierungsgeschichtliche Ursprungsparadigma noch weiter durchkreuzten.²³ Dennoch wird man weiterhin von der „Urbanisierung“ als disziplinäres Rahmenkonzept ausgehen, innerhalb dessen sich aufeinander bezogene, vernetzte Perspektiven entfalten können und durch das epochale und strukturelle Grundtendenzen verdeutlicht werden, wie dies auch in postkolonialen Studien und der Forschung zu Megametropolen üblich ist.²⁴

Clemens Zimmermann, Lehrstuhl für Kultur- und Mediengeschichte an der Universität des Saarlandes, cl.zimmermann@mx.uni-saarland.de

M A R C S C H A L E N B E R G

Städtevergleich: Ein Mittelweg zwischen Stadtbiographien und Urbanisierungsparadigma?

Je nachdem, ob man bei einer Betrachtung des „Städtischen“ eher das Besondere oder das Typische betonen möchte, kennt die Stadtgeschichts- und Urbanisierungsforschung unterschiedliche Zugänge: individualisierend, mikroanalytisch, vorrangig empirisch-phänomenorientiert hier, generalisierend, strukturalistisch, vorrangig theoretisch-problemorientiert da. Die prinzipielle Berechtigung beider Ansätze steht außer Frage.

Allerdings verdient daneben der einen Mittelweg anstrebende systematische Stadt- bzw. Städtevergleich besondere Beachtung, versucht er doch anhand einer bestimmten Zahl von Fallstudien („2 plus x“) übergreifende Fragestellungen mit konkreten Gegebenheiten zusammen zu führen. Methodisch und forschungsge-

²² Vgl. Martina Heßler, Die elektrifizierte Stadt. Zum Spannungsfeld von Urbanität und Privatisierung der Lebenswelt, in: IMS 1 (2004), S. 66-81.

²³ Selbst beim Thema Migration ist nunmehr weniger von Prozessen und Wachstumseffekten als von den Qualitäten der „urbanen Räumen“ und von „städtischen Identitäten“ die Rede; vgl. Martin Baumeister und Imke Sturm-Martin, Forschungsbericht: Stadt und Migration in Europa. Aspekte einer vielschichtigen Wechselbeziehung, in: IMS 2 (2007), S. 98-111.

²⁴ Wolfgang Schwentker (Hrsg.), Megastädte im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, verwendet die Begriffe „urbanes Wachstum“ und „Metropolisierung“. Jeremy Seabrook, Cities, London 2007, bezeichnet in global-komparativer Perspektive mit „urbanisation“ das speziell städtische (demographische) Wachstum und das massive räumliche Ausgreifen von wuchernden Städten ins Umland mit seinen hohen sozialen Kosten.

schichtlich wurde und wird damit, mehr oder weniger explizit, an Klassiker der historischen Sozialwissenschaft angeknüpft (Max Weber, Marc Bloch, Jürgen Kocka, Hartmut Kaelble u.a.), in jüngerer Zeit aber auch zunehmend der Weg gebahnt zu einer post-modernisierungstheoretischen Sicht auf Städte als komplexe, widersprüchlich gelebte, gestaltete und erfahrene Räume.

Eine strenge, allgemein verbindliche Vorgehensweise und inhaltliche Schwerpunktsetzung für den Stadtvergleich wäre, sofern überhaupt wünschenswert, ausgesprochen schwierig zu bestimmen. Die Fragestellungen, Gegenstands- und Erkenntnisinteressen der Stadtgeschichts- und Urbanisierungsforschung sind dafür einfach zu vielfältig. Im Rahmen dieses Statements sollen denn auch weniger etwaige Patentrezepte vorgeschlagen als grundsätzliche Problematiken dargelegt werden, illustriert an drei neueren Arbeiten aus dem Bereich der kulturwissenschaftlichen Stadtforschung, die eher implizit dem „Urbanisierungs“-Paradigma, aber explizit einem vergleichenden Ansatz verpflichtet sind, diesen sehr verschieden auslegen und meines Erachtens zu generellen Überlegungen zu seinen Potenzialen einladen.

Anna Agata Lisiak nimmt in ihrer 2010 veröffentlichten, soziologisch-kulturwissenschaftlich angelegten Untersuchung „Urban Cultures in (Post)Colonial Europe“ vier ostmitteleuropäische Hauptstädte unter die Lupe: Warschau, Budapest, Prag und (ganz überwiegend Ost-) Berlin, in ihren Transformationen seit dem Umbruch von 1989/90 im Zeichen von Kapitalismus und Globalisierung. Sie beleuchtet die vor allem von den jeweiligen Stadtregierungen seit den 1990er Jahren geprägten und medialisierten Images sowie signifikante Architektur- und Infrastrukturprojekte, und stellt sie ausgewählten künstlerischen Repräsentationen der Städte in der zeitgenössischen Literatur und im Film gegenüber. Die darin zu verfolgenden spezifischen Differenzen erhalten durch den Vergleich zwischen den vier Hauptstädten, die vor grundsätzlich ähnlichen Herausforderungen standen, eine besondere Tiefenschärfe.

So stehen etwa die stärker medialisierte Widersprüchlichkeit und Zukunftsoffenheit Berlins und Warschaus im Unterschied zu den eher Homogenität und vergangenen Glanz betonenden Imagekampagnen in Prag und Budapest. Auch die Debatten um die Errichtung von Museen und Gedenkstätten mit geschichtspolitisch relevanten Inhalten gewinnen in der direkten Gegenüberstellung an Aussagekraft – ohne dass dabei die jeweilige Individualität der Hauptstädte und den in ihnen inszenierten Nationalgeschichten ausgeblendet würde. Auch zentrale Themen der neueren Stadtforschung – wie Tertiärisierung, Gentrifizierung, *gated communities*, Suburbanisierung oder *urban tourism* – erhalten durch den vergleichenden Blick einen Kontext und eine Aussagekraft, wie sie in einer sich auf eine einzelne Stadt konzentrierende Untersuchung kaum möglich gewesen wäre.

Die von Lisiak favorisierte „(post)koloniale“ Deutung der von ihr beleuchteten Phänomene offenbart unterdessen auch die Problematik einer theoretisch ambitionierten Vergleichsstudie. Manche empirische Besonderheit wird durch eine derartige Klammer eher ausgeblendet als erfasst; so wäre beispielsweise zu hinterfragen, ob die Produktion und Diffusion städtischer Logos mitunter nicht eher durch die Aktivitäten bestimmter Personen und Netzwerke vorangetrieben wird als durch ein Arbeiten an realen oder vorgestellten „Kolonisatoren“. Andererseits ist offensichtlich, dass ein theoriescheuer Empirismus und der Verzicht auf übergreifende Interpretamente mindestens ebenso unbefriedigend bleiben müsste.

Anders als Lisiak, die gleichsam vogelperspektivisch die Rückwirkungen und Manifestationsformen der globalen Umbrüche seit 1989/90 auf vier (haupt-)städtische Kulturen anhand eines bunten Quellenmix nachzeichnet, wendet sich die Ethnologin Christine Nippe in ihrer 2011 erschienenen Dissertation konkreter dem Verhältnis von Metropolenbildern und künstlerischer Praxis zu und mithin der Stadt als imaginiertem und gelebtem Raum. Der zweipolige Vergleich zwischen Berlin und New York führt dabei zu relativ klar unterscheidbaren Befunden: niedrige versus hohe Zugangsschwellen zu den betreffenden Szenen, ein umgekehrt proportionales Verhältnis zwischen finanziellen, räumlichen und sozialen Ressourcen, entgegengesetzte anthropologische und symbolische Settings, um nur einige zu nennen.

Nippe ist sich der globalen Vernetzung des Kunstbetriebs und der Kunstproduktion sowie der Absorptionsfähigkeit von Städten für auswärtige Einflüsse durchaus bewusst und bringt sie namentlich durch die Biografien der von ihr untersuchten und interviewten Künstler auch aktiv ein. Dennoch ist die grundlegende Dichotomie ihrer Studie – hier Berlin, da New York – nicht zu übersehen. Durch dieses „Entweder-Oder“-Schema erhalten manche Befunde eine Akzentuierung, die sie wahrscheinlich nicht oder anders erhalten hätten, wäre New York mit London, Berlin mit Istanbul verglichen worden.

Auch das Darmstädter „Eigenlogik“-Theorem stellt (ungeachtet mancher recht vorschneller Kritik, die an ihm geübt wurde) einen aussichtsreichen Einstieg in historisch-vergleichende Perspektiven bereit. Sollten sich, wie von Berking, Löw und anderen postuliert, Städte als sozialräumliche Formen der Vergesellschaftung darstellen, die sich primär durch eine komplexe Mixtur lokaler Besonderheiten auszeichnen, dann ist es allzu naheliegend, diese Besonderheiten im Vergleich mit partiell ähnlichen Städten noch stärker zu profilieren. Helmut Berking und Jochen Schwenk unternehmen das in ihrer 2011 erschienenen Studie für Bremerhaven und Rostock, in der sie die Wichtigkeit der jeweiligen Stadtgeschichte für kulturelle Einschreibungen und Selbstverständigungen betonen. So sei das vergleichsweise junge

Bremerhaven eher durch Fremdbeschreibungen geprägt, das ungleich ältere Rostock hingegen durch Selbstbilder.

Vergleich heißt auch, lokale von translokalen Faktoren zu unterscheiden. So werden bei Berking und Schwenk neben Spezifika der beiden Beispielstädte immer auch überwölbende Entwicklungen in die Beschreibung und Analyse einbezogen werden, etwa der Übergang zu postfordistischen Produktionsweisen, namentlich der Aufschwung von Containerhäfen und seine tendenziell anti-urbanen Implikationen. Auf diese Weise bleiben die Städte als mit den Welt- und Zeitläuften verbundene Entitäten erkennbar, ohne dabei ihre ganz konkreten und nur dort anzutreffenden Gegebenheiten, Geschichten und Erinnerungen auszublenden. Deutlicher als bei Stadtmonographien wird damit heraus gearbeitet, dass unter „Hafenstadt“ sehr verschiedene historische Pfade und Phänomene rubriziert werden können. Idealtypisch zugespitzt, kann Bremerhaven so als Hafen mit Stadt und Rostock als Stadt mit Hafen gefasst werden.

Neben Hafenstädten können und sollten andere signifikante Stadttypen – etwa Haupt- und Residenzstädte, Industriestädte oder Kurbäder – mit- und untereinander verglichen werden. Es gibt auch Studien, die dies tun, allerdings eher noch zu wenige und zu vereinzelt. Größer angelegte vergleichende Untersuchungen, wie das von 1987 bis 1996 in Frankfurt am Main durchgeführte DFG-Projekt „Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert“, aus dem rund ein gutes Dutzend Monographien hervorgegangen sind, die sich gemeinsamen Fragen und Zugängen verpflichtet fühlten, waren bislang die Ausnahme – wohl nicht zuletzt wegen des erheblichen forschungsorganisatorischen Aufwands. Intellektuell wie institutionell einfacher ist es, ohne weitere Abstimmungen eine Stadtbiographie zu verfassen, um eine bestimmte Leserschaft anzusprechen. Daneben gibt es, gleichsam auf der anderen Seite des Spektrums, an Urbanisierung als übergreifendem Prozess interessierte, meist eher sozialwissenschaftlich als historisch angelegte Arbeiten, in denen die Spezifika einzelner Städte weitgehend ausgeblendet werden, zugunsten quantifizierbarer Parameter. Der historisch grundierte Vergleich einer begrenzten Anzahl von Städten und zu bestimmten Themen ist hingegen bislang vor allem von einzelnen, entsprechend interessierten Autoren getestet worden oder auf Konferenzsektionen der European Association for Urban History (EAUH) mitsamt den daraus erwachsenen Publikationen, namentlich in der von Richard Rodger und Jean-Luc Pinol herausgegebenen Reihe „Historical Urban Studies“.

Angesichts dessen möchte dieses Statement mit dem Appell schließen, die grundsätzliche Aufgeschlossenheit gegenüber vergleichenden Ansätzen zu bewahren und weiterzuentwickeln. Das zentrale Problem stellt sicher die geeignete Selektion der Vergleichsgrößen dar: Die Auswahl bestimmter Beispielstädte präjudiziert

notwendigerweise den thematischen Fokus und das Ergebnis des Vergleichs, auch in den nicht weiter verallgemeinerbaren Eigenheiten der untersuchten Kommunen. Schon über die ideale Anzahl von Fallstudien lässt sich trefflich streiten: Zwei mögen die empirisch dichteste Beschreibung ermöglichen, bergen aber auch die oben angedeutete Dichotomie-Gefahr. Spätestens ab vier untersuchten Größen müssen Theorien oder Begriffe für eine Kohärenz sorgen, die ansonsten durch eine allzu große Komplexität lokaler Faktoren verloren zu gehen droht.

Darüber hinaus wird sich der Vergleich als übergeordnetes operatives Forschungsdesign auch künftig kaum den rasch wechselnden historiographischen Trends und Schulen entziehen können. Andererseits könnte gerade das vor einem ebenso raschen Veralten schützen. Dass die vergleichende Stadtgeschichte im Verlauf der letzten Jahrzehnte bereits rechts- und verwaltungsgeschichtliche, sozial- und wirtschaftsgeschichtliche, kultur- und medien-geschichtliche Spielarten erfahren hat, stimmt in dieser Hinsicht jedenfalls zuversichtlich. Es ist ein unbestreitbarer Vorzug komparativer Arbeiten, just jene „middle range“ anzubieten, von der eine Stadtgeschichts- und Urbanisierungsforschung nachhaltig profitieren könnte, die sowohl strukturell wie individuell und nicht zuletzt typologisch interessiert ist.

Literatur

Anna Agata Lisiak, *Urban Cultures in (Post)Colonial Central Europe*. West Lafayette/Ind. 2010.

Christine Nippe, *Kunst baut Stadt. Künstler und ihre Metropolenbilder in Berlin und New York*. Bielefeld 2011.

Helmut Berking/Jochen Schwenk, *Hafenstädte: Bremerhaven und Rostock im Wandel*. Frankfurt a.M./New York 2011.

Lothar Gall (Hg.), *Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert*. München 1990; sowie die in dieser Reihe erschienenen Einzelstudien von Hans-Werner Hahn zu Wetzlar (1991), Ralf Roth zu Frankfurt am Main (1996), Karin Schambach zu Dortmund (1996), Ralf Zerback zu München (1997), Thomas Weichel zu Wiesbaden (1997), Gisela Mettele zu Köln (1998), Frank Möller zu Augsburg (1999), Susanne Kill zu Münster (2001) und Andreas Schulz zu Bremen (2002).

Dr. Marc Schalenberg, Berlin, marc.schalenberg@metropolitanstudies.de

Die Stadt und die Sinne. Sinnesgeschichtliche Perspektiven auf Urbanisierung und Großstadterfahrung

Industrialisierung und Urbanisierung im 19. Jahrhundert sind nicht nur als soziale, ökonomische und politische Veränderungsprozesse zu verstehen. Sie haben auch ein „neues Regime der Sinne“ hervorgebracht.¹ Nach Louis Wirth ist Urbanität als Lebensform in erster Linie durch drei Faktoren bestimmt: Größe, Dichte und Heterogenität.² Alle drei Faktoren schlugen sich auch in einem neuartigen Zusammenspiel und in einer Verdichtung der Sinneseindrücke nieder. Das Leben im Fabrikalltag und in den Mietskasernen der Arbeiterviertel war zumeist von Lärm und Gestank geprägt. Aber auch die bürgerlichen Wohnviertel kannten die Lärmproblematik. Die Verkehrsverdichtung und das neue Konsum- und Vergnügungsangebot der Innenstädte brachten eine Vielzahl vormals ungewohnter visueller, auditiver und olfaktorischer Reize hervor, die die Stadt als Erfahrungsraum prägten. Die Bewohner und Besucher der Großstädte mussten sich diesen veränderten Sinnesreizen anpassen, sie mussten ihren Wahrnehmungsapparat auf das großstädtische Leben einstellen, wodurch sich neue Sinnes- und Sinnsysteme herausbildeten.

Diese Perspektive auf die historische Veränderung der sinnlichen Wahrnehmung und ihrer Bedingungen ist nicht neu. Sinnesgeschichte ist zwar kein besonders großes Forschungsfeld innerhalb der Geschichtswissenschaft, aber sie kann doch als gut etabliert gelten.³ Der Sinneshistoriker Mark M. Smith hat zudem darauf hingewiesen, dass man ihre Anfänge innerhalb der Sozialgeschichte bis zu Lucien Febvre und den *Annales* in Frankreich und zu E.P. Thompson in England zurückverfolgen kann.⁴ In Frankreich hat vor allen Dingen Alain Corbin diese Tradition der *Annales* weitergeführt und für eine historische Anthropologie der Sinneswahrnehmung plädiert, verstanden als eine Rekonstruktion der „besondere[n] Art des In-der-Welt-

¹ Wolfgang Reinhard, *Lebensformen Europas. Eine historische Kulturanthropologie*, München 2006, S. 100.

² Vgl. Louis Wirth, *Urbanität als Lebensform*, in: Ulfert Herlyn und Louis Wirth (Hrsg.), *Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung*, München 1974, S. 42-66.

³ Vgl. Wolfram Aichinger, Franz X. Eder und Claudia Leitner (Hrsg.), *Sinne und Erfahrung in der Geschichte*, Innsbruck 2003; Robert Jütte, *Geschichte der Sinne. Von der Antike bis zum Cyberspace*, München 2000; Mark M. Smith, *Sensing the Past. Seeing, Hearing, Smelling, Tasting, and Touching in History*, Berkeley und Los Angeles 2007.

⁴ Vgl. Mark M. Smith, *Making Sense of Social History*, in: *Journal of Social History* 37_1 (2003), S. 165-186.

Seins der Menschen der Vergangenheit“⁵. Diese Rekonstruktion könne sich jedoch nicht darauf beschränken, für eine bestimmte historische Situation lediglich ein „Inventar der Sinnesindrücke“⁶ zu erstellen, also zu bestimmen, was in ihr gehört und gesehen, gerochen und geschmeckt werden konnte. Vielmehr fragt Corbin nach dem „System der Sinneskultur“⁷, also nach den „Einübungs- und Gebrauchsweisen der Sinne“⁸, nach den Arten und Weisen, in denen sie hierarchisiert und in eine Wertordnung gebracht, in denen soziale Konflikte und Machtkämpfe durch sie ausgetragen wurden.

Corbin hat dieses Programm in seinen beiden wegweisenden Studien zum Geruch und zur Sprache der Glocken im ländlichen Frankreich des 19. Jahrhunderts nicht speziell auf die Stadtgeschichte angewandt.⁹ Es gibt jedoch andere Arbeiten, die sich der Sinnesgeschichte der Stadt widmen.¹⁰ Besonders in der Umweltgeschichte finden sich Studien zur Lärm-, Schmutz- und Gestankproblematik der Großstädte im 19. und 20. Jahrhundert.¹¹ Der umweltgeschichtliche Zugang zur Sinnesgeschichte birgt jedoch das Problem einer impliziten Normativität. Das lässt sich besonders gut am Beispiel des Lärms erkennen: Wenn Lärm von vornherein als gleichsam objektiv messbare akustische Umweltverschmutzung gedeutet wird, gerät aus dem Blick, dass er zunächst ein soziales Problem ist und dass keineswegs von Anfang an feststeht, wer welche Geräusche als störend – und damit als Lärm – emp-

⁵ Alain Corbin, *Wunde Sinne. Über die Begierde, den Schrecken und die Ordnung der Zeit im 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1993, S. 198.

⁶ Ebd., S. 199.

⁷ Alain Corbin, *Die Sprache der Glocken. Ländliche Gefühlskultur und symbolische Ordnung im Frankreich des 19. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main 1995, S. 21.

⁸ Corbin, *Wunde Sinne*, S. 203.

⁹ Vgl. Corbin, *Die Sprache der Glocken*; ders., *Pesthauch und Blütenduft. Eine Geschichte des Geruchs*, Berlin 1984.

¹⁰ Vgl. etwa Alexander Cowan und Jill Steward (Hrsg.), *The City and the Senses. Urban Culture Since 1500*, Aldershot 2007; John Urry, *City Life and the Senses*, in: Gary Bridge und Sophie Watson (Hrsg.), *A Companion to the City*, Oxford und Malden 2000, S. 388-397 sowie den Tagungsbericht von Nicolas Kenny, *Conference Report: The Five Senses of the City. From the Middle Ages to the Contemporary Period*. International Conference in Tours, France, from 19th to 20th May 2011, in: *IMS 2* (2011), S. 15-19.

¹¹ Vgl. etwa Richard Birkefeld und Martina Jung, *Die Stadt, der Lärm und das Licht. Die Veränderung des öffentlichen Raumes durch Motorisierung und Elektrifizierung*, Seelze 1994; Martin V. Melosi (Hrsg.), *Pollution and Reform in American Cities, 1870 - 1930*, Austin 1980; Peter Payer, *Unerwünschte Geräusche. Lärm und Großstadt im 20. Jahrhundert*, in: *Blätter für Technikgeschichte* 66/67 (2004), S. 69-94; Dittmar Machule, Olaf Mischer und Arnold Sywottek (Hrsg.), *Macht Stadt krank? Vom Umgang mit Gesundheit und Krankheit*, Hamburg 1996; Michael Toyka-Seid, *Von der „Lärmpest“ zur „akustischen Umweltverschmutzung“*. Lärm und Lärmwahrnehmung als Themen einer modernen Umweltgeschichte, in: Bernd Herrmann (Hrsg.), *Beiträge zum Göttinger Umwelthistorischen Kolloquium 2008-2009*, Göttingen 2009, S. 253-276.

findet und wer nicht.¹² Es erscheint daher sinnvoll, die Sinnesgeschichte der Stadt nicht im engeren Sinn als Teil der Umweltgeschichte zu behandeln. Vielmehr sollte sie als Zugang zu einer integrierten Erfahrungsgeschichte der Stadt genutzt werden.

Um diese Idee der Sinnes- als Erfahrungsgeschichte zu erläutern, sei hier noch einmal ein Ausflug in die Geschichte des Hörens erlaubt: In einem unlängst erschienenen programmatischen Aufsatz über die „Perspektiven einer Klanggeschichte der Neuzeit“ geht Jan-Friedrich Missfelder auf die jüngsten Debatten um den sogenannten „acoustic turn“ ein, der zumeist als Antwort auf den „visual turn“ der vergangenen Jahre verstanden wird. Missfelder weist jedoch darauf hin, dass „acoustic“ und „visual turn“ nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten, sondern gemeinsam als Bestandteile eines „sensory turn“ zu verstehen sind. Der vorherige „turn“, gegen den sich dieser „sensory“ turn wendet, ist dann der „linguistic turn“.¹³ Während der „linguistic turn“ postuliert habe „Il n’y a pas de hors-text“, das unsere Wirklichkeitskonstruktion also immer textuell, diskursiv strukturiert sei, setze dem der „sensory turn“ entgegen: „Il n’y a pas de hors-sens.“¹⁴ Dies bedeutet, dass unsere Sinne für unsere Weltwahrnehmung konstitutiv sind. Sinnesgeschichte sollte daher nicht als weitere Bindestrichgeschichte neben Politik-, Sozial- oder auch Stadtgeschichte verstanden werden, also als Geschichte eines bestimmten Gegenstandsbereichs, sondern als Zugangsweise zu allen möglichen geschichtlichen Phänomenen: „Sinnesgeschichte hat in diesem Sinne keinen prinzipiell abgegrenzten Gegenstand, sondern stellt eine Art und Weise dar, das Ganze der Geschichte neu, von der sinnlichen Konstituierung der Wirklichkeit her zu fassen.“¹⁵

In Bezug auf die Stadtgeschichte erscheint die so verstandene Sinnesgeschichte in besonderer Weise geeignet, einen Beitrag zur Erforschung der „inneren Urbanisierung“ im Sinne Gottfried Korffs zu leisten, also der Arten und Weisen, in denen sich die historischen Akteure an die neuartigen Bedingungen des städtischen Lebens anpassen, in denen sie sich diese aneigneten und gestalteten.¹⁶ Dabei darf die Sinnestätigkeit der Stadtbewohner nicht als passiv verstanden werden. Es geht viel-

¹² Vgl. zu diesem Argument ausführlicher Daniel Morat, Zwischen Lärmpest und Lustbarkeit. Die Klanglandschaft der Großstadt in umwelt- und kulturhistorischer Perspektive, in: Bernd Herrmann (Hrsg.), Beiträge zum Göttinger Umwelthistorischen Kolloquium 2009-2010, Göttingen 2010, S. 173-190.

¹³ Das Für und Wieder der Einordnung der kulturwissenschaftlichen Debatten in die vielen „turns“ der letzten Jahre mag hier unerörtert bleiben; vgl. dazu Doris Bachmann-Medick, Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften, Reinbek bei Hamburg 2006.

¹⁴ Jan-Friedrich Missfelder, Period Ear. Perspektiven einer Klanggeschichte der Neuzeit, in: Geschichte und Gesellschaft 38 (2012), S. 21-47, hier: S. 27-28.

¹⁵ Ebd., S. 28.

¹⁶ Vgl. Gottfried Korff, Mentalität und Kommunikation in der Großstadt. Berliner Notizen zur „inneren“ Urbanisierung, in: Hermann Bausinger und Theodor Kohlmann (Hrsg.), Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung, Berlin 1985, S. 343-361.

mehr um sinnliche Praktiken im Sinne einer aktiven Aneignung und sinnlichen Herstellung des städtischen Lebens. Für einen solchen praxisorientierten Ansatz der Sinnesgeschichte kann man sich am Erfahrungsbegriff des Tübinger Sonderforschungsbereichs „Kriegserfahrungen“ orientieren. Dort wurde Erfahrung als permanenter Verarbeitungsprozess definiert, „in welchem Wahrnehmung, Deutung und Handeln miteinander koordiniert werden“.¹⁷ Die Erfahrungen werden dabei zugleich durch die körperlichen Praktiken konstituiert, die die Sinnesindrücke vermitteln, und durch die sinnliche Herstellung des Raums.¹⁸ Obwohl er von Gottfried Korff nur an einer Stelle kurz erwähnt wird, kann als wichtiger Wegbereiter und Vorläufer dieser Frage nach der sinnlichen Struktur der inneren Urbanisierung Georg Simmel gelten. In seinem klassischen Text „Die Großstädte und das Geistesleben“ von 1903 erkannte Simmel bekanntlich in der „Steigerung des Nervenlebens, die aus dem raschen und ununterbrochenen Wechsel äußerer und innerer Eindrücke hervorgeht“, die „psychologische Grundlage, auf der der Typus großstädtischer Individualität sich erhebt“. Mit Simmel lässt sich also die Frage nach den „sinnlichen Fundamenten des Seelenlebens“ des Großstädtlers, des großstädtischen Habitus und der Praxisformen von Urbanität stellen.¹⁹

Mit seinem Text über „Die Großstädte und das Geistesleben“ fällt Simmel nicht zufälligerweise in die Phase der deutschen Hochurbanisierung um 1900, in der sich zugleich die ersten Ansätze einer modernen Stadtsoziologie und -ethnographie entwickelten. Das rasante Städtewachstum hatte innerhalb weniger Jahrzehnte zu so tiefgreifenden Veränderungen des städtischen Lebens geführt, dass diese auch nach einer wissenschaftlichen Beschreibung und Deutung verlangten. Tatsächlich bietet diese Epoche auch heute noch besonders reichhaltiges Studienmaterial für die sinnesgeschichtliche Frage nach den Mechanismen der inneren Urbanisierung. Die Formulierung von der ‚Herausbildung‘ einer großstädtischen Mentalität oder modernen Urbanität in dieser Zeit sollte allerdings nicht dazu verführen, die innere Urbanisierung für einen abgeschlossenen Prozess zu halten. Der Begriff der (äußeren) Urbanisierung mag ursprünglich an quantitatives Wachstum gebunden gewe-

¹⁷ Nikolaus Buschmann und Horst Carl, Zugänge zur Erfahrungsgeschichte des Krieges. Forschung, Theorie, Fragestellung, in: dies. (Hrsg.), *Die Erfahrung des Krieges. Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven von der Französischen Revolution bis zum Zweiten Weltkrieg*, Paderborn 2001, S. 11-26, hier: S. 18.

¹⁸ Vgl. Nicolas Kenny, *Corporeal Understandings of the Industrialising Environment*, in: Stéphane Castonguay und Michèle Dagenais (Hrsg.), *Metropolitan Natures. Urban Environmental Histories of Montreal, Pittsburgh 2011*, S. 51-67; Steven Feld, *Places, Sensed Senses Placed. Toward a Sensuous Epistemology of Environments*, in: David Howes (Hrsg.), *Empire of the Senses. The Sensual Culture Reader*, Cambridge 2005, S. 179-191.

¹⁹ Georg Simmel, *Die Großstädte und das Geistesleben*, in: ders., *Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908*, Bd. 1, Frankfurt am Main 1995, S. 116-131, hier: S. 116-17.

sen sein, was seine Verwendung für die städtischen Veränderungsprozesse im Europa des 20. Jahrhunderts schwieriger macht. Die innere Urbanisierung ist demgegenüber aber von Anfang an als qualitativer Prozess der Aneignung und Anpassung zu verstehen, der immer wieder fortgesetzt und erneuert werden muss. Somit können auch Prozesse der Suburbanisierung, Cityverödung oder Städteschrumpfung, die sich im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts beobachten lassen, im Hinblick auf ihre sinnesgeschichtliche Dimension und auf die durch sie notwendig gemachten inneren Anpassungsleistungen untersucht werden. Um wiederum ein Beispiel aus der Geschichte des Hörens herauszugreifen: Am Ruhrgebiet lässt sich etwa der Prozess der Deindustrialisierung eines urbanen Ballungsraums über das Verschwinden der für den Bergbau charakteristischen Töne und Klänge auch als Wandel einer Klang- und damit Erfahrungslandschaft erfassen.²⁰ Für die Veränderungen des städtischen Lebens unter den Bedingungen der beiden Weltkriege finden sich ebenfalls schon einige Studien, die den kriegsbedingten Wandel der Sinnesregime thematisieren.²¹

Schließlich lassen sich auch die architektonischen und städtebaulichen Veränderungen im 20. Jahrhundert auf die Möglichkeiten der sinnlichen Stadtaneignung befragen, die sie eröffnen oder verhindern. Mit Richard Sennett kann man diese Frageperspektive auf die Konstitutionsbedingungen des öffentlichen Raums erweitern. Für Sennett zeichnet sich eine lebenswerte und sozial funktionsfähige Stadt dadurch aus, dass sie die körperliche und sinnliche Begegnung ihrer Bewohner und Besucher auch über soziale Grenzen hinweg ermöglicht. Die moderne Stadtplanung und Architektur kritisiert er dafür, dass sie diese Begegnung im öffentlichen Raum durch die Privatisierung öffentlicher Flächen und Gebäude, durch die Zementierung innerstädtischer Grenzen und durch die Undurchlässigkeit der scheintransparenten Stahl- und Glasfassaden zunehmend unterbinde.²² Man muss die normativen Vorgaben von Sennetts Stadt- und Öffentlichkeitsbegriff jedoch nicht unbedingt teilen, um seine Analyse der sinnlichen und körperlichen Erfahrungsweisen

²⁰ Vgl. Uta C. Schmidt, Industriegeschichte hören. Ein Schallarchiv zur Klanglandschaft Ruhrgebiet, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 8:2 (2011), S. 305-314.

²¹ Vgl. Roger Chickering, *Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag 1914-1918*, Paderborn 2009, S. 249-301; Belinda J. Davis, *Home Fires Burning. Food, Politics, and Everyday Life in World War I Berlin*, Chapel Hill und London 2000; Jay M. Winter und Jean-Louis Robert (Hrsg.), *Capital Cities at War. Paris, London und Berlin, 1914-1919, Volume 2: A Cultural History*, Cambridge 2007; für den Zweiten Weltkrieg Dietmar Süß, *Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England*, München 2011, S. 185-254.

²² Vgl. dazu besonders Richard Sennett, *Civitas. Die Großstadt und die Kultur des Unterschieds*, Frankfurt am Main 1991; ders., *Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation*, Berlin 1995; ders., *Reflections on the Public Realm*, in: Gary Bridge und Sophie Watson (Hrsg.), *A Companion to the City*, Oxford und Malden 2000, S. 380-387.

der Stadt für die eigene Forschung produktiv zu machen. Denn mit Sennett lassen sich die Veränderungen des öffentlichen Raums in der Stadt auch wertneutral als Veränderungen ihres sensorischen Regimes beschreiben und über diese genauer fassen. Als integrierte Erfahrungsgeschichte ermöglicht eine Sinnesgeschichte der Stadt somit auch die Analyse politischer und sozialer Veränderungsprozesse in Städten des 20. und frühen 21. Jahrhunderts.

**Dr. Daniel Morat, Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin,
daniel.morat@fu-berlin.de**

H E I K E W E B E R

Urbanisierung und Umwelt: Ein Plädoyer für den Blick auf Materialitäten, Ressourcen und urbane ‚Metabolismen‘

In der Debatte um eine nachhaltige Zukunft nehmen Städte und die globalen Urbanisierungsprozesse angesichts ihrer starken Umweltauswirkung eine Schlüsselstellung ein. Allerdings ist der Umwelteinfluss von Städten komplex, wie es Forschungen der „Stadtökologie“ („urban ecology“) zeigen.¹ Ob ihrer Menschen- und Materialansammlung weisen sie zwar Emissionswerte (Abwasser, Abgase, Müll) auf; zugleich aber verbrauchen sie pro Kopf weniger Land als ländliche, dörfliche oder suburbane Siedlungen. Auch der Urbanisierungsprozess des 19. und 20. Jahrhunderts ging mit fundamentalen Umweltveränderungen der Zeit einher², ausgelöst sowohl durch den engeren Verstädterungsprozess als auch durch den weiteren Prozess der Aneignung städtischer Lebensformen. Dennoch ist die Urbanisierungsgeschichte seltsam blind für das Verhältnis von Urbanisierung und Umwelt geblieben. Sie diskutiert klassischerweise Demographie, Migrationsphänomene sowie urbane Lebens- und Wirtschaftsweisen. Die Umweltthematik hingegen wurde unter Stichworten wie Hygienereform und Munizipalsozialismus subsumiert und es wurde beschrieben, wie die Städte ihre Hygiene- und Umweltprobleme um 1900 über kommunale Infrastrukturen, Gesundheitsleistungen und eine moderne Zonenpolitik

¹ Lisa Benton-Short, John Rennie Short, *Cities and Nature*, London und New York 2008.

² Als Konzeptionalisierungsversuch für das amerikanische Modell vgl. Samuel Hays, *The Role of Urbanization in Environmental History*, in: Ders., *Explorations in Environmental History*, Pittsburgh 1998, S. 75-84.

und Stadtplanung zu kompensieren suchten. Umgekehrt hat sich aber auch die Umweltgeschichte kaum dezidiert mit Urbanisierungskonzepten auseinandergesetzt. Folgten ihre Studien zur Stadt zunächst dem Narrativ des Niedergangs und beschrieben Städte einseitig als Naturfeind und Umweltzerstörer, so hat die neuere „urban environmental history“ Einsichten aus der Stadtökologie aufgegriffen und konzipiert auch die historische Stadt zunehmend als ein Ökosystem mit physischen, biologischen und sozialen Strukturen. Nichtsdestotrotz werden die Umweltwirkungen der Urbanisierung primär als Effekte von Industrialisierung und Bevölkerungswachstum beschrieben – zwei für das nordwesteuropäische und amerikanische Modell der Urbanisierung ja auch unerlässliche Prozesse –, ohne Impulse für Urbanisierungskonzepte zu entwickeln. Im Folgenden werden daher erste Anregungen für eine nähere Thematisierung von Urbanisierung und Umwelt gegeben. Die hierfür hilfreichen Ansätze werden entlang von zwei Themenfeldern vorgestellt: Erstens wird dafür plädiert, Materialitäten und im weitesten Sinne „Umwelten“ als wirkmächtige Faktoren der Stadtgeschichte zu berücksichtigen; zweitens werden neuere Forschungen zu Stoffströmen, dem „Metabolismus“ der Stadt und den Austauschprozessen zwischen Stadt und Hinterland vorgestellt, die Anlass geben, die Verflechtungen von Städtewachstum, Industrialisierung und beginnender Massenkonsumentengesellschaft bzw. der Ausweitung urbaner Lebensformen neu zu beleuchten. Nach einer langen Zeit der eher kulturalistisch orientierten historischen Analyse des Stadtlebens wird mithin dessen stofflich-ökologische Dimension betont. Auch könnte sich eine derart ausgerichtete Stadtgeschichte stärker in die bisher weitgehend ahistorisch geführte Debatte um die Stadt als nachhaltige Lebensform im 21. Jahrhundert einbringen.³

Materialitäten und ‚urbanisierte‘ Umwelten als Aktanten der Stadtgeschichte

Mit der Alliteration „Matter matters“ wies der führende Kopf der so genannten *Material Culture Studies*, Daniel Miller, einst auf die Wirkmacht von Dingen und materialen Ensembles hin. Bruno Latour wiederum hat Dinge und technische Artefakte als „Aktanten“ bezeichnet, um zu markieren, dass in ihnen soziale und kulturelle Verhältnisse eingeschrieben sind und dass sie als wirkmächtige Akteure in jeder Gesellschaftsanalyse mitbedacht werden müssen. An Latour angelehnte Arbeiten aus dem Bereich der *Science-and-Technology-Studies* und dem engeren Feld der *Actor-Network-Theory* gehen sogar so weit, die Grenze zwischen Technik und Gesellschaft aufzuweichen und stattdessen von sozio-technischen Hybriden zu sprechen.⁴

³ Dieter Schott und Michael Toyka-Seid, Stadt und Nachhaltigkeit, in: IMS 2 (2010), S. 7-21.

⁴ Als Übersicht: Andréa Belliger und David J. Krieger (Hrsg.), ANThology. Ein einführendes Handbuch zur

Dabei wird nicht etwa eine neue Art von Technikdeterminismus entwickelt, sondern die fest verstrickte, wechselseitige Formung von Technik und Gesellschaft wird betont. Solche Überlegungen thematisieren bisher nur ansatzweise Umwelt- und Naturfragen, aber ihre Ansätze lassen sich dahin gehend erweitern: Erstens ist nicht nur das ‚Gemachte‘, sondern auch ‚Natur‘ eine widerständige Teilnehmerin am sozialen Geschehen; geographische Begebenheiten haben beispielsweise Städte geprägt. Zweitens wirken Dinge und Stoffe – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – auf die Umwelt bzw. schaffen neue Umwelten, die abermals Beharrungskraft und Wirkmacht aufweisen. Die Versiegelung der Fläche beispielsweise hat Städte zu Wärmeinseln gemacht; der hohe Stoffdurchsatz der Stadt lässt sie sowohl zur „urbanen Mine“ wie auch zur gefährlichen Sonderdeponie werden. Dies zeitigt Handlungsbedarf und erzeugt neue sozio-technische Konstellationen wie etwa legale und illegale Sammlungen von Elektronikschrott. Dabei mag die Rede von „Umwelten“ anstelle von „Natur“ angemessener sein, denn letzterer impliziert eine Dichotomie zwischen Natur und Mensch bzw. Natur und Technik, derweil Gesellschaft, Technik und Natur – im modernen Europa ohnehin längst ein Produkt menschlicher Intervention – in Wechselwirkung stehen und zusammen Umwelten erschaffen und formen. Gerade die Stadt ließe sich als eine solche spezifische Umwelt fassen: Naturmächte erscheinen zwar durch einen hohen Technikeinsatz in höchstem Maße gebändigt und zurückgedrängt; eine nähere Analyse zeigt aber, dass die angestrebte (angebliche) Emanzipation von der „Natur“ nur über eine verstärkte Verwicklung von Natur und Technik und damit auch neue Abhängigkeiten und eine Veränderung der Umwelt erreicht wurde. Drehte beispielsweise der Städter um 1900 in seiner Küche den Wasserhahn auf, so wurde die über den Brunnen noch recht stark gegebene Beziehung zur Naturressource Wasser verwischt und wegen der verzweigten Vermittlung über die Trinkwasserinfrastruktur, die das Wasser von Ferne holte, kaum mehr als solche erlebt. Infrastrukturelle Netzwerke, die zunächst eine urbane Erscheinung waren, schaffen Ressourcen aus weiter Ferne her und sind mithin weit mehr, als es ihre bisherige Fassung als „versteckte Stadt“ vorgibt. Sie verbinden die Stadt mit der Umwelt und transformieren beide. Ohne Rekurs auf das Städtische sprechen die Technik- und Umwelthistoriker Sara Pritchard und Thomas Zeller daher von „envirotechnical systems“ oder „envirotechnical landscapes“, um auf die Verwebung von Technik, Umwelt und Gesellschaft hinzuweisen.⁵ An der Stadt orientierte Arbeiten seitens der Politischen Ökologie wiederum reden von einer „Urba-

Akteur-Netzwerk-Theorie, Bielefeld 2006.

⁵ Sara B. Pritchard und Thomas Zeller, *The Nature of Industrialization*, in: Martin Reuss und Stephen Cutcliffe (Hrsg.), *The Illusory Boundary. Environment and Technology in History*, Charlottesville und London 2010, S. 69-100.

nisierung der Natur“.⁶ Ähnlich fordert Dorothee Brantz dazu auf, statt nach der Dimension der Vernichtung der Natur danach zu fragen, welche verschiedenen Verhältnisse Städte mit Naturräumen eingingen.⁷ Ansätze wie „environmental injustice“ und „splintering urbanism“ weisen darüber hinaus darauf hin, dass der Zugang zu einer städtischen Lebensweise ungerecht verteilt ist – und dies auch in der Ära des Munizipalsozialismus war. Auch wenn die Rede von „Stadt-Technik-Umwelt“-Hybriden kaum mehr empirisch zu fassen ist, wenn etwa Erik Swyngedouw von der Stadt als einer „kaleidoscopic socio-physical accumulation of human/non-human imbroglios“ spricht,⁸ so hilft sie als Metapher dabei, bisherige polare und zu einseitige Denkweisen zum Verhältnis Urbanisierung und Umwelt aufzuweichen. Auch scheint sie angemessener, um nicht-westliche Wege der Urbanisierung zu fassen, denn das Städtewachstum in ärmeren Regionen folgte nicht dem Modell der „hygienischen Stadt“, war kaum von Ingenieuren und Stadtpolitik kontrolliert, nutzte darüber hinaus andere, und zwar zumeist ältere, durch Umnutzung ‚kreolisierter‘ Techniken und schuf so auch ganz andere Umwelten.

Was könnten Studien zum „urbanen Metabolismus“ leisten?

„Metabolismus“ ist inzwischen zu einem vielfältigen Konzept der Stadt- und Umweltforschung geworden, und der Begriff wird in seinen unterschiedlichen Anwendungsfeldern – Urbane Politische Ökologie, „urban environmental history“ und Humanökologie – empirisch verschieden ausgefüllt. Gemeinsam ist ihnen die Perspektive, Gesellschaft bzw. die Stadt als einen Stoffwechsel zu verstehen und die Austauschbeziehungen zwischen Gesellschaft/Stadt und Umwelt zu analysieren. Gegenüber der etwas älteren Metapher des „Kreislaufs“ hat die Rede vom Metabolismus außerdem den Vorteil, keine geschlossenen Stoffkreisläufe zu suggerieren, sondern setzt an deren Stelle die oben angesprochenen Transformationen von Technik, Gesellschaft und Umwelt. Empirisch werden diese allerdings eher nur innerhalb der Urbanen Politischen Ökonomie detailliert analysiert.

Eher als Denkmetapher nutzen städtische Umwelthistoriker den „Metabolismus“ der Stadt, um den Wandel der sich industrialisierenden Stadt zu beschreiben, die sich vermehrt Umwelt in Form von Flächenbebauung, Trinkwasserversorgung, städ-

⁶ Vgl. z.B. Maria Kaika, *City of Flows: Modernity, Nature, and the City*, New York 2005.

⁷ Dorothee Brantz, *The Natural Space of Modernity*, in: Ursula Lehmkuhl und Hermann Wellenreuther (Hrsg.), *Historians and Nature: Comparative Approaches to Environmental History*, Oxford 2007, S. 195-225.

⁸ Erik Swyngedouw, *Metabolic urbanization. The making of cyborg cities*, in: Nikolas Heynen u.a., *In the Nature of Cities: Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism*, London und New York 2006, S. 20-39, hier: S. 24.

tischem Grün etc. aneignete und umgekehrt steigende Entsorgungsströme (Abwasser, Müll, Emissionen) an die Umwelt abgab.⁹ Sich auf Marx beziehend, der Arbeit als einen „Stoffwechsel“ zwischen Mensch und Natur und den Warentausch dementsprechend als „Stoffwechsel“ der gesellschaftlichen Arbeit fasste, benutzt die Urbane Politische Ökologie den Begriff wesentlich kritischer und politisch brisanter; politische Machtverhältnisse und das Entstehen des Städtischen als Hybrid aus Gesellschaft, Technik und Umwelt stehen im Vordergrund der Analyse, die sich daher auch auf Mikrostudien einschränken muss. Dementsprechend kritisiert diese Strömung auch die quantitativ orientierten Metabolismus-Studien aus Humanökologie und Umweltwissenschaften, die mit einem ingenieurwissenschaftlichen Instrumentarium die In- und Outputströme einer Stadt konkret bemessen, ohne aber eine tiefere Gesellschaftsanalyse zu betreiben.¹⁰ Eine solche Kritik unterschätzt aber zugleich das Potential jener Studien, die eine historische Perspektive integrieren und den gesellschaftlichen Stoffwechsel über lange Zeiträume hinweg untersuchen. Diese könnten nämlich sehr wohl auf den Zusammenhang von Nachhaltigkeit und urbaner Lebensweise befragt werden. Allerdings liegen zur Zeit vornehmlich für die Frage der Zäsur der Industrialisierung der Gesellschaft detaillierte Metabolismus-Studien vor, die noch nicht näher zwischen städtischen und ländlichen Material- und Energieflüssen der industrialisierten Gesellschaft unterscheiden.¹¹

Zentrale Zäsuren des Industriezeitalters wie der Übergang vom solaren in das fossile Zeitalter oder die Etablierung der Eisenbahn als schnelles Verkehrsmittel spiegeln sich auch in der Urbanisierungsgeschichte wider. Gut belegt ist dies bereits für die Herausbildung und Ausweitung städtischer Ernährungsweisen oder hinsichtlich verschiedener Lebensbereiche für das umfassend untersuchte Stadtbeispiel Wien.¹² Der Energiebedarf Wiens beispielsweise stieg zwischen 1860 und 1890 stark an, derweil der Wiener des 20. Jahrhunderts erst um 1960 wieder soviel Energie verbrauchte wie vor der Weltwirtschaftskrise; sowohl Pfisters „50er Jahre-Syndrom“ wie auch die Zäsur der Ölkrise lassen sich hier ablesen. Sabine Barles hat in ihrer wegweisenden Studie zum Metabolismus von Paris gezeigt, dass die Städte auch noch am Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur Konsumenten von natürlichen Ressourcen und Gewerbeprodukten waren, sondern über ihre Reste des Alltagslebens

⁹ Vgl. exemplarisch: Joel Tarr, *The Metabolism of the Industrial City: The Case of Pittsburgh*, in: *Journal of Urban History* (2002), S. 511-45.

¹⁰ So z. B. Christopher Kennedy u.a., *The Changing Metabolism of Cities*, in: *Journal of Industrial Ecology* 11 (2007), S. 43-59.

¹¹ Vgl. Rolf Peter Sieferle u.a., *Das Ende der Fläche. Zum gesellschaftlichen Stoffwechsel der Industrialisierung*, Wien 2006.

¹² Vgl. Peter Atkins u.a., *Food and the City in Europe since 1800*, Aldershot und Burlington 2007; Karl Brunner (Hrsg.), *Umwelt Stadt: Geschichte des Natur- und Lebensraumes Wien*, Wien u.a. 2005.

Ressourcen für Industrie und Landwirtschaft „produzierten“:¹³ Alte Textilien wurden in der Papierproduktion eingesetzt und städtischer Müll gelangte als Dung in den Gemüse-, Wein- und Rübenanbau der Peripherie. Dieser Stoffaustausch zwischen Stadt, Industrie und Landwirtschaft fand je nach Stoffklasse zu unterschiedlichen Zeiten ein Ende; den Schlusspunkt der wechselseitigen Austauschprozesse verortet Barles in der Zwischenkriegszeit und setzt damit eine neue Zäsur. Ganz nebenbei hat Sabine Barles außerdem die bisher verkannte Rolle von städtischen Lumpen- und Altstoffhändlern beleuchtet, die nämlich durch ihre Vermittlung zwischen Produktion und Konsumtion wesentlich zur Herausbildung der urbanen Konsumgesellschaft beitrugen. Wie regional unterschiedlich städtische Stoff- und Energieströme sein können, zeigt insbesondere ein Vergleich zu asiatischen Städten für den Fall von Fäkalien, die dort nämlich noch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein als Dung weiterverwendet wurden.¹⁴ Lügen weitere solcher Studien vor, so ließen sich instruktive Vergleiche zum Wandel der städtischen Lebensweise anstellen. Die Zeitgenossen der europäischen Urbanisierung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jedenfalls waren sich der dramatischen Veränderung des „Stoffwechsels der Stadt“ hoch bewusst und machten sich an sein Studium, und zwar vor allem hinsichtlich von Nahrungsmitteln, Wasser, Abwasser sowie Fäkalien.¹⁵

Ein Verfolgen von Stoffströmen zeigt unmittelbar, dass zur Stadt unauflöslich auch ein Hinterland gehört. Der Getreidespeicher des antiken Roms lag in Nordafrika, das mittelalterliche Wien bezog Vieh aus Ungarn, und London nutzte schon im 18. Jahrhundert ganz England als Hinterland, derweil sich Paris mit einer rund 100 km bemessenden Zone um die Île-de-France begnügte. Die städtische Umweltgeschichte hat betont, dass bereits die vorindustrielle, europäische Stadt Umweltprobleme aufwies und ihre Wirtschaft weit ausgriff und bereits großräumige Wirtschaftslandschaften formierte. Dieses Ausgreifen in das Hinterland verstärkte sich in der Urbanisierung des 19. und insbesondere des 20. Jahrhunderts jedoch fundamental. William Cronon hat in „Nature’s Metropolis“ beschrieben, wie der Aufstieg Chicagos nur zusammen mit der Transformation von Wirtschaft und Landschaft eines immer weiter ausgreifenden Hinterlandes möglich war und wie dabei die Naturressourcen Getreide, Holz und Vieh über den Weg durch das Urbane zu Mehl,

¹³ Sabine Barles, *L'invention des déchets urbains. France: 1790-1970*, Seyssel 2005; dies., *A metabolic approach to the city: nineteenth and twentieth century Paris*, in: Dieter Schott u.a. (Hrsg.), *Resources of the City: Contributions to an Environmental History of Modern Europe*, Aldershot 2005, S. 28-47.

¹⁴ Vgl. folgende klassische Studie zum urbanen Metabolismus: Stephen Boyden, *The Ecology of a city and its people: the case of Hong Kong*, Canberra u.a. 1981.

¹⁵ Vgl. etwa: George Dodd, *The Food of London*, London 1856; Armand Husson, *Les Consommations de Paris*, Paris 1856; wesentlich später: Theodor Weyl, *Versuch über den Stoffwechsel Berlins. Eine hygienisch-statistische Untersuchung*, Berlin 1894.

Bauholz und Fleisch wurden.¹⁶ Ein Vergleich mit Paris verdeutlicht die Unterschiedlichkeit der europäischen und amerikanischen Urbanisierungsprozesse, wenn wie im Falle von Chicago – das zunächst nur ein „mudhole in the prairie“ war und dann wie zuvor etwa Manchester zur „shock city of industrialization“ wurde –¹⁷ keine traditionellen Stoffkreisläufe zwischen Industrie, Stadt und umgebendem Land vorhanden waren.

Allerdings ist die Rede von „Peripherie“ bzw. „Um“- oder „Hinterland“ problematisch, denn die meisten Stoffströme und Vermittlungen sind spätestens im Lauf des 20. Jahrhunderts überregional oder global geworden. Die Welt bildet das Hinterland der Stadt, zumindest in jenen Fällen, wo der frühere Stadt-Land-Gegensatz in den Lebens- und Konsumformen einem Stadt-Land-Kontinuum gewichen ist, derweil die Stadt als Knotenpunkt und Ort des Stoffumsatzes zentral geblieben ist. Es fehlen noch Begrifflichkeiten, um dies angemessen zu fassen, aber ein Versuch stellt der so genannte „ökologische Fußabdruck“ dar.¹⁸ Er geht erst gar nicht davon aus, ein reales Hinterland beschreiben zu können, sondern berechnet dieses virtuell als Maßzahl der „globalen Hektar pro Einwohner“, die nötig wären, um den Stoff- und Energieumsatzes einer jeweiligen Stadt bzw. Nation aufrechtzuerhalten. Theoretisch würden jedem Menschen ca. 1,8 ha zustehen. Der durchschnittliche Europäer beansprucht 4,7 ha (zum Vergleich: der Wiener 3,9 ha, der Berliner 4,4 ha und der Osloer 7,7 ha) und damit wesentlich mehr, als Europa selbst an Fläche bereit stellt, wobei 1,7 ha bereits durch die etablierten Infrastrukturen (Wohnen, Verkehr etc.) gebunden sind. Zu untersuchen, wie sich die Fußabdrücke einzelner Städten und Zeiten unterscheiden, könnte neue Erkenntnisse zur weiteren Differenzierung unterschiedlicher Urbanisierungswege liefern. Zugleich ist aber klar, dass eine Transformation zu einer nachhaltigen „Ökopolis“, wie sie etwa Herbert Girardet als Nachfolge der heutigen parasitären „Petropolis“, die natürliche Ressourcen verbraucht und Abfälle an die Umwelt abgibt, fordert¹⁹, nicht von heute auf morgen zu realisieren ist. Denn die inzwischen über mehr als ein Jahrhundert herausgebildeten Hybriditäten von Stadt, Technik und Umwelt lassen sich nicht plötzlich ungeschehen machen. Stadthistoriker hätten einiges hierzu zu sagen. Auch könnte eine umwelthistorisch angereicherte Urbanisierungsforschung etablierte Narrative korrigieren. So erschiene in einer solchen Perspektive etwa der Industrialisierungsprozess

¹⁶ William Cronon, *Nature's Metropolis. Chicago and the Great West*, New York und London 1991.

¹⁷ Harold L. Platt, *Shock Cities: The Environmental Transformation and Reform of Manchester and Chicago*, Chicago 2005, S. 78.

¹⁸ Mathis Wackernagel und William Rees, *Unser ökologischer Fußabdruck. Wie der Mensch Einfluss auf die Umwelt nimmt*, Basel 1997.

¹⁹ Herbert Girardet, *Von der Petropolis zur Ökopolis*, in: *Politische Ökologie*, März 2011 (Post-Oil City. Die Stadt von morgen), S. 84-90.

weniger als ein „Fortschritt“ denn als eine Phase größter Verschwendung und Ineffizienz und das westliche Urbanisierungsmodell müsste nicht nur als ein Siegeszug von Stadttechnik und Hygiene, sondern auch als das Ende von sinnvollen Praxen des Wiedernutzens und ein Externalisieren von Umweltproblemen in ein immer weiter ausgreifendes Hinterland beschrieben werden.

Dr. Heike Weber, Institut für Philosophie, Literatur-, Wissenschafts- und Technikgeschichte, TU Berlin, Heike.Weber.1@tu-berlin.de

S Y L V I A N E C K E R

Zwischen Großstadtvisionen und Siedlungshaus. Urbanisierung und Städtebau im Nationalsozialismus

Würde in einer Umfrage nach einer Beschreibung von Architektur und Städtebau im Nationalsozialismus gefragt werden, konzentrierten sich die Antworten vermutlich auf eine überschaubare Zahl von immer gleichen Begriffen, die unsere Vorstellung von sog. NS-Architektur bis heute prägen, wie z.B. „große Achsen“, „Steildach“ usw. Dass jenseits dessen noch andere Begriffe notwendig sind, um die Bau- und Planungskultur sowie Urbanisierungsprozesse im Nationalsozialismus adäquat zu beschreiben und zu historisieren, möchte ich in meinem Statement überblickshaft skizzieren.

Begrifflichkeiten

Einer geläufigen Definition nach umfasst Urbanisierung, knapp gefasst, sozial-ökonomische Prozesse, die sich in wachsenden Städten vollziehen und durch den Zugang von Bevölkerung in urbane Agglomerationen ausgelöst wurden. In deutschen Städten erreichten diese Prozesse in Form von Stadtwachstum, Bevölkerungszuwachs und den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Verdichtung der Städte vor allem in der Zeit der Hochindustrialisierung bis zum Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt.¹ Nach 1933 war hingegen nur in wenigen Städten ein Wachstum zu verzeichnen, auch wurden im Verhältnis zur Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus wesentlich schmalere Wohnungsbauprogramme realisiert. Die Phase

¹ Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt am Main 1985.

der Stadterweiterungen war etwa in den 1920er Jahren weitgehend abgeschlossen, denkt man etwa an die Eingemeindung der Vororte von Berlin im Groß-Berlin-Gesetz von 1920.² Einige wenige Städte vollzogen diesen Schritt erst nach 1933, so zum Beispiel Hamburg mit dem Groß-Hamburg-Gesetz 1937. Dagegen rangen Stadt- und Bauverwaltungen in den 1930er Jahren eher um Lösungskonzepte für die Folgeprobleme des rasanten Stadtwachstums vergangener Jahrzehnte. Doch entstand nicht erst im Nationalsozialismus der Wunsch, im „Moloch Großstadt“ Ordnung zu schaffen und das „Häusermeer“ aufzulockern. Spätestens seit den Städtebauausstellungen 1911 in Berlin und 1912 in Düsseldorf, deren Ergebnisse und Diskussionen Werner Hegemann unmittelbar nach dem internationalen Austausch von Experten in zwei umfangreichen Bänden publizierte³, waren die Themen, die auch Städtebauer und Architekten im Nationalsozialismus beschäftigten, auf die Agenda gesetzt: die Auflockerung und Durchgrünung der Städte durch Neuplanung bzw. Sanierung der alten Substanz sollten die alte Stadt des 19. Jahrhunderts ablösen und eine „neue“ Stadt entstehen lassen.⁴ Das „Neue“ sollte jedoch systematisch geplant werden. Die Erfahrungen mit der „gewachsenen“ Stadt evozierten den Ruf nach einer Planung, die die Materialität der historischen Stadt teilweise adaptierte und auch in den Formen – Stichwort „organische Stadt“ – den Eindruck des Gewachsenen erzeugen sollte. Folgt man dem Kunsthistoriker Vinken, ist die Altstadt letztlich eine Erfindung des modernen Städtebaus der 1930er Jahre.⁵ Für die Gestaltung der Stadt ist der regionale Bezug wichtig: in Linz wurde hierfür die in Oberösterreich vorherrschende Form des Vierkanthofs adaptiert, während die Neubauten in Hamburg-Altona im Kontext der Sanierungswelle 1934 bis 1936 mit den Klinkerfassaden die norddeutsche Backsteintradition aufgriffen und fortführten. Hinter den Fassaden erwarteten die Bewohner jedoch moderne Grundrisse, die eine ausreichende Besonnung der Wohnungen garantierten und sanitäre Anlagen, die zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse und damit zur „Gesundung“ der Stadt beitragen sollten.

² Vgl. Tilman Harlander, *Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus (= Stadt, Planung, Geschichte 18)*, Basel 1995; Karl Christian Führer, *Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914-1960 (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte 119)*, Stuttgart 1995.

³ Werner Hegemann, *Der Städtebau. Nach den Ergebnissen der Allgemeinen Städtebau-Ausstellung in Berlin, Berlin 1911*; ders., *Verkehrswesen, Freiflächen. Paris, Wien, Budapest. Erweitert durch das Material der Städteausstellung Düsseldorf 1912 (Der Städtebau 2)*, Berlin 1913.

⁴ Vgl. Dirk Schubert, *Stadterneuerung in London und Hamburg. Eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung*, Braunschweig 1997.

⁵ Vgl. Gerhard Vinken, *Zone Heimat. Altstadt im modernen Städtebau, Berlin und München 2010*.

Nur wenige Städte verzeichneten ab 1933 einen Bevölkerungszuwachs. Es waren vor allem die Städte mit Industrieansiedlungen wie Salzgitter und Linz, die im Zuge des Ausbaus der Hermann-Göring-Werke enorme Infrastruktur- und Wohnungsbauprogramme realisierten und von einem Einwohnerzuwachs – angeworbene Facharbeiter, „Fremdarbeiter“ und schließlich Zwangsarbeiter, die in der Rüstungsindustrie eingesetzt wurden – geprägt wurden. Auch Kiel gehört als Marine- und Rüstungsstandort zu den expandierenden Städten im „Dritten Reich“. Hinzu kamen Stadtneugründungen wie die „Stadt des KdF-Wagens“ – heute Wolfsburg – und das schon genannte Salzgitter – ehemals „Stadt der Hermann-Göring-Werke“ –, deren Planung utopische Züge aufwies. Als deren Grundlage sind zu nennen kompakte Stadtmodelle wie die von Gottfried Feder vorgeschlagene „neue Stadt“⁶, Bandstadtmodelle von Hans Bernhard Reichow, das Konzept einer Stadtlandschaft unter anderem von Konstanty Gutschow oder die von Ernst Neufert und anderen entwickelte „Mittelstadt“.⁷ Die verschiedenen Stadttypen waren Teil der vielfältigen Wiederaufbauplanung, die bekanntermaßen noch im Krieg begann und vielfach als Vorlage für den bundesrepublikanischen Wiederaufbau und teilweise auch für den Städtebau in der DDR dienten. Bei der Analyse dieser Stadt- und Urbanisierungsmodelle im Nationalsozialismus wird schnell deutlich, dass Städtebau nicht nur gestalterische Vorstellungen auf einer ästhetischen Ebene umfasste, sondern dass der Anspruch der Planer viel weiter reichte. Es ging Architekten und Städtebauern im Nationalsozialismus nicht bzw. *nicht nur* um idyllische Siedlungshäuser in ländlichen Regionen mit entsprechender Anbindung an nationalsozialistische Blut-und-Boden-Ideologien, sondern sie verfolgten mehrere, keinesfalls in sich homogene oder widerspruchsfreie Konzepte zwischen Großstadtvision und Siedlungshaus. Durch die Entwicklung der genannten Stadtmodelle versuchten die Architekten jedoch der NS-Volksgemeinschaft eine städtebauliche Form zu geben.

Das ist alles nicht neu, und so scheint auf den ersten Blick eine aktuelle Erforschung von Urbanisierung, Städtebau und Architektur im Nationalsozialismus nicht viel Neues bieten zu können – grundlegende Forschungsarbeiten in diesem Feld wurden seit den 1980er Jahren bereits in den Disziplinen der Stadtplanungs-, Architektur- und Kunstgeschichte veröffentlicht.⁸ Und doch hält sich trotz aller Dif-

⁶ Vgl. Gottfried Feder und Fritz Rechenberg, Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung, mit zahlreichen Tabellen sowie Typenblättern, Berlin 1939.

⁷ Zu den verschiedenen Modellen vgl. u.a. Werner Durth und Niels Gutschow, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940 - 1950. Band 1: Konzepte; Band 2: Städte (= Schriften des Deutschen Architekturmuseums zur Architekturgeschichte und Architekturtheorie), Braunschweig 1988.

⁸ Zu nennen sind u.a. Werner Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970,

ferenzierungsversuche der Topos der durchgehenden Großstadtfeindschaft und Hinwendung zum Siedlungshaus als (Anti-) Urbanisierungsmodell der Nationalsozialisten. Deshalb sollten zum einen die NS-Stadtkonzepte der 1930er und 1940er Jahre noch stärker als Teil der Geschichte des modernen Städtebaus im 20. Jahrhundert untersucht werden und zum anderen Akteure und Institutionen sowie deren Vernetzung intensiver in den Blick genommen werden.

Epochendenken

Für die historische Einordnung nationalsozialistischer Urbanisierungsmodelle ist ein erneutes Nachdenken bzw. Überdenken bisheriger Periodisierungen notwendig. Dafür sollte im Zuge einer dezidiert zeithistorisch orientierten Stadt- und Architekturforschung die Vorstellung einer geschlossenen Epoche von 1933 bis 1945 zugunsten der Einordnung in den Gesamtkontext des 20. Jahrhunderts – z.B. über den Begriff der „Hochmoderne“ – geöffnet werden. Auch diese Forderung ist alt, aber nicht überholt.⁹ Nicht zuletzt deckt sich die „Hochmoderne“ von 1880 bis 1970 genau mit der Einfluss- und Wirkungszeit der im Nationalsozialismus entscheidenden Generation von Akteuren. Viele der Architekten und Städtebauer machten in der Weimarer Republik ihre Ausbildung, gründeten in der Zeit der Weltwirtschaftskrise ihr Büro, stiegen in der Zeit des Nationalsozialismus die Karriereleiter hinauf und konnten in vielen Fällen auch in der Bundesrepublik ihre Laufbahn fortsetzen, bis sie sich schließlich Anfang der 1970er Jahre aus der Profession zurückzogen.¹⁰ Um in der zeithistorischen Forschung einen biographischen Ansatz

Neuausgabe (1. Aufl. 1986) Stuttgart 2001; Niels Gutschow, *Ordnungswahn. Architekten planen im „eingedeutschten Osten“ 1939 - 1945* (= *Bauwelt-Fundamente* 115), Basel 2001; Winfried Nerdinger, *Baustile im Nationalsozialismus: zwischen ‚Internationalem Klassizismus‘ und Regionalismus*, in: Winfried Nerdinger, *Architektur, Macht, Erinnerung. Stellungnahmen 1984 bis 2004*. Hrsg. v. Christoph Hölz und Regina Prinz, München 2004, 119-131; Vittorio Magnago Lampugnani und Romana Schneider (Hrsg.), *Moderne Architektur in Deutschland 1900 bis 1950. Reform und Tradition* [anlässlich der Ausstellung im Deutschen Architektur-Museum, Frankfurt am Main, vom 15. August bis 29. November 1992] (= *Moderne Architektur in Deutschland 1900 bis 1950*, Bd. 1), Stuttgart 1992; Tilman Harlander und Gerhard Fehl, *Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940-1945. Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung* (= *Stadt, Planung, Geschichte* 6), Hamburg 1986; Hartmut Frank und Giorgio Ciucci (Hrsg.), *Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930 bis 1945* (= *Stadt, Planung, Geschichte* 3), Hamburg 1985.

⁹ Gemeint ist die Verdichtung auf eine längere Epoche, etwa die „Hochmoderne“ zwischen 1880 und 1970, wie sie unter anderem der Zeithistoriker Ulrich Herbert vorschlug, vgl. Ulrich Herbert, *Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century*, in: *Journal of Modern European History* 5 (2007), S. 5-20.

¹⁰ Beispielhaft für diesen beruflichen Werdegang kann der Hamburger Architekt Konstanty Gutschow genannt werden, vgl. Sylvia Necker, *Konstanty Gutschow (1902-1978). Modernes Denken und volksge-*

sinnvoll mit der Analyse städtebaulicher Leitbilder und Urbanisierungsvorstellungen verknüpfen zu können, ist es daher notwendig, über die Zäsuren von 1933 und 1945 hinauszugehen. Die Kontinuitäten von der NS-Zeit in die Bundesrepublik sind dabei in der Forschung schon länger *state of the art*¹¹, während die Kontinuitäten im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts noch häufig vernachlässigt werden. Es wird zwar betont, dass die Betrachtung der Kontinuitätslinien im gesamten 20. Jahrhundert wichtig und dass eine Konstruktion einer Architekturepoche ab 1933 bzw. eines eigenständigen Urbanisierungsmodells ab 1933 wenig sinnvoll sei, und doch scheint es immer noch leichter, einen Bruch und eine deutliche Zäsur für die Jahre 1933 und 1945 zu konstatieren.

Experten und ihre Netzwerke

Der Ort der „Volksgemeinschaft“ war nicht vorrangig hinter den Fassaden der Repräsentationsarchitektur, die bislang im Vordergrund vieler Forschungsarbeiten stand, sondern in den alten, aber auch in den neu gebauten Wohngebieten angesiedelt. Beispiele finden wir im Markartviertel in Linz, in der SS-Kameradschaftssiedlung in Berlin-Zehlendorf, in Wohnblöcken der Hamburger Neustadt, aber auch in der Wohnsiedlung der Kieler Gartenstadt Elmschenhagen. Diesen Ort zwischen Siedlungs- und Geschosswohnungsbau gilt es als Kulminationspunkt von NS-Urbanisierungsstrategien aus zeithistorischer Perspektive zu untersuchen, denn die Analyse der Grundrisse allein macht ihn für die Forschung nicht greifbar. Damit sollen die Arbeiten zur Typisierung und Normierungen von Baustoffen, Materialien und Grundrissen im Wohnungsbau – wie sie etwa Tilman Harlander vorgelegt hat¹² – nicht kritisiert werden, im Gegenteil. Dennoch fehlen immer noch zu wichtigen Akteuren und Institutionen Forschungsarbeiten. Zum Architekturbüro der Deutschen Arbeitsfront, die Impulse für den Städtebau im Nationalsozialismus gaben, liegt inzwischen eine Untersuchung vor.¹³ Während zu Ernst Neufert zumindest ein Sammelband publiziert wurde¹⁴, sind weder der „Reichswohnungskommissar“ Robert Ley noch Institutionen wie die Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und

meinschaftliche Utopie eines Architekten (Forum Zeitgeschichte, Sonderband), München, Hamburg 2012.

¹¹ Vgl. Durth und Gutschow, *Träume in Trümmern*, 1988.

¹² Vgl. Harlander, *Hitlers sozialer Wohnungsbau*, 1986.

¹³ Vgl. Michael Flaggmeyer, *Die Architekturen der Deutschen Arbeitsfront. Eine nationalsozialistische Kontrollorganisation als Planungsinstrument*, Braunschweig 2009.

¹⁴ Vgl. Walter Prigge (Hrsg.), *Ernst Neufert. Normierte Baukultur im 20. Jahrhundert* (= Edition Bauhaus 5), Frankfurt am Main 1999.

Landesplanung oder die Reichsstelle für Raumordnung¹⁵ umfassend erforscht worden. Und dabei sollte es eben nicht nur um die Neufert'schen Entwicklungen gehen, die bis heute als Bauentwurfslehre in der 39. Auflage in jedem Regal eines Architekturbüros stehen, sondern um personelle, aber auch institutionelle Verflechtungen, die mit dem ebenso betitelten Band von Werner Durth noch lange nicht befriedigend erforscht sind.¹⁶ So wäre es wichtig, die sogenannte „zweite Reihe“ in den Büros und Verwaltungsebenen genauer in den Blick zu nehmen. Wir wissen fast nichts über die Ideen, Einflüsse, Pläne und Entwürfe der Mitarbeiter in den großen Büros von Albert Speer, Hermann Giesler, Herbert Rimpl oder Konstanty Gutschow, von den kleinen Büros in Städten wie Bremen oder Weimar ganz zu schweigen. Und deshalb sollten die verschiedenen Neugestaltungsstädte, Gauhauptstädte und Reißbrettstädte erstmals bzw. wieder untersucht werden. Gerade ist eine Arbeit über Karlsruhe erschienen¹⁷; die Gauhauptstädte Niedersachsens werden momentan in einem Forschungskolleg „Volksgemeinschaft“ vor Ort untersucht, während zu Städten wie Wolfsburg oder Salzgitter neue Untersuchungen wünschenswert wären.¹⁸

Neben diesem erweiterten Blick auf die Akteure sind auch europäisch vergleichende Untersuchungen zur Konstruktion von „Volksgemeinschaft“ als Vergemeinschaftungsmodell im Kontext nationalsozialistischen Städtebaus und Urbanisierung auf der Grundlage der existierenden Forschungen zu Sanierung und Stadtgesundheit vielversprechend. Die NS-Volksgemeinschaft sollte durch die Architektur sowie den Städtebau konstituiert, aber auch konsolidiert werden. Zwei Pole sind dabei wichtig: Zum einen sind dieses und andere Vergemeinschaftungsmodelle im Kontext des 20. Jahrhunderts und in ihren transnationalen Bezügen zu sehen, wie etwa die Arbeiten von Thomas Etzemüller und David Kuchenbuch im deutsch-schwedischen Vergleich zeigen.¹⁹ Gleichzeitig gilt es selbstverständlich, weiterhin das spezifisch Nationalsozialistische herauszuarbeiten, was z.B. bei der Betrachtung des in

¹⁵ Vgl. Ariane Leendertz, *Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert* (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts 7), Göttingen 2008.

¹⁶ Werner Durth, *Biographische Verflechtungen*, 2001.

¹⁷ Vgl. Isabelle Dupont, *Carl Peter Pflästerer und die Stadtplanung Karlsruhes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe und dem Stadtplanungsamt der Stadt Karlsruhe (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe 12), Karlsruhe 2012.

¹⁸ Vgl. Christian Schneider, *Stadtgründung im Dritten Reich – Wolfsburg und Salzgitter. Ideologie, Ressortpolitik, Repräsentation*, München 1979. Zu Gauhauptstädten vgl. Christiane Wolf, *Gauforen. Zentren der Macht. Zur nationalsozialistischen Architektur und Stadtplanung*. Diss. Universität Bochum 1997, Berlin 1999.

¹⁹ David Kuchenbuch, *Geordnete Gemeinschaft. Architekten als Sozialingenieure – Deutschland und Schweden im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010.

Hamburg von Konstanty Gutschow mitentwickelten Modells der „Ortsgruppe als Siedlungszelle“ auf der Hand liegt.

Architekturbüros, Stadtplanungsämter, Landesplaner, Geographen, und Raumforscher waren die Träger und Vordenker dieser Modelle. In jüngeren Forschungsarbeiten rücken diese Experten, ihre Entwürfe und ihre realisierten Planungen wieder mehr in den Vordergrund. Die Untersuchung dieses diskursiven Feldes – auch und besonders in transnationaler Perspektive –, d.h. die Untersuchung der gedachten Ordnung stellt eine wichtige Ergänzung zu den in den vergangenen Jahren dominierenden Arbeiten zu den Großvisionen im „Dritten Reich“ wie etwa den „Führerstadtplanungen“, zu Stadtneugründungen, zur Urbanisierung und zum Städtebau im Nationalsozialismus dar.

Dr. Sylvia Necker, Abtg. Neuere und Neueste Geschichte des Historischen Seminars der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, necker@arch-hist.de

D E N I S B O C Q U E T

Henri Lefebvre und der Begriff der Urbanisierung ohne Urbanität: Deutung eines missverstandenen Begriffs aus heutiger Sicht

In den gegenwärtigen Betrachtungen zu Begriffen wie Urbanität oder Urbanisierungsprozessen, insbesondere zur Konzeptualisierung des Verhältnisses zwischen beidem, kommt dem Werk von Henri Lefebvre (1901-1991) heutzutage eine wesentliche Bedeutung zu. Er hat die Grundlagen für Untersuchungen gelegt, deren wichtigste Fragen seitdem ausführlich behandelt und diskutiert worden sind. Seine Analyse, in deren Mittelpunkt die Vorstellung von der Urbanisierung ohne Urbanität in den von Industrialisierung geprägten Gesellschaften steht – einhergehend mit dem Verlust der Grundwerte, auf die sich die gesellschaftlichen Verhältnisse vorangegangener städtischer Gesellschaften gestützt hatten – wurde somit zur Grundlage äußerst vielfältiger Forschungspositionen wie auch militanter Lesarten. Dass diese Mischung zustande kommen musste, ist übrigens sonnenklar, da sich Lefebvre selbst am Übergang zwischen wissenschaftlicher Forschung und militanter Aktion positioniert hatte.

Als er in dem im März 1968 erschienenen Werk *Le droit à la ville (Das Recht auf Stadt)*, den Begriff „Urbanisierung ohne Urbanität“ vorlegte, befand er sich zu die-

sem Zeitpunkt in einer Übergangsphase seiner Karriere. Er war 67 Jahre alt und hatte zwei Jahre zuvor, von der Universität Straßburg kommend, eine neu eingerichtete Professur an der Universität Nanterre angetreten, die wenige Wochen später zum Ausgangspunkt der 68er-Bewegung werden sollte. Henri Lefebvre, der seine Karriere in den 1920er Jahren während seines Studiums an der Sorbonne als Taxifahrer begonnen hatte, bevor er Philosophielehrer am Gymnasium wurde und dann, nach seinem Engagement in der Résistance, einen Beamtenposten bei der Radiodiffusion Française (Staatsrundfunkanstalt) in Toulouse innehatte, war relativ spät Forscher am CNRS (Nationales Zentrum für wissenschaftliche Forschung) geworden. Sein Eintritt in die Universität, und vor allem seine Versetzung nach Nanterre, stellte für ihn bereits eine Möglichkeit dar, seine Karriere über den Zeitpunkt hinaus zu verlängern, an dem er sich hätte zur Ruhe setzen können. Auch intellektuell gesehen war Lefebvres mit seinen Forschungsthemen im Umbruch, hatte er sich bis dahin doch sehr wenig mit Städten und Raumplanung auseinandergesetzt. Eher war er als Spezialist für den ländlichen Raum bekannt, und natürlich als Theoretiker des Marxismus. Zur Stadtforschung kam er auf indirektem Weg: aufgrund seines Interesses an den Veränderungen im Alltagsleben. Während er sich mit dem im Wandel begriffenen Alltag auf dem Land befasste, konnte er nicht länger außer Acht lassen, was seit mindestens einem Jahrhundert das veränderte Landleben bestimmte: die Urbanisierung und ihr Einfluss auf das Alltagsleben. Lefebvre kam somit gar nicht durch allgemeine Betrachtungen zum Thema Stadt zu seinen Stadtstudien, und noch weniger durch Betrachtungen zum Raum, vielmehr vermittelt seiner Untersuchungen zu Alltagsgegenständen, Lebensrhythmen, Konsum und Veränderungen im sozialen Beziehungsgeflecht und in der Familie, wie sie sich seit ca. 1850, bedingt durch die Umwälzungen in den europäischen Gesellschaften, vollzogen hatten.

Dieses Interesse am Alltagsleben hatte Lefebvre dazu gebracht, sein Konzept der marxistischen Philosophie abrupt dahingehend zu verändern, dass er sein besonderes Augenmerk fortan auch auf die individuelle Dimension des Gesellschaftslebens richtete, und insbesondere auf die Folgen der Industrialisierung für das Privatleben des Einzelnen. Auf die Stadt als Forschungsobjekt kam Lefebvre also über das Alltagsleben in der Industriegesellschaft. Nach seiner 1946 veröffentlichten *Critique de la vie quotidienne (Kritik des Alltagslebens)* hatte er sich Städte als solche niemals wirklich als Untersuchungsgegenstand vorgenommen. Bei seiner Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und der negativen Einflüsse des Kapitalismus auf das Alltagsleben stand nicht unbedingt der Raum im Vordergrund. Lefebvre, der einige Jahre später zum Theoretiker des Raumes in der Gesellschaft werden sollte, hatte die Wichtigkeit dieses Aspekts noch nicht bedacht. Gewiss, mit der 1962 erschie-

nenen *Introduction à la modernité (Einführung in die Modernität)*, war er erstmals auf die städtische Dimension eingegangen, ohne sie jedoch zum zentralen Thema zu machen. Diese war für ihn lediglich eine Erscheinungsform der Modernität. Somit ist der Zeitraum, in dem sich Lefebvre mit dem Thema Stadt befasste – von 1967 bis 1974 – recht kurz: Er deckt genau die Zeit seiner Lehrtätigkeit in Nanterre ab. Innerhalb von acht Jahren veröffentlichte er sieben Bücher zum Thema Stadt, von *Le droit à la ville (Das Recht auf Stadt)*, das im März 1968 erschien, über *La révolution urbaine (Die Revolution der Städte)*, erschienen 1970, und *La pensée marxiste et la ville (Die Stadt im marxistischen Denken)* aus dem Jahr 1972 bis hin zu *La production de l'espace (Die Produktion des Raumes)* von 1974. Wesentliche Aussagen über Städte trifft er 1974 in *La production de l'espace*. In diesem Buch theoretisiert er den Raum als Ergebnis des Wirkens komplexerer Produktionskräfte, als es sich die marxistischen Denker bis dahin vorgestellt hatten. Für Lefebvre muss die echte Demokratie daher das Individuum in den Mittelpunkt stellen, und zwar im Rahmen kollektiver Mobilisierungsvorgänge, welche darauf abzielen, die Lücke zwischen Staatseinfluss und der Einwirkung der kapitalistischen Kräfte zu erweitern.

So gesehen hatte alles mit *Le droit à la ville* begonnen. Denn hier führt Lefebvre gleich im ersten Kapitel seine Vorstellung von der Urbanisierung ohne Urbanität ein. Und zu den Wurzeln dieser Hypothese gilt es vorzudringen. Zu häufig wird nämlich davon ausgegangen, dass Lefebvre zu diesem Zeitpunkt von den Nachkriegswohnblöcken in den französischen Vorstädten spricht und dass es diese Veränderung der Stadtformen ist, die ihn die mangelnde Urbanität der Städte jener Zeit beklagen ließ, was jedoch nicht zutreffend ist. In *Le droit à la ville* sagt Lefebvre nämlich sehr deutlich, dass die Urbanität in seinen Augen ab dem Moment eingebüßt wurde, als Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Zentralität verloren ging. Was Lefebvre beklagt, ist ein Urbanitätsverlust, der mit der Entfernung aufkam und nicht mit der Form. Denn Letzterer habe mit der Ausbreitung der Städte zu dem begonnen, was man seither *banlieue pavillonnaire* (Eigenheimvorstadt) nennt und im Wesentlichen aus Einfamilienhäusern besteht. Selbstverständlich weitet er seine Analyse auf Großwohnanlagen aus – als Kind einer Zeit, zu der vermehrt Großwohnanlagen gebaut wurden, um neben den Kindern des Babybooms (der ihm in Nanterre in Form von Studenten begegnete) die ehemaligen aus dem nunmehr unabhängigen Algerien ausgewiesenen Siedler unterzubringen, sowie die algerischen Juden, die durch das Ende der französischen Okkupation zum Auswandern gezwungen waren, und die ebenfalls oftmals aus Algerien stammenden neuen Migranten. Während seines Lehrauftrags in Nanterre – zwischen den in Räumung befindlichen Barackensiedlungen, die dem Universitätscampus weichen

sollten, Großwohnanlagen und Schlafstädten – kann er an der urbanen Wirklichkeit dieser Vorstadt nicht vorbeisehen. Doch deutet er diese Stadtform und ihr problematisches Verhältnis zum städtischen Gefüge und dem dafür ausschlaggebenden sozialen Zusammenhalt keinesfalls als Verlust an Urbanität. Für Lefebvre ist nicht die Form der Stadt problematisch, sondern ihre Entfernung vom Stadtzentrum. Ausschließlich Letzterem werden Merkmale der Urbanität zugeschrieben. Da es die Stadt bereits vor der Industrialisierung gab, deutet Lefebvre das Verhältnis zwischen Urbanisierung und Industrialisierung als Wirkung und Ambiguität. Die Schwierigkeit für den marxistischen Denker, gleichzeitig jedoch gewiss auch einer seiner Hauptbeweggründe, liegt darin, eine Auslegung der von der Industrialisierung induzierten Urbanisierung darzubieten, die zugleich die unerwünschten Auswirkungen auf den Einzelnen anprangert, ohne die zentrale Stellung des Proletariats in der Doktrin in Frage zu stellen. So zeichnet sich sein Ansatz, der in seiner Betrachtungsweise der Stadtentwicklung deutlich wird, durch eine Annäherung der Ebene des Individuums an die grundlegenden Prinzipien der marxistischen Doktrin aus. Lefebvre wird hier jedoch mit etwas konfrontiert, was eine der Hauptschwierigkeiten seines Ansatzes darstellt: Wie lässt sich die städtische Entfremdung als Folge der Industrialisierung anprangern, ohne dabei die bürgerliche Gesellschaft als positive Referenzgröße zu nehmen, auf deren Grundlage ebendiese Werte der Urbanität beruhen? Welche Urbanität kann also als Referenz dienen, und welche ideologischen Werte kann sie in sich tragen? Die italienische Renaissance, und ganz allgemein die Zivilisation der Gemeinden in der Toskana? Der revolutionäre Geist der Handwerker in den Pariser Vororten im 18. und 19. Jahrhundert? Weit gefehlt! Für Lefebvre kommt die Verknüpfung zwischen Industrialisierung und Urbanisierung einem dialektischen Prozess gleich, den er als noch nicht beendet sowie noch nicht vollständig fassbar beschreibt. Die Industrialisierung habe einen Prozess der Implosion–Explosion der Städte angestoßen, vor dessen tatsächlicher Analyse unter morphologischen oder gar räumlichen Gesichtspunkten Lefebvre sich in dieser Phase der Entwicklung seines Denkens hütet. Für ihn hat in Frankreich mit der Entstehung der Vorstädte (und nicht notwendigerweise mit der Entstehung der Formen moderner Architektur in diesen Vorstädten) eine Ära anti-urbanen Denkens begonnen, die die Werte der Urbanität untergraben und der Urbanisierung als sozialem Phänomen eine desurbanisierende und desurbanisierte Funktion verliehen hat. In den Städten sei somit eine Stadtform entstanden, die alles Städtische entbehre, jedoch nicht Urbanität, so wie man sie häufig versteht bzw. wie man sie sich genauso häufig vorstellt, wenn man Lefebvre mit Abstand oder vermittels seiner angelsächsischen Mitstreiter wie David Harvey liest, die die damaligen Denkansätze des Meisters stark überarbeitet haben. Für Lefebvre sind die Vorstädte nicht nur der Urbanität als bür-

gerlichem Wert einer Stadt in ihrer Funktion als politischer und sozialer Organismus beraubt, sondern auch der Urbanität als sozialem Gewissen, das sich wegen der übermäßigen zeitlichen und geistigen Beanspruchung der Bewohner durch den vom Konsum geprägten Alltag nicht weiterentwickelt. Wir befinden uns hier noch in der reinen Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie und sind noch weit von einer echten urbanen und historischen Betrachtung entfernt. Wenn Lefebvre den Verlust dessen beklagt, was er Urbanität nennt – wobei er die mit diesem Begriff verbundenen historischen Werte außer Acht lässt – dann deshalb, weil er befürchtet, dass dadurch die Bewusstwerdung des Proletariats über seine Entfremdung und damit die Stunde der Revolution hinausgezögert wird. Für ihn verschwindet das städtische Gewissen des Proletariats mit dem Verlust der Zentralität und der Trennung der urbanen Funktionen. Die Zonierung, die Aufteilung in bestimmte Nutzungsbereiche, ist schlecht für die Revolution. Dennoch birgt die Urbanisierung für Lefebvre auch großes positives Potential in sich, da sie generell die Wahrscheinlichkeit einer Revolution der Städte erhöht, sofern die mit dem Urbanitätsverlust verbundenen Hindernisse, so wie er sie definiert, aufgehoben werden. Und er begreift seine Arbeit genauer gesagt als Suche nach den Voraussetzungen für eine solche Entwicklung: sich von der klassischen marxistischen Theorie einer Revolution distanzieren, die nicht mehr möglich ist, um in der neuen Form des entfremdeten städtischen Lebens ein Revolutionspotential zu finden. Mit *Le droit à la ville* begibt sich Lefebvre somit auf die Suche nach einem revolutionären politischen *Rebound*, um die theoretischen Grundlagen an die Veränderungen der „condition urbaine“ und der Gegebenheiten der Entfremdung durch einen anderen Kapitalismus anzugleichen, der eine andere städtische Form hervorgebracht hat. Seine Antwort ist das, was er treffend als „Recht auf Stadt“ bezeichnet. Sie umfasst alles, was die der Urbanität beraubte Bevölkerung zurückfordern muss: Er versteht darunter die anthropologische Bedürfnisse, die sich gesellschaftlich entwickelt haben. Dazu lautet die wichtigste Feststellung von Lefebvre, dass es an kreativen Betätigungen fehlt. Um eine Revolution der Städte in den Städten zu machen, so wie sie sich mit der Urbanisierung und Industrialisierung entwickelt haben, brauchen die Menschen Kreativität, was bei Lefebvre bedeutet, individuelle Motivation, um neue Formen gemeinschaftlichen Handelns zu erdenken. Daraus leitet Lefebvre ein höchst politisches und in der Tat nur wenig auf das Thema Stadt bezogenes Programm urbaner Reform ab, obgleich er seit dieser Zeit zur Schaffung einer neuen Wissenschaft der Städte aufruft. Zwar wünscht er die Entwicklung städtischer Projekte einer neuen Art, bleibt jedoch an diesem Punkt äußerst vage: im Grunde genauso vage wie seine Beschwörung historischer Formen der Urbanität ungenau ist und auf einer Vorstellung von städtischer Geschichte gründet, die zum Zeitpunkt der Verfassung seiner

Werke bereits ziemlich veraltet war und auf historischen Kenntnissen fußte, die – gelinde gesprochen – stark vereinfacht eingesetzt wurden. Seine Betrachtung zu dem Recht auf Stadt erfolgt zudem in einem paradoxen Kontext: Während er bei seiner Ankunft in Nanterre genau in einer modernen Form der Urbanisierung arbeitete, aus der sich eine neue Mobilisierung aufzukommen anschickte, die im Übrigen in seinen Schriften sofort zu erkennen ist, nahm er zu dem Zeitpunkt, zu dem er *Le droit à la ville* schrieb, nicht wirklich wahr, dass das Mobilisierungspotential, dessen Entfaltung er sich zu sehen wünschte, vor seinen Augen lag. Zu dieser Zeit schien Lefebvre auch die Schriften anderer Stadttheoretiker nicht zu kennen, die, von Jane Jacobs bis Aldo Rossi, in diesen Jahren ihre Sicht auf die Städte und deren Bezug zur Moderne änderten. In den folgenden Jahren eignete er sich zwar dieses Wissen an, machte es jedoch nicht zur Voraussetzung für seine Auseinandersetzung mit den Stadtthemen, die für ihn damals seiner politischen Reflexion untergeordnet waren. Seine Kritik an der Moderne ist keine Kritik am Modernismus in Stadtplanung und Architektur der damaligen Zeit; und sein Aufruf zur kollektiven Mobilisierung kreuzt sich in keiner Weise mit den Appellen von Jane Jacobs. Lefebvre scheint sogar die hitzigsten Debatten zu diesen Themen in seiner Zeit großzügig zu übersehen. Die partielle, subjektiv gefärbte und weiteren Missverständnissen unterliegende Konvergenz erfolgt, da er in dieser Richtung nur sehr wenig unternommen hat, erst später – überwiegend zu seinen Ungunsten. In der Lesart Anderer, wie beispielsweise David Harveys, wird Lefebvre so zu einem Stadttheoretiker, bevor er selbst einer war. *Social Justice and the City* (Soziale Gerechtigkeit und die Stadt) stammt aus dem Jahr 1973, vor der Veröffentlichung von Lefebvres *La Production de l'espace*. Nach 1968 erweiterte Lefebvre jedoch seinen Bildungshorizont zum Thema Stadt durch viele Reisen und die Teilnahme an zahlreichen Debatten. Obwohl sein Einfluss in Frankreich stets begrenzt und nicht von Dauer war (seine Bücher waren über viele Jahre hinweg nicht verfügbar), genoss er im Ausland eine große Popularität, da seine Hauptthesen durch andere aufgegriffen und in Stadtstudien eingegliedert wurden. In Frankreich gehörte zu seinen Hinterlassenschaften auch die Generation der Stadtspezialisten, die er um die Zeitschrift *Espaces et Sociétés* (Räume und Gesellschaften) versammelt hatte, darunter Persönlichkeiten wie Michel Maffesoli, Jean Baudrillard oder Manuel Castells. Aufgrund seiner zu geringen Fassbarkeit blieb sein Einfluss in einem Bereich wie der Stadtgeschichte oder gar der urbanen Soziologie immer nur marginal. Als er sein Konzept von der Urbanisierung ohne Urbanität entwickelte, war seine Vorstellung von der Geschichte der Stadt zu oberflächlich: Die Prozesse waren viel vielschichtiger als er sie beschrieb. Auch das Leben in den Vorstädten war viel komplexer als von ihm beschrieben. Das Paradoxe daran ist jedoch, dass einige der Schlagwörter, die er 1968 in den

Raum stellte, zu Schlagwörtern einer ganzen Generation von Sozialwissenschaftlern und Aktivisten wurden: von der Mobilisierung zum Recht auf Stadt, das zuweilen auch zum Recht auf Wohnung geworden ist. Insgesamt kann man sagen, dass Lefebvre bereits ahnte, welche zentrale Rolle die Stadt in den folgenden Jahrzehnten einnehmen sollte und wie entscheidend der Aspekt der kollektiven Mobilisierung neuen Typs werden sollte – eine Weitsicht, die er wenige Jahre später mit *La production de l'espace* noch weiter kultivieren sollte.

Literatur:

Laurence Costes, „Le droit à la ville de Henri Lefebvre: quel héritage politique et scientifique?“, in: *Espaces et Sociétés* (1-2) 2010, S.177-191.

David Harvey, *Social Justice and the City*, 1973.

Jane Jacobs, *The Death and Life of Great American Cities*, New York 1961.

Henri Lefebvre, *Le droit à la ville*, Paris 1968.

Henri Lefebvre, *La révolution urbaine*, 1970.

Henri Lefebvre, *La pensée marxiste et la ville*, Paris 1972.

Henri Lefebvre, *La production de l'espace*, Paris 1974.

Aldo Rossi, *L'architettura della città*, Venedig 1966.

Dr. Denis Bocquet, Ecole des Ponts-Paris, Tech-LATTS, bocquetd@enpc.fr

R A I N E R L I E D T K E

Verstädterung ohne Urbanisierung? Südeuropa im 20. Jahrhundert

„Südeuropa“ ist vermutlich der am wenigsten klar definierte europäische Raum. Seit der EU-Süderweiterung in den 1980er Jahren wird gern von einem „neuen Süden“ gesprochen, der die Beitrittsländer und Italien umfasst. Der „alte Süden“ dagegen beinhaltet bisweilen auch Südfrankreich, Südosteuropa und die Türkei bzw. weite Teile des osmanischen Reiches. Das Ostufer des Mittelmeers, also die Küstenregionen Nordafrikas, zählen in keiner Definition zu Südeuropa, wobei jedoch fraglich ist, ob eine vergleichende Analyse der Urbanisierung den Maghreb nicht mit einbeziehen sollte. Denn schon weit vor dem Ende der französischen Kolonialherrschaft in Algerien und Marokko finden wir hier Entwicklungen und urbane Konstellationen, wie sie zumindest zum Teil auch auf den „neuen Süden“ zutreffen.

In der Stadtgeschichtsforschung ist Südeuropa insgesamt besonders stiefmütterlich behandelt worden, wenn wir einige wenige norditalienische Städte und eventuell Barcelona ausnehmen. Zusätzlich lässt sich eine von Forschungsinteressen geleitete Zweiteilung des Raumes konstatieren. Jene Städte, die südlich einer in Lissabon beginnenden, über Rom laufenden und bis Bukarest reichenden Linie liegen, haben noch weniger Beachtung gefunden als die Städte im nördlicheren Portugal, Spanien und Italien. Ebenfalls problematisch ist die Einheitlichkeit des Raumes „Südeuropa“. Allein schon die verschiedenen Regionen innerhalb eines Nationalstaates – man betrachte nur den erheblichen Regionalismus in Spanien, das Nord-Süd-Gefälle in Italien oder auch die starken politischen Veränderungen, die z.B. Griechenland noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts geografisch ganz anders präsentierten als in den 1920er Jahren, weisen darauf hin.

Die vage Raumkategorie gibt uns bereits wichtige Hinweise darauf, wie in verschiedenen Wissenschaften, auch der Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, mit Südeuropa umgegangen wurde und wird. Hier spielt der „Mittelmeerraum“ eine besondere Rolle, der einerseits als kultureller Ursprungsort der europäischen Zivilisation gilt, andererseits als periphere Zone der „orientalisch“ beeinflussten Unterentwicklung betrachtet wird. Es war vor allem die Anthropologie, die sich der Erforschung des Südens bzw. des Mittelmeerraums gewidmet hat, nur war deren Untersuchungsraum nicht primär die Stadt, sondern die ländliche, „ursprüngliche“ Gesellschaft. Städte eigneten sich kaum als Untersuchungskategorie, was aus Sicht der Stadtgeschichtsforschung problematisch ist, weil wir heute über viele interessante anthropologische Untersuchungsergebnisse verfügen, die gesellschaftliche Zusammenhänge in Südeuropa thematisieren, welche jedoch nur selten auf urbane Räume, allenfalls Agrostädte bezogen sind. Außerdem haben diese Untersuchungen sehr prägend auf die Ansicht gewirkt, bei südeuropäischen Städten handle es sich im Wesentlichen um rasch gewachsene Gebilde, in denen die Zuwanderer agrarisch-ländliche Werte und Lebensweisen über Generationen weiter pflegten, darunter Volksreligiosität, starke Familienstrukturen, Clans und Klientelverbände oder archaische Geschlechterbeziehungen. Solange dies auf dörflicher Ebene untersucht wird, ähnlich wie Anthropologen das auch in tribalen Gesellschaften von Entwicklungsländern bis heute tun, fand das relativ wertfrei statt. In der Urbanisierungsforschung allerdings trägt diese Fokussierung erheblich dazu bei, ein negatives Bild ‚des Südens‘ zu zeichnen, der sich durch Rückständigkeit, mangelnden Bürgersinn oder Nährboden für organisierte Kriminalität auszeichnet. Diese Sichtweise bestimmt in der südeuropäischen Stadtforschung bis heute sehr stark die Entwicklungsdynamik.

Noch schwerer wiegt, dass Südeuropa – und das gilt beileibe nicht nur für die Stadtforschung – meist als die Abweichung von einem Normalzustand verstanden wird. ‚Normal‘ ist die Entwicklung ‚Kerneuropas‘, also des früh industrialisierten Nordwesten des Kontinents. Die südeuropäische Stadt, wie die Gesellschaft, Wirtschaft oder Kultur des Südens, gelten in ihrer Entwicklung meist als defizitär oder verspätet. Der Eindruck wird vor allem in Überblicksstudien oder Sammelbänden zur europäischen Stadtgeschichte vermittelt, in denen Südeuropa – wenn überhaupt – pflichtschuldig ganz hinten auftaucht, als aus der Art schlagendes Gegenbeispiel.

Die innerhalb Südeuropas stattfindende Stadtgeschichtsforschung, häufig auf die jeweiligen Landessprachen begrenzt und daher in Nordwesteuropa wenig rezipiert, hat diesen Sonderstatus erst in der jüngsten Vergangenheit in Frage gestellt. Allerdings wendet nur eine Minderheit von Stadthistorikern oder Stadtsoziologen eine europaweit vergleichende Perspektive an. Auf die eigenen urbanen Kontexte bezogen, waren portugiesische, spanische, italienische oder griechische Wissenschaftler nur begrenzt in der Lage, Europavergleiche anzustellen. Es ging hier im Wesentlichen um den Diskurs Stadt-Land-Gegensatz bzw. die Rolle der eigenen Städte innerhalb der eigenen Nationalgeschichte.

Inzwischen relativ gut untersucht ist die Periode der rapiden Verstädterung und Metropolenbildung in Südeuropa zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und den 1980er Jahren, wobei der Untersuchungsschwerpunkt klar auf den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg liegt. Sinnvoll sind solche Untersuchungen vor allem, wenn sie die Besonderheiten der Stadtproduktion nicht herausarbeiten, indem sie einem europäischen Normalweg nachspüren, sondern die spezifischen Traditionen und Kontexte der Regionen berücksichtigen.

Lassen sich gemeinsame Charakteristika einer südeuropäischen Urbanisierung bestimmen? Aus nordwesteuropäischer Sicht ist das Gemeinsame sicherlich, dass die Urbanisierung ungeordnet, kaum oder schlecht geplant oder chaotisch abgelaufen ist. Unbestritten hat eine Verstädterung stattgefunden, nur war diese ebenfalls mit einer Urbanisierung verbunden? Die nordwesteuropäische Außensicht berücksichtigt zunächst einmal selten gebührend die südeuropäischen Rahmenbedingungen, unter anderem in den Bereichen Wirtschaft und Politik. Im Vergleich zum Nordwesten des Kontinents waren die ökonomischen Ressourcen, darunter speziell die Kreditbedingungen, wesentlich geringer bzw. begrenzter. Hierdurch lässt sich beispielsweise ein gutes Stück weit der Mangel an leistungsfähigen Einrichtungen der Infrastruktur erklären, was weit reichende Konsequenzen für die Stadtentwicklung hatte. Primär aus begrenzten Kreditmöglichkeiten ergeben sich zum Beispiel die spezifisch südeuropäischen „Geschäfte auf Gegenseitigkeit“ zwischen wenig vermögenden Grundbesitzern und schwach kapitalisierten Bauunternehmern. Diese

unterlagen nur sehr begrenzt einer staatlichen oder kommunalen Kontrolle und führten, wertneutral ausgedrückt, zu einer sehr individuellen Form der Aneignung des städtischen Raumes. Ursächlich hängt diese ökonomische Problematik natürlich mit der im Vergleich zu Westeuropa späten, vor allem aber anders ablaufenden Industrialisierung Südeuropas zusammen. Diese basierte auf divergenten politischen, geografischen und klimatischen Gegebenheiten und beeinflusste das Migrationsverhalten und die Demografie südlich der Alpen und Pyrenäen bzw. auf dem Balkan ganz massiv. Auch eine für die Stadtgeschichtsforschung besonders bedeutende Divergenz, das Fehlen einer Periode des Übergangs von der fordistischen zur postfordistischen Stadt und den damit assoziierten gesellschaftlichen Formationen, lässt sich hieraus erklären.

Mit Blick auf die politische Sphäre wird häufig übersehen, dass wir es in zwei südeuropäischen Ländern, nämlich auf der iberischen Halbinsel, mit äußerst langlebigen und stabilen Diktaturen zwischen den 1920er/1930er und den 1970er Jahren zu tun hatten, dass in Griechenland während zweier kürzerer Perioden autoritäre Regime existierten (1930er Jahre und 1967-1974), und dass Italien von 1922 an über zwei Jahrzehnte faschistisch war bzw. danach mehr als vierzig Jahre lang faktisch von einer Partei dominiert wurde. Dies bedingte beispielsweise, dass es allerorten große staatliche Pläne für die Gestaltung und vor allem Kontrolle des urbanen Raumes gab, dass aber auch Widerstände gegen eine solche Politik existierten. Neben diesen ökonomischen und politischen können auch noch Rahmenbedingungen in den Bereichen Klima, Mentalität oder Geschlechterverhältnisse diskutiert werden, um Differenzen in der südeuropäischen urbanen Entwicklung grundlegend zu verstehen.

Gibt es nationenübergreifende Gemeinsamkeiten einer südeuropäischen Urbanisierung? Die Stadtproduktion in Südeuropa ist durch wesentlich mehr Akteure als im Nordwesten bestimmt. Diese stehen z.B. im Zentrum der informellen, viele Städte der Region stark prägenden Stadtproduktion, in der wenig vermögende Zuwanderer, viele kleine Grundbesitzer, eine große Zahl von kleinen Bauunternehmern und offizielle Stellen zusammen oder auch gegeneinander agierten. Dadurch wuchsen die Städte Südeuropas besonders von der Peripherie aus, weil dort der Raum zur informellen Siedlung zur Verfügung stand. Überhaupt ist die Massenbinnenwanderung in urbane Räume im 20. Jahrhundert und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg das zentrale, praktisch ganz Südeuropa prägende Urbanisierungsmerkmal.

Die informelle und ‚offizielle‘ Stadtentwicklung lassen sich aber keineswegs getrennt voneinander betrachten, denn über verwandtschaftliche, landsmannschaftliche oder politische bestimmte Klientelnetzwerke kam es zwischen beiden Sphären

zu zahlreichen Verschränkungen. In den informellen Zonen erwachsen den zahlreichen Akteuren, der Masse der Zuwanderer, beachtliche Handlungsspielräume bei der Gestaltung ihrer alltäglichen Wohn- und Lebenswelten. Festzuhalten bleibt, dass es sich dabei tatsächlich um eine aktive Gestaltung handelte, nicht um Wildwuchs. Das Chaotische, Ungeordnete in der Stadtentwicklung ergibt sich aus der Außensicht, besonders aus der nordwesteuropäischen Erwartungshaltung heraus. Aus der Sicht der Bewohner eines Quartiers, die selbst Gestalter waren, wird ‚Chaos‘ deutlich differenzierter betrachtet.

Auf der theoretischen Ebene der Stadtplanung lassen sich keine wesentlich unterschiedlichen nordwesteuropäischen und südeuropäischen Modelle erkennen, zumal Stadtplaner und Architekten aus dem Süden bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts hinein häufig im nordwesteuropäischen Ausland ausgebildet wurden. Ein ganz wesentlicher Unterschied jedoch ergibt sich in der Durchsetzbarkeit von Planungen, dem meist sowohl ökonomische Zwänge als auch die Mechanismen der informellen Stadtproduktion entgegenstanden.

Als gemeinsames Charakteristikum südeuropäischer Urbanisierung wird oft die Nachhaltigkeit ländlicher Traditionen auf Seiten von Land-Stadt-Migranten genannt, wie etwa die Selbstversorgung und das Selbst-Bauen, die angeblich von den Zuwanderern aus dem agrarischen Raum in die Stadt gebracht wurden. Auf der Ebene der Werte war das Nachwirken ländlicher Traditionen vielleicht noch am ehesten von Bedeutung, aber das ist in Nordwesteuropa nicht unbedingt anders gewesen, zumindest während des raschen Wachstums industrieller Ballungsräume im 19. und früheren 20. Jahrhundert. Die Stadt-Land Abgrenzung dagegen fand auch in Südeuropa in der Zeit der intensiven Verstädterung statt, indem vormals ländlich orientierte Neusiedler sehr schnell den Habitus und das Selbstverständnis des Städters annahmen. Wichtiger erscheint in diesem Zusammenhang, dass in Südeuropa aufgrund einer rapiden Zuwanderung von Landbewohnern in den Metropolen vergleichsweise scharfe räumliche Trennungen aufgrund landsmannschaftlicher Herkunft entstanden, die sich durch weiteren Zuzug verdichten und erst in nachfolgenden Generationen langsam wieder abgebaut wurden.

Auf der anderen Seite aber sind sozial wenig segregierte Wohnräume ein wichtiges Charakteristikum vieler südeuropäischer Städte, was sich maßgeblich aus einer Wirtschafts- und Berufsstruktur ergibt, die durch einen sehr hohen Anteil an Kleinstfirmen und Freiberuflern gekennzeichnet ist. Den wenigen rein industriellen Zonen stehen umso zahlreichere breit im urbanen Raum verteilte kleine, häufig im Familienverbund geführte Produktions- und Dienstleistungsbetriebe gegenüber, die der großen Masse der Städter Arbeit geben. Eher vermögende ‚Unternehmer‘ wohnen daher in unmittelbarer Nachbarschaft von sozial schwächeren Angestellten

und Arbeitern. Die Herausbildung von reinen Wohlstandsquartieren ist in nennenswerter Zahl erst seit den 1980er Jahren zu beobachten. Diese Strukturen bedingen auch, dass in vielen südeuropäischen Städten Arbeiten und Wohnen nur schwach getrennt werden. Dies ist mittelbar ebenfalls eine Folge der schwachen Verkehrsinfrastruktur und der erst seit den 1980er Jahren erheblichen privaten Motorisierung. Zusammen genommen lässt sich postulieren, dass in südeuropäischen urbanen Sozialformationen die Position des Individuums stark durch Familienstrukturen und persönliche Beziehungen bestimmt ist. Die im Vergleich zum Norden des Kontinents schwache Trennung zwischen öffentlichem und privatem Raum im Alltagsleben hat hier eine ihrer Wurzeln.

Ein Verständnis der südeuropäischen Urbanisierung ist nur unter Berücksichtigung der spezifischen Rahmenbedingungen möglich. Die Stadtproduktion ist nicht den Gesetzen des Chaos unterworfen, sondern wird durch besondere, vom nordwesteuropäischen Muster abweichende zivilgesellschaftliche Mechanismen gesteuert. Die Urbanisierung erfordert – eben weil formale Instrumente der Planung und Regulierung entweder fehlen oder schwer durchsetzbar sind – ein besonders hohes Maß an zivilgesellschaftlicher Involvierung der Menschen, jedoch nicht unbedingt in der Art und Weise, wie wir es aus Nordwesteuropa kennen. Wir müssen uns dafür von zivilgesellschaftlichen Konzepten lösen, die Gemeinnutz in den Mittelpunkt stellen.

Literatur in Auswahl

Dionigi Albera et. al. (Hrsg.), *L'anthropologie de la Méditerranée. The Anthropology of the Mediterranean*, Paris 2001.

Judith Allen et. al. (Hrsg.), *Housing and Welfare in Southern Europe*, Oxford 2008.

Martin Baumeister und Rainer Liedtke (Hrsg.), *Die südeuropäische Stadt (= Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2 (2009))*.

Martin Baumeister, *Von den cento città zur postindustriellen urbanen Landschaft. Bemerkungen zur Rolle der Stadt in der Geschichte Italiens seit der nationalen Einigung*, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2 (2006)*, S. 97-110.

Michael Kenny und David I. Kertzer (Hrsg.), *Urban life in Mediterranean Europe. Anthropological Perspectives*, Urbana 1983.

Volker Kreibich et. al. (Hrsg.), *Rom - Madrid - Athen. Die neue Rolle der städtischen Peripherien*, Dortmund 1993.

Lila Leontidou, *The Mediterranean City in Transition. Social Change and Urban Development*, Cambridge 1990.

Giulio Sapelli, *Southern Europe since 1945. Transition and Modernity in Portugal*,

Spain, Italy, Greece and Turkey, London und New York 1995.

Alessandra Venturini, Postwar Migration in Southern Europe, 1950-2000. An Economic Analysis, Cambridge 2005.

Martin Wynn, Planning and Urban Growth in Southern Europe, London 1984.

PD Dr. Rainer Liedtke, TU Darmstadt, liedtke@pg.tu-darmstadt.de

A N N A V E R O N I K A W E N D L A N D

Urbanisierung und Urbanität als Forschungsproblem in der Geschichte Ost- und Ostmitteleuropas

„From today’s perspective Lwów may seem to have been a provincial city, but this is not so“¹, notierte der amerikanische Mathematiker Stanisław Ulam in seinen Memoiren beim Nachdenken über seine Heimatstadt. Ulam, in Lemberg-Lwów-Lviv aufgewachsen und ausgebildet, wurde noch vor dem Zweiten Weltkrieg als junger Forscher an britische und amerikanische Universitäten berufen. Er war führend bei der Erarbeitung der theoretischen Grundlagen für das US-Wasserstoffbombenprogramm und gilt als ein Pionier der Computerwissenschaften. Die Grundlagen für seinen erfolgreichen Lebensweg, das hat Ulam nachdrücklich betont, wurden in der multiethnischen, damals polnischen, heute westukrainischen Großstadt gelegt. Der Wissenschaftler stammte aus einer liberalen jüdischen Anwalts- und Industriellenfamilie und entkam dem Holocaust nur deswegen, weil er in der ‚Provinz‘ eine hervorragende Ausbildung genossen hatte und auf ein Umfeld zurückgreifen konnte, das seine internationale Karriere förderte. Der urbane Schauplatz Lemberg war während der Zwischenkriegszeit ein Ort, an dem sich eine überaus produktive „wissenschaftliche Moderne“² entfaltete. Akteure wie Hugo Steinhaus, Stefan Banach, Leon Chwistek und vor allem Ludwik Fleck gehören zu ihren Protagonisten; ihre wissenschaftlichen Impulse haben die moderne Mathematik, die Kernphysik, die Lebenswissenschaften, aber auch die Wissenssoziologie und die *science & technology studies* wesentlich geprägt. Diese Moderne entfaltete sich in einem städtischen Raum,

¹ Stanislaw M. Ulam, *Adventures of a Mathematician* (1976), Berkeley ³1991, S. 18.

² Den Begriff schlägt Sylwia Werner analog zur „Wiener“ und anderen Modernen vor: Sylwia Werner, Ludwik Fleck und die Wissenskultur der Lemberger Moderne, in: Rainer Egloff und Johannes Fehr (Hrsg.), *Vérité, Widerstand, Development: At Work with/Arbeiten mit/Travailler avec Ludwik Fleck*, *Collegium Helveticum* 11 (2011), S. 59-66.

der auch als gebaute Umgebung in jener Zeit erhebliche Transformationen erfuhr: Elemente des Neuen Bauens ergänzten nun zunehmend das durch Renaissance, Barock und habsburgisch-österreichische Bau- und Planungsstandards geprägte Weichbild der Stadt.

Diese kleine Episode verweist auf eine typische Problemlage bei der Beschäftigung mit der ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Stadt. Solche Städte lagen häufig im Windschatten der von westlichen Perspektiven geprägten Urbanisierungs- und Modernisierungsgeschichten. Ihre Lage in multiethnischen imperialen Peripherien, die mit häufigen Grenzveränderungen einherging, macht sie auch zu einem hochkomplexen Forschungsfeld, das in der Regel die Beherrschung mehrerer osteuropäischer Sprachen erfordert. Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Zugang zu diesen Städten und somit auch zu Archivalien, Presseprodukten und Planungsunterlagen eingeschränkt. Abgesehen von den als Metropolen wahrgenommenen Städten wie Prag, Warschau, Leningrad oder Moskau befanden sich die osteuropäischen Großstädte im Windschatten der urbanistischen Wahrnehmung: Provinz eben. Diese Situation hat sich seit Beginn der 1990er Jahre geändert – die Archive stehen seitdem meistens offen, und in den letzten beiden Jahrzehnten sind anspruchsvolle Lokalstudien über ost(mittel-)europäische Städte entstanden.³

Der vorliegende Beitrag setzt sich zum Ziel, vor diesem Hintergrund einige grundlegende Fragestellungen der Stadtgeschichte Ostmittel- und Osteuropas aufzuzeigen und auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu anderen Geschichtsregionen kurz einzugehen. Er ist kein Forschungsbericht – das würde den vorgegebenen Rahmen sprengen. Vielmehr sollen an dieser Stelle im Sinne eines *Statements* (aus dem der Beitrag ursprünglich hervorgegangen ist) durch wenige Beispiele einige dieser Fragen zur Diskussion gestellt werden. Sie sind teilweise altbekannt, betreffen Grundsatzdiskussionen der europäischen Stadtgeschichte und lassen sich folgendermaßen skizzieren: Gibt es ein osteuropäisches Stadt- und Urbanisierungsmodell im 20. Jahrhundert? Unterscheidet es sich von anderen Modellbildungen? Wie periodisieren wir? Müssen wir – gerade wenn wir Erkenntnisse aus neuester, kulturwissenschaftlich informierter Stadtforschung einbeziehen – mit Blick auf das östliche Europa unsere Begriffe überarbeiten? Und wohin geht die Reise im 21. Jahrhundert?

Empirischer Hintergrund meiner Überlegungen ist auch die eigene Forschung in zwei sehr unterschiedlichen stadtgeschichtlichen Kontexten: einem fast abgeschlossenen Projekt zur „Urbanität im Zeitalter der Extreme“ über das eben erwähnte Lem-

³ Exemplarisch seien hier nur einige neuere Studien genannt: Gregor Thum, *Die fremde Stadt: Breslau 1945*, Berlin 2003; Felix Ackermann, *Palimpsest Grodno: Nationalisierung, Nivellierung und Sowjetisierung einer mitteleuropäischen Stadt 1919 – 1991*, Wiesbaden 2010; Bóris Kuzmany, *Brody: eine galizische Grenzstadt im langen 19. Jahrhundert*, Wien u.a. 2011.

berg sowie Wilna-Wilno-Vilnius im 20. Jahrhundert; und einem vor kurzem über die Geschichte der sowjetischen und postsowjetischen „Atomstädte“ in Russland, der Ukraine und Litauen (und mit Fernwirkungen in der DDR) begonnenen Projekt. Im ersten Vorhaben geht es vor allem um die Frage der Resilienz von Stadtgesellschaften und der „Eigenlogik der Städte“⁴ vor dem Hintergrund von Traditionsbrüchen, Gewalterfahrungen und Systemwechseln.⁵ Das zweite ist ein zeithistorisches Vorhaben, das am Beispiel kerntechnischer Industriestädte versucht, den Zusammenhang moderner Stadtplanung, technopolitischer Regimes, sozialer Mobilisierung, Transformations- und Katastrophenerfahrung sowie kulturell codierter Vorstellungen von Technologie, Arbeit, Energie und Umwelt offenzulegen.⁶

1. Das 20. Jahrhundert als Jahrhundert der Stadt in Osteuropa

Das Jahrhundert der Großstadt in Ostmittel- und Osteuropa ist das 20. Jahrhundert, in vielen Gebieten eigentlich erst dessen zweite Hälfte. In dieser Gewichtung und in der Bedeutung der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges liegt ein wichtiges Merkmal osteuropäischer Urbanisierungsprozesse. Ein zweiter wichtiger Marker ist das 20. Jh. als „Zeitalter der Extreme“ (Hobsbawm)⁷ in den Städten Ost- und Ostmitteleuropas. Es ist gekennzeichnet von kriegsbedingten Grenzverschiebungen, Herrschafts- und Systemwechseln sowie auf den ersten Blick totalen Traditionsbrüchen im urbanen Raum. Extreme Gewalterfahrungen, Auslöschung oder Wegfüh-

⁴ Marlon Barbehön, Kommunale politische Eliten und die Eigenlogik der Städte. Zur machtkonstitutiven Wirkung des Diskurses, in: Jens Aderhold und Katrin Harm (Hrsg.), Die subjektive Seite der Stadt. Neue politische Herausforderungen und die Bedeutung von Eliten im lokalen Bereich, Wiesbaden 2012: VS Verlag (im Erscheinen); Johannes Marent und Ralph Richter, Jede Stadt eine eigene Welt. Perspektiven, Grundzüge und methodische Zugänge zum Konzept der ‚Eigenlogik der Städte‘, in: Jens Aderhold und Katrin Harm (Hrsg.): Die subjektive Seite der Stadt. Vgl. auch DFG-Projektverbund „Eigenlogik der Städte“ an der TU Darmstadt: http://www.stadtforschung.tu-darmstadt.de/eigenlogik/dfg_projektverbund/dfg_projektverbund.de.jsp.

⁵ A. V. Wendland, Urbanität im Zeitalter der Extreme. Lemberg und Wilna 1890-1970. Die Habilitationsschrift wird 2013 an der Justus-Liebig-Universität Gießen eingereicht.

⁶ A. V. Wendland, Atomograpy. Kernkraftwerksstädte zwischen Utopie und Katastrophe in Russland, der Ukraine und Litauen 1965-2011. URL: <http://www.herder-institut.de/startseite/projekte/laufende/atomograpy.html>; A. V. Wendland, Atomograpy. Nuclear cities between Utopia and Disaster in Russia, Ukraine, and Lithuania. Paper published at the Virtual Conference on Second World Urbanity, July 30, 2012, URL: <http://secondworldurbanity.umwblogs.org>; A. V. Wendland, Inventing the *Atomograd*. Nuclear as a Way of Life in Eastern Europe, 1970-2011, in: Thomas Feldhoff (Hrsg.), Comparing Fukushima and Chernobyl. Social and Cultural Dimensions of the Two Nuclear Catastrophes, Oxford-New York (im Erscheinen).

⁷ Eric Hobsbawm, Age of Extremes: the short 20th century, London 1994, dt. Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 21995.

rung großer Teile eingesessener Stadtbevölkerungen während der Weltkriege, insbesondere in den Städten unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg, sind die hervorstechendsten Merkmale.

Nach 1944/45 übernahmen neue Regimes in Osteuropa häufig entleerte – in vielen Fällen auch totalzerstörte – Großstädte, in denen nur ein Bruchteil der Vorkriegsbevölkerung überlebt hatte. Die osteuropäischen jüdischen Gemeinden – vor 1939 wesentliche Faktoren in der städtischen Sozial- und Kulturgeschichte – waren ausgelöscht. Auf der anderen Seite erleichterte gerade diese *tabula rasa*-Situation den sozialistischen Machthabern, Großstädte neu zu erfinden und zu planen. Zentrale Planung, Industrie- und Neubesiedlungspolitik stießen aber immer wieder an ihre Grenzen. Vor allem das individuelle Wohn- und Wanderungsverhalten der alten und neuen Städter entzog sich immer wieder staatlicher Regulierung und Sozialkontrolle.⁸ Neben den Kriegstraumata der Städte stehen aber die im Nachhinein von den Städtern häufig positiv gewerteten Erfahrungen des Wiederaufbaus, der städtetechnischen Aufrüstung und des relativen Wohlstands in den 1960er Jahren, die Begründung neuer urbaner Formen und Traditionen in der „sozialistischen Stadt“. So ist die urbane Erfahrung in sowjetischen Großstädten für eine ganze Nachkriegsgeneration junger Land-Stadt-Migranten auch eine Mobilisierungs- und Erfolgsgeschichte. Aus Kolchosbauern wurden in den 1960er und 1970er Jahren Facharbeiter, Techniker und Ingenieure. Solche Prozesse trugen wiederum wesentlich zur Genese spezifischer sozialer Identitäten im Staatssozialismus bei. Hinzu treten am Ende des 20. Jahrhunderts – hier den westeuropäischen Städten ganz ähnlich – die Genese urbaner Subkulturen und die Wiederaneignung verschütteten urbanen Wissens.⁹ All diese (scheinbar?) widersprüchlichen Prozesse zwingen zur Prüfung unserer an der bürgerlichen Stadt geschulten Urbanitätsbegriffe.

Hinsichtlich der Epochengrenzen unterscheidet sich das urbane 20. Jahrhundert Osteuropas nicht grundlegend von anderen „europäischen“ Periodisierungsvorschlägen.¹⁰ Es beginnt in Ostmitteleuropa in den 1890er Jahren mit nachhaltigem,

⁸ Thomas M. Bohn, *Minsk - Musterstadt des Sozialismus. Stadtplanung und Urbanisierung in der Sowjetunion nach 1945*, Köln, Weimar und Wien 2008; Markus Podehl, *Architektura Kaliningrada: wie aus Königsberg Kaliningrad wurde*, Marburg 2012; Thum, *Die fremde Stadt*, 2003; Tarik Y. C. Amar, *The Making of Soviet Lviv, 1939-1963*, Ph.D. Diss, Princeton University 2006.

⁹ Ilko Lemko, *L'viv ponad use. Spohady l'vivjanyna druhoi polovyny 20-ho stolittja* [Lemberg über alles. Erinnerungen eines Lembergers der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts], L'viv 2003; ders., *Živile Mikailiene: The Hippie movement in Soviet Lithuania. Aspects of Cultural and Political Opposition to the Soviet Regime*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 60:4 (2011), S. 607-630. William Jay Risch, *The Ukrainian West. Culture and the Fate of Empire in Soviet Lviv*, Cambridge 2011, S. 220-250.

¹⁰ Überblicke dazu bei Friedrich Lenger, Einleitung, in: Ders. und Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung – Entwicklung – Erosion*, Köln, Weimar und Wien 2006, S. 1-21; Friedrich Lenger, *Probleme einer Geschichte der europäischen Stadt im 20. Jahrhundert – Anmer-*

vereinzelt rapidem Städtewachstum, administrativer Transformation und Genese einer Vielfalt von kulturellen Repräsentationen der Großstadt. Es endet in den 1970er Jahren mit der Etablierung bestimmter (siedlungs-)struktureller Muster und Planungssysteme, (sub-)urbaner Lebenswelten und Herrschaftsformen, die in der Folgezeit durch ökonomische Krise und Systemkrise in Frage gestellt werden. Gleichwohl kann auch festgestellt werden: Die urbane Hochmoderne setzt in der Fläche in Osteuropa später ein und dauert länger als im Westen. Das betrifft sowohl die Umgangsformen mit Stadtplanung und Technologie als auch das urbane Umwelt- und Risikobewusstsein, die wesentlich länger noch von hochmodernen Fortschritts- und Machbarkeitskonzepten geprägt waren. Das betrifft aber auch die Binnenperiodisierung des 20. Jahrhunderts als Jahrhundert der Stadt: So wird gemeinhin die Zeit der Ölkrise als wichtige Zäsur westlicher Industriegesellschaften – und Ende der Hochmoderne – wahrgenommen. In dieser Zeit gerieten in Westeuropa und Nordamerika alte Gewissheiten von unbegrenztem (Stadt-)Wachstum und individueller Automobilität ins Wanken, was wesentlich auf Stadtplanungskonzepte rückwirkte und auch einer Kritik der suburbanisierten Großstadt Vorschub gab.¹¹ Im sozialistischen Osteuropa wirkte sich die Ölkrise auf ganz andere Weise aus –in Staatsfinanzkrisen wegen steigender Rohstoffpreise am Weltmarkt, oder in der Transformation gewohnter Rohstoffflüsse zwischen der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten. Als Krise der (Vor-)Stadt und als Mobilitätskrise wiederum wurde sie nicht wahrgenommen, weil Mobilität in diesen Städten vor allem auf öffentlichen Verkehrssystemen beruhte.¹²

2. Stadtypologien und urbane Sonderwege

Vor 1939 sind in den Urbanisierungsprozessen insbesondere Ostmitteleuropas Entwicklungslinien und Städtetypen erkennbar, die uns auch aus anderen europäischen Geschichtsregionen vertraut sind: „ringförmige“ Wachstumsphasen, Genese städtischer Leistungsverwaltungen, seit 1918 verstärkt auch Kommunen als Akteure im Wohnungsmarkt. Daneben zeichneten sich verstärkt auch Konflikte und Res-

kungen zum Forschungsstand samt einiger Schlussfolgerungen, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1 (2005), S. 96-113.

¹¹ Andrew Jamison, Greening the City: Urban Environmentalism from Mumford to Malmö, in: Mikael Hård und Thomas A. Misa (Hrsg.), Urban Machinery. Inside Modern European Cities, Cambridge 2008; S. 281-298; Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie, München 2011, S. 124-164.

¹² Stephan Merl, The Soviet Economy in the 1970ies: Reflections on the Relationship between Socialist Modernity, Crisis, and the Administrative Command Economy, in: Marie-Janine Calic, Dietmar Neutatz und Julia Obertreis (Hrsg.), The Crisis of Socialist Modernity. The Soviet Union and Yugoslavia in the 1970ies, Göttingen 2011, S. 28-65.

sourceskonkurrenzen zwischen städtischer und nationalstaatlicher Ebene ab. Außerdem treten bereits vor 1939 in der Sowjetunion, nach 1945 im gesamten Bereich der sozialistischen Länder andere, vollkommen neue urbane Phänomene und Entwicklungen auf, welche herkömmliche Stadtdefinitionen und bekannte geschichtsregionale Abgrenzungen ins Wanken bringen:

Die Beutestadt: neue Bevölkerungsgruppen – Zuwanderer aus dem agrarischen Umland, Vertriebene, oder von Staats wegen angeworbene Spezialisten – erobern von Kriegen und Deportationen entleerte Städte in neu erworbenen Gebieten. Sie nehmen die überkommenen Strukturen wahr, nutzen und überschreiben sie mit eigenen Zeichen. Mitunter sind aber die „Neuen“ gar nicht so „neu“, die Traditionen gar nicht so verschüttet wie beim ersten Hinsehen vermutet. In Städten wie Lemberg-Lwów-Lviv, Wilno-Vilnius oder Breslau-Wrocław wirkte trotz aller Verwerfungen ein gewisser urbaner Eigensinn fort. Manchmal wurde die Brücke zur Vorkriegsstadt durch alteingesessene überlebende Bevölkerungen bzw. Neuankömmlinge aus dem nahen Umland geschlagen; manchmal erst durch eine spätere Wiederaneignung der Stadtgeschichte durch die Neubewohner. In den vom Krieg relativ unzerstörten Lemberg und Wilna war es vor allem die allfällige Präsenz der vorsozialistischen Bausubstanz und der alteuropäischen Kulturdenkmäler, welche die Besonderheit der Stadtstruktur ausmachte und Identifikationsmöglichkeiten bot.

Die bipolare Stadt: sie entsteht in Ostmitteleuropa und Teilen Osteuropas durch die Umbauung alteuropäischer Stadtkerne mit neu angesiedelten Industrien und hochverdichtete, in Generalplänen konzipierte und hinsichtlich der Bauformen hochstandardisierte Wohnviertel, welche das migrationsbedingte Stadtwachstum auffangen. Die krassen visuellen Unterschiede und Größenverhältnisse zwischen traditionellen, bei der Ressourcenallokation vernachlässigten Stadtkernen und den Trabantenstädten sowie die hohen Zuwachsraten durch Migration – und die Geschichten der Migranten – reizen zu Vergleichen mit nichteuropäischen städtischen Systemen.¹³ Obwohl die Bausubstanz der Epoche vor 1918 in den sozialistischen Städten aus Kapitalmangel oft sich selbst überlassen wurde, wurde sie dennoch nicht einfach abgerissen; sie bildete den erlebbaren Hintergrund für alles, was sich im Stadtzentrum abspielte, und bot Nischen für staatlich weniger reglementiertes Wohnen, für die Ausprägung bestimmter Freizeitformen und subkultureller Ausdrucksformen, die wiederum das Image dieser Städte im Sozialismus prägten.

Die Mono- und Neostadt: Bauern(-kinder) besiedeln als Industriearbeiter, Techniker, Ingenieure, Lehrer, Mediziner und Dienstleister aus dem Boden gestampfte Neostädte, die in der Regel auf einen Industriezweig als „städtebildenden Faktor“

¹³ Vgl. Dazu Doug Saunders, *Arrival City. How the largest migration in history is reshaping our world*, New York 2010.

zugeschnitten sind. Solche Städte waren mitunter als Gegenprojekte zu alten Städten und ihrem kulturellen Kapital konzipiert, wie im Falle der Stahlstadt Nowa Huta, die in der Nachkriegszeit vor den Toren der Beamten- und Professorenstadt Krakau entstand. Planungsgeschichtlich und formal standen sie in der Tradition der globalen städtebaulichen Moderne. Auch dienten sie der Ressourcenkonzentration und dem Auffangen von Migrationsdruck, so wie z. B. Eisenhüttenstadt, in dem vor allem gut ausgebildete Vertriebene eine neue Heimat fanden.¹⁴ Andere derartige Städte – vor allem jene im sowjetischen Kontext – wurden als urbane Utopie einer je nach Epoche immer neu definierten technologisch-industriellen Leitkultur geplant, propagiert und kulturell überformt. Wenn diese Leitkultur in die Krise geriet, durchliefen auch die städtischen Begleittypen erhebliche Transformationskrisen. Idealtypische Beispiele sind die Stahlstadt Magnitogorsk – eine stalinistische Monostadt, deren utopischer Gehalt aber von den damaligen Realitäten des Investitionsstaus und der Industrieentwicklung in Frage gestellt wurde¹⁵; die Autostadt Togliatti, die in die postsowjetische Transformationskrise geriet¹⁶, oder die Atomstadt Prypjat, in der die katastrophale Krise der städtebildenden Industrie – der Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 – auch zum Ende der Stadtextistenz führte. Gleichwohl sind solche Städte nicht transformationsunfähig: so hat das Projekt der Atomstadt an vielen anderen osteuropäischen Standorten die spätsowjetische Krise überlebt und wird seit Beginn des 21. Jahrhunderts unter neuen strukturellen und politischen Bedingungen (grenzüberschreitende Energiemärkte, Klimaschutzaspekte, Kernenergieprogramme der osteuropäischen Staaten) mit neuen Inhalten gefüllt.¹⁷ Parallel existieren Monostädte älterer, vorsozialistischer Tradition mit etablierten (Arbeiter-)Identitäten weiter, vor allem die Montanstädte.

Vergleichsperspektiven zu westlichen Gegenstücken wären reizvoll, wurden aber noch nicht unternommen oder sind derzeit in Planung, wie im Fall der Autostädte Togliatti-Eisenach-Detroit-Wolfsburg. In anderen Fällen gibt es aus strukturellen Gründen keine Gegenstücke zum osteuropäischen Monostadttypus, wie im Falle der nuklearen Werksstadt: In Russland und der Ukraine werden Kernkraftwerke im gesamten Jahresbetriebszyklus von Eigenpersonal bewirtschaftet; hohe Belegschaftszahlen und wenig Personalfluktuaton zeichnen sie aus. Alle Beschäftigten

¹⁴ Dagmara Jajesniak-Quast, Die sozialistische Planstadt Eisenhüttenstadt im Vergleich mit Nowa Huta und Ostrava-Kuncice, in: Thomas M. Bohn (Hrsg.), Von der „europäischen Stadt“ zur „sozialistischen Stadt“ und zurück? Urbane Transformationen im östlichen Europa des 20. Jahrhunderts, München 2009, S. 99-114.

¹⁵ Stephen Kotkin, Magnetic Mountain. Stalinism as a civilization, Berkeley 1995.

¹⁶ Vgl. die Tagung „Autostädte. Wachstums- und Schrumpfungprozesse in globaler Perspektive“, Wolfsburg 27.-29. Juni 2012, URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=19087>.

¹⁷ Wendland, Inventing the Atomograd, 2012.

wohnen in der nahen Werksstadt, in der außerdem noch kerntechnische Zulieferindustrien angesiedelt sind. In Westeuropa hingegen beruhen die Betriebsstrukturen und die Arbeitsorganisation der Kernenergiewirtschaft seit der Privatisierung der Energieversorgungsunternehmen auf kleinen Kernbelegschaften und in Subunternehmen organisierter „nomadisierender“ Leih- und Vertragsarbeit.¹⁸ Dezentralisierung, hohe Mobilität und Prekarität kennzeichnen solche Arbeitswelten. Als kompakt siedelnde Stadtbewohner treten die in der Atomindustrie Beschäftigten hier gar nicht in Erscheinung.

3. Verstädterung ohne Urbanisierung, Städte ohne Urbanität?

Die brachiale Umformung alter und die Genese neuer Städte im östlichen Europa nach 1945 bringt uns zu einer der spannendsten Fragen der Stadtforschung in unserer Geschichtsregion: Können wir, auch in vergleichender Absicht, hier überhaupt von Städten sprechen? Wir erinnern uns, dass im Falle der vorsozialistischen russischen Stadt der fehlende Stadt-Land-Gegensatz als besonderes Merkmal im europäischen Vergleich angeführt wurde.¹⁹ Nach 1960 wächst dieser Gegensatz: das Ausbleiben individueller motorisierter Mobilität verhindert ein strukturelles Ineinandergreifen dörflicher und städtischer Lebensräume; die Stadt, die transnationalen Mustern modernen Städtebaus folgt, entfernt sich vom Umland; ihre Einwohner, die selbst oft noch vom Land stammen, setzen sich von ihrer Identität und Lebenswelt immer mehr vom Dorf ab. Dies scheint der These einer Verstädterung ohne Urbanität²⁰ oder defizitären Urbanisierung²¹ (im Sinne eines für urbane Schauplätze

¹⁸ Annie Thébaud-Mony, *L'Industrie nucléaire, sous-traitance et servitude*, Paris 2000; Dies., *Rationalité instrumentale et santé au travail – Le cas de l'industrie nucléaire*, in: *La Revue Internationale de Psychosociologie* III:8 (1997), URL: <http://www.fondation-copernic.org>; Deutscher Bundestag, Drucksache 17/5738, 05.05. 2011, Kleine Anfrage der Abgeordneten Jutta Krellmann u.a. und der Fraktion DIE LINKE „Werk- und Leiharbeit in Atomkraftwerken in Deutschland“.

¹⁹ Manfred Hildermeier, *Die russische Stadt: Subtyp europäischer Entwicklungen?*, in: Tenfelde, *Die Europäische Stadt*, 2006, S. 45-60.

²⁰ Thomas M. Bohn, „Sozialistische Stadt“ versus „Europäische Stadt“. *Urbanisierung und Ruralisierung im östlichen Europa*, in: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 19 2 (2008), S. 71-86; Wolfgang Höpken, *Schrittmacher der Moderne? Urbanisierung und städtische Lebenswelten in den Metropolen Südosteuropas im 19. Und 20. Jahrhundert*, in: Tenfelde, *Die Europäische Stadt*, 2006, S. 61-104.

²¹ Zu grundsätzlichen Problemen in diesem Diskussionszusammenhang (am Beispiel der DDR, für die aber die am sowjetischen Beispiel gebildete These von der defizitären Urbanität als Ruralisierung der Städte in weitaus geringerem Maße zutrifft) Christoph Bernhardt und Heinz Reif, *Neue Blicke auf die Städte im Sozialismus*, in: Dies. (Hrsg.), *Sozialistische Städte zwischen Herrschaft und Selbstbehauptung. Kommunalpolitik, Stadtplanung und Alltag in der DDR*, Stuttgart 2009.

typischen Komplexes sozialer und konsumtiver Praktiken sowie sozialer Identitäten) zu widersprechen.

Für diese These sprechen wiederum viele soziale Praktiken und Wertvorstellungen der osteuropäischen Neu-Städter, die zwischen Stadt und Dorf angesiedelt sind: Essen, Freizeit, Festkulturen von Städtern der ersten Generation sehen anders aus als bei Alteingesessenen, aber auch anders als die Gewohnheiten ihrer eigenen, schon in der Stadt geborenen Kinder.²² Hinzu treten temporäre Rückgriffe der Städter auf rurale Ressourcen in Krisenphasen – so wie in den postsowjetischen 1990er Jahren.²³

Müssen wir also unsere am westlichen *citadin* und *citoyen* orientierten, häufig emphatischen Vorstellungen und Definitionen von Urbanität angesichts des osteuropäischen Beispiels schleifen, oder konstatieren wir schlicht das Fehlen von Urbanität in den „ruralisierten“ Gesellschaften von *Soviet /Socialist suburbia*? Wie sieht Urbanität in Monostädten aus?

Viel spricht für das „Schleifen“; stattdessen sollten wir versuchen, Urbanitätsformen im *inbetween* vergleichend zu betrachten, die sich nicht ohne weiteres bestimmten Gesellschaften oder Stadttypen zuordnen lassen. Beispielsweise ist festzustellen, dass bestimmte soziale Praktiken, die wir bislang als Merkmal westlicher postmoderner Urbanität wahrnehmen – wie das sogenannte *communal* oder *guerilla gardening* – ihre viel älteren Gegenstücke sowohl in der gerade wieder entdeckten frühen eigenen Stadtgeschichte²⁴ als auch in den Trabantenstädten des Sozialismus haben. Ressourcenknappheit, Transformationskrisen und alltagsanarchistische Selbstermächtigung spielten eine Rolle bei der Bewirtschaftung „herrenlosen“ kommunalen Landes zwischen den Plattenbauten osteuropäischer Städte, das man für improvisiertes Gärtnern oder selbstgemachte Garagenbauten nutzte – aber man findet ähnliche Motivlagen und Projekte auch im *rustbelt* der USA.

4. Ausblick: An der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Zum Schluss ist noch ganz kurz anzureißen, was sich wiederum im Zuge der postsowjetischen Transformation in Osteuropa außerhalb der EU abzeichnet. Die Konzentration von Kapital und Ressourcen in den Händen weniger Interessengruppen, die individuelle Motorisierung, das Anwachsen von Mittelschichten mit Einfamilienhaus-Wohnidealen und gesteigertem Sicherheitsbedürfnis laufen parallel mit der

²² Natal'ja Kozlova, *Sovetskie ljudi. Sceny iz istorii*, Moskva 2005.

²³ Wolfgang Kil, Ivanovo – Gesichter einer Krise, in: Philipp Oswald (Hrsg.), *Schrumpfende Städte*. Bd. 1 Internationale Untersuchung, Ostfildern 2004, S. 502-510.

²⁴ Ingo Vetter, Urbane Landwirtschaft. „You have to build it to prove it“, in: Oswald, *Schrumpfende Städte*, 2004, S. 484-493 (am Beispiel Detroit).

Etablierung autoritärer Regimes, die ebenfalls ein gesteigertes Sicherheitsbedürfnis haben, und für die urbane Unübersichtlichkeit eine Bedrohung eigener Machtpositionen darstellt. Es zeichnet sich hier tatsächlich ab, dass die Urbanisierungsmuster in den großen Städten Osteuropas wie Moskau oder Kiev (rasch wachsende, von wenigen Interessengruppen am Wohnungs- und Bodenmarkt beherrschte Vorortgürtel, *gated communities*, soziale Atomisierung und brutale Disziplinierung städtischer Gesellschaften) sich von west- und zentraleuropäischen Mustern abtrennen und vielmehr mit Entwicklungen in Lateinamerika oder Asien konvergieren. Letztere Entwicklung, aber auch die vorher skizzierten Problemlagen lassen ein Desiderat in den Vordergrund treten: Absehbar ist, dass die osteuropäische Stadt viel stärker als bisher in vergleichende Untersuchungen, insbesondere solche mit globaler Perspektive, einbezogen werden muss.

**Dr. Anna Veronika Wendland, Herder-Institut Marburg,
veronika.wendland@herder-institut.de**

D O R O T H E E B R A N T Z

Metropolitane Welten: Zum Urbanisierungsdiskurs in der amerikanischen Stadtgeschichtsforschung

Amerika, und besonders die USA, dienten seit dem späten 19. Jahrhundert häufig als Projektionsfläche für europäische Stadtplaner, Kommunalpolitiker und zunehmend auch für Stadtforscher. Auf unzähligen Reisen sammelten sie Impressionen vom Zustand amerikanischer Städte und nutzten diese, um die positiven sowie negativen Aspekte urbaner Entwicklungen nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa zu deuten. Dabei folgten sie, bewusst oder unbewusst, der Einsicht, dass es oft hilfreich ist, auf das Andere zu schauen, um das Eigene besser zu verstehen. In diesem Sinne lohnt sicher auch heute ein Blick nach Amerika, um die Erforschung der europäischen Urbanisierung im 20. Jahrhunderts besser verorten zu können.¹ Da die amerikanische Stadt oft als Gegenmodell zur europäischen Stadt betrachtet wurde, soll im Folgenden gefragt werden, wie sich der historische Urbanisierungsdiskurs

¹ Siehe hierzu auch Friedrich Lengers Einleitung in: Friedrich Lenger und Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung-Entwicklung-Erosion*, Köln 2006, S. 1-24.

kurs im anglo-amerikanischen Forschungsraum von deutschen Debatten unterscheidet.²

Der Begriff der Urbanisierung vereint eine quantitativ demografische Ebene, die im Deutschen als Prozess der Verstädterung bezeichnet wird, mit einer eher qualitativen Komponente, die die urbanen Lebensformen erfasst.³ Darüber hinaus wird die Betrachtung von Urbanisierungsprozessen meist auch von den jeweils vorherrschenden Forschungsparadigmen geprägt, so dass bestimmte Diskurse ein Abbild ihrer jeweiligen Epoche darstellen. Die ersten expliziten Untersuchungen der amerikanischen Urbanisierungsforschung spiegelten diese beiden Sichtweisen. Ausgehend von den Arbeiten der *Chicago School of Sociology* wurde Stadtforschung seit den 1920er Jahren zu einem zentralen, wenn auch umstrittenen, Thema der Gesellschaftsanalyse.⁴ Besonders Ernest Burgess' Modell der konzentrischen Ringe beeinflusste die Art, mit der die amerikanische Urbanisierung gelesen wurde. Ausgehend von einem *Central Business District* kartierte er die Anordnung bestimmter Arbeits- und Wohnquartiere in konzentrischen Ringen, die schließlich in einer *commuter zone* endeten. Luis Wirth, ein weiterer einflussreicher Vertreter der *Chicago School*, leistete einen entscheidenden Beitrag zum qualitativen Verständnis urbaner Lebensformen in seinem 1938 erschienenen Essay „Urbanism as a Way of Life“, der nicht nur in den USA als einer der grundlegenden Texte des Urbanisierungsdiskurses gilt.⁵ Eine dezidiert historische Stadtforschung bildete sich allerdings erst in den 1960er Jahren heraus. Ähnlich wie die Sozialgeschichte, mit der sie in enger Verbindung stand, kann auch die historische Stadtforschung als Reaktion auf die politischen Verhältnisse in den USA verstanden werden. Besonders die Rassenunruhen und sozialen Proteste dieser Zeit veranlassten viele junge Forscher, sich genauer mit der historischen Entwicklung amerikanischer Städte und den sie prägenden sozialen Ungleichheiten zu beschäftigen. In diesem Sinne war die amerikanische Stadtforschung immer auch politisch orientiert, selbst wenn dieser Anspruch über die Jahre zunehmend in den Hintergrund trat. Bis in die heutige Zeit ist die historische Stadtforschung eine lebendige Subdisziplin der Geschichtswissenschaft, die institutionell

² Zum Konzept der europäischen Stadt, siehe auch Dieter Hassenpflug (Hrsg), *Die europäische Stadt. Mythos und Wirklichkeit*, Münster 2002; Walter Siebel (Hrsg), *Die europäische Stadt*, Frankfurt am Main 2004.

³ Jürgen Reulecke, *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*, Frankfurt am Main 1985 und Klaus Tenfelde, *Urbanization and the Spread of an Urban Culture in Germany in the Nineteenth and Twentieth Centuries*, in: Friedrich Lenger (Hrsg), *Towards an Urban Nation. Germany since 1780*, Oxford 2002.

⁴ Robert E. Park, Ernest Burgess und Roderick McKenzie, *The City, Chicago 1925* und Andrew Abbott, *Department and Discipline. Chicago Sociology at One Hundred*, Chicago 1999.

⁵ Louis Wirth, *Urbanism as a Way of Life: The City and Contemporary Civilization*, in: *American Journal of Sociology* 44 (1938), S. 1–24.

fest verankert ist. Das renommierte *Journal of Urban History* erscheint seit 1974 und die Dachorganisation der historischen Stadtforschung, die *Urban History Association*, entstand 1988.

Im Gegensatz zur deutschen bezeichnete sich die amerikanische historische Stadtforschung nie als „Stadtgeschichte“, sondern von Anfang an als *urban history*. Die Gründe hierfür liegen sowohl in der amerikanischen Stadtstruktur und deren spezieller Entwicklungsgeschichte als auch in den konzeptionellen Grundlagen, auf denen diese Forschung aufbaut. Während sich die deutsche Stadtgeschichte lange Zeit eher der historischen Entwicklung einzelner Städte widmete, konzentrierte sich die amerikanische *urban history* immer eher auf die Prozesshaftigkeit und den Wandel von urbanen Siedlungs- und Gesellschaftsstrukturen.

Im Zeichen der Suburbanisierung – zu einigen Merkmalen US-amerikanischer Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert

Der Großteil der amerikanischen Städte entstand im 19. Jahrhundert, beziehungsweise diese reiften erst dann zu urbanen Zentren heran. Prinzipiell ist ihre Geschichte viel jünger als die Geschichte europäischer Städte und bedurfte deshalb weniger einer eigenständigen Stadtgeschichtsforschung. Anders als in europäischen Städten wurde die amerikanische Siedlungsstruktur nicht durch Jahrhunderte alte Traditionen geformt. Die Urbanisierung amerikanischer Städte war somit weniger an einen Wandel vorhandener Strukturen gebunden, sondern begründete sich vornehmlich durch Neubau und Immigration. Architektonische Innovationen und technologische Erfindungen gepaart mit rapidem Bevölkerungszuwachs erzeugten eine Dynamik, die das Städtewachstum beflügelte bzw. in schwindelerregende Höhen trieb. Dieses urbane Wachstum war von Anbeginn eng mit der Moderne und den ihr inhärenten gesellschaftlichen Prozessen verbunden. Ein besonders prägnantes Beispiel hierfür war der Aufstieg der Metropole Chicago, die um 1830 offiziell noch gar nicht existierte und weniger als 100 Einwohner zählte, die aber binnen weniger Jahrzehnte über zwei Millionen Menschen anzog, so dass Chicago um 1900 zur fünftgrößten Stadt der Welt avancierte.⁶

Amerikanische Städte waren Vorreiter der infrastrukturell gestützten Stadterweiterungen des 20. Jahrhunderts. Besonders einschneidend war dabei die Suburbanisierung, die bereits im späten 19. Jahrhundert einsetzte und im Laufe des 20. Jahrhunderts zunehmend das städtische Selbstverständnis prägte, wie Friedrich Lenger

⁶ William Cronon, *Nature's Metropolis. Chicago and the Great West*, New York 1991; Donald Miller, *City of the Century. The Epic of Chicago and the Making of America*, New York 1997, und Dominique Pacyga, *Chicago. A Biography*, Chicago 2011.

eindringlich gezeigt hat.⁷ Aus amerikanischer Perspektive war das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der Suburbanisierung mit all ihren Konsequenzen, wie z.B. Motorisierung, Zersiedlung, Dezentralisierung. Auch die Urbanisierungsforschung thematisiert die vielschichtige Bedeutung der Suburbanisierung für die amerikanische Geschichte und nationale Identitätsbildung.⁸ Ein besonderes Beispiel des frühen 20. Jahrhunderts, das in Urbanisierungsdiskursen besondere Aufmerksamkeit erhielt, war Los Angeles, da diese Stadt wichtige Komponenten der Suburbanisierung in sich vereinte. Zum einen wuchs Los Angeles in Folge der rapiden Motorisierung, die auch eine massive Ausdehnung des städtischen Raumes (*urban sprawl*) mit sich brachte.⁹ Zum anderen wurde Los Angeles auch zum Inbegriff für den Aufstieg der urbanen (Massen)Kultur und Unterhaltungsindustrie, die allerdings auch vehemente Kritiker fand, besonders unter den deutschen Emigranten jener Zeit. Die wachsende Bedeutung von Los Angeles manifestierte sich unter anderem auch dadurch, dass die Stadt demographisch bald Chicago den Rang ablief und zur zweitgrößten Stadt der USA wurde. Auch in Bezug auf die Urbanisierungsforschung gewann Los Angeles zunehmend an Bedeutung. Die in den 1980er Jahren proklamierte *Los Angeles School of Urban Studies* war in den Augen einiger ihrer Vertreter eine postmoderne Weiterentwicklung bzw. Reaktion auf die modernistisch geprägte *Chicago School*.¹⁰ Ähnlich wie die *Chicago School* konzentrierte sich die *LA School* auf ihren eigenen Standort, den sie als paradigmatische amerikanische Stadt bezeichnete

⁷ Friedrich Lenger, „Grundzüge der nordamerikanischen Entwicklung im 20. Jahrhundert“, in: Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert, S. 437-476.

⁸ Robert Beauregard, *When America Became Suburban*, Minneapolis 2006; Howard Chudacoff und Peter Baldwin (Hrsg), *Major Problems in American Urban and Suburban History. Documents and Essays*, Boston 2005; Robert Fogelson, *Bourgeois Nightmares: Suburbia 1870-1930*, New Haven 2005; Dolores Hayden, *Building Suburbia. Green Fields and Urban Growth, 1820-2000*, New York 2004; Kenneth Jackson, *Grabgrass Frontier. The Suburbanization of the United States*, New York 1985; Ders., Becky M. Nicolaides und Andrew Wiese, (Hrsg), *The Suburb Reader*, New York 2006; Kevin Kuruse und Thomas Sugrue, (Hrsg), *The New Suburban History*, Chicago 2006; Adam Rome, *The Bulldozer in the Countryside. Suburban Sprawl and the Rise of American Environmentalism*, Cambridge 2001, und Sam Warner, *Streetcar Suburb. The Process of Growth in Boston, 1870-1900*, Cambridge 1962.

⁹ Eric Avila, *Popular Culture in the Age of White Flight. Fear and Fantasy in Suburban Los Angeles*, Berkeley 2004; Jeremiah Axelrod, *Inventing Autopia. Dreams and Visions of the Modern Metropolis in Jazz Age Los Angeles*, Berkeley 2009; Scott Bottles, *Los Angeles and the Automobile. The Making of Modern City*, Berkeley 1987; Robert Fogelson, *The Fragmented Metropolis. Los Angeles, 1850-1930*, Cambridge 1967; Tom Sitton, *Los Angeles Transformed. Fletcher Bowron's Urban Reform Revival, 1938-1953*, Albuquerque 2005, und Martin Wachs und Margaret Crawford (Hrsg), *The Car and the City. The Automobile, the Built Environment, and Daily Urban Life*, Ann Arbor 1992.

¹⁰ Michael Dear (Hrsg), *From Chicago to L.A. Making Sense of Urban Theory*, Thousand Oaks 2002, und John Eade und Christopher Mele (Hrsg), *Urban Analysis as Merchandising. The "LA School" and the Understanding of Metropolitan Development*, New York 2008.

und in Hinblick auf ihre postfordistisch fragmentierte Form und deren gesellschaftliche Auswirkungen untersuchte.¹¹ Obschon keine Einigkeit darüber besteht, inwiefern Los Angeles wirklich als paradigmatische Stadt der USA bezeichnet werden kann, ist sie doch beispielhaft für eine Entwicklung, die Mike Davis als „Keynesian suburbanization“ bezeichnet hat.

Ein weiteres prägnantes Beispiel für die durchschlagende Rolle der Suburbanisierung und ihrer diskursiven Einordnung war der Bau von Levittown, der ersten suburbanen Neubausiedlung, die 1947 auf Long Island entstand und zum Symbol der Nachkriegssuburbanisierung im großflächigen Fertighausstil wurde.¹² Die Firma Levitt errichtete innerhalb weniger Wochen mehr als zweitausend Häuser für junge Familien. Als solches wurde Levittown zum Symbol einer neuen Art der (Sub)Urbanisierung und eines damit einhergehenden suburbanen Lebensstils.¹³ Diese neue Form der Siedlungsstruktur unterstrich auch den wachsenden Einfluss der Massenproduktion von Konsumgütern, auf dem der expandierende Wohlstand der USA nach dem Zweiten Weltkrieg und später auch Westeuropas basierte. In diesem Zusammenhang muss auch die zunehmende Bedeutung des Militärs für die wirtschaftliche Entwicklung der USA beachtet werden, denn sie hatte einen markanten Einfluss auf die regionale Verschiebung urbaner Bevölkerungen in der Nachkriegszeit, auf die ich weiter unten eingehen werde. Generell lässt sich sagen, dass die großflächige Ausweitung des urbanen Raumes auch ein konzeptionelles Umdenken zur Folge hatte. Sprach man zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch von der Existenz von Metropolen, ging man in der Nachkriegszeit von einem viel breiteren Urbanisierungsmodell aus – der Metropolenregion – eine Begrifflichkeit, die in Europa ganz anders interpretiert wurde.¹⁴

¹¹ Mike Davis, *City of Quartz. Excavating the Future in Los Angeles*, New York 1992; Michael Dear, Eric Schockman und Greg Hise (Hrsg), *Rethinking Los Angeles*, Thousand Oaks, CA 1996; Allen Scott und Edward Soja (Hrsg), *The City: Los Angeles and Urban Theory at the End of the Twentieth Century*, Berkeley 1996; Edward Soja, *Postmodern Geographies. The Reassertion of Space in Critical Social Theory*, New York 1998.

¹² Barbara Kelly, *Expanding the American Dream. Building and Rebuilding Levittown*, Albany 1993, und David Kushner, *Levittown. Two Families, One Tycoon, and the Fight for Civil Rights in America's Legendary Suburb*, New York 2009.

¹³ Herbert J. Gans, *The Levittowners. Ways of Life and Politics in a New Suburban Community*, New York 1967. Über suburbane Lebensstile im Allgemeinen siehe: Mark Clapson, *Suburban Century. Social Change and Urban Growth in England and the United States*, Oxford 2003 und Robert Lewis (Hrsg), *Manufacturing Suburbs. Building Work and Home on the Metropolitan Fringe*, Philadelphia 2004.

¹⁴ Zum Unterschied zwischen Metropolen und Metropolenregionen, siehe Margit Mayer, „Metropolitan Research in Transatlantic Perspective: Differences, Similarities, and Conceptual Diffusion“ in: Dorothee Brantz, Sasha Disko und Georg Wagner-Kyora (Hrsg), *Thick Space. Approaches to Metropolitanism*, Bielefeld 2012, 105-124.

Die zunehmende Suburbanisierung weiter Bevölkerungsteile – vornehmlich der weißen Mittelschicht, die es sich leisten konnte, Eigenheime zu erwerben – ging einher mit gegenläufigen innerstädtischen Prozessen, besonders der zunehmenden Ghettoisierung der Kernstädte in Folge der *Great Migration* von Afroamerikanern aus den Südstaaten der USA in die Großstädte des Nordens und Mittleren Westens in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.¹⁵ Viele der neuen Zuwanderer aus dem Süden der USA wurden in bestimmte Stadtgebiete abgedrängt und gesellschaftlich ausgegrenzt. Besonders während der *Second Great Migration* von 1940-1970, die weitere fünf Millionen Afroamerikaner aus den Südstaaten in den Norden der USA brachte, kam es zu einer zunehmenden Vernachlässigung der Innenstädte, die den sogenannten „white flight“ weiter verstärkte, was wiederum die zunehmende Ghettoisierung der Innenstädte verschärfte. Obschon der bereits während der Zeit des *New Deal* ins Leben gerufene soziale Wohnungsbau Abhilfe schaffen sollte, verstärkte er nur die Probleme.¹⁶ *Public Housing Projects* wie die *Robert Taylor Homes* und *Cabrini Green* in Chicago waren ursprünglich zur Verbesserung der Wohnsituation geplant, innerhalb weniger Jahre wurden sie jedoch zum Inbegriff und Studienobjekt der urbanen Verwahrlosung.¹⁷ In den 1990er Jahren wurden die meisten dieser Projekte abgerissen und durch ein neues Modell, das sogenannte *scattered site housing*, ersetzt. Dieses neue Modell des sozialen Wohnungsbaus trägt auch dem Trend und politischen Ziel einer Revitalisierung der Innenstädte Rechnung, die als urbane Lebensräume für verschiedene Bevölkerungsschichten wieder an Attraktivität gewonnen haben. So verzeichnete Chicago 2011 erstmals wieder einen größeren Bevölkerungsanstieg in den inneren Stadtbezirken als in den Randgebieten. Aber auch in den Randgebieten wurden neue Ideen von Urbanität entwickelt. So verfechten Vertreter des *new urbanism* Visionen von kleinstädtischer Idylle inmitten metropolitaner Räume.¹⁸ Es bleibt abzuwarten, wie zukünftige Historiker diesen Wandel im Rahmen der Urbanisierungsdebatten des 20. Jahrhunderts bewerten werden.

¹⁵ James Grossman, *Land of Hope. Chicago, Black Southerners, and the Great Migration*, Chicago 1989; Gilbert Osofsky, *Harlem. The Making of a Ghetto. Negro New York, 1890-1930*, New York 1966, David Ward, *Poverty, Ethnicity, and the American City, 1840-1925. Changing Conceptions of the Slum and the Ghetto*, New York 1989.

¹⁶ Margery Austin Turner, Susan Popkin und Lynette Rawlings, *Public Housing and the Legacy of Segregation*, Washington 2009. Allgemein siehe Gwendolyn Wright, *Building the Dream. A Social History of Housing in America*, Berkeley 1988.

¹⁷ Sudhir Venkatesh, *American Project. The Rise and Fall of a Modern Ghetto*, Cambridge 2000.

¹⁸ Harald Bodenschatz und Barbara Schöning, *Smart Growth, New Urbanism, Liveable Communities. Programm und Praxis der Anti-Sprawl-Bewegung in den USA*, Wuppertal 2004, und Robert Fishman, *New Urbanism*, Ann Arbor 2005.

Ein dritter Faktor, der noch kurz Erwähnung finden soll, ist die Verschiebung der Urbanisierungszentren. Lagen die Zentren der amerikanischen Urbanisierung bis Mitte des 20. Jahrhunderts im Nordosten und Mittleren Westen der USA, verlagerten sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend in den Süden bzw. Südwesten des Landes. Diese Verlagerung hatte mit der Verschiebung der industriellen Produktion, aber auch mit einer Neukonstituierung von Eigentumsverhältnissen sowie technologischen Neuerungen (z.B. *air conditioning*) zu tun. Der Niedergang der klassischen Industrien brachte den Verfall vieler Städte des Nordens. Städte wie Buffalo, Pittsburgh und Detroit zeigten, wie der *snowbelt* zum *rustbelt* wurde. Die Bevölkerungsabwanderung aus den Industriestädten des Nordens brachte das Phänomen der schrumpfenden Stadt hervor, während die neuen Städte des *sunbelt*, z.B. Atlanta, Houston, Phoenix oder San Diego, einen Bevölkerungsanstieg von über 100% in den vier Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten.¹⁹

Abschließend sollte noch angemerkt werden, dass, obschon der Schwerpunkt der Urbanisierungsforschung in den USA (wie in jedem anderen Land) auf der Erforschung der landeseigenen Städte lag und liegt, weil historische Forschung weiterhin eng mit nationalstaatlichen Entwicklungen verflochten ist, zunehmend auch transnationale und globale Vernetzungen in den Blick genommen werden. Bestimmte Städte werden in Bezug auf ihre internationalen und globalen Vernetzungen neu interpretiert, bisher allerdings noch kaum von Historikern.²⁰ Urbanisierung ist ein dynamischer Prozess, der sich aus den Wechselwirkungen lokaler, nationaler und globaler Einflüsse konkret in städtischen Räumen manifestiert. Die Herausforderung zukünftiger Forschung wird unter anderem darin liegen, diese drei Dimensionen historisch zusammen zu denken und interdisziplinär zu verflechten.

**Prof. Dr. Dorothee Brantz, Direktorin des Center for Metropolitan Studies,
TU Berlin, dorothee.brantz@metropolitanstudies.de**

¹⁹ Lenger, „Urbanisierung als Suburbanisierung,“ S. 455. Siehe auch: Carl Abbott, *The New Urban America. Growth and Politics in Sunbelt Cities*, Chapel Hill 1987; Richard Bernard und Bradley Rice (Hrsg), *Sunbelt Cities. Politics and Growth since World War II*, Austin 1983; Justin Hollander (Hrsg), *Sunburnt Cities. The Great Recession, Depopulation, and Urban Planning in the American Sunbelt*, New York 2011; Michelle Nickerson und Darren Dochuk (Hrsg), *Sunbelt Rising. The Politics of Place, Space, and Region*, Philadelphia 2011; Larry Sawers und William Tabb (Hrsg), *Sunbelt/Snowbelt. Urban Development and Regional Restructuring*, New York 1984, und Bernhard Weinstein, Harold Gross und John Rees (Hrsg), *Regional Growth and Decline in the United States*, New York 1985.

²⁰ Janet L. Abu-Lughod, *New York, Chicago, Los Angeles. America's Global Cities*, Minneapolis 1999; Roger Keil, *Weltstadt-Stadt der Welt. Internationalisierung und lokale Politik in Los Angeles*, Münster 1993; Charles Madigan (Hrsg), *Global Chicago, Chicago 2004*; Saskia Sassen, *Global Cities*. New York, London, Tokyo und Princeton 1991.

Urbanisierung in disziplinübergreifender Perspektive

Vorbei sind die Zeiten, in denen es genügte, sozialräumliche Prozesse allein im Kontext sozialstrukturell ausgerichteter Modernisierungstheorien zu analysieren. Stattdessen wird längst der Begriff der Urbanisierung weit gefasst und als vielschichtige und vielseitige „Produktion von Raum“ verstanden, wozu auch kapitalismuskritische Sichtweisen beigetragen haben. Außerdem werden „Raumproduktionen“ verstärkt aus kulturellem Blickwinkel heraus betrachtet, was insbesondere den Forschungen zur *inneren* Urbanisierung zu Gute kommt.

Da fast alle wissenschaftlichen Fachdisziplinen zur Urbanisierungsforschung etwas beitragen können und beigetragen haben, erhielt die Geschichtswissenschaft eine Vielzahl von Anregungen, die sie bisher jedoch nur zum Teil genutzt hat. Trotz zahlreicher Fächerüberschneidungen sollen im Folgenden in eher konventioneller Art drei große Fachdisziplinen – Soziologie, Politikwissenschaften und Kulturwissenschaften – unter Urbanisierungsaspekten in gebotener Kürze ins Blickfeld rücken.

Soziologische Forschungen

Keine andere Wissenschaftsdisziplin hat so zahlreiche Studien im Themenfeld *Urbanisierung* vorzuweisen wie das Fach Soziologie, in dem die Stadtsoziologie längst einen festen Platz errungen hat. Die Reihe beginnt unter anderem mit Georg Simmel und endet in den neueren Untersuchungen zur „Krise der sozialen Stadt“¹, zur „Zwischenstadt“², zur „Eigenlogik der Städte“³ und zur „Stadt als lokalem Lebenszusammenhang“.⁴ Verankert sind in der Soziologie vor allem Analysen zum stadtgesellschaftlichen Wandel, der seinerseits nicht zuletzt auf Städtewachstum und Städteschumpfung sowie auf Ent- und Re-Urbanisierungsprozessen zurückzuführen ist. Dazu gehören auch Studien über *bad areas* und über die *Gentrification* ganzer Straßenzüge. In quantitativen Forschungen wurden soziale Erscheinungen hinsichtlich

¹ Hartmut Häußermann, Die Krise der sozialen Stadt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11 (2000), S. 13-21.

² Thomas Sieverts, Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land, Braunschweig u.a. 1997.

³ Helmuth Berking und Martina Löw (Hrsg.), Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung, Frankfurt am Main und New York 2008.

⁴ Annette Harth, Ulfert Herlyn, Gitta Scheller und Wulf Tessin, Stadt als lokaler Lebenszusammenhang. Gemeindestudien als Ansatz in der Stadtsoziologie, Wiesbaden 2012.

ihrer räumlichen Verbreitung und Verteilung untersucht. Insbesondere sind im Fach Soziologie die Ungleichheits- und Disparitätsforschungen zu Hause, die vor allem in den 1980er Jahren im Kontext von Urbanisierungsprozessen recht gefragt waren.⁵ Außerdem wurden im Rahmen gemeindesoziologischer Studien Aspekte der Kohäsion sowie diverse Inklusions- und Exklusionsvorgänge, nicht zuletzt im Kontext von Nachbarschaftsanalysen, untersucht – oftmals mit Rekurs auf amerikanische Planungskonzepte und sozialökologische Studien.⁶ Auch bei der Kritik an den als enthumanisiert angesehenen Großstädten der 1960er Jahre trugen zahlreiche Soziologen, wie etwa Hans Paul Bahrdt, bei.⁷

Ein Teil der Soziologen arbeitet seit geraumer Zeit vermehrt auf der Basis des *spatial turn*, woraufhin der subjektiven Konstituierung von Raum infolge von Wahrnehmungs- und Gestaltungsprozessen und somit der Relationalität von Raum tragende Bedeutung zugemessen wird. Obwohl der französische Soziologe Pierre Bourdieu keine direkt stadtbezogenen Forschungen durchführte, dienen seine Ausführungen über die Relationalität von Raum sowie seine Erkenntnisse zum Kapital-sortenttransfer sowie zu sozialen Distinktionen und zeitspezifischen Lebensstilen als sinnvolle Theoreme⁸, die nicht zuletzt die Erforschung urbaner „Raumproduktionen“ und Raumeignungen, wie sie auch Urbanisierungsprozesse nach sich ziehen, verändert haben.

Weitere, zwischen Soziologie, Geographie und Politikwissenschaft changierende Impulse gingen von den an Antonio Gramsci orientierten Studien zur fordistischen und postfordistischen Stadt aus.⁹ Die fordistisch geprägte Stadt, die nach dieser Kategorisierung vor allem die Nachkriegsgeschichte bis etwa 1975 prägte, zeichnete sich demnach durch eine Konfiguration aus, deren Bestimmungsfaktoren zum

⁵ Siehe u.a. Stefan Hradil, Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft, Opladen 1987.

⁶ In den USA erhielt das *Neighborhood-Unit*-Konzept vor allem durch dessen Hauptvertreter, den Soziologen und Stadtplaner Clarence A. Perry, große Bedeutung. Ebenso einflussreich waren die sozialräumlichen und sozialökologischen Studien der so genannten *Chicago School*, vor allem jene von Robert E. Park.

⁷ Hans Paul Bahrdt, Humaner Städtebau. Überlegungen zur Wohnungspolitik und Stadtplanung für eine nahe Zukunft, Hamburg 1968. Großen Einfluss auf die Stadtsoziologie hatte die stadtplanerisch engagierte Aktivistin Jane Jacobs mit ihrem Buch *The Death and Life of American Great Cities*, New York 1961.

⁸ Zur Rezeption von Pierre Bourdieus Raumsoziologie siehe u.a. Martina Löw, Raumsoziologie, Frankfurt am Main 2001; dies., Soziologie der Städte, Frankfurt am Main 2008. Zur Auflösung der alten städtischen Sozialmilieus (etwa des alten Arbeitermilieus) sowie zur Ausprägung neuerer Lebensstilmilieus siehe u.a. Ulfert Herlyn, Gitta Scheller und Wulf Tessin, Neue Lebensstile in der Arbeiterschaft. Eine empirische Untersuchung in zwei Industriestädten, Opladen 1994.

⁹ Einführend: Hartmut Häußermann, Dieter Läßle und Walter Siebel, Stadtpolitik, Frankfurt am Main 2008, S. 135-181.

einen aus Massenproduktion und Massenkonsum bestanden, zum anderen aus einem gesellschaftlichen sowie politischen Basisarrangement.¹⁰ Zum fordistischen Stadttypus gehörte ebenfalls die standardisierte Massenproduktion in Form des randstädtischen Großsiedlungsbaus. Dieser prägte zwar nicht den Urbanisierungsprozess in der ersten Dekade nach dem Zweiten Weltkrieg, dafür umso mehr jenen der Folgezeit, d.h. von den späten 1950er bis in die frühen 1970er Jahre. Ein solches In-Beziehung-Setzen von sozialer „Raumproduktion“ und kapitalistischer Produktionsweise lässt an die marxistisch orientierte „Geopolitik des Kapitalismus“ und an das Grundproblem des „spatial justice“ denken – ein Theoriegebilde, das der einflussreiche Humangeograph und Sozialphilosoph David Harvey (in intellektueller Nähe zum ebenfalls bedeutenden marxistischen Soziologen und Humanisten Henri Lefebvre) entwickelt hat.

Politikwissenschaftliche Forschung

Im Jahre 1972 wurde in der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft erstmalig eine Sektion *Lokale Politikforschung* gegründet.¹¹ Die damaligen Vertreter der als notwendig erachteten Integration der Lokalpolitik in die Politikwissenschaften lehnten indessen die Stadt als relativ eigenständiges Forschungsfeld ab, weil sich die ganze Gesellschaft urbanisiert habe. Demnach wurde Urbanisierung als ein gesamtgesellschaftlicher Prozess aufgefasst, der sich in den Städten lediglich verdichtet habe.¹²

In jüngerer Zeit verhalten die Politikwissenschaften den im Angelsächsischen entwickelten *Local Governance*-Ansatz zu einer breiten Akzeptanz, ein Ansatz, von dem Historiker und Historikerinnen bei Forschungen über Handlungsfähigkeit und Entscheidungsprozesse im Kontext von Urbanisierung, Suburbanisierung bzw. De- und Re-Urbanisierung ebenfalls profitieren können. Zentrale Fragestellung der *Local Governance*-Forschung ist nämlich, wie angesichts der fragmentierten Stadtgesellschaft überhaupt Handlungsfähigkeit zustande kommt.¹³ Dieser Ansatz entwickelte sich seinerseits aus dem so genannten *Community-Power*-Theorem, das in den späten 1960er und in den 1970er Jahren insbesondere in den USA in hohem Kurs stand.¹⁴ Fragten die *Community-Power*-Forscher danach, wer die Entsch-

¹⁰ Diese Konfiguration sei, so die These, nach 1975 auf Grund wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandels auseinandergebrochen. Dies habe sich auch auf die Stadtentwicklung ausgewirkt.

¹¹ Vorher war dieses Feld primär von Verwaltungsjuristen bestellt worden.

¹² Rolf-Richard Grauhan (Hrsg.), *Lokale Politikforschung*, 2 Bände, Frankfurt 1975.

¹³ Nach Häußermann, Läßle und Siebel, *Stadtpolitik*, 2008, S. 349; Robert J. Morris, *Urban Governance: Britain and Beyond since 1750*, Leeds 1998.

¹⁴ Siehe u.a. Robert A. Dahl, *Who Governs? Democracy and Power in an American City*, New Haven und

dungsmacht in der Kommune hatte, so erweiterte der *Governance*-Ansatz diese Fragestellung, indem er nicht nur den Blick auf das Machtzentrum, die Stadtverwaltung (*Local Government*), richtet, sondern eine Vielzahl von Akteuren ins Auge fasst und deren Einflussnahme auf Stadtpolitik und Stadtentwicklung analysiert, wovon auch Urbanisierungsfragen tangiert sein können. Unterfüttert und bereichert wird dieser Ansatz durch Netzwerkanalysen, die sich mittlerweile in zahlreichen Variationen und mit unterschiedlichen Methoden in die Forschungslandschaft integriert haben und so auch *Local Governance*-Studien befruchten konnten. Durch die Kombination des *Local Governance*-Ansatzes mit Netzwerk-Studien verschieben sich die Machtanalysen von der hierarchisch-vertikalen auf die horizontale Ebene, wobei in den Studien die nicht zuletzt auf Vertrauen basierenden Kommunikationskulturen an Gewicht gewinnen.¹⁵ Weiterführend ist in diesem Zusammenhang wohl der Begriff der *Filterung* (soweit er nicht als ein statischer Begriff missverstanden wird).¹⁶ Er bezieht nämlich die strukturell bedingten Rahmungen und die Handlungsoptionen lokaler Akteure aufeinander, was – nebenbei gesagt – auch zur Folge hat, dass die Erklärungskraft des *Eigenlogik*-Konzepts relativiert wird.¹⁷

Ein anderer innovationsreicher Schwerpunkt in den Politikwissenschaften ist die Erforschung der so genannten Zivilgesellschaft (*Civic Society*). Hierbei fällt das Augenmerk vor allem auf soziale Bewegungen und bürgerschaftliche Aktivitäten samt ihren jeweiligen Partizipationspotenzialen und Öffentlichkeitsstrukturen¹⁸, und zwar nicht zuletzt unter transformations- und demokratietheoretischen sowie geschlechterspezifischen Perspektiven.¹⁹ So engagierten sich vor allem in den 1970er

London 196. Für Deutschland siehe u.a. Thomas Ellwein und Ralf Zoll, Wertheim. Politik und Machtstruktur einer deutschen Stadt, München 1982.

¹⁵ Hier sind überdies Anschlussmöglichkeiten an die erweiterte Form der *Neuen Institutionenökonomie* möglich, insofern der notwendige Aufbau und die Pflege von Netzwerken als Transaktionskosten gesehen und in Analysen als nicht unwichtiger Kostenfaktor berücksichtigt werden. Aus dem *Local Governance*-Ansatz entstand in den USA die sogenannte *Regimetheorie*, deren Vertreter sich der Erforschung des Zustandekommens und der Aufrechterhaltung *stabiler* Akteurskonstellationen widmet.

¹⁶ Dazu siehe Hardt, Herlyn, Scheller und Tessin, Stadt, 2012. S. 155-156. Viel spricht dafür, sogar von einem Zwei-Filter-System (Jon Elster) auszugehen. Ein Filter entsteht durch die strukturellen und kulturellen Begrenzungen der Möglichkeiten politischen Handelns, der andere Filter wird durch die jeweilige Akteurskonstellation bestimmt. Diese wird zwar durch lokale kulturelle Deutungsmuster und entwicklungsgeschichtliche Lokalkomponenten im Sinne städtischer Eigenlogik beeinflusst, aber bei Weitem nicht determiniert, Hubert Heinelt und Margit Mayer (Hrsg.), Politik in europäischen Städten. Fallstudien zur Bedeutung lokaler Politik, Basel u.a. 1993.

¹⁷ Dazu siehe auch den Beitrag von Dieter Schott in diesem Heft.

¹⁸ Hier ist auf die Kritik des amerikanischen Soziologen Richard Sennett, Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt 1986, zu verweisen.

¹⁹ Der einflussreiche Soziologe Manuel Castells betonte im marxistischen Kontext die große Bedeutung

Jahren verschiedene Bürgerinitiativen in diesem Bereich und verlangten Kurskorrekturen im Umgang mit den Urbanisierungsfolgen sowie die Verabschiedung von rein fordistisch-funktionell geprägten Raumgestaltungen.²⁰

Kulturwissenschaften

Im Zuge des *Cultural Turn* waren es vor allem die Kulturwissenschaften, die Historiker und Historikerinnen beeinflussten, vor allem, nachdem diese Disziplin in Deutschland ihren Forschungsschwerpunkt von der Dorf- zur Stadtkultur und von den vorindustriellen zu den industriellen Zeiten verlagert hatte. In den 1980er Jahren prägte der Kulturwissenschaftler Gottfried Korff den Begriff der *inneren* Urbanisierung, womit er Anpassungs- und Aneignungsprozesse meinte, die die vom Lande in die Städte strömenden Zuwanderer um 1900 durchliefen.²¹ Ähnlich strukturierte Fragen stellt auch die *urban anthropology*²², nämlich wie Menschen mit ihrem urbanisierten Umfeld zurechtkommen und wie sie sich diese aneignen.²³ Wie lernen sie, sich darin ‚richtig‘ zu bewegen und wie entstehen urbane Mentalitäten? Dabei ist an die mittlerweile geläufigen Begriffe des *spacing* und *mapping* (*cognitive maps*, *urban mental maps*) zu denken²⁴, also an Raumeignungen und die „Einrichtung“ von Speichersystemen, die als individuelle Syntheseleistungen gewertet werden können. Der Erforschung *innerer Urbanisierungsvorgänge* dient außerdem die Untersuchung aller Diskursfragmente, welche – analog den Überlegungen von Michel Foucault – die „Raumproduktionen“ respektive Raumdeutungen mit ihrer Architektur betreffen. Außerdem wird jener Diskursfragmente Beachtung zuteil, in denen die Medialisierung urbaner Kommunikationskulturen sowie diverse Formen von Sozialrationalisierungen (*social engineering*) eine Rolle spielen.²⁵ Solche multi-

sozialer Bewegungen für etwaige Transformationen von Stadtgesellschaften und Urbanisierungsfragen.

²⁰ Dazu siehe diverse Aufsätze in Adelheid von Saldern (Hrsg.), *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchzeiten*, Stuttgart 2006.

²¹ Gottfried Korff, *Mentalität und Kommunikation in der Großstadt*. Berliner Notizen zur „inneren Urbanisierung“, in: Theodor Kohlmann und Hermann Bausinger (Hrsg.), *Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung*, Berlin 1985, S. 343-361.

²² Ulf Hannerz, *Exploring the City. Inquiries towards an urban anthropology*, New York 1980; Rolf Lindner, *Urban Anthropology*, in: Helmuth Berking und Martina Löw (Hrsg.), *Die Wirklichkeit der Städte*, Sonderband 16, *Soziale Welt*, Baden-Baden 2005, S. 55-66. Zu kulturgeographischen Zugriffen siehe vor allem Doreen Massey, *Understanding Cities*, London u.a. 1999.

²³ Hier ist auf den Einfluss von Michel de Certeau, *Kunst des Handelns*, Berlin 1988, zu verweisen.

²⁴ Zum Begriff *spacing* siehe einführend Löw, *Raumsoziologie*, 2001, S. 158-161; zum Begriff *mapping* siehe u.a. Kevin Lynch, *Das Bild der Stadt*, Berlin u.a. 1965.

²⁵ Siehe dazu diverse Aufsätze in Thomas Etzemüller (Hrsg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009, und Adelheid von Saldern „*Alles ist möglich.*“ *Fordismus – ein*

perspektiven Untersuchungsweisen *innerer Urbanisierung* ermöglichen schließlich auch Anchlüsse an die Migrationsforschung²⁶ und an *(Post) Colonial Studies*,²⁷ ferner eröffnen sich Verbindungslinien zu den Geschlechterstudien²⁸ sowie zum *Intersectionality*-Forschungsansatz.²⁹ Verknüpfungen dieser Art sind zumindest teilweise auch für die Geschichtswissenschaften weiterführend, wobei dann zwangsläufig die zahlreichen Differenzen in den subjektiven Raumwahrnehmungen und Raumgestaltungen in Erscheinung treten. Hier rückt die Multiplizität *äußerer* und *innerer* Urbanisierungsprozesse in den Mittelpunkt der jeweils zu erwartenden Analyseergebnisse.

Ein anderer Schwerpunkt im Bereich kulturell erweiterter Urbanisierungsforschung bildet schließlich die mediale Visualisierung und die oftmals damit verbundene Imagebildung und Selbstinszenierung einer Stadt sowie die Hervorhebung ihrer *Icons*, zu deren Zustandekommen die Medien ebenfalls viel beigetragen haben. Dem *Cultural Turn* sind schließlich auch die Forschungen zur Performanz zu verdanken. In diesem Zusammenhang kann – analog zu dem Begriff *doing gender* – von einem *doing urbanization* gesprochen werden. Denn die Bedeutung und Sinnstiftung von Urbanisierungs- und Ent-Urbanisierungsprozessen ergeben sich bekanntlich nicht von selbst, sondern werden größtenteils erst durch kommunikativ eingebundene Verarbeitungsmechanismen und medial vermittelte Interpretations-

visionäres Ordnungsmodell des 20. Jahrhunderts, in: Lutz Raphael (Hrsg.), *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Köln u.a. 2012, S. 155-192.

²⁶ Die Migrationsforschung ermöglicht es, die Unterschiedlichkeit und die Veränderbarkeit von Stadtwahrnehmungen zu untersuchen und die Multiplizität *innerer* Urbanisierungsvorgänge herauszuarbeiten.

²⁷ Aus dem mittlerweile großen Reservoir der *Postcolonial Studies* seien z.B. jene Aspekte genannt, bei denen es nicht nur um Segregationen, sondern auch um Kontaktzonen der unterschiedlichen Kulturen (Mary Luise Pratt) geht. Siehe diverse Aufsätze in Fassil Demissie (Hrsg.), *Postcolonial African Cities. Imperial Legacies and Postcolonial Predicaments*, London und New York 2007. Hervorzuheben ist auch jener Befund, wonach die einheimische Bevölkerung ihre Stadt- und Raumwahrnehmungen oftmals mit „Umkartierungen“ und „imaginärer Geographie“ verbindet.

²⁸ Zu den Zusammenhängen von (Sub-)Urbanisierung und Geschlecht siehe u.a. Susanne Frank, *Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts*, Opladen 2003.

²⁹ Der vor allem von amerikanischen Soziologinnen vertretene *Intersectionality*-Ansatz versucht, diverse Differenzkategorien wie *class*, *race* und *gender* in ihrer systemischen Verwobenheit zu studieren. Bis dato ist er vor allem auf die Diskriminierungs- und Unterdrückungsaspekte ausgerichtet gewesen; Patricia Hill Collins, *Black Feminist Thought. Knowledge, Consciousness and the Politics of Empowerment*, New York u.a. 2008. Inwieweit dieser Ansatz zu neueren Ergebnissen führt und ob er konzeptionell sinnstiftend erweitert werden kann, etwa in Bezug auf die Analyse urbaner Herrschafts- und Machtkonfigurationen im Kontext von „Raumproduktionen“, ist eine offene Frage.

angebote sowie durch soziale und kulturelle Praktiken diverser Akteursgruppen ‚erzeugt‘.³⁰

Zusammenfassung

Die kursorischen Ausführungen zur Urbanisierungsforschung aus Sicht anderer Disziplinen haben gezeigt, dass eine Aufteilung in konventionelle Fachdisziplinen nur ein recht grobes Gliederungsmuster abgibt.³¹ Denn in der Wissenschaftspraxis gehen die Forschungsansätze der diversen Disziplinen ineinander über. Dies gilt nicht nur für die Überlappung zwischen der Soziologie und den Politikwissenschaften, sondern betrifft auch die Übernahme kulturwissenschaftlicher Ansätze, inklusive jener aus der Kulturanthropologie und Kulturgeographie.

Die Forschungsergebnisse der anderen Fachdisziplinen haben für Historiker und Historikerinnen eine zweifache Bedeutung. Sie liefern zum einen empirische Befunde, die weiterhin Gültigkeit besitzen und so auch – kritisch reflektiert – für historische Arbeiten verwendet werden können. Zum anderen sind sie selbst als Zeitzeugnisse zu werten, indem sie Kenntnisse über zeitspezifische Forschungsinteressen, Fachwissen und disziplinspezifische Denkhorizonte vermitteln.

Allerdings können die Forschungsansätze, die in anderen Fachdisziplinen entwickelt wurden, innerhalb der Geschichtswissenschaft allein schon wegen der Quellenproblematik nicht Eins zu Eins umgesetzt werden. Der hauptsächliche Nutzen für die Geschichtswissenschaft besteht deshalb zum einen darin, sich von den Forschungen anderer Fachdisziplinen zu „Raumproduktionen“ und somit auch zu Urbanisierungsprozessen inspirieren zu lassen und dabei die methodisch-konzeptionellen Verknüpfungslinien zwischen diesen Fachdisziplinen und den Geschichtswissenschaften aufzuzeigen. Zum anderen sollte das Forschungsdesign mit den methodisch-konzeptionellen Konventionen der eigenen Fachdisziplin abgestimmt werden. Denn die größten Innovationschancen für die historische Urbanisierungsforschung gehen von einer durch die eigene Fachdisziplin geerdete Transdisziplinarität aus.

Sinnvoll erscheint es schließlich, die aufeinander zu beziehenden *äußeren* und *inneren* Urbanisierungsprozesse doppelspurig zu erforschen, zum einen als historisches *Forschungsfeld*, das heißt zum Beispiel, die Urbanisierung als gesellschaftliches Gesamtphänomen an Hand einer bestimmten Stadt zu studieren. Zum ande-

³⁰ Dazu siehe Frank Bösch (Hrsg.), *Medialisierte Ereignisse. Performanz, Inszenierung und Medien seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt und New York 2010*, S. 11-13. Dort weitere Literaturhinweise.

³¹ So findet allein schon die Ausbildung vieler Autorinnen und Autoren oftmals in mehreren Fächern, die für die Erforschung von „Raumproduktion“ und Urbanisierungsprozessen relevant sind, statt.

ren können die *äußeren* und *inneren* Urbanisierungsprozesse selbst als historische Forschungsobjekte in den Blick genommen werden, wobei auch hier Schwerpunktsetzungen unerlässlich sind. Beide Vorgehensweisen, die allerdings oftmals nicht scharf voneinander getrennt werden können, ermöglichen es, die vor allem auf Geschlecht, Schicht, Alter und Ethnie zurückzuführenden Unterschiede bezüglich der Wahrnehmung und der Gestaltung von Räumen im Kontext *äußerer* und *innerer* Urbanisierung herauszuarbeiten und historischen Kontexten zuzuordnen. Eine solche Historisierung führt im diachronen sowie synchronen Vergleich zu einer Betonung von Differenz und ihrer Multiplizität, vor allem, wenn in den jeweiligen Studien auch (post)koloniale und globale Perspektiven berücksichtigt werden.

Prof. Dr. Adelheid von Saldern, asalder@gwdg.de

D I E T E R S C H O T T

'Eigenlogik der Städte': Abkehr von der Urbanisierungsforschung?

Seit einigen Jahren sind Begriffe wie ‚Habitus‘ (Rolf Lindner), ‚Stil‘ oder ‚Charakter‘ häufig verwendete Vokabeln, wenn Stadtforscher aus unterschiedlichen Disziplinen sich mit besonderen Merkmalen und Aspekten einzelner Städte auseinandersetzen. Eine gewisse Prominenz, aber auch scharfe Ablehnung erfuhr in dieser interdisziplinären Debatte der Stadtforscher das Konzept der ‚Eigenlogik der Städte‘, das vor allem von Darmstädter Stadtsoziologen entwickelt und in einem an der TU Darmstadt seit einigen Jahren etablierten Forschungsverbund umgesetzt wurde. Dieser Beitrag wird zunächst in einem ersten Schritt das Konzept „Eigenlogik der Städte“ in seinen wesentlichen Aspekten vorstellen. Im Anschluss sollen knapp, weil zum Verständnis des Programmes notwendig, die Grundzüge der Darmstädter Stadtforschung erläutert werden, um anschließend aktuelle Forschungsprogramme und erste Ergebnisse zu präsentieren. Darauf sollen einige Kritikpunkte referiert werden, die eine kritische Auseinandersetzung mit dem Eigenlogik-Konzept im Rahmen einer Berliner Konferenz 2010 ergeben hat. Abschließend möchte ich einige vorläufige Thesen formulieren, was „Eigenlogik“ für Stadtgeschichte an Vor- und Nachteilen liefert und wie sich Stadthistoriker zu diesem Programm stellen können. Weil ‚Urbanisierung‘ in einem generellen Prozess-Verständnis im Rahmen des ‚Eigenlogik‘-Konzepts keine prominente Rolle spielt, vielmehr quasi vorausgesetzt wird und

sich der Fokus auf die Differenzen richtet, die sich trotz gleichgerichteter Prozesse in einzelnen Städte manifestieren und dauerhaft verfestigen, wird die Auseinandersetzung mit Ansätzen der Urbanisierungsforschung hier auch eher am Rande stehen.

1. *Kerngedanken des Konzeptes „Eigenlogik der Städte“*

Das Konzept „Eigenlogik der Städte“ entstand um 2005 aus einer innersozialen Kritik an den Desiderata der bisherigen deutschen und internationalen Stadtsoziologie. Die Darmstädter Soziologen Helmut Berking und Martina Löw werfen der klassischen Stadtsoziologie vor, Stadt entweder nur ‚subsumtionslogisch‘ als Erscheinungsfall allgemeiner kapitalistischer Gesellschaftsentwicklungen zu untersuchen, oder – eine zweite Variante – soziale Probleme der Armut, der Segregation, der Ungleichheit auf Quartiers- und Mikroebene innerhalb der Stadt zu thematisieren. Demgegenüber habe die Stadtsoziologie bislang eine Blindheit gegenüber der Spezifik der jeweiligen Städte an den Tag gelegt, die Frage nach dem „Sinn“ der jeweils besonderen Formen und Erscheinungsweisen städtischer Vergesellschaftung nicht gestellt. Stadtsoziologische Forschung sei paradoxerweise Forschung „ohne Stadt“¹; sie habe es versäumt, „[...] die vor Ort gefundenen Muster, z.B. der räumlichen und kulturellen Trennung von Etablierten und Außenseitern, daraufhin [zu befragen], ob und ggf. wie sie verallgemeinerbar sind oder doch für bestimmte Städte spezifische Sinnzusammenhänge bilden.“² Es geht also – zunächst innerhalb der Soziologie und – erweitert – der gegenwartsbezogenen Stadtforschung, um eine neue Gegenstandskonstitution.

Helmut Berking stützt sich in seiner Annäherung an das Städtische auf Louis Wirths Definition von 1938, der Urbanität als Ausprägung von Größe, Dichte und sozialer Heterogenität fasste. Besondere Bedeutung erhält ‚Dichte‘, Stadt wird von Berking gefasst als „raumstrukturelle Verdichtung“; die neue Stadtsoziologie soll nicht mehr Stadt als „Arena für gesellschaftliche Probleme [...] nutzen“ sondern vielmehr „die individuelle Gestalt ‚dieser‘ im Unterschied zu ‚jener‘ Stadt ins Zentrum der analytischen Aufmerksamkeit [...] rücken und auf diese Weise die lokalspezifischen Modi der Besonderung [...] identifizieren, [...]“³ Konkret gehe es nicht

¹ Helmut Berking, „Städte lassen sich an ihrem Gang erkennen wie Menschen“ – Skizzen zur Erforschung der Stadt und der Städte, in: Ders./ Martina Löw (Hrsg.), *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*, Frankfurt/ Main 2008, S. 15-31, hier S. 16.

² Martina Löw, Städte als sich unterscheidende Erfahrungsräume. Grundlagen für eine sinnverstehende Stadtsoziologie, in: Heike Herrmann u.a. (Hrsg.), *Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadt(soziologie)*, Wiesbaden 2011, S. 49-67, hier S. 50.

³ Berking, *Städte*, S. 22-23.

darum, Armut in München zu untersuchen, „sondern Münchner Armut als ein stadtspezifisches Phänomen, das sich alltagspraktisch, institutionell und organisatorisch von dem in Liverpool oder Leipzig unterscheidet, [...]“⁴ Berking definiert Eigenlogik als „der für diese im Unterschied zu jener Stadt typische Modus der Verdichtung von bebauter Umwelt, von Material- und Stoffströmen, Verkehrs- und Menschenströmen [...]“⁵ Dieser je stadtspezifische Modus von Verdichtung konstituiert eine „großstädtische Doxa“. „Doxa“ ein Begriff aus der Sozialphänomenologie, bezeichnet eine „natürliche Einstellung zur Welt“, die die Menschen als Handelnde mit Prinzipien des Handelns, Urteilens und Bewertens versorgt. „Großstadt“ wirkte zunächst – und dies ist der Kern vieler kulturkritischer Kommentare zur Urbanisierung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts – als „Zerstörerin doxischer Gewissheiten“, die ihren Ursprung in ständisch gebundenen, ländlichen Lebenswelten hatten. Zugleich produzierte Großstadt – so Berking – aber auch eine neue „Doxa“. Diese „großstädtische Doxa“ ist – so die These der Eigenlogik – gewissermaßen auf städtischer Ebene ‚individualisiert‘: „Jede große Stadt, [...], evoziert die ihr eigene ‚natürliche Einstellung‘ zur Welt. Jede große Stadt hat ihren lokalen Hintergrund, sie verfügt und verordnet ein Wissen darüber, ‚wie die Dinge sind‘ und ‚wie man was macht‘.“⁶

Was folgt daraus forschungspraktisch? Einmal zielt das Konzept der Eigenlogik – und hier ist für Historiker m.E. eine besondere Anschlussfähigkeit gegeben – „[...] auf die Analyse der historischen, der „kumulativen Textur“ einer Stadt und der vielfältigen Homologien, die sich in diesem lokalen Gewebe ergeben; [...]“⁷ Die Durchführung dieser Analyse solle über den Städtevergleich im Hinblick auf das Wirken der jeweiligen Eigenlogik erfolgen. Dabei – und dies wird von den Kritikern später auch attackiert – fungiere das Konzept „Eigenlogik der Städte“ als „Erkenntnisobjekt wie als Hypothesenrahmen“.⁸

Martina Löw akzentuiert in Ergänzung zu Berkings „Doxa“ den Begriff des „Habitus“, der auf der Ebene des Individuums das Wirken der „Eigenlogik“, die Umsetzung der „Doxa“ in praktische Verhaltensweisen städtischer Individuen bezeichnet. Sie hebt hervor, dass „Eigenlogik“ nicht im Sinne „einer rationalen Gesetzmäßigkeit“ gemeint ist, sondern „[...] praxeologisch die verborgenen Strukturen der Städte als vor Ort eingespielte, zumeist stillschweigend wirksame präreflexive Prozesse der Sinnkonstitution (Doxa) und ihrer körperlich-kognitiven Einschreibung (Habitus). Unter Sinnkonstitution ist in diesem Sinne nicht der subjektiv gemeinte Sinn

⁴ Berking, Städte, S. 23.

⁵ Ebenda, S. 23.

⁶ Ebenda, S. 27.

⁷ Ebenda, S. 28.

⁸ Berking, Städte, S. 29.

jedes Einzelnen, sondern eine nicht auf den einzelnen und seine Handlungen rückführbare Realität gemeint, die deshalb als eigenlogisch wirkende zu beschreiben ist. Der Begriff Eigenlogik spielt auf jene Brechung an, dass etwas Allgemeines (Logik) im Sinne von Urbanisierung, Verdichtung, Heterogenisierung ortsspezifisch eigensinnige Verbindungen und Kompositionen entwickelt.“⁹

Eigenlogik etabliert sich nach Löw auf der Basis praktischen Wissens, in „Routinen der Zuordnung, [...]“¹⁰ Sie formiert sich zudem in einer doppelten Beziehung: Einmal zeitlich im Bezug auf die Geschichte, d.h. als Resultat „historisch motivierter Erzählungen, Erfahrungen und Materialschichtungen“, zum anderen räumlich im Bezug auf andere Städte in der Gegenwart, „[...] durch die Zeitgenossenschaften zu anderen gleichzeitigen Stadtentwicklungen.“¹¹ Auch für Martina Löw hat daher der Stadtvergleich methodisch für Untersuchung von Eigenlogik eine zentrale Funktion. „Ziel des Vergleichs ist nämlich zunächst genau dies, ein Verständnis der Ausgestaltung von Dichte und die Art der eigenlogischen Schließung.“¹² Der Vergleich solle dabei einer Fall-orientierten Herangehensweise folgen im Gegensatz zu einer Hypothesen prüfenden, quantifizierenden. Es gehe darum, „Städte über ihren inneren Sinnzusammenhang zu erfassen [...]“, zu erkennen, „[...] dass eine reproduzierende Struktur an verschiedenen Themen und Prozessen nachweisbar wird.“¹³

2. Die Darmstädter Stadtforschung im Zeichen der Eigenlogik

Das Konzept „Eigenlogik der Städte“ ist in seiner Genese eng mit der Herausbildung einer Forschungslandschaft an der TU Darmstadt verbunden. Seit 2005 wurde vom Präsidium der TU Darmstadt ‚Stadtforschung‘ als einer der Forschungsschwerpunkte der TU finanziell und institutionell geförderte. Unter Führung der Soziologie formierte sich daraufhin eine interdisziplinäre Gruppe von insgesamt rund 30 Professorinnen und Professoren. ‚Eigenlogik‘ war damals noch nicht explizit programmatischer Teil des Konzepts. Eine erste Initiative für einen Sonderforschungsbereich unter dem Titel „Homogenisierung und Heterogenität“, war 2006 in der

⁹ Martina Löw, Eigenlogische Strukturen – Differenzen zwischen Städten als konzeptuelle Herausforderung, in: Helmut Berking/ diess. (Hrsg.), Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung, Frankfurt/ Main 2008, S. 33-53, hier S. 42.

¹⁰ Ebenda, S. 43.

¹¹ Martina Löw: „Jede Stadt ist ein Seelenzustand“ – Über städtische Vergesellschaftung und Identitätsanforderung, in: Andreas Hoppe (Hrsg.), Raum und Zeit der Städte. Städtische Eigenlogik und jüdische Kultur seit der Antike, Frankfurt/Main 2011, S. 11-24, hier S. 20.

¹² Löw, Eigenlogische Strukturen, S. 48.

¹³ Ebenda, S. 49.

Vorantragsphase nicht erfolgreich. Als Resultat dieser Erfahrung erfolgte mit der Ausformulierung des Konzepts „Eigenlogik“ eine programmatische Zuspitzung.

Im Rahmen des hessischen Exzellenzprogramms LOEWE konnte dann ab 2008 für einen Zeitraum von zunächst drei Jahren eine wissenschaftliche Infrastruktur mit Geschäftsstelle geschaffen werden. Die Förderung umfasste außerdem zwei Professoren auf fünf Jahre, sechs Mitarbeiterstellen sowie eine Graduiertenschule. Das Konzept „Eigenlogik der Städte“ wurde mit zwei Säulen weiter entwickelt. Einmal arbeiteten in der Graduiertenschule rund zehn mit Stipendien ausgestattete Doktoranden unter Betreuung von mindestens zwei Professoren aus unterschiedlichen Fächern anhand von Stadtvergleichen eine Füllung des Konzepts aus.¹⁴ Die zweite Säule waren drei Initiativen für DFG-Forschergruppen, jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten auch interdisziplinär zusammengesetzt. Die Gruppe „Eigenlogik der Städte“, eher soziologisch-kulturwissenschaftlich dominiert, hatte sich Praxisformen in Städten und die Weiterentwicklung des Konzepts „Eigenlogik“ zum Ziel gesetzt. Die Gruppe „Urbane Umwelten“ mit starken Anteilen aus der Geschichte, aber auch von Naturwissenschaften und Ingenieuren, stellte die Fragen städtischer Umwelt und Materialität und deren Bedeutung für Eigenlogik in den Mittelpunkt. Die dritte Gruppe „Lokale Generierung handlungsrelevanten Wissens“, in der Politikwissenschaften und Planer dominierten, untersucht die „Eigenlogik“ im Hinblick auf Wissensselektion auf städtischer Planungsebene.¹⁵ Mittlerweile (August 2012) wird von der DFG die Gruppe „Lokale Generierung handlungsrelevanten Wissens“ als Forschergruppe gefördert; aus den beiden anderen Initiativen werden Kernbestandteile als Paketanträge ebenfalls gefördert. Insgesamt laufen derzeit rund 14 Projekte mit einem mehr oder weniger engen Bezug auf ‚Eigenlogik‘ im Rahmen der Darmstädter Stadtforschung.

3. Erste Ergebnisse

Was liegt mittlerweile an Ergebnissen vor? Die meisten Doktorarbeiten aus der Graduiertenschule sind momentan in der Endphase; bis Jahresende werden vier bis fünf Abschlüsse erwartet. Die Arbeit der Graduiertenschule zeichnete sich durch lebendige Diskussionen und intensive, von den Stipendiaten selbst organisierte Arbeit in Workshops und kleineren Konferenzen aus. Als Problem für viele Doktoran-

¹⁴ Vgl. zu Doktoranden und Themen die Kurzdarstellungen auf der Homepage der Graduiertenschule ‚UrbanGrad‘ <http://www.stadtforschung.tu-darmstadt.de/urbangrad/index.de.jsp>, abgerufen 22.08.2012.

¹⁵ Vgl. dazu auch Darstellungen und Organigramm auf der Homepage des Forschungsschwerpunkts ‚Stadtforschung‘, http://www.stadtforschung.tu-darmstadt.de/eigenlogik_der_staedte/index.de.jsp, abgerufen 22.08.2012.

dInnen, vor allem den nicht aus der Soziologie stammenden, erwies sich allerdings die Operationalisierung des Konzepts „Eigenlogik“. Da sich ‚Eigenlogik‘ gemäß der Definition in allen Phänomenen des Städtischen manifestieren kann, ist prinzipiell alles untersuchbar. Diese thematische Ubiquität warf aber für die einzelnen Doktorandinnen erhebliche methodische Probleme auf, zumal viele der Phänomene, sowie es sich um habitualisierte Praktiken, also um präreflexive Routinen handelt, kaum in klassischen prozess- und entscheidungsorientierten Quellen der Verwaltung ihren Niederschlag fanden und finden. Eine vom Verfasser betreute Dissertation (Raika Espahangizi) zu ‚Migration und urbaner Wandel in Frankfurt und Köln in den 1960er und 70er Jahren‘ widmet sich der Herausbildung von Migrations- und Integrationspolitiken auf einzelstädtischer Ebene, der Frage, wie und wodurch Migration zum Thema wurde, welche Institutionalisierungen sich ergaben, mit welchen Rastern und Deutungsmustern das Thema bearbeitet wird. Es lassen sich bereits klar – ungeachtet gemeinsamer bundesgesetzlicher Rahmenbedingungen (Arbeitsmarkt, gesetzliche Bestimmungen über Zuwanderung etc.) – deutliche stadt-spezifische Unterschiede in den Präferenzen und Handlungsmustern, aber auch in den Akteurskonstellationen der jeweiligen lokalen Migrationspolitik erkennen. Ob diese lokalen Unterschiede allerdings auf ‚Eigenlogik‘ zurückzuführen sind, kann erst durch weitere Studien geklärt werden.

Einige Studien, vor allem aus dem Feld der Darmstädter Stadtsoziologie, erhärten die These der Eigenlogik: So setzte sich Martina Löw mit den Stadtcharakteristiken brasilianischer Provinzstädte auseinander und identifizierte „Schwarzsein“ als besonderes Identitätsmerkmal der ehemaligen Sklavenmetropole Salvador da Bahia.¹⁶

Im Hinblick auf die Entwicklung metropolitaner Governance-Arrangements haben die Politikwissenschaftler Hubert Heinelt und Karsten Zimmermann die markanten Unterschiede der Diskurse und der je getroffenen Arrangements einzelner Metropolregionen herausgearbeitet.¹⁷

Für Darmstadt zeigt eine Studie von Martina Löw, Peter Noller und Sabine Süß mittels Befragungen und öffentlichen Themen-Foren die Modi und Strukturen der Selbstbeschreibung von Darmstadt auf.¹⁸ Die Autoren beanspruchen dabei, über jeweilige Fachpolitiken hinaus typische und übergreifende Wahrnehmungsweisen und Diskursstrukturen identifizieren zu können, die Aussagen wie „typisch Darmstadt“, eine Annäherung an einen ‚Stadtcharakter‘ erlaubten.

¹⁶ Vgl. Löw, Städte, S. 52-54.

¹⁷ Vgl. Hubert Heinelt/ Eran Razin/ Karsten Zimmermann (Hrsg.), Metropolitan Governance. Different Paths in Contrasting Contexts: Germany and Israel, Frankfurt/ Main 2011.

¹⁸ Vgl. Martina Löw/ Peter Noller/ Sabine Süß (Hrsg.), Typisch Darmstadt. Eine Stadt beschreibt sich selbst, Frankfurt/ Main 2010.

Stärker historisch ausgerichtet ist die vergleichende Untersuchung von Helmut Berking und Jochen Schwenk zu den Hafenstädten Rostock und Bremerhaven und deren aktueller Selbstwahrnehmung. Die Autoren messen der Geschichte in ihrem Schlußkapitel zentrale Bedeutung bei: „Erst die historischen Dimensionen gewähren Aufschluss über Iterationen und Kontinuitäten, über Motivverstärkungen wie Motivverschiebungen, kurz, über die Verfertigung und Verfassung der Eigenlogik der Städte.“¹⁹ Gerade für Historiker scheint die Konsequenz aus dieser Studie wichtig und anschlussfähig: „Unter historischen Gesichtspunkten kommt es dann darauf an, die formative Periode einer Stadt zu erkennen, denn hier findet sich das Material, aus dem das Webmuster des städtischen Imaginären gemacht worden ist.“²⁰

Praktisch umgesetzt wurde dies etwa in einem Gutachten, das die Stadt Mannheim im Kontext von Planungen zur Bewerbung Mannheims für den Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ in Auftrag gab. Unter dem Gesamttitel „Die Seele Mannheims. Eine Studie zur Eigenlogik der Stadt“²¹ untersuchten zwei soziologische Arbeitsgruppen einmal die Selbstwahrnehmung der Mannheimer aufgrund von qualitativen Interviews, Fokusgruppen und teilnehmender Beobachtung, zum anderen auf der Basis der Stadtdarstellung in Literatur, Film und Musik.²² Zudem zeichnet ein historischer Abriss die Entwicklung der Mannheimer Imagepolitik im 20. Jahrhundert nach.²³ Als Gesamtziel der Studie benennt Martina Löw im Vorwort, „[...] die Grundmelodie (zu) entziffern, die die Stadt durchzieht.“²⁴ Bemerkenswerterweise zeigten sich viele der Muster, die in den aktuellen soziologischen Bestandsaufnahmen konstatiert wurden, auch im historischen Teil des Gutachtens. Schott konstatiert dort, dass das Deutungsmuster, Mannheim als ‚Stadt der Arbeit‘ kulturell zu veredeln, vom Stadtjubiläum 1907 bis zur Bundesgartenschau 1975 eine Konstante städtischer Imagepolitik ausmachte. Erst mit der De-industrialisierung seit den 1970er Jahren einerseits, dem Aufstieg zivilgesellschaftlicher Initiativen seit dem gleichen Zeitraum andererseits seien neue Muster, etwa die Integration von Migranten und die Orientierung auf Pop-Musik, hinzu gekommen. Die Mannheim-Studie

¹⁹ Helmut Berking/ Jochen Schwenk, *Hafenstädte. Bremerhaven und Rostock im Wandel*, Frankfurt am Main/ New York 2011, S. 255.

²⁰ Ebenda, S. 256.

²¹ Stadtforschungsschwerpunkt der Technischen Universität Darmstadt (Hrsg.), *Die Mannheim Studie. Zur Eigenlogik Mannheims*, Ostfildern 2012.

²² Vgl. Martina Löw/ Anna Laura Quermann, *Mannheim – Weltoffenheit vor Ort*; und Helmut Berking/ Birgit Glock, *Die Darstellung der Stadt in Literatur, Film und Musik*, in: *Stadtforschungsschwerpunkt....* (Hrsg.), *Mannheim-Studie*, S. 17-48 u. S. 99-116.

²³ Dieter Schott, *Maßnahmen zur gezielten Verbesserung des Image im 20. Jahrhundert*, in: *Stadtforschungsschwerpunkt....* (Hrsg.), *Mannheim-Studie*, S. 55-97.

²⁴ Martina Löw, *Vorwort (zu) Stadtforschungsschwerpunkt....* (Hrsg.), *Mannheim-Studie*, S. 7.

kann als Beispiel einer erfolgversprechenden Integration historischer Analysen in gegenwartsbezogene Stadtforschung dienen.

4. *Eigenlogik als „lokalistische Stadtforschung“: Zur Kritik am Konzept*

Die bisher umfassendste Kritik am Eigenlogik-Konzept ist in einem von Jan Kemper und Anne Vogelpohl herausgegebenen Sammelband vorgetragen worden.²⁵ Die Herausgeber Kemper und Vogelpohl bündeln ihre Kritik an der Eigenlogik in folgenden Punkten:

1. „Eigenlogik“ setze die Bedeutung des Lokalen als unhinterfragbar voraus; das Konzept „tendiere dazu, jegliche ‚städtisch‘ genannte Situation als den ausschließlichen Effekt dieser Stadt selbst zu interpretieren.“²⁶
2. „Eigenlogik“ führe zu einer „Kulturalisierung“ der Städte. Es würde ein Wissen über Städte produziert, „[...] das die (ungleiche) Entwicklung von Städten als Ausdruck nicht weiter sozialanalytisch hintergebar, unterschiedlicher lokaler kultureller Dispositionen deutet.“²⁷
3. „Eigenlogik“ impliziere ein zirkuläres Erklärungsmodell, es liege eine Kongruenz von Explanans und Explanandum vor: Der Begriff diene einmal als „forschungsanleitender Konzeptbegriff“ mit dessen Hilfe Stadtentwicklungsprozesse erklärt werden könnten. Zum anderen funktioniere „Eigenlogik“ aber auch als „in-vivo-Code“, als ein „aus der Alltagswelt geschöpfter Erfahrungsbegriff“, gewissermaßen als Ergebnis genauer Betrachtung von Alltagspraktiken und deren Kontrastierung im Stadtvergleich. Problematisch sei das Fehlen von „geeigneten Prozessbegriffen und ihren Operationalisierungen“.²⁸
4. Aus „Eigenlogik“ folge keine zu klärende Fragestellung, sie begründe keinen Problembezug. Daraus resultiere das nachdrückliche Postulat von Städtevergleich als wichtigste Methode, ohne dass genau dargelegt würde, „[...] was damit in einem Städtevergleich gefragt wird.“

²⁵ Jan Kemper/ Anne Vogelpohl (Hrsg.), *Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“*, Münster 2011. Der Band ging aus einer von Doktoranden der Transatlantischen Graduiertenkollegs am Centre for Metropolitan Studies veranstalteten Tagung vom Oktober 2010 hervor.

²⁶ Jan Kemper/ Anne Vogelpohl, „Eigenlogik der Städte“? Kritische Anmerkungen zu einer Forschungsperspektive, in: Diess. (Hrsg.), *Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“*, Münster 2011, S. 15-38, hier 30.

²⁷ Kemper/ Vogelpohl, „Eigenlogik...“, S. 31f.

²⁸ Hier und im folgenden ebenda, S. 32-33.

5. Die Orientierung auf „Eigenlogik“ impliziere eine „Konsens- und Stabilitätsorientierung“, entfalte einen stark affirmativen Grundzug. Fragen nach Krisen, nach Legitimitätsgründen einer spezifischen Stadtkultur würden nicht gestellt, und könnten im Rahmen des Konzepts eigentlich auch nicht gestellt werden. Damit sei auch die Frage nach historischem Wandel, nach dem Zerbrechen oder Deformieren von Eigenlogik nicht thematisierbar.
6. Aus dem Konzept resultiere letztlich ein parteilicher Praxisbezug, der eher dazu neige, im Dienste von Stadtverwaltung das Bewusstsein für die Qualitäten kultureller Eigenheiten zu stärken, anstatt den identifizierten ‚Charakter‘ einer Stadt kulturkritisch reformieren zu wollen.

Aus der Sicht eines Beteiligten an Aktivitäten der Stadtforschung im Zeichen der ‚Eigenlogik‘ scheint insbesondere die Kritik am affirmativen Charakter des Konzepts völlig überzogen; eine solche Kritik könnte letztlich an allen kulturalistisch orientierten Ansätzen geübt werden, die erst einmal darauf zielen, die vorgefundenen Lebensformen und Deutungsmuster zu erfassen und systematisch miteinander in Bezug zu setzen. Aus der Sicht eines Historikers kann die Eigenlogik einer Stadt, wenn sie sich denn nachweisen lässt, selbstverständlich niemals überzeitlich konstant sein, auch sie unterliegt, wie alle historischen Phänomene, historischem Wandel; allerdings dürfte dieser Wandel nicht mit politischen Regimen und politischer Ereignisgeschichte parallel laufen. Aber dass in Situationen, wo die Existenzgrundlage von Städten erodiert oder kollabiert, auch die Eigenlogik einen substanziellen Wandel erfährt, versteht sich aus historischer Perspektive von selbst. Dass Stadtverwaltungen sich diese Art von Stadtforschung für eine verbesserte Stadtentwicklungspolitik zu Nutze machen wollen, wie im Fall der Mannheim-Studie, spricht per se noch nicht gegen das Konzept: Man wird im Einzelfall nachprüfen müssen, ob die daraus entstandenen Forschungen den Anforderungen einer objektiven und vorurteilsfreien Wissenschaft entsprechen und sich nicht von Vorgaben potentieller Auftraggeber Denk- und Suchverbote vorschreiben lassen. Bedenkenswerter sind die Kritikpunkte an einer noch defizitären Operationalisierung des Konzepts und der Kongruenz von Erklärungskonzept und Befund. Hier werden auch mit vorliegenden Detailstudien aus den Doktorarbeiten und Forschungsprojekten sicher noch Verbesserungen und Präzisierungen erfolgen, die diese Kritik teilweise entkräften können.

5. Eigenlogik und Stadtgeschichte

Warum und inwiefern kann das Konzept der ‚Eigenlogik‘ auch für – unter anderem an Urbanisierung interessierte – Stadthistoriker interessant sein? Ich möchte meine Position dazu in vier Punkten zusammenfassen:

1. Das Konzept signalisiert eine grundlegende Öffnung sozialwissenschaftlicher Stadtforschung für historische Dimensionen. Denkfiguren wie „kumulative Textur“, „formative Periode“ etc., die von den Entwicklern des Konzepts als wesentlich für die Herausbildung von Eigenlogik gesehen werden, sind grundlegend historisch basiert; die historischen Strukturen einer Stadt, sowohl die materiell (baulich) manifesten als auch die kulturell eingeschliffenen, werden hochgradig relevant für aktuelle Selbsteutungen und Konfliktaushandlungen in einer Stadt, wie auch deren Positionierung in überregionalen und internationalen Kontexten. Insofern schafft das Konzept eine größere Anschlussfähigkeit zwischen Stadtgeschichte und gegenwartsbezogener Stadtforschung, liefert eine Basis für interdisziplinäre Forschung, für die Integration von Stadtgeschichte in ein breiteres Feld der ‚urban studies‘.
2. ‚Eigenlogik‘ war und ist eine Provokation im Feld der Stadtsoziologie, aber nicht eigentlich in der Stadtgeschichte. Die Grundannahmen einer historischen Prägung aktueller kultureller Muster haben für Stadthistoriker hohe Plausibilität, sofern sich diese nicht – wie die ‚new urban history‘ der 1980er Jahre - einem vollständig auf quantifizierende Vergleichbarkeit im Sinne empirischer Sozialforschung orientierendem Vorgehen verschrieben haben. Für die klassische individualisierende Stadtgeschichtsschreibung hatte die These eines ‚Stadtcharakters‘ ohnehin hohe Attraktivität, aber auch die moderne, stärker systematisch-vergleichende Stadtgeschichte, wie sie von Autoren wie Reulecke, Matzerath oder Hofmann entwickelt wurde, hat nie die einzelne Stadt vollständig auf die Erscheinungsform eines Typus reduziert.
3. In der mehr kulturalistisch ausgerichteten Stadtgeschichte seit etwa 2000 haben viele Forschungsarbeiten die Diskurse untersucht, die Städte um ihr Image führten, die Repräsentationen von Städten in unterschiedlichen Genres und Erscheinungsformen und deren teilweise längerfristige Bindung an bestimmte, häufig auch politische Systemwechsel überdauernde Topoi.²⁹ Zwischen diesen Forschungen und den aktuellen Interessen sozi-

²⁹ Vgl. etwa die Forschungen der Arbeitsgruppe um Adelheid von Saldern zu Stadtfesten und Jubiläen; Adelheid von Saldern (Hrsg.), *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten*, Stuttgart 2003; Diess. (Hrsg.), *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935-1975)*, Stuttgart 2005; Jochen Guckes/ Sandra Schürmann (Hrsg.), *Stadtbilder und Stadtrepräsentationen (Themenschwerpunkt)*, in: *IMS 1/2005*; Dieter Schott, *Zukunft und Geschichte der Stadt: Stadtrepräsentationen im 20. Jahrhundert*, in: Georg Iggers u.a. (Hrsg.), *Hochschule – Geschichte - Stadt. Festschrift für Helmut Böhme*, Darmstadt 2004, S. 319-341; Sandra Schürmann, *Dornröschen und König Bergbau. Kulturelle Urbanisierung und bürgerliche Repräsentationen am Beispiel der Stadt Reck-*

alwissenschäftlicher Stadtforschung an ‚Eigenlogik‘ gibt es m.E. erhebliche Überschneidungen.

4. Aus Sicht einer auch die Materialität der Stadt thematisierenden Stadtgeschichte spricht für das Konzept ‚Eigenlogik‘, dass diese Dimensionen zumindest programmatisch aufgehoben und registriert sind! Damit besteht die Hoffnung, dass sich eine auch historisch fundierte Stadtforschung entwickeln kann, für die Stadt mehr umfasst als Sozialbeziehungen und Diskurse, die systematisch ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass gebaute wie natürliche Umwelt wesentliche Konstitutionsfaktoren von Eigenlogik und Stadtgesellschaft bilden.

Prof. Dr. Dieter Schott, Institut für Neuere Geschichte mit Schwerpunkt Stadt- und Umweltgeschichte, schott@pg.tu-darmstadt.de

C E L I N A K R E S S

Urbanität und Architektur. Zur „Rückeroberung der Stadt“ im 20. Jahrhundert bis in die Gegenwart

Seit einigen Jahren erregt die Stadt Ulm mit einem städtebaulichen Vorhaben bundesweit Aufsehen. Schon im Verlauf des Planungsprozesses wurde das Projekt einer Neuverdichtung der Ulmer Innenstadt weithin als „Rückeroberung des Stadtraumes“¹ gefeiert. Der inzwischen abgeschlossene Zentrumsumbau gilt als ein Musterbeispiel für die gelungene Wiederbelebung eines urbanen Kerns, der im Städtebau der Nachkriegsmoderne offenkundig abhanden gekommen war. Eine sechsspurige Stadtautobahn hatte den zentralen Bereich zwischen Marktplatz und Ulmer Münster durchschnitten und urbane Austauschmöglichkeiten abgeschnürt. Anfang des neuen Jahrtausends hatte man sich nach langen öffentlichen Diskussionen auf einen Masterplan geeinigt, der es ermöglichte, die Innenstadt wieder zu Fuß erlebbar zu machen. Wichtige öffentliche Neubauten – Stadtbibliothek, Kaufhaus und

linghausen (1930-1960), Paderborn 2005; Jochen Guckes, Konstruktionen bürgerlicher Identität. Städtische Selbstbilder in Freiburg, Dresden und Dortmund 1900 – 1960, Paderborn u.a. 2011.

¹ Vgl. Stadt Ulm, Alexander Wetzig (Hrsg.), Neue Mitte Ulm. Die Rückeroberung des Stadtraumes in der Europäischen Stadt, Münster 2012.

Kunsthalle – sollten die Aufenthaltsqualität der ineinander übergehenden Platzräume durch abwechslungsreiche Raumkanten unterstützen. Entscheidendes Element des baulich-räumlichen Umgestaltungsprojekts der Ulmer Mitte war die konsequente Beteiligung der Bürger, die von Anfang an informiert und in Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen wurden.

Die „Neue Mitte Ulm“ gehörte zu den prominentesten Beispielen der 2008/09 im Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt gezeigten Ausstellung „New Urbanity“. Mit 17 ausgewählten Stadtumbauprojekten lenkte die Schau den Blick auf die „europäische Stadt im 21. Jahrhundert“.² Die ausgestellten Projekte zeichnen sich durch eine breite Vielfalt ganz unterschiedlicher Architekturen aus: von rekonstruierten Blockrändern über skulpturale Solitäre und Reihenhäuser bis zu Hochhaus-Ensembles. Gemeinsam ist ihnen das Bemühen, sich dem Kontext des umgebenden Stadtraumes anzupassen, ihn funktional aufzuwerten und zu bereichern. Alle Projekte weisen außerdem eine hohe funktionale Mischung sowie ein ausgewogenes Verhältnis von öffentlichen und privaten Räumen auf. Der Ausstellungskatalog präsentiert sie in hervorragenden Architektur Fotografien: Effektiv voll illuminierte, überwiegend menschenleere, ästhetische Architekturszenografien machen die hohe gestalterische Qualität der Projekte sichtbar. Formen des Zusammenlebens in der Stadt, „soziale Integration und kulturelle Kommunikation“ oder die Städte als „funktionierende Gemeinwesen“³ – Qualitäten also, die mit dem Begriff *Urbanität* verbunden sind, bilden die Fotografien der hier gezeigten Beispiele neuer urbaner „Stadtbaukunst“⁴ nicht direkt ab. Und auch die neun Aufsätze, die der Präsentation der Projekte vorangestellt sind, behandeln vielfältige Aspekte des Städtebaus der Gegenwart, gehen aber nicht explizit auf den Kernbegriff im Titel der Ausstellung ein. Die eher indirekte Beziehung der Ausstellung zum Begriff *Urbanität* verweist sowohl auf dessen ambivalente Bewertung wie auch auf die besondere Geschichte seiner Verwendung, auf die im Folgenden näher einzugehen ist.

Der Begriff *Urbanität* ist eng verknüpft mit dem der *Urbanisierung*. Während sich Urbanisierung auf den Prozess der Verstädterung bezieht, bezeichnet Urbanität spezifische Ausprägungen und Qualitäten urbaner Erscheinungs-, Lebens- und Austauschformen. Diese stehen in einem dynamischen Zusammenhang mit Urbanisie-

² Annette Becker, Karen Jung und Peter Cachola Schmal (Hrsg.), *New urbanity. Die europäische Stadt im 21. Jahrhundert*, Ausstellungskatalog, Salzburg u.a. 2008.

³ Ankündigungstext der Ausstellung auf der Website des Deutschen Architekturmuseums <http://dam-online.de/portal/de/Ausstellungen/Vergangenheit/1774/0/0/1594.aspx> (letzter Zugriff: 11.11.2012).

⁴ In seinem Katalogbeitrag betont Wolfgang Sonne die Wiedereinführung dieses Begriffs, um sowohl den künstlerischen Charakter des Städtebaus sowie sein Vermögen ein „multidisziplinäres Verständnis der Stadt in der Stadtgestalt zusammenzubringen“ zu kennzeichnen, Wolfgang Sonne, Städtebau, die disziplinlose Disziplin, in: Becker, Jung, Schmal, *New urbanity*, 2008, S. 29–40, hier: S. 39.

rungsprozessen und den durch sie ausgelösten Veränderungen. Damit steht die normative Konstruktion des „Urbanitäts“-Begriffs, der auf das Wesen der Großstadt selbst zielt, in einem Spannungsverhältnis zu den dynamisch-veränderlichen Qualitäten, die damit zugleich bezeichnet werden. In diesem Spannungsverhältnis ist die Faszination des Begriffs ebenso angelegt wie seine schillernde Unbestimmtheit.⁵ Im Begriff *Urbanität* wird die Stadt als gedachter, gebauter und als gelebter Raum angesprochen. Urbanität kann also ebenso als Qualität von Leitbildern städtischer Entwicklung, von Lebensformen und sozialen Austauschmustern oder auch von baulich-räumlichen Formationen verstanden werden.

Die verstärkte Verwendung des Begriffs *Urbanität* in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weist zurück auf das durch die Industrialisierung ausgelöste Städtewachstum gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Die damit einhergehenden gravierenden Wandlungsprozesse wurden zum Gegenstand internationaler Experten-Diskussionen jener Zeit, in denen sich die Großstadt bejahende und kritische Stimmen gegenüberstanden.⁶

In seinem einflussreichen Aufsatz „Die Großstädte und das Geistesleben“ stellte der Soziologe Georg Simmel 1903 den Zwang zur Selbstbehauptung als zentrales Problem des Einzelnen in den von der Geldwirtschaft geprägten nivellierten Stadtgesellschaften dar, doch bestehe das Faszinosum der Großstädte gerade in der Möglichkeit der Interaktion und gegenseitigen Durchdringung der kollektiven und individuellen Sphären: „Es ist die Funktion der Großstädte, den Platz für den Streit und für die Einigungsversuche beider [der individuellen und der allgemeinen, der privaten und der öffentlichen Sphäre, Anmerkung der Verfasserin] herzugeben.“ Demnach „enthüllen sich“ die Großstädte „als eines jener großen historischen Gebilde, in denen sich die entgegengesetzten, das Leben umfassenden Strömungen wie zu gleichen Rechten zusammenfinden und entfalten.“⁷ Die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einsetzende Debatte um den Begriff der *Urbanität* basiert ganz wesentlich auf dieser Ansicht.

Ein halbes Jahrhundert lang bestimmte jedoch zunächst fundamentale Kritik an der Großstadt die städtebaulichen Leitbilder europäischer Städte. Die überkommene, kompakte und relativ dichte Raumstruktur der im 19. Jahrhundert meist schnell und kommerziell errichteten Mietshäuser galt als sichtbarer Ausdruck für alle Probleme und Belastungen der großen Städte: hygienische Mängel, Bedrohung

⁵ Einen Überblick zu Verwendungen und Begriffsbestimmungen seit 1960 liefert Thomas Wüst, *Urbanität. Ein Mythos und sein Potential*, Wiesbaden 2004, S. 50–71.

⁶ Haltungen zur Großstadt im 19. und frühen 20. Jahrhundert vgl. Andrew Lees, *Cities, sin, and social reform in imperial Germany*, Ann Arbor 2002, S. 23–71.

⁷ Georg Simmel, *Die Großstädte und das Geistesleben*, in: Theodor Petermann (Hrsg.), *Die Großstadt*, Dresden 1903, S. 205.

der Gesundheit, Enge, Lärm, Rauch und sonstige Gefahren. Eine anders gestaltete Stadt im 20. Jahrhundert sollte auf räumlichen Gegenbildern beruhen: die architektonischen Möglichkeiten umfassten die Rückbesinnung auf romantische Dorf- und Kleinstadtidyllen, malerische Gartenstadtmuster und rationelle Einfamilienhauskonzepte, funktionalistische Großsiedlungen und Trabantenstädte an der Peripherie und gipfelten nach dem Zweiten Weltkrieg in der Überplanung und Überbauung historischer Innenstadtkerne mit dem Ziel funktionaler Entflechtung und effizienter Verkehrsführungen.

Die Transformation europäischer und amerikanischer Städte im mittleren Drittel des 20. Jahrhunderts war wesentlich das Ergebnis exklusiver Experten-Diskurse und -Entscheidungen. Ab Anfang der 1960er Jahre gerieten Ergebnisse und Träger dieser Form der Stadtproduktion in die Kritik, die der Wirtschaftswissenschaftler Edgar Salin als erster mit dem Begriff *Urbanität* verband. Seine Kritik zielte dabei auf den Verlust politischer und gesellschaftlicher Qualitäten der antiken *Polis*, etwa den Einsatz für die Gemeinschaft, Formen des Austauschs und der öffentlichen Diskussion, Freiheit zum Widerspruch sowie umfassende Bildung als Grundlage einer bürgerlichen Gesellschaft: „Urbanität ist Bildung, ist Wohlgebildetheit an Leib und Seele und Geist.“⁸ Salin schloss seinen kritischen Blick auf die Stadt im 19. und 20. Jahrhundert mit dem Hinweis auf den Zivilisationsbruch im Nationalsozialismus: „Der Sieg des Ungeistes hat bewußt und erfolgreich die Urbanität von den Wurzeln her vernichtet.“⁹ Aus Salins Sicht war „auf lange Zeit hinaus [...] das Wort ‚Urbanität‘ ganz zu vermeiden“. Nur auf der Basis einer neuen „Stadtformung“¹⁰ – vor allem durch Bildungs- und Kulturangebote für die breite Bevölkerung, die die Partizipation und Mitverantwortung der Bürger im Sinne städtischer Demokratie ermöglichen – könne vielleicht „an einem fernen Tag sich eine neue, echte Urbanität entwickeln“.¹¹

Nur wenige Monate nach Salins Rede beim Deutschen Städtetag beschäftigte sich bereits der Soziologe Hans Paul Bahrtdt auf einer Tagung in Berlin erneut mit dem Thema *Urbanität*: Dabei kontrastierte Bahrtdt „Nachbarschaft oder Urbanität“¹² als sowohl vollständig wie unvollständig integrierte Systeme. An das produktive Spannungsverhältnis von Individuum und Allgemeinheit bei Simmel anschließend,

⁸ Edgar Salin, *Urbanität*, in: Deutscher Städtetag (Hrsg.), *Erneuerung unserer Städte. Referate, Aussprachen und Ergebnisse der Augsburger Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 1960*, Augsburg 1960, S. 9–34, hier: S. 14.

⁹ Ebd. S. 22.

¹⁰ Ebd. S. 24.

¹¹ Ebd. S. 34.

¹² Hans Paul Bahrtdt, *Nachbarschaft oder Urbanität*, Vortrag auf der Tagung der Evangelischen Akademie Berlin anlässlich der Berliner Bauwochen 1960, in: *Bauwelt* 51/52 1960, S. 1467–1477.

beschäftigte sich Bahrdt mit der privaten und öffentlichen Sphäre in der Stadt, die ebenso „zueinander in einem dauerhaften Spannungs- und Ergänzungsverhältnis stehen und damit dem städtischen Leben eine besondere Dynamik, Großzügigkeit und Freiheit, kurz die Urbanität gaben, [...]“¹³ Erstrebenswertes Ziel war für Bahrdt nicht der vollständig integrierte und kontrollierte Organismus im wertkonservativen Prinzip der Nachbarschaften, sondern im Gegensatz dazu die „Re-Urbanisierung der Großstadt“¹⁴.

In der weiteren Diskussion wurde der Begriff *Urbanität* vor allem auf Qualitäten der Architektur und des Städtebaus verschoben. Seine Bedeutungen changieren bis heute zwischen verschiedenen Diskursfeldern.

Auch in der Architekturdebatte selbst erfuhr der Begriff verschiedene Wendungen: Die unter dem vermeintlichen Leitbegriff „Urbanität durch Dichte“¹⁵ bekannten Großsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre repräsentieren aus heutiger Sicht den schwerfälligen Übergang von den stadtkritischen Leitbildern der aufgelockerten und gegliederten Stadtlandschaften zur „Renaissance der Innenstädte“ seit den 1990er Jahren. Wichtige Stationen auf diesem Weg waren das Denkmalschutzjahr 1975, mit dem die Wiederentdeckung der vormodern figurierten Stadt eingeläutet wurde, und die IBA Berlin 1984/87. Das mit diesem Großprojekt eingeführte Stadtmodell ist für die Verwendung des Begriffs *Urbanität* im Städtebaudiskurs bis heute konstituierend. Noch immer scheint die exklusive Zuschreibung urbaner Qualitäten an bestimmte, dem Kontext der historischen Stadt angepasste räumliche Formationen, diesem Begriff eingeschrieben zu sein. Damit verfestigte sich in der Stadtentwicklungspraxis und im Architekturdiskurs jedoch die Dichotomie von historischer und moderner Stadt, von Zentrum und Peripherie, von Urbanität und Suburbanität.¹⁶ Nur langsam beginnt sich diese Tendenz vor dem Hintergrund der immer wichtiger werdenden Stadtregionen zu wandeln.

Dabei bezog Louis Wirth in seinem 1938 publizierten Text „Urbanität als Lebensform“ die Peripherie bereits explizit in seine Überlegungen ein. Er betonte, dass sich urbane Merkmale in den vom städtischen Wachstum besonders betroffenen Randbereichen der Städte mit besonderer Dynamik ausprägten.¹⁷

¹³ Ebd., S. 1476.

¹⁴ Ebd., S. 1477.

¹⁵ Nikolai Roskamm hat wohl zu Recht darauf hingewiesen, dass dieser Begriff erst *a posteriori* mit der allgemeinen Kritik an dieser Form des Städtebaus eingeführt wurde, vgl. Nikolai Roskamm, Dichte. Eine transdisziplinäre Dekonstruktion, Bielefeld 2011, S. 313-314.

¹⁶ Daran hat auch die Tatsache nichts geändert, dass Thomas Sieverts den Begriff der Urbanität bereits in den 1990er Jahren für die Beschreibung der „Zwischenstadt“ einführte.

¹⁷ Louis Wirth, Urbanität als Lebensform, in: Ulfert Herlyn (Hrsg.), Stadt- und Sozialstruktur, München 1974, S. 42–66. Original: „Urbanism as a Way of Life“, zuerst erschienen in: American Journal of Soci-

Hartmut Häußermann und Walter Siebel setzten sich in ihrem 1987 erschienenen Buch „Neue Urbanität“ mit der „Renaissance urbaner Lebensformen“ auseinander. Sie waren sich zu diesem Zeitpunkt bereits sicher, „dass sich ein Umbruch abzeichnet, der dazu zwingt, unsere Vorstellung von Stadt und vom richtigen Stadtleben neu zu formulieren.“¹⁸ Als Elemente einer „Reformulierung von Urbanität angesichts der Probleme und unter den Bedingungen am Ende des 20. Jh. in den westeuropäischen Städten“ sahen sie „soziale Chancengleichheit [...]; durchgesetzte Demokratie durch Partizipation [...]; Präsenz der Geschichte [...]; Versöhnung mit der Natur durch ökologischen Umbau [...]; neue Einheit des Alltags durch gesteigerte individuelle Souveränität über die Zeit; Offenhalten von Widersprüchen durch Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen; Offenheit der Planung [...]; Polyzentralität, nicht Konzentration auf ein vorhandenes Stadtzentrum; multikulturelle Stadt [...], Differenzierung öffentlicher und privater Räume.“¹⁹

Dabei beschrieben Häußermann und Siebel Ambivalenz und Widerspruch als die zentralen Aspekte von Urbanität, die auszuhalten für städtisches Leben konstitutiv sei. In Verbindung mit diesen handlungsorientierten Zielen und Wertmaßstäben kann sich *Urbanität* grundsätzlich in allen Teilbereichen sowie in unterschiedlichen architektonischen und stadträumlichen Ausprägungen entwickeln. Dies eröffnet die Möglichkeit einer „Rückeroberung der *ganzen* Stadt. Schließlich bezog Thomas Sieverts *Urbanität* auch auf die „Zwischenstadt“. In seiner ‚Prüfung‘ des Begriffs *Urbanität* betonte er, dass „Qualitäten wie Weltläufigkeit und Weltoffenheit, geistige Beweglichkeit, Toleranz und Neugier nicht ein für alle Mal an bestimmte historisch geprägte Raumformen gebunden sind, sondern sich auch in anderen Räumen entfalten können, [...]“.²⁰

Kehren wir zum Schluss zurück zu den Stadtdarstellungen in der Ausstellung „New Urbanity“. Die hier gewählte Form der Architekturdarstellung vermittelt die Überzeugung, dass die dargestellten öffentlichen Räume tatsächlich urbane Lebensformen ermöglichen und herausfordern, dass sie Weltläufigkeit, Vielfalt und Austausch, Neugier, Offenheit und Toleranz anregen und befördern. Die Fotografien halten den Raum frei für die Imagination des Betrachters, der eingeladen ist, die Räume selbst zu erkunden und ihre Möglichkeiten zu überprüfen. Dabei handelt es sich um einen schwierigen Balanceakt, denn die suggestive Schönheit dieser Bilder

ology XLIV (1938), S. 1–24.

¹⁸ Hartmut Häußermann und Walter Siebel, *Neue Urbanität*, Frankfurt am Main 1987, S. 7 und 11.

¹⁹ Hartmut Häußermann und Walter Siebel, *Urbanität*, in: Magistrat der Stadt Wien (Hrsg.), *Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung, Stadtgestaltung*, Bd. 37, S. 5–49, zitiert in: Wüst, *Urbanität*, 2004, S. 81–82.

²⁰ Thomas Sieverts, *Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*, Basel [u.a.] 2001 (3. Aufl.), S. 36.

kann nicht neutral sein: sie präsentiert sorgfältig komponierte, genau ausgeleuchtete, saubere, klinisch aufgeräumte Innenstädte und verweist so auf die selektive *soziale* Nutzung dieser Räume: Planer, Soziologen und Architekten machten sich seit den 1960er Jahren auf den Weg, die Innenstädte zurückzuerobern; die Realisation der sorgfältig entwickelten städtebaulichen und architektonischen Konzepte regelt aber der Markt (das ursprünglich konstituierende Element der Städte). In seiner gegenwärtigen Erscheinungsform sorgt dieser offensichtlich dafür, dass Schmutz, Armut, formale und soziale Widersprüchlichkeiten in den neuen Innenstädten ausgeblendet werden. Doch auch wenn diese somit eher zu Bühnen bürgerlicher Individuen²¹ werden, und auch wenn sich soziale und baulich-räumliche Heterogenität nun eher in anderen Teilen der Städte ausprägt, so gehört es zur Besonderheit europäischer Städte, dass ihre unterschiedlichen Teile frei zugänglich und auf vielfältige Weise baulich und räumlich eng miteinander verflochten sind: öffentlich zugängliche Verkehrswege und eine zunehmende funktionale Durchmischung aller Teile macht es möglich, Städte – trotz wachsender Größe – *als Ganzes* wahrzunehmen. Nicht in einzelnen, positiv bewerteten, Qualitäten der ‚alten Stadt‘, sondern in dieser Integrationskraft der europäischen Städte besteht ihre ‚neue Urbanität‘.

**Dr. Celina Kress, Center for Metropolitan Studies (CMS) der TU Berlin,
celina.kress@metropolitanstudies.de**

B E A T E B I N D E R

Figuren der Urbanisierung aus geschlechtertheoretischer Perspektive

Unter dem Titel „Figuren der Urbanisierung“ möchte ich im Folgenden die reflexive Wechselwirkung zwischen (sozial- bzw. kulturwissenschaftlichen) Konzepten von Stadt bzw. Urbanisierung auf der einen Seite und Alltagswelten bzw. alltagsweltlichen Phänomenen in den Blick nehmen. In Figuren des Urbanen und der Urbanisierung, so meine Ausgangsthese, verdichtet sich Beobachtetes nicht nur idealtypisch und stereotypisierend, sondern tendiert auch dazu, sich zu verselbständigen und selbst zur Wahrnehmungs- und Bewertungsmatrix von Stadt und städtischem Leben zu werden. Im Effekt bedeutet das, dass die Grenzen zwischen „Imagination“

²¹ Vgl. Werner Durth, Die Inszenierung der Alltagswelt. Zur Kritik der Stadtgestaltung, Braunschweig 1977, S. 37.

und „Wirklichkeit“ nicht mehr eindeutig zu ziehen sind. Ich knüpfe damit an Überlegungen von Susanne Frank¹, Sigrid Weigel² und Gotthart Fuchs³ und anderen zur engen Verbindung von Stadtentwicklung und Imaginationsgeschichte an, möchte mich jedoch vor allem auf den Beitrag sozial- und kulturwissenschaftliche Konzepte zur Formierung von Figuren und damit verknüpfter Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata konzentrieren. Im Folgenden werde ich mein Argument in mehreren Schritten entfalten: Zunächst werde ich das Konzept der Figur als Ausgangspunkt einer Kulturanalyse skizzieren. Danach sollen zunächst – anknüpfend an Michel de Certeau – Vorstellungen von der Stadt selbst in den Blick genommen werden, und schließlich werde ich – am Beispiel des Flaneurs – auf die Rolle einzelner (Sozial)Figuren eingehen, um aus intersektionaler Perspektive das Wechselverhältnis von sozialer, geschlechtlicher, sexueller, ethnischer etc. Kodierung und der Refiguration sozialer Differenzen als zentralem Element von Figurierung(sprozessen) zu befragen. Die These der reflexiven Figurierung des Urbanen soll schließlich nicht als Plädoyer für eine „genauere“ oder „richtigere“ sozialwissenschaftliche bzw. historische Darstellung von Urbanisierungsprozessen verstanden werden, auch wenn das Bemühen um Differenzierung und angemessene Komplexität wissenschaftlicher Erklärungsmodelle niemals falsch ist. Mir geht es jedoch in erster Linie darum, dieses reflexive Verhältnis selbst zur Forschungsperspektive zu machen und deren Produktivität aufzuzeigen.

1. Zur Figurierung der sozialen Welt

Mit dem Begriff der „Figur“ greife ich einen Strang sozialwissenschaftlicher Forschung auf, der in den letzten Jahren Prozesse der Herausbildung typisierter Gestalten zum Ausgangspunkt für die Analyse sozialer Ungleichheit genommen hat. So hat beispielsweise Moritz Ege vor kurzem in seiner Dissertation „Ich bin auch nur ein Proll, aber ein Proll mit Klasse“ herausgearbeitet, wie sich jugendkulturelle Stilelemente, alltagsweltliche Praktiken, medial vermittelte Bilder und gesellschaftliche Diskurse so in der Figur des „Prolls“ verdichten, dass diese zum Ankerpunkt von Selbstdeutungen, Repräsentationen und Projektionen wird und im Effekt performativ wie diskursiv soziale Differenz zu verkörpern vermag.⁴ Moritz Ege zeigt durch

¹ Susanne Frank (2003): Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts. Opladen: Leske + Budrich.

² Sigrid Weigel (1995): Zur Weiblichkeit imaginärer Städte, in: G. Fuchs, Bernhard Moltmann, Walter Prigge (Hg.): Mythos Metropole. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 35-45.

³ G. Fuchs, Bernhard Moltmann, Walter Prigge (Hg.) (1995): Mythos Metropole. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

⁴ Moritz Ege (2012): ‚Ich bin auch nur ein Proll, aber ein Proll mit Klasse‘. Ästhetische Differenz und so-

seine vielschichtige Kulturanalyse überzeugend, wie durch Selbst- und Fremdetikettierungen und die damit verbundenen alltäglichen Praktiken des Klassifizierens und Beurteilens – Verfahren also, in denen ästhetische Einordnungen mit sozialen Differenzierungen und moralischen Beurteilungen verknüpft werden – die Grenzziehungen zwischen sozialen, geschlechtlichen, ethnischen usw. Gruppen konstituiert und refiguriert werden. Sichtbar wird aus einer solchen Forschungsperspektive, wie soziale Akteur_innen in ihren alltäglichen Praktiken soziale Ungleichheiten stabilisieren, verschieben und gelegentlich auch subvertieren. Figuren, die zunächst auf Grund ihrer reduzierenden Typisierung das Navigieren durch die vielfältigen und widersprüchlichen Erfahrungen der sozialen Welt erleichtern, formieren und strukturieren dabei nachhaltig die Wahrnehmung dieser sozialen Welt – einschließlich der eigenen Person respektive Gruppe: „Figures“, so schreibt der US-amerikanische Kulturanthropologe John Hartigan, „call attention to the way people come to consider their identities in relation to potent images that circulate within a culture.“⁵

An diesem „Spiel“ der Klassifizierung und Differenzierung sind auch die Sozial- und Kulturwissenschaften unwiderruflich beteiligt, wenn sie in ihren Analysen Bezeichnungen nutzen und daran mitwirken, möglicherweise trotz eines kritischen Anspruchs, die Divisionen der sozialen Welt zu (re-)produzieren oder (re)figurieren.⁶ Dekonstruktive Verfahren, die Figuren auf ihren „Wahrheitsgehalt“ befragen und das Labeling mit seinen verkürzenden Stereotypisierungen aufzeigen, greifen jedoch zu kurz, um diesen Prozessen auf die Spur zu kommen – eben weil, wie Donna Haraway schreibt, „we inhabit and are inhabited by such figures that map universes of knowledge, practice and power“.⁷ Doch indem das Involviertsein auch der Wissenschaft in (alltägliche) Figurierungsprozesse und die Herstellung sozialer Ordnungen als unhintergebar anerkannt wird, öffnet sich zugleich eine Forschungsperspektive, die – jenseits der Suche nach objektivierender Eindeutigkeit von Begriffen und Konzepten – Figurierungsprozessen durch soziale Räume und eben auch in die Räume wissenschaftlicher Wissensproduktion folgt. Hierbei wird sich zudem eine intersektionale Perspektive als hilfreich erweisen, die die vielschichtige Verwobenheit unterschiedlicher sozialer Kategorisierungen im Blick behält.⁸

ziale Ungleichheit unter Berliner Jugendlichen – eine ethnografische Kulturanalyse von Figurierungsprozessen. . Dissertation am Institut für Europäische Ethnologie, Humboldt-Universität zu Berlin: Publikation in Vorbereitung.

⁵ John Jr. Hartigan (2005): *Odd tribes: toward a cultural analysis of white people* Durham u.a.: Duke UP.

⁶ Vgl. Ege ‚Ich bin auch nur ein Proll, aber ein Proll mit Klasse‘, 47ff.

⁷ Donna Haraway (1997): *Modest_Witness@Second_Millennium. FemaleMan@_Meets_OncoMouseTM: feminism and technoscience*. New York, London: Routledge, 11.

⁸ Hierzu als Überblick z.B. Beate Binder, Sabine Hess (2011): *Intersektionalität aus der Perspektive der Europäischen Ethnologie*, in: Sabine Hess, Nikola Langreiter, Elisabeth Timm (Hg.): *Intersektionalität Revi-*

2. Das Urbane als Figur und Wirklichkeit

Was bedeutet das nun bezogen auf die Stadt und die Beschreibung von Urbanisierungsprozessen? Um dieser Frage nachzugehen, möchte ich zunächst etwas ausholen und Überlegungen von Michel de Certeau skizzieren. In seiner Untersuchung „Kunst des Handelns“ stellt er die abstrakte, allein panoptisch zu erfassende und/oder prospektiv zu entwerfende „Konzeptstadt“ den urbanen Praktiken gegenüber, die sich der – disziplinierenden, kontrollierenden und auch wissenschaftlichen – Erfassung und Durchdringung entziehen.⁹ Der panoptische Blick auf die Konzeptstadt erlaube zwar deren Verwaltung und Beschreibung, doch „unterhalb der ideologisierenden Diskurse wuchern Finten und Bündnisse von Mächten ohne erkennbare Identität, ohne greifbare Konturen und ohne rationale Transparenz, die nicht verwaltet werden können.“¹⁰ Mit diesen Hinweisen lenkt de Certeau die Aufmerksamkeit vor allem darauf, dass Bild und Vorstellung der Stadt nicht deckungsgleich sind mit der gelebten Stadt. Diese Perspektive provoziert die genauere und differenzierte Untersuchung des städtischen Alltags. Mit Karl Schlögel könnte also zunächst gefragt werden, was die Stadt ist, wenn sie jenseits der Vorstellung von Urbanisierung gesehen wird, wenn sie nicht (nur) als Metapher für Modernisierung und gesellschaftliche Veränderungen begriffen wird, sondern als Ort differenter Leben. Dann wird etwas von den vielfältigen, sich überlagernden Alltagswelten *in* der Stadt¹¹ sichtbar, wenn diese auch mit de Certeau gesprochen nie vollständig entschlüsselt und (wissenschaftlich) durchdrungen werden können. De Certeau selbst führt seine Leser_innen die vielfältigen Gesten und „kleinen Instrumentalitäten“ vor Augen, durch die Akteur_innen mit der (beziehungsweise ihrer) Kontrolle spielen: Sie entkommen der Disziplin, ohne sie gänzlich hinter sich zu lassen, taktieren mit den Gegebenheiten, ohne diese letztlich grundsätzlich ändern zu können. Während die Panorama- oder Konzeptstadt nur ein „theoretisches‘ (das heißt visuelles) Trugbild ist, also ein Bild, das nur durch ein Vergessen und Verkennen der praktischen Vorgänge zustande kommt“¹², bringen die die Stadt organisierenden Praktiken der Bewohner_innen eine „vielfältige Geschichte, die sich in Bruchstücken von Bewegungsbahnen und in räumlichen Veränderungen formiert“, her-

sited. Empirische, theoretische und methodische Erkundungen. Bielefeld: Transcript, 15-52; Gudrun-Axeli Knapp (2005): "Intersectionality" - ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von "Race, Class, Gender", in: Feministische Studien, 23:1, 68-81.

⁹ Michel de Certeau (1988): Kunst des Handelns. Berlin: Merve, 183ff.

¹⁰ Ebd., 185.

¹¹ Vgl. Karl Schlögel (2003): Im Raume lesen wir die Zeit. München, Wien: Hanser, 301.

¹² de Certeau Kunst des Handelns, 181.

vor, die „alltäglich, unbestimmt und anders“ bleibt.¹³ Alltag, so könnte etwas verkürzend formuliert werden, wirkt damit als Korrektiv aller Versuche, generalisierende Aussagen über ‚die Stadt‘ zu treffen.

Michel de Certeau plädiert für die „Wiederkehr der Praktiken“ und kritisiert damit totalisierende wissenschaftlicher Zugriffe. So liegt der Schwerpunkt seiner Untersuchung auf den Taktiken der Stadtbewohner, die bei ihrer alltäglichen Navigation durch die Stadt die formalen Codes des Stadtraums nutzen, manipulieren und überschreiten.¹⁴ Auch wenn Konzeptstadt und gelebte Stadt stets aufeinander bezogen bleiben, gibt de Certeau jedoch nur verstreute Hinweise auf die Praktiken, die das Bild der Stadt als Konzept und Utopie hervorbringen. Er identifiziert grundsätzlich eine dreifache Operation, durch die der utopische wie der urbanistische Diskurs die Stadt erschaffe: Erstens reinige er den Raum von allem Störenden, zweitens suggeriere er Zeitlosigkeit, und drittens schließlich schaffe er ein anonymes und universelles Subjekt, nämlich „die Stadt“ selbst.¹⁵ Die solchermaßen erzeugte Vorstellung von „der Stadt“ biete, „wie ein Eigenname, die Möglichkeit, den Raum ausgehend von einer begrenzten Anzahl von festumrissenen Einheiten, die isoliert und voneinander unterschieden werden können, zu erfassen und zu konstruieren.“¹⁶ Damit sind die Bilder der Stadt nicht etwa (missglückte) Versuche, das Städtische zu repräsentieren. Vielmehr handelt es sich um performative Akte des Beschreibens und Bezeichnens, die darauf zielen, die Stadt zu organisieren und für Strategien der Disziplinierung greifbar zu machen.¹⁷ Wie im letzten Abschnitt angedeutet, könnte jedoch in einer weitergehenden Analyse gefragt werden, wie sich in und durch sozial- und kulturwissenschaftliche Modelle und Konzepte des Städtischen soziale Differenzierungen entlang etwa von Klasse, Ethnizität, Geschlecht, Sexualität eingeschrieben haben und wie diese auf die Reproduktion des Städtischen als sozial strukturiertem Raum zurückwirken. Wie verliefen Figurierungsprozesse und wie hat „die Wissenschaft“ darin agiert?

¹³ Ebd., 182.

¹⁴ Vgl. Janet Wolff (2006): Gender and the haunting of cities (or, the retirement of the flâneur), in: Aruna D'Souza, Tom McDonough (Hg.): *The invisible flâneuse? Gender, public space, and visual culture in nineteenth-century Paris*. Manchester, New York: Manchester UP, 18-31, 25.

¹⁵ de Certeau *Kunst des Handelns*, 184.

¹⁶ Ebd., 184.

¹⁷ Zum Begriff der Greifbarkeit vgl. Alexa Färber (2010): Vom Verhältnis stadträumlicher Aneignungspraktiken und materieller Umwelt. *Stadtethnologische Überlegungen zur Greifbarkeit der Stadt*, in: *dérive. Zeitschrift für Stadtforschung*, 40, 100-105.

3. Figuren im Prozess der Urbanisierung

Einen Ansatzpunkt, um die Produktivität dieser Frage in einem ersten Schritt vorzuführen, stellen an soziale Typen angelehnte Figuren dar, die prominent Konzepte wie Modelle des Urbanen bebildern. Solche „sozialen Typen“ oder „Sozialfiguren“ vermitteln zwischen der generalisierenden Konzeptstadt und den alltäglichen Praktiken ihrer Bewohner_innen, durch sie wird das Städtische in seiner Spezifik und die Stadt als Gemengelage unterschiedlicher – signifikanter – Typen gefasst und damit greifbar. In ihrer Anthologie „Diven, Hacker, Spekulanten“ beschreiben Stephan Moebius und Markus Schroer deren die Wahrnehmung von Stadt formierende Funktion folgendermaßen: „Sozialfiguren sind zeitgebundene historische Gestalten, anhand deren ein spezifischer Blick auf die Gegenwartsgesellschaft geworfen werden kann“. Einzelne Sphären des Gesellschaftlichen übergreifend, wird die zum Typus geronnene Gestalt hinsichtlich „seiner Erscheinungs- und Darstellungsform, seines Auftretens und seiner Selbstinszenierung“ zu einem charakteristischen Merkmal der gegenwärtigen Gesellschaft.¹⁸ Dass die Autoren dabei selbst daran mitwirken, durch Typen „Ordnung in die Vielfalt der empirischen Erscheinungen“¹⁹ zu bringen und an der Figuration der Gegenwart teilhaben, zum Beispiel indem sie – entgegen ihres paritätische Geschlechterverhältnisse suggerierenden Titels – nur eine einzige weibliche Gestalt in den Blick nehmen, reflektieren sie allerdings nicht. Wenn jedoch Figuren zur Ordnung auch der städtischen Welt konstituiert werden, dann werden auch diese typisierten Stadtbewohner_innen durch die doppelte Bewegung der Selbst- und Fremdetikettierung hergestellt und wird mit ihnen ein vielschichtiges Ordnungssystem in den sozialen Raum Stadt gebracht. Der Urbanisierungsprozess war „schon immer“ durch solche Figuren geprägt, die ihn zugleich prägten: In der aktuellen Diskussion um Stadtentwicklungsprozesse dominieren die „Kreativen“²⁰, aber auch der pekuniär potente Homosexuelle spielt eine nicht unwesentliche Rolle²¹; mit Suburbanisierungsprozessen verbindet sich die Figur der

¹⁸ Stephan Moebius, Markus Schroer (2010): Einleitung, in: Stephan Moebius, Markus Schroer (Hg.): *Diven, Hacker, Spekulanten. Sozialfiguren der Gegenwart*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 7-11, 8.

¹⁹ Ebd., 8.

²⁰ Vgl. z.B. Martina Heßler, Clemens Zimmermann (Hg.) (2008): *Creative Urban Milieus. Historical Perspectives on Culture, Economy, and the City*. Frankfurt a.M., New York: Campus; Beate Binder, Alexa Färber (2008): *Stadt und Kreativität: Ein Konzept als Perspektive und Effekt. Eine Diskussion unter Stadtforschenden*, in: *Zeitschrift für Kulturwissenschaften*:1, 105-131.

²¹ Zentral für diesen Diskurs und die Figurierung des Kreativen ist Richard Florida: *The Rise of the Creative Class*, in einer popularisierten Version zum Beispiel zu lesen in *Washington Monthly* vom 17.8.2005 (<https://troym.gov/futures/Research/Lifestyle/Rise%20of%20the%20Creative%20Class.pdf>). Der Untertitel lautet hier: „Why cities without gays and rock bands are losing the economic race“.

(depressiven und vereinsamen) Hausfrau²², und der Beginn der Urbanisierung ist mit der Figur des Flaneurs verknüpft.

Da über den Flaneur inzwischen eine ausgedehnte Literatur existiert²³, kann ich an diesem Beispiel meinen Vorschlag einer Forschungsperspektive auf das kulturelle *World Making* der Sozial- und Kulturwissenschaften nochmals kurz ausführen, da ich mich für dessen Charakterisierung auf einige Stichworte beschränken kann. Die Entstehung der Figur im Verlauf des 19. Jahrhunderts ist bereits vielfach beschrieben worden, ebenso ihr Anteil an der Konfiguration der Moderne. In der Figur des Flaneurs artikuliert sich die Erfahrung von Urbanisierung und Modernisierung; sie ist gebunden an die Konzeptionalisierung der Stadt als Ort der Zentralität, der hohen Verdichtung und großen Heterogenität.²⁴ Der Flaneur, der die Stadt im Gehen liest und in Text übersetzt, agiert dabei, so schreibt Thomas Düllo, „fast unverhohlen wie ein Sozialwissenschaftler, weil er das Typische (...) der kodifizierten Welt herausfiltert, signifiziert und kontextualisiert und zugleich das unhintergehbare Besondere pointiert und isoliert, das sich nicht verallgemeinernd oder kontextualisierend einem Erklärungsmuster fügt (...).“²⁵ In der feministischen Kritik des Flaneurs²⁶ wurde auf den male bias aufmerksam gemacht, der in die Figur eingelassen ist. Im Zuge der Dekonstruktion wurde die Figur zum einen sozial im Bürgertum verortet, dabei zugleich mit Gegenfiguren kontrastiert, etwa dem „gefallenen Mädchen“ und der Prostituierten, die im Gegensatz zur bürgerlichen Frau im öffentlichen Raum der Stadt stets präsent waren.²⁷ Indem auf diese Weise die Formierung städtischer Räume durch ein ineinander greifendes System der sozialen Differenzierung entlang von Klasse, Geschlecht, Sexualität und Ethnizität sichtbar gemacht werden konnte, konnte die Figur des Flaneurs auch als konstituierendes Moment einer

²² Vgl. Frank, Stadtplanung im Geschlechterkampf, 275ff.

²³ Vgl. z.B. Thomas Düllo (2010): Der Flaneur, in: Stephan Moebius, Markus Schroer (Hg.): *Diven, Hacker, Spekulanten. Sozialfiguren der Gegenwart*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 119-131, hier auch weiterführende Literatur; vgl. auch: Keith Tester (Hg.) (1994): *The Flâneur*. London, New York: Routledge.

²⁴ Zu diesen Kennzeichen des Urbanen vgl. Louis Wirth (1974): *Urbanität als Lebensform*, in: Ulfert Herlyn (Hg.): *Stadt- und Sozialstruktur*. München, 42-66.

²⁵ Düllo *Der Flaneur*, 123.

²⁶ Vgl. Janet Wolff (1985): *The Invisible Flâneuse. Women and the Literature of Modernity*, in: *Theory, Culture & Society*, 2:3, 37-46, Elizabeth Wilson (1993): *Begegnung mit der Sphinx. Stadtleben, Chaos und Frauen*. Basel u.a.: Birkhäuser; Aruna D'Souza, Tom McDonough (Hg.) (2006b): *The invisible flâneuse? Gender, public space, and visual culture in nineteenth-century Paris*. Manchester, New York: Manchester UP.

²⁷ So etwa bei Griselda Pollock, zitiert nach: Aruna D'Souza, Tom McDonough (2006a): *Introduction*, in: Aruna D'Souza, Tom McDonough (Hg.): *The invisible flâneuse?* Manchester, New York: Manchester UP, 1-17, 5.ff.; vgl. auch Gabriele Dietze (2012): *Skandal als Strategie – Wahn als Gehäuse. Weibliche Bohème und Sexuelle Moderne um die Jahrhundertwende*, in: Volker Hess, Heinz-Peter Schmiedebach (Hg.): *Am Rande des Wahnsinns. Schwellenräume einer urbanen Moderne*. Wien u.a.: Böhlau, 283-309.

„moralischen Geographie“²⁸ entschlüsselt werden. Denn der Flaneur verkörpert auch das Gefühl der Unsicherheit, er steht für die Fluidität des Städtischen, für die Angst bürgerlicher Männer vor Kontrollverlust und für die Regulierung des öffentlichen Raums, von dem bürgerliche Frauen weitgehend ausgeschlossen bleiben sollten. Aus dieser Perspektive ging es um die diskursive Macht der Figur, die zur Regulierung des Urbanen beitrug. Die Figur hat in ihrer doppelten Funktion bis in die Gegenwart überlebt, dabei jedoch in je eigener Weise – auch im wissenschaftlichen Diskurs – zur Charakterisierung des Urbanen beigetragen und damit Urbanisierungsprozesse immer wieder neu konfiguriert. Dies funktionierte auch deshalb, weil mit der Figur vielfältige, auch sich widersprechende Narrative und Codierungen des Urbanen aufgerufen werden konnten. So fungierte der Flaneur mal als Möglichkeit, um mit seinem „Tod“ die „Unwirtlichkeit unserer Städte“ (Mitscherlich) zu veranschaulichen,²⁹ mal als nostalgischer Rückblick auf die Hochzeit der Urbanität, so etwa bei Richard Sennett, der seine These vom Verlust der Civitas durch einen Spaziergang durch New York zu plausibilisieren sucht.³⁰

4. Ausblick

Dass die Grenze zwischen wissenschaftlicher und alltagsweltlicher Deutung der Welt fließend ist und sozialwissenschaftliche Figuren des Deutens und Erklärens auf vielfältigen Wegen in alltagsweltliche Deutungen übergehen, ist hinlänglich bekannt und als elementarer Bestandteil von Wissensgesellschaften identifiziert worden.³¹ Es geht mir daher auch nicht darum, diese Prozesse zu beklagen, sondern als Herausforderung für eine Perspektivverschiebung zu begreifen, durch die Reflexivität selbst zum Gegenstand der (Stadt)Forschung wird. Figuren der Urbanisierung, so meine zentrale These, transportieren Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata, die zur Beurteilung gegenwärtiger, historischer und erwarteter Entwicklungen von Stadt und Stadtgesellschaft beitragen. Da sie nicht nur für imaginäre und/oder reale Personen(gruppen) und städtische Entwicklungsverläufe stehen, sondern sich mit Erwartungen an die weitere Entwicklung von Stadt und Urbanität verknüpfen, formieren Figuren nicht nur retrospektiv Vorstellungen von Städten und Städter_innen, sondern prägen auch deren gegenwärtige Wahrnehmung und setzen prospektiv (städtische) Politiken in Bewegung. Wie Susanne Frank in ihrer Studie „Stadtpla-

²⁸ Zum Begriff der moralischen Geographie vgl. Tim Cresswell (2007): *Moral Geographies*, in: David Atkinson et al. (Hg.): *Cultural Geography*. London, New York: I.B. Tauris, 128-134.

²⁹ Vgl. Hanns-Josef Ortheil (1986): *Der lange Abschied vom Flaneur*, in: *Merkur*, 40:1, 30-42.

³⁰ Richard Sennett (1994): *Civitas*. Frankfurt a.M.: Fischer, 159ff.

³¹ Vgl. z.B. Helga Nowotny, Peter Scott, Michael Gibbons (2004): *Wissenschaft neu denken. Wissen und Öffentlichkeit in einem Zeitalter der Ungewißheit*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

nung im Geschlechterkampf“ darlegt, sind Imaginationen und Wirklichkeit in komplexer Weise auf einander bezogen: „Insofern markiert die (...) beschriebene Kluft zwischen städtischer ‚Imagination‘ und ‚Wirklichkeit‘ nicht notwendigerweise einen Gegensatz“, vielmehr werden „Bilderwelten, Vorstellungen oder Phantasien als real erlebt und oftmals für die Wirklichkeit selber gehalten“ und „nicht selten wird versucht, die Realität nach dem (Wunsch-)Bild zu formen und beide solchermaßen zur Deckung zu bringen“.³² Doch genügt es nicht, bei dieser Feststellung stehen zu bleiben. Vielmehr könnte ein sich anschließendes Forschungsprogramm die Figurierungsprozesse, die Konjunkturen, die Auf- und Abschwünge spezifischer Vorstellungen, Bilder und Figuren in ihren Effekten auf die Konstitution städtischer Alltagswelten herausarbeiten und Prozesse der sozialen (Re)Strukturierung von Stadt und Urbanität sichtbar machen. Es kann also nicht darum gehen, den Realitätsgehalt der Figuren zu überprüfen, die in unseren Vorstellungen von Stadt flanieren. Vielmehr können diese als Knotenpunkte dafür genutzt werden, um der Etablierung von Urbanität mit ihren sozialen, geschlechtlichen, sexuellen, ethnischen Differenzierungen und Normierungen auf die Spur zu kommen und unser Verständnis davon zu erweitern, wie das Wissen über Stadt hervorgebracht wird. Damit könnte auch der Beitrag der Sozial- und Kulturwissenschaften zur Figurierung des Urbanen als sozialer Wirklichkeit der reflexiven Analyse zugänglich gemacht werden.

Prof. Dr. Beate Binder, Institut für Europäische Ethnologie, Humboldt-Universität zu Berlin, beate.binder@rz.hu-berlin.de

³² Frank Stadtplanung im Geschlechterkampf

Urbanisierung in veränderter Aufstellung. Ein Essay über aktuelle Umbrüche: Beobachtungen, Interpretationen und Ideen

Urbanisierung als Prozess

Der gesellschaftliche Kontext von Urbanisierung verändert sich derzeit rasant. Dies macht es nötig, den Umgang mit dieser Thematik zu bilanzieren und zu aktualisieren. Eine solche Bilanzierung soll im Folgenden bezogen auf aktuelle Prozesse und aus sozial- und raumwissenschaftlicher Perspektive vorgenommen werden.

Urbanisierung ist als Prozess in zweierlei Hinsicht zu verstehen: In ihren konkreten Raumbezügen stellt Urbanisierung eine Verdichtung gesellschaftlicher Daseins-Strukturen dar. Zu den Ausdrucks-Ebenen dafür zählen auch die Produktion und Aneignung von Raum; diese Dimension steht hier im Zentrum. Die entsprechenden systematischen Rahmenbedingungen von Urbanisierung lassen sich kurz skizzieren: Gefestigte räumliche Konzentration setzt Sesshaftigkeit auf der Basis örtlicher Reproduktionsressourcen voraus. Grundlegend dafür ist lokalisierte Wertschöpfung und damit Arbeit als Existenzgrundlage von Menschen. Materialisierend für derartige Verdichtung wirken Bau- und Infrastrukturen, die den Arbeits- und Lebens-Formen und ihren Erfordernisse jeweils entsprechen. Identitätsbildend wirken dabei die Verkehrsformen der Menschen vor Ort. Die konkreten Aggregate derartiger Verdichtung kennen wir als Städte. In unserem historischen Kontext verdanken sie sich der Herausbildung arbeitsteiliger Tauschwirtschaft, indem sich Handwerk (bis hin zur Industrie) und Handel (bis hin zu Dienstleistungen) aus der landwirtschaftlichen Produktion heraus verselbständigen. Mit ihrer Vielfalt, Anziehungskraft und Offenheit, wie sie einem Marktgeschehen entsprechen, stellen Städte sehr komplexe Strukturen dar. Sie bilden das Feld von Aneignung und Entwicklung und sind Inkubatoren von Herausforderungen, und zwar ebenso als Anregungen wie auch als Zumutungen. Die strukturellen Intensitäten verändern sich zwischen Wachstum oder Niedergang.

Urbanisierung bedeutet ein über Jahrhunderte sich bewegendes Verhältnis von Konzentration und Dispersion mit – sowohl konsekutiv als auch gleichzeitig – jeweils unterschiedlichen Ausprägungen, nämlich im Hinblick auf Stadt und Land, auf Innenstadt und Suburbia oder auf Zentrum und Peripherie. Mit ihnen verbunden sind differenzierte reale Zustände, was etwa die Qualitäten von Diversität, Partizipation, Zugänglichkeit, Kohäsion, Nutzungsintensität, Atmosphäre oder Öffent-

lichkeit anbelangt: Sie bedürfen ihrer Interpretation, um Handlungsfähigkeit herzustellen. Gleichzeitig sind sie Veränderungen unterworfen. Dabei auftretende Umbrüche sind besonders spannend: Sie ermöglichen es, die treibenden Kräfte von Verdichtung und insofern auch den Charakter ihrer Ausprägungen immer wieder neu zu thematisieren und zu analysieren.

Seit Jahrzehnten erleben wir einen Umbruch

Das 21. Jahrhundert ist als „urban age“ ausgerufen, und es stellt sich recht unterschiedlich dar: In Ländern, die sich ohne eigenständige Potenziale einer Industrialisierungs-Phase dem aktuellen Globalisierungs-Schub stellen müssen, lassen die Erosion tradierter Erwerbstätigkeiten und Landflucht unbeherrschbar erscheinende „MegaCities“ entstehen.

In Ländern des europäisch/atlantischen Entwicklungs-Typs mit ihren eingeschriebenen industriell-fordistischen Erfahrungen erleben wir – neben Schrumpfung – eine neuartige Anziehungskraft bestimmter, vor allem größerer Städte: „Reurbanisierung“ ist ein höchst aktuelles Entwicklungs-Motiv unserer Städte.

Das „urban age“ tritt weniger als etwas Evolutionäres auf, vielmehr signalisiert es Umbrüche: Wir haben es nun mit welt-umgreifender Urbanisierung gleichzeitig zu tun. Der konkrete Verlauf ist in seinen wesentlichen Pfaden fundamental unterschiedlich und hält zudem überraschend neuartige Bewegungsformen bereit, wie z.B. Reurbanisierung: Sie stellt ja nicht nur eine Konzentration dar im Vergleich zur suburbanen Dispersion, wie sie uns längere Zeit vertraut war; sie stellt zugleich die Prophezeiung des „Todes der Stadt“ infrage. Sind das nun nur Zeichen einer Akzentverschiebung oder eines tiefer greifenden Paradigmen-Wechsels? Mit Blick auf den Urbanisierungs-Pfad der Städte des europäisch/atlantischen Typs stellen sich vor allem zwei Fragen, die im Folgenden beleuchtet werden sollen.

Wie sind die Auslöser dieses Umbruchs einzuschätzen?

Als wesentlicher Verdichtungs-„Motor“ werden hier in erster Linie Wirtschaftstätigkeiten als Reproduktionsgrundlagen im umfassenden Sinne verstanden: Zeigen sich hier neue Muster, die – plausibel bzw. empirisch – auf eine deutliche Stadtaffinität schließen lassen?

Konstituierender Zusammenhang einer entsprechenden Klärung ist der Strukturwandel in seiner aktuellen Ausprägung. Was bringt er mit sich? Wir erleben einen Schub bei drei wesentlichen Entwicklungs-Elementen: *erstens* bei fortschreitender Globalisierung, vor allem vermittelt neuer digitaler Kommunikationssysteme, mit

der der Glaube wächst, überall alles machen zu können; *zweitens* bei der Flexibilisierung der Formen von Arbeit/Wirtschaft mit dem Effekt vertiefter Arbeitsteilung hin zu stärker ausgeprägter wissensintensiver Ökonomie auf der Grundlage von intelligenter Fertigung, Forschung+Entwicklung, strategischen unternehmensberatenden Dienstleistungen und Kreativwirtschaft; und *drittens* bei der Deregulierung der Verkehrsformen, nämlich mittels der Auflösung lebensweltlicher Kontinuitäten und konformer Organisationsmuster, mit dem Effekt der Erosion der ‚Normal-Arbeits- und Lebens-Verhältnisse‘. Synergetisch beschleunigt das die Tendenzen situativer Vereinzelung, raum-zeitlicher Entgrenzung und damit korrespondierender Bedürfnisse an Rückbettung in komplexe Daseins-Strukturen, was die Wahrnehmung von Optionen auch im Hinblick auf „work-life-balance“ bedeutet. Zugleich wirken systemische Herausforderungen aus latenten Zukunfts-Unsicherheiten bzw. Verstörungen und entsprechendem Orientierungsbedarf. Klassische Muster von Alltagsleben und Wirtschaftstätigkeiten werden zunehmend durch solche ergänzt, die eine Verankerung in Gelegenheits-Strukturen nahelegen, und die organisatorisch (neue Selbständigkeiten) wie auch mental (Herausbildung elementarer Identitäten) zu stark individualisierenden – um nicht zu sagen: egoistischen – Bewegungsformen tendieren.

Die Kräfte, die nun zunehmend Verdichtung bzw. Dispersion steuern, bewirken im Ergebnis sowohl für Arbeit wie auch für die Reproduktion sehr ausgeprägte Affinitäten zu komplexen Nutzungsstrukturen von Dichte und räumlicher Nähe – und insofern zu unseren, zumal gründerzeitlich überformten, Städten, deren ‚Tod‘ somit alles andere als offenbar ist. Dieser Zusammenhang wird derzeit an der ‚Kreativwirtschaft‘ als einer Speerspitze wissensintensiver Ökonomie besonders deutlich, der Prozess der Urbanisierung tritt hier also in eine veränderte Phase ein. Und seine ökonomische Basierung deutet darauf hin, dass wir es damit weniger mit einer kurzlebigen Mode zu tun haben als mit einer mittelfristig wirksamen Tendenz.

Inwieweit bedeutet Reurbanisierung ‚wieder Stadt‘?

Reurbanisierung umgreift – neben derartigen Verortungslogiken – auch Programmatiken, wie nämlich Städte mit entsprechend epochalen neuen Entwicklungspotenzialen umgehen wollen, und konkret auch mit spezifischen Aneignungsmustern städtischer Strukturen. Reurbanisierung stellt die Entwicklung einer neuerlichen Bedeutungszunahme von, zumal: inneren, Städten dar – und sie verheißt: wieder Stadt! Wie ist das zu interpretieren?

Eine Wiederkehr verlustig gegangener Werte ist historisch nichts ganz Unbekanntes für Städte, ihren Auf- und Abstieg. Welche Art von ‚Städtischem‘ aber ist

nun zu vergegenwärtigen? Von Ausprägungen welcher – (un-)gewohnten – strukturellen Qualität reden wir?

Wissensintensive Ökonomie und interdependente Reproduktion haben ihre ganz eigentümlichen – und durchaus nicht ganz unproblematischen – Begleiterscheinungen. Sie hängen zusammen mit dem Wettbewerb, den diese aktuelle Ausprägung des Strukturwandels nun nochmals fast grenzenlos befeuert. Zunehmend mehr gilt: Im Kontext wissensintensiver Ökonomie muss man sich verstärkt ganz individuell der Ressourcen vergewissern, die zu auffallenden und damit dann auch honorierten Vorsprüngen bei Ideen, Leistungen und Produkten beitragen, zu deren Realisierung, Absatz und damit zu Einkommen. Dazu gehören zum einen Menschen, und zwar tendenziell mit einer überdurchschnittlichen komplexen Qualifikation, sozialen Kompetenz und künstlerischen Sensibilität. Was aber ist dann mit den anderen Menschen einer Stadt? Zum anderen ist das Agieren in urbanen Räumen als einer Kulisse für Anregungen durch Andere / Fremde und als einer Arena der je eigenen Vergewisserung als Akteur offenbar essentiell. Die Aneignung entsprechender Räume durch neue Handlungsmuster des Wirtschaftens und Lebens kann also eigentlich nicht überraschen – und ist in vielen Städten auch nicht zu übersehen. Was aber ist mit den anderen Räumen einer Stadt? Die besonders attraktiv erscheinenden innerstädtischen Quartiere erfahren eine Aufwertung, und auch das Ausweichen ansässiger Nutzer in andere Stadtteile nimmt rapide zu. Der Zusammenhang von Gentrifikation und Segregation ist systembedingt nichts Ungewohntes. Nun aber kommt es zunehmend zu einer Penetration von Erwartungen an das jeweilige Alltags-Umfeld in einer Homogenität, die am gelobten Ort größter Offenheit für Neues ausgerechnet suburban anmutende geschlossene Milieus wachsen lässt. Insgesamt fällt auf: So freundlich die neuen stadtaffinen Aktivitäten des Arbeitens, Wohnens und Konsumierens wissensintensiver Ökonomie und Kreativwirtschaft auch erscheinen mögen – ein sehr selektives bzw. auch aggressives Agieren, das im Ergebnis auch stark polarisiert, gehört offenbar zu der allmählich sich verändernden Natur des Städtischen dazu. Diese Art von Urbanisierung als einer neuerlichen räumlichen Konzentration wirkt mit ihren identitätsbildenden Formen in einer Weise fragmentierend, die nicht unbedingt kompatibel ist mit unseren normativen wie auch praktischen Stadt-Erfahrungen.

Urbanisierung zeitgemäß fokussieren

Die neuen ‚Spielregeln‘ der Urbanisierung stellen sich – was treibende Kräfte ebenso anbelangt wie konkrete Ausprägungen – zu den überkommenen stark unterschiedlich dar; sie betreffen – über die räumliche hinaus – alle strukturellen Dimensionen

konkreter Verdichtung und sind inzwischen als so bestimmend einzuschätzen, wie es die des Fordismus ihrerseits waren. Der Umbruch im Urbanisierungsprozess, wie wir ihn erleben, hat durchaus Merkmale epochaler Veränderung.

Es ist an der Zeit, Urbanisierung in ihrer veränderten Entwicklungs-Logik zu thematisieren und genauer zu fokussieren. Und zwar zunächst deutlicher prozessbedingt, nämlich auf die sozio-ökonomischen Interdependenzen von Verdichtung und den entsprechenden Umgang damit und insofern historisch-spezifisch. Sodann fokussiert auf Städte des europäisch/atlantischen Typs und ihre spezifischen Entwicklungskräfte und Ausprägungen: Neben MegaCities, die damit als eigenes Sujet nicht ausgeblendet werden, ist das als ein spezifischer Ansatz dem differenten Charakter des aktuellen Urbanisierungs-Prozesses jedoch angemessener. Und schließlich als eine Phase nicht ‚im 20.‘ Jahrhundert, sondern bereits im Übergang in das 21. Jahrhundert. Das ist insofern zutreffender, als die veränderten Ausprägungen sich schrittweise noch durchsetzen und eine Überwindung bzw. Überlagerung fordistischer Strukturen erst allmählich bestimmend wird: Urbanisierungsforschung also aus der Gegenwart heraus, als Durchgangspunkt zwischen Vergangenheit und Zukunft, ist ein Gebot der Stunde.

Weiterführende Literatur:

Klaus Brake und Günter Herfert (Hrsg.), Reurbanisierung – Materialität und Diskurs in Deutschland, Wiesbaden 2012
Doug Saunders, Arrival City, München 2011
Anne Vogelpohl, Urbanes Alltagsleben, Wiesbaden 2012

**Prof. em. Dr. Klaus Brake, Center for Metropolitan Studies der TU Berlin,
klaus.brake@berlin.de**

**Klaus Brake / Günter Herfert (Hrsg.), Reurbanisierung.
Materialität und Diskurs in Deutschland, Springer VS
Wiesbaden 2012, 422 Seiten. ISBN 978-3-531-17462-4.**

In der planungsbezogenen Stadtforschung stellt „Urbanisierung“ – im räumlichen Bezug auf Europa – eine weitgehend abgeschlossene historische Phase des Stadtwachstums dar. Aktuelle Stadtentwicklungen werden dagegen bevorzugt mit verschiedenen Präfixen versehen: *Suburbanisierung*, *Desurbanisierung*, *Reurbanisierung* lauten dabei die wichtigsten Begriffe. Diese Begriffe wurde stark durch die 1982 veröffentlichte Studie „Urban Europe: a study of growth and decline“ der Rotterdamer Gruppe um van den Berg geprägt¹, deren Modell breit rezipiert und in vielen Lehrbüchern abgedruckt wurde. Danach besteht eine zeitliche Abfolge von Entwicklungsphasen: Urbanisierung – Suburbanisierung – Desurbanisierung – Reurbanisierung. Dieses Modell ist ein rein demografisches Wachstums-/Schrumpfungsmodell (ohne andere Faktoren wie Ökonomie und Politik zu berücksichtigen) und bezieht sich auf die räumlichen Ebenen der Kernstadt, des Umlandes und der Stadtregion.

Die Diskussionen der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung sind in den letzten beiden Jahrzehnten in Deutschland durch einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel von der Sub- zur Reurbanisierung gekennzeichnet. In den 1990er Jahren lag der Schwerpunkt der Diskussion eindeutig auf Prozessen der Suburbanisierung. Damals wurden die „Auflösung der Stadt in der Region“ und die „Zersiedlung“ des Stadtumlandes thematisiert. Populäre Buchtitel in dieser Zeit waren: „Das Verschwinden der Städte“, „Zwischenstadt“, „Die Region ist die Stadt“, „Suburbia – Postsuburbia – Zwischenstadt“. Der von Klaus Brake, Jens Dangschat und Günter Herfert 2001 herausgegebene Sammelband „Suburbanisierung in Deutschland“ lieferte zu diesem Diskurs damals fundierte theoretische und empirische Analysen.² Seit etwa der Jahrtausendwende lässt sich eine Wende der Diskussion von der Sub- zur Reurbanisierung feststellen. Seitdem dominieren Titel wie „Das Ende des suburbanen Zeitalters?“, die „Renaissance der großen Städte“ oder „Die Rückkehr der

¹ Leo van den Berg, *Urban Europe: a study of growth and decline*, Oxford, New York u.a. 1982.

² Klaus Brake, Jens S. Dangschat und Günter Herfert (Hrsg.), *Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen*, Opladen 2001.

Städte?“. Dieses Jahr haben die Herausgeber Klaus Brake und Günter Herfert nun einen neuen Sammelband zur Reurbanisierung vorgelegt. Der Untertitel „Materialität und Diskurs in Deutschland“ verrät bereits das Spannungsfeld des Themas. Ist die vielfach behauptete „Renaissance der Städte“ eine empirisch nachweisbare Realität oder eher ein normativer Diskurs der Stadtforschung, Medien und Stadtentwicklungspolitik?

Die Beantwortung dieser Frage hängt stark von der jeweiligen Definition von „Reurbanisierung“ ab. Hier zeigt sich in der bisherigen Forschungsdebatte eine erstaunliche Unschärfe. Auf welchen historischen Zustand der Städte sich das „Re“ der Urbanisierung bezieht, bleibt oft unklar. Reurbanisierung wird in der Literatur bisher sehr unterschiedlich definiert: entweder als rein quantitativer Prozess eines erneuten Bevölkerungswachstums der Städte nach einer Phase der Schrumpfung oder als qualitativer Prozess der selektiven Zuwanderung von Bildungswanderern. Auch der Raumbezug bleibt unklar. Die einen beziehen Reurbanisierung räumlich ausschließlich auf die Innenstadt, die anderen auf die Gesamtstadt als Teil der Stadtregion. Auch die Frage, ob es sich um einen längerfristigen Trend oder ein kurzfristiges Mode-Phänomen handelt, bleibt umstritten.

In dieser verwirrenden Vielfalt verspricht der neue Sammelband einige theoretische und empirische Klärungen zu bringen. Die vorangestellte Arbeitsdefinition der Herausgeber bleibt dabei recht offen: „Mit Reurbanisierung soll ein Entwicklungsprozess gemeint sein, der mit dauerhafter Wirkung zu einer neuerlichen Bedeutungszunahme von Städten durch eine belebende Nutzung ihrer zentralen Gebiete beiträgt.“ (S. 14/15) Im ersten Abschnitt des Buches wird der Leitbegriff der Reurbanisierung kompetent diskutiert und die dazugehörigen Diskurse werden analysiert. Insbesondere der Beitrag von Klaus Brake und Rafael Urbanczyk „Reurbanisierung – Strukturierung einer begrifflichen Vielfalt“ stellt alle wichtigen Facetten der Begriffsgeschichte dar.

Im zweiten Abschnitt des Buches wird nach den treibenden Kräften der Reurbanisierung gefragt. Dabei liefert der Beitrag von Günter Herfert und Frank Osterhage „Wohnen in der Stadt: gibt es eine Trendwende zur Reurbanisierung?“ eine wichtige Grundlage zum Thema des reurbanen Wohnens in Deutschland. In ihrem quantitativen Ansatz unterscheiden die Autoren verschiedene demografische Zentralisierungstypen zwischen Kernstadt und Umland und untersuchen diese in 78 deutschen Stadtregionen. „Reurbanisierung“ bezieht sich hier auf eine relative oder absolute Bevölkerungszunahme der Kernstadt im Vergleich zum Umland im Zeitraum 1993 bis 2008. Die Ergebnisse werden in farbigen Karten dargestellt, die auch für die Raumordnung und Regionalforschung eine hohe Relevanz aufweisen. Die Autoren stellen eine regionale Polarisierung zwischen demografisch wachsenden und

schrumpfenden Städten und Regionen im Bundesgebiet fest, wobei die Schrumpfdynamik zunehmend auch westdeutsche Städte und Regionen erfasst. Darüber hinaus weisen sie nach, dass im Zeitraum 2000 bis 2008 in mehr als drei Viertel der untersuchten Stadtregionen die Bevölkerungsentwicklung in den Kernstädten positiver als im Umland verlaufen ist. Reurbanisierungsprozesse finden sich sowohl in Wachstumsregionen als auch in Schrumpfsregionen. Wichtig erscheint der Befund, dass in Schrumpfsregionen wachsende Städte die Ausnahme bilden. Dies relativiert die Bedeutung regionaler Zentren als „Wachstumspole“ und „Ankerstädte“. Im Ergebnis kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die Reurbanisierung tatsächlich eine neue Trendwende der stadtregionalen Entwicklung darstellt, wenn auch die Prozesse teilweise quantitativ noch schwach ausgeprägt seien. Als Träger der Reurbanisierung werden vor allem die jüngeren Altersgruppen der 18- bis 30-Jährigen identifiziert, die als Auszubildende, Studierende und Jobsuchende in die Städte ziehen. Der Zuzug der Generation 50+ und die Rückwanderung von Familien aus Suburbia in die Kernstädte sind dagegen bisher noch nicht als Trends empirisch nachweisbar.

Eine wichtige Ergänzung zu diesen rein demografischen Studien liefern einzelne Beiträge zur Stadt- und Regionalökonomie. Denn die Beschäftigungsbasis von Städten und Regionen beeinflusst maßgeblich die überregionalen Zu- und Abwanderungen und bestimmt damit die demografische Tragfähigkeit und Attraktivität der Städte. So zeigt der Beitrag von Martin Gornig und Marco Mundelius „Reurbanisierung und wissensbasierte Ökonomie“, dass sich die wissensintensiven Dienstleistungen der Kreativ- und Kulturwirtschaft räumlich stark in den Großstädten konzentrieren. Auch der Beitrag von Hans Joachim Kujath „Reurbanisierung des Wissens – zur Herausbildung von Metropolregionen unter dem Einfluss der Wissensökonomie“ argumentiert in diese Richtung. Der Strukturwandel zur Wissensökonomie bildet damit eine wichtige Basis für Reurbanisierungsprozesse in der Arbeits- und Berufswelt. Die Urbanisierungsvorteile großer Städte und Metropolen gewinnen offenbar in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts gegenüber der Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts wieder stärker an Bedeutung.

Im dritten Abschnitt des Buches werden die ökonomischen, sozialen und politischen Auswirkungen der Reurbanisierung behandelt. Dabei werden nicht nur positiv besetzte Sichtweisen auf Reurbanisierung vertreten. Uwe Altrock stellt in seinem Beitrag „Reurbanisierung und Stadtentwicklungspolitik – städtebauliche Programme und Instrumente“ die Frage nach den Reurbanisierungskräften in schrumpfenden Städten und inwieweit sie durch Stadtumbau wirksam gesteuert werden können. Der stadtsoziologische Beitrag von Andrej Holm „Paradoxien und Begleiterscheinungen der Reurbanisierung“ geht kritisch der Frage nach, inwieweit Reurba-

nisierung zur Verdrängung ärmerer Bevölkerungsgruppen aus den Stadtkernen führt. In dieser Sichtweise ist Reurbanisierung aufgrund der sozialen Exklusivität eine Form der „innerstädtischen Suburbanisierung“.

Im vierten Abschnitt werden einzelne Fallbeispiele der Reurbanisierung dargestellt. Dabei werden die deutschen Großstädte Berlin (Klaus Brake), Dortmund (Frank Osterhage und Stefan Thabe), Hamburg (Marcus Menzl), Leipzig (Stefan Heinig und Günter Herfert) und München (Detlev Sträter) behandelt. Darüber hinaus widmet sich nur ein Beitrag der internationalen Perspektive am Beispiel von drei Metropolen. Der Beitrag „Standortfaktor Innenstadt – Ambivalenzen der Reurbanisierung in Barcelona, London und Chicago“ von Laura Calbet i Elias, Cordelia Polinna und Barbara Schönig zeigt, dass eine Gemeinsamkeit der Reurbanisierungsprozesse in diesen Metropolen in der Herrichtung der Innenstädte für die urbanen Bedürfnisse der Mittelschichten sowie der Finanz-, Kreativ- und Tourismusdienstleistungen besteht. Auch hier wird auf sozialräumliche Verdrängungsprozesse verwiesen.

Der Sammelband stellt insgesamt durchaus ein neues Standardwerk in der aktuellen Debatte zur Reurbanisierung in Deutschland dar. Die Vielzahl von kompetenten Autoren und die Spannweite von theoretischen und empirischen Beiträgen machen den Band zu einer Pflichtlektüre für alle, die sich mit dem Thema beschäftigen. Das Resümee der Herausgeber kann allerdings die verschiedenen Sichtweisen auf Reurbanisierung nicht aufheben. Unterschiedliche quantitative und qualitative Verständnisse, demografische und ökonomische Interpretationen sowie verschiedene Raumbezüge auf Innenstädte, Städte und Stadtregionen werfen neue Fragen auf. Dem Leser bleibt es überlassen, die positiven und negativen Seiten von Reurbanisierungsprozessen selber zu bewerten. Auffällig ist auch, dass Stadtpolitiken mit dem Ziel der Förderung der Reurbanisierung nur wenig behandelt werden. Wenn die Aussage der Herausgeber im Resümee zutrifft, dass Reurbanisierung als In-Wertsetzung innerstädtischer Gebiete „kein Selbstläufer ist“ (S. 415), dann bleibt es eine wichtige Aufgabe der Stadtforschung, den bisher unterbelichteten Einfluss der Stadtentwicklungspolitik auf Reurbanisierungsprozesse genauer zu untersuchen.

**Dr. Manfred Kühn, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und
Strukturplanung (IRS), kuehnM@irs-net.de**

Auf dem Weg zu einer neuen sozialen Frage? Ghettoisierung und Segregation als Teil einer Krisensemantik der 1970er Jahre

In der Nomenklatur des urbanen Raums gehört „das Ghetto“ heutzutage zu den Toponymen schlechter Orte. Ähnlich wie Slum, Elendsviertel und sozialer Brennpunkt, wie *favela* oder *quartier sensible* weist auch das Ghetto eine urbane Problemzone aus. Die derart bezeichneten Orte stehen auf die eine oder andere Weise für unzureichende Wohnbedingungen und Infrastrukturen. Sie stehen für Kriminalität, Armut und ethnische oder soziale Gruppen, die in der gesellschaftlichen Hierarchie unten angesiedelt sind oder mit Konflikten assoziiert werden. Welches Problem damit genau beschrieben wird, variiert indes. Umso interessanter ist die Frage, wann Bezeichnungen für urbane Problemzonen jeweils vermehrt zirkulierten, von wem sie verwendet wurden und was sie implizierten. Das gilt besonders für den Ghetto-Begriff. Denn zum einen verschob sich dessen Bedeutung im Laufe des 20. Jahrhunderts, indem das Ghetto von einem primär jüdischen Ort zum Inbegriff unterschiedlich motivierter *race*- und *class*-basierter Segregationsprozesse wurde. Zum anderen hat die Designation urbaner Räume als Ghetto Aufforderungscharakter; sie signalisiert politischen Handlungsbedarf. Außerdem geht die Verwendung des Begriffs über einen einzelnen Sprachraum hinaus.¹ Damit rücken zwei Fragen in den Blick: die Frage, welche sozialen Entwicklungen über den Bezug auf Ghetto und Ghettoisierung jeweils als problematisch identifiziert wurden, und die Frage, was es heißt, wenn der semantische Haushalt, mittels dessen sich eine Gesellschaft beschreibt, in einem transnationalen Kontext entsteht.²

Städte würden, überall und seit langem, in distinkte Bereiche unterteilt, erklärte der französische Soziologe Christian Topalov 2002 in seinem Band „Les divisions de

¹ Vgl. dazu Carl H. Nightingale, A Tale of Three Global Ghettos: How Arnold Hirsch Helps Us to Internationalize U.S. Urban History, in: *Journal of Urban History* 29, 2003, S. 257-271. Zum Ghetto-Begriff in britischen Zuwanderungsdebatten vgl. Imke Sturm-Martin, Vom ‚Ghetto‘ zur Parallelgesellschaft. Konjunkturen der Wahrnehmung ethnisierter urbaner Räume in Großbritannien seit dem Zweiten Weltkrieg, in: *IMS H.2/2007*, S. 66-82, v.a. S. 75ff.

² Der vorliegende Text geht aus einem Postdoc-Projekt hervor, das sich aus historischer Perspektive mit Verurteilten Vierteln und Topographien der Ungleichheit in Westdeutschland und Frankreich zwischen 1950 und 1990 befasst.

la ville“, doch unterteilten und benannten diejenigen, die dort wohnten, sie verwalteten oder sie studierten, die Städte selten in gleicher Weise.³ Auch bezeichneten die einen wie die anderen nicht einfach das Vorhandene, sondern die von ihnen benutzten Begriffe trugen selbst zur weiteren Differenzierung und Qualifikation des Raums bei.⁴ Doch mittels welcher Begriffe und Bilder sozialräumliche Konstellationen fassbar gemacht und auf welche Weise diese Beschreibungen handlungsrelevant wurden – diesen Fragen ist für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in der deutschen Geschichtswissenschaft kaum nachgegangen worden.⁵ Dabei eröffnen sie einen produktiven Zugang zu den Veränderungen in der Wahrnehmung sozialer und ethnischer Differenz, zumal mit Blick auf jene Formation, die Soziologen rückblickend als Übergang zur postfordistischen Stadt und Ausgangspunkt verstärkter Marginalisierungsprozesse beschreiben.⁶ Denn oft sind es räumliche Bezüge, die die Beschreibung der Gesellschaft strukturieren: auf eine abstrakte Art, indem Gesellschaft als Hierarchie von Klassen oder einander überlappende Milieus räumlich imaginiert wird, oder auf eine konkrete Art, indem bestimmten sozialen Gruppen bestimmte Orte und Lebenskontexte zugeordnet werden.

„Es gibt sie wieder, jene separaten Siedlungsgebiete für Minderheiten mit anderer Sprache, aus anderen Zivilisations- und Sozialgefügen, die in aller Welt Getto heißen,“ vermeldete das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* am 30. Juli 1973 in einer Titelstory unter der Überschrift „Die Türken kommen – rette sich, wer kann“. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt könnten die Invasion vom Bosphorus kaum noch bewältigen, hieß es dort. „Es entstehen Gettos, und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem“.⁷ Dass,

³ Christian Topalov, Introduction. Les divisions de la ville: une approche par les mots, in: Ders. (Hrsg.), *Les divisions de la ville*, Paris 2002, S. 1-5, hier S. 1.

⁴ Siehe dazu auch Martina Löw, *Die Stadt: Eine Verdichtung funktionaler Differenzierung, eine räumlich differenzierte Einheit oder ein geschlechtlich differenzierter Raum*, in: Dies. (Hrsg.), *Differenzierungen des Städtischen*, Opladen 2002, S. 9-26.

⁵ Vgl. die Bemerkung von Axel Schildt, dass die Erforschung sozialräumlicher Konstellationen in der Geschichte der Bundesrepublik ein Forschungsdesiderat darstelle, Axel Schildt, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*, München 2007. Zum, ungeachtet des viel zitierten *spatial turn*, Mangel an historischen Raum-Untersuchungen siehe auch Christof Dipper und Lutz Raphael, ‚Raum‘ in der Europäischen Geschichte, in: *Journal of Modern History* 9 (2011), S. 27-41. Für die Soziologie gilt dies weniger. Vgl. etwa die Beiträge in Löw, *Differenzierungen*; Fabian Kessl u.a. (Hrsg.), *Handbuch Sozialraum*, Wiesbaden 2005; Joachim Fischer und Heike Delitz (Hrsg.), *Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie*, Bielefeld 2009.

⁶ Siehe vor allem die Beiträge in: Hartmut Häußermann, Martin Kronauer und Walter Siebel (Hrsg.), *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt am Main 2004*, sowie die ausgezeichnete Analyse stigmatisierter urbaner Quartiere in Frankreich und den USA von Loïc Wacquant, *Urban Outcasts. A Comparative Sociology of Advanced Marginality*, Cambridge 2008.

⁷ „Ghettos in Deutschland. Eine Million Türken“, in: *Der Spiegel* 31 (1973), S. 24-34, hier: S. 24, 26.

wie hier im Spiegel, in den frühen 1970er Jahren vor der Herausbildung von Ghettos in westdeutschen Städten gewarnt wurde, war nicht ungewöhnlich. Vielmehr befasste sich seit den späten 1960er Jahren eine wachsende Zahl von Presseberichten, wissenschaftlichen Studien und politischen Diskussionen mit der Angst vor Segregation und Ghettoisierung sowie einer Krise des Urbanen, die ihrerseits als Krise des Sozialen – als eine Zunahme sozialer Konfliktpotentiale – gedeutet wurde. Interessant ist daran nicht der krisenhafte Blick an sich, sondern dass die neuen Worte der Stadt, die seit Beginn der 1970er Jahre vermehrt zirkulierten, auf eine Verschiebung in der Wahrnehmung der westdeutschen Gesellschaft insgesamt hindeuten. Diese Verschiebung steht im Folgenden im Mittelpunkt.

Dass die Sozialwissenschaften für die Designation sozialer Probleme im 20. Jahrhundert eine zentrale Rolle spielten, hat die jüngere historische Forschung gezeigt.⁸ Allerdings bestimmte in demokratisch strukturierten Gesellschaften vor allem das Zusammenspiel von Politik und Wissenschaft, Medien und Gesellschaft und damit die Zirkulation von Wissen zwischen diesen Feldern die Konstruktion sozialer Probleme. Dementsprechend wird im Folgenden die Produktion urbaner Topographien in den 1960er und 1970er Jahren als Wechselspiel von sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion, medialer Berichterstattung und politischen Entscheidungen untersucht. Die Analyse geht dabei von einem einzelnen Begriff und dessen Verwendung durch unterschiedliche Akteure aus: dem des Ghettos bzw. der Ghettoisierung.

Im deutschsprachigen Kontext galt das Ghetto noch in den 1950er Jahren als jüdischer Ort. Dementsprechend ähneln sich im Großen Brockhaus aus den späten 1920er und 1950er Jahren die Einträge unter dem Stichwort „Ghetto“/„Getto“: In der 15. Auflage von 1930 wurde noch, ausgehend vom „ghetto nuovo“ Venedigs im 16. Jahrhundert, auf das Ghetto als einen besonderen Stadtteil verwiesen, in dem „die jüd. Bevölkerung bis zur bürgerl. Gleichstellung in verschiedenen Städten Italiens [...], Deutschlands [...] und anderen europ. und orient. Ländern von der christlichen getrennt wohnen musste“.⁹ Auch der Eintrag in der 16. Auflage von 1954 führte das Ghetto zunächst als seit dem 16. Jahrhundert gebräuchliche Bezeichnung „abgeschlossener Judenquartiere“ an, um dann in einem zweiten Absatz auf die Errichtung von Ghettos im Zuge der nationalsozialistischen Verfolgungs-

⁸ In Deutschland orientiert sich die Analyse von Verwissenschaftlichungsprozessen maßgeblich an den Beiträgen von Lutz Raphael. Vgl. Ders., Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 165-193. Zum aktuellen Diskussionstand vgl. zudem Wolfgang Kaschuba (Hrsg.), *Wissensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 34 (2008); Philipp Sarasin, Was ist Wissensgeschichte?, in: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur* 36 (2011), S. 159-172.

⁹ „Getto, Ghetto“, in: *Der Große Brockhaus*, 15., völlig neu bearb. Aufl., 7. Bd., Leipzig 1930, S. 300-301.

maßnahmen einzugehen, und auf die in diesem Zusammenhang fließende Grenze zu Konzentrationslagern hinzuweisen.¹⁰ Doch ist es charakteristisch für die schrittweise Verschiebung im Gebrauch des Begriffs in den 1960er Jahren, dass die Definition, die der Große Brockhaus in seiner nächsten Ausgabe 1969 gab, sich nicht allein auf das Ghetto als einen jüdischen Raum beschränkte. Zwar wurden auch dort zunächst „behördlich erzwungene und räumliche beschränkte jüd. Wohnviertel“ angeführt, die von außen abgeriegelt würden und mit nächtlichem Ausgehverbot belegt seien. Aber weiter hieß es: „In übertragenem Sinne heißt G. jeder Bezirk einer Stadt, in dem eine rassische oder religiöse Minderheit lebt, z.B. das Negerviertel Harlem in New York“.¹¹

Um im Folgenden die Etablierung dieses Begriffs als Teil einer neuen Krisensemantik der 1970er Jahren nachzeichnen zu können, widmet sich die Analyse zunächst allgemein dem krisenhaften Blick auf urbane Entwicklungen am Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren. Anhand der Auseinandersetzung mit innerstädtischen Sanierungsgebieten einerseits und der Sorge um das soziale Absinken von Großsiedlungen am Stadtrand andererseits wird dann in den folgenden beiden Abschnitten die Rede von Ghettoisierung und Segregation in verschiedenen urbanen Kontexten untersucht, um abschließend auf die Frage zurückzukommen, wie sich die Verschiebungen in der Wahrnehmung der sozialen Ordnung, die sich in der Nomenklatur der Stadt abzeichneten, in die bisherige Forschung zur Krise der Industriegesellschaft in den 1970er Jahren einordnen lassen.

1. Stadt in der Krise: Sozialräumliche Krisenszenarien an der Wende zu den 1970er Jahren

Die bundesrepublikanische Gesellschaft der 1950er und 1960er Jahre wurde gern als eine Gesellschaft präsentiert, die sozialen Aufstieg versprach; eine Beschreibung, die angesichts der von weiten Teilen der Bevölkerung erfahrenen Hebung des eigenen Lebensstandards große Plausibilität besaß.¹² Armut und ausgeprägte soziale Benachteiligung galten dagegen als marginale Phänomene, die der Staat bald in den Griff bekommen würde. Die Sozialwissenschaften trugen zu dieser Zeitdiagnose

¹⁰ „Ghetto, Getto“, in: Der Große Brockhaus, 16., völlig neu bearb. Aufl., 4. Bd., Wiesbaden 1954, S. 3630-3631.

¹¹ „Ghetto, Getto“, in: Der Große Brockhaus, 17., völlig neu bearb. Aufl., 7. Bd., Wiesbaden 1969, S. 308-309.

¹² Zum Selbstbild der klassenlosen Gesellschaft und der dominierenden Denkfigur eines Strebens zur Mitte vgl. Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 318-351.

bei.¹³ Aus sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Enzyklopädien verschwand der Begriff der „Armut“ vollständig, gleiches galt für „soziale Ungleichheit“. Studien, die sich mit Ungleichheit befassten, waren bis weit in die 1960er Jahre rar.¹⁴ Zudem wurden Klassen, Schichten oder Milieus in den 1950er Jahren selten systematisch lokalisiert. Jene (wenigen) Analysen wiederum, die sich mit einzelnen Berufsgruppen oder Schichten im städtischen Raum befassten, gingen davon aus, dass Klassen Spannungen in der westdeutschen Gesellschaft an Bedeutung verloren und sich die Annäherung von Arbeiterschaft und Mittelstand in einer sozialen Durchmischung städtischer Wohnquartiere zeigte.¹⁵ Zwar wurde zugestanden, dass es weiterhin Stadtteile gebe, die für bestimmte Berufsschichten typisch seien¹⁶, doch dominierte der Fokus auf Annäherungsprozessen. Diese Beschreibung des Sozialen lässt sich schwer von normativen Ordnungsvorstellungen trennen; etwa, wenn in der Stadtplanung die Anlage von Großsiedlungen explizit auf eine soziale Durchmischung der Bewohnerschaft abzielte, die wiederum besonders der Arbeiterschaft zu Gute kommen sollte.¹⁷

Eng verknüpft mit dem gängigen Bild eines sozial ausgewogenen, vom Mittelstand geprägten und von sozialer Annäherung gekennzeichneten urbanen Raums waren sozialtechnologische Vorstellungen, die von der Einebnung von Klassenunterschieden nicht nur ausgingen, sondern sie auch planend herbeizuführen suchten.¹⁸ Insgesamt dominierte die Erwartung, dass die deutsche Gesellschaft eine auch räumlich nivellierte Mittelstandsgesellschaft darstellte.¹⁹ Dementsprechend warf der Soziologe Hans Oswald 1966 in seinem Überblick über die westdeutsche Gemeindeforschung nach 1950 zwar die Frage auf, ob es in deutschen Städten Stadtviertel gäbe, die von homogenen Gruppen bewohnt würden – und damit „so etwas wie

¹³ Zum Ausbleiben der Thematisierung von Armut in Westdeutschland bis in die 1980er Jahre vgl. Lutz Leisering, Zwischen Verdrängung und Dramatisierung. Zur Wissenssoziologie der Armut in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, in: Soziale Welt 44 (1993), S. 486-511.

¹⁴ Weder das Handbuch der Wirtschaftswissenschaft noch das Handwörterbuch der Sozialwissenschaften oder das Gabler Wirtschaftslexikon hatten in ihren Auflagen aus den 1950er und 1960er Jahren „Armut“ oder „soziale Ungleichheit“ aufgenommen.

¹⁵ U.a. Elisabeth Pfeil, Die Familie im Gefüge der Großstadt. Zur Sozialtopographie der Stadt, Hamburg 1965, etwa S. 30.

¹⁶ Siehe etwa die Folgerungen bei Peter Braun, Die sozialräumliche Gliederung Hamburgs, Hamburg 1968.

¹⁷ Zur Planungsgeschichte der Trabantenviertel siehe v.a. Ilse Irion und Thomas Sieverts, Neue Städte. Experimentierfelder der Moderne, Stuttgart 1991.

¹⁸ Vgl. zu den Kontinuitäten dieses sozialtechnologischen Denkens seit den 1920er Jahren und der NS-Zeit David Kuchenbuch, Geordnete Gemeinschaft. Architekten als Sozialingenieure – Deutschland und Schweden im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2010.

¹⁹ Der Begriff geht auf Helmut Schelsky zurück. Siehe vor allem Helmut Schelsky, Wandlungen der Deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, 2. Auflage, Stuttgart 1954.

die Chinesen- und Negerviertel in den USA oder reine Arbeiter- und Oberschichtenquartiere“. Doch kam er zu dem Schluss, dass, obschon in einzelnen Stadtteilen bestimmte Berufsgruppen überrepräsentiert seien, die Ergebnisse der soziologischen Forschung es nicht erlaubten, von „Segregation“ zu sprechen. Schließlich lebten in den betreffenden Stadtteilen weiterhin unterschiedliche Bevölkerungsgruppen.²⁰

Indes wuchs seit dem Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren die Zahl wissenschaftlicher Studien, die vor sozialen Entmischungsprozessen warnten. In der Soziologie, ebenso wie in Politik und Medien machte die optimistische Erwartung an soziale Annäherung einem Krisennarrativ Platz. Überhaupt entwickelte sich die „Krise der Städte“ in der Bundesrepublik zu einem gängigen Diktum.²¹ Interessant ist dabei nicht so sehr, ob die zeitgenössischen Krisenbeschreibungen angemessen waren, sondern eher, auf was für Bildern einer „normalen“ und „abweichenden Ordnung“ sie basierten und welcher Zustand darüber herbeigeführt oder abgewendet werden sollte. Auffallend ist jedenfalls, dass in soziologischen Analysen ebenso wie in politischen Debatten zur Krise der Städte gerade US-amerikanische Verhältnisse als Bezugspunkt dienten.²² Mit der Warnung vor amerikanischen Zuständen verband sich ein sozialräumliches Szenario. Die Kritiker evozierten als mögliche Zukunft sozial und ethnisch segregierte Städte, die in arme Innenstädte und reiche Vorstädte zerfielen.

Als der Deutsche Städtetag seine Hauptversammlung 1971 unter dem Motto „Rettet unsere Städte jetzt!“ abhielt²³, machten die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen auf gleich vier Krisenherde aufmerksam: auf die wachsende Umweltbelastung der Städte, die steigenden Einwohnerzahlen, den Mangel an kommunalen Einrichtungen sowie die öffentliche Armut der Kommunen. Insbesondere die Unterversorgung bestimmter Stadtteile mit Schulen sowie eine Bevölkerungsbewegung, die wohlhabende Familien in die Speckgürtel trieb und einkommensschwache in den sanierungsbedürftigen Innenstädten zurückließ, identifizierten die Kommunalpolitiker als dringliche soziale Probleme, die aus der Misere der Städte resul-

²⁰ Hans Oswald, Ergebnisse der deutschen Gemeindeforschung nach 1950, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 5 (1966), S. 93-111, hier: S. 96.

²¹ Zur gängigen „Formel von der ‚Krise der Stadt‘“ siehe: Editorial, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaften 6 (1978), S. 471.

²² Die folgende Analyse konzentriert sich auf die amerikanische Entwicklung als diskursive Vergleichsfolie der westdeutschen Entwicklung. Für einen stärker sozialhistorischen Blick auf die US-amerikanische in Abgrenzung von der deutschen Stadt vgl. unter anderem die Beiträge von Friedrich Lenger und Paul Nolte in: Friedrich Lenger und Klaus Tenfelde (Hrsg.), Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung, Entwicklung, Erosion, Köln 2006.

²³ Rettet unsere Städte jetzt! Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 16. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 25. bis 27. Mai 1971 in München, Köln 1971; sowie die Beiträge in: Der Städtetag 24 (1971).

tierten. Hans-Jochen Vogel, damals Oberbürgermeister von München, warnte in seinem Festvortrag gar vor einer weltweiten Wanderbewegung, die aus den Stadtzentren heraus führte: „Dabei scheint eine Gesetzmäßigkeit wirksam zu werden, derzufolge die sozial stärkeren Gruppen an die Ränder wandern, während sozial Schwächere allmählich von draußen in die Zentren nachrücken“.²⁴

Als Bezugspunkt derartiger Warnungen diente ihm wie anderen „die amerikanische Stadt“. Das klang bereits in dem Festvortrag an, den der US-amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith hielt. In den Vereinigten Staaten, erklärte Galbraith, könne man heute Entwicklungen beobachten, die sich nur wenige Jahre später auch in anderen Teilen der Welt beobachten ließen. „Wir sind“, fuhr er fort, „der Nostradamus der industriellen Gesellschaft“.²⁵ Während in den USA selbst Bürgerrechtsbewegung und Rassenunruhen die Öffentlichkeit beschäftigten, diente der dystopische Verweis auf Amerika hier einer Dramatisierung der westdeutschen Entwicklung, die ihrerseits einer Aufforderung zum politischen Handeln gleichkam. Darin schwang eine Vision sozialer Missstände mit, die zu Konflikten führten. „Ja, ich behaupte sogar“, hieß es in dem Vortrag von Hans-Jochen Vogel, „dass die Unruhen in den großen amerikanischen Städten nicht nur Rassenkonflikte, sondern auch Aufstände gegen die Lebensbedingungen in diesen Städten waren. Und wir sollten nicht zu sicher sein, dass nicht auch bei uns einzelne Gruppen eines Tages gegen die Lebensbedingungen in unseren Städten demonstrieren“. Erste Ansätze, fuhr er fort, seien „da und dort zu erkennen“.²⁶ Die Medien, die über den Städtetag berichteten, griffen das Szenario einer sich abzeichnenden gesellschaftspolitischen Misere auf.²⁷ Die soziale Frage, schloss etwa Sebastian Haffner 1972 in seinem Kommentar im Stern zu den Klagen des Städtetags über öffentliche Armut, über steigende Einwohnerzahlen einerseits und den Fortzug Wohlhabender andererseits: „Die soziale Frage stellt sich heute ganz überwiegend als kommunalpolitische Frage. Die Rettung der Städte – das ist nachgerade nichts Geringeres als die Rettung unserer Gesellschaft“.²⁸

Derartige Äußerungen verdeutlichen eine schrittweise Loslösung von der noch in den 1960er Jahren beherrschenden sozialtechnologischen Vision einer planbaren guten Ordnung. Haffners Kommentar war nicht von ungefähr überschrieben mit einem apodiktischen „Wenn man sehen will, wohin wir treiben, braucht man nur

²⁴ Hans-Jochen Vogel, Rettet unsere Städte jetzt! In: Rettet unsere Städte jetzt, S. 55-84, hier: S. 59.

²⁵ John Kenneth Galbraith, Die Zukunft der Städte im modernen Industriesystem – Konzept der organischen Stadt, in: Rettet unsere Städte jetzt, S. 11.

²⁶ Vogel, Rettet, S. 66.

²⁷ Siehe den Pressespiegel in: Der Städtetag 24, 1971, S. 395-397; sowie in: Der Städtetag 25 (1972), S. 87-88.

²⁸ Sebastian Haffner, Rettet die Städte, in: Der Stern, 23. Januar 1972, S. 116.

nach Amerika zu blicken“. Die USA wurden in Deutschland häufig herangezogen, um sich über die eigene Zukunft zu verständigen; der Vergleich mit Amerika hatte eine lange Tradition. In den Vereinigten Staaten selbst wiederum hatte in den 1960er Jahren eine intensive Auseinandersetzung mit urbaner Armut eingesetzt.²⁹ Angefangen mit Michael Harringtons aufsehenerregender Analyse *“The other America. Poverty in the United States“* von 1962 verband sich dort ein erwachendes akademisches Interesse mit einer breiten politischen Debatte, die schließlich unter Lyndon B. Johnson in einer Reihe von Programmen zur Bekämpfung von Armut mündete. Begleitet und vorangetrieben wurden die Reformdebatten in sämtlichen politischen Lagern durch Rassenunruhen, die Mitte der 1960er Jahre in verschiedenen US-amerikanischen Städten ausbrachen. Sie festigten im öffentlichen Bewusstsein die ohnehin gängige Verknüpfung von *inner city*, Armut und *race* und verankerten den Ruf des *black ghetto* als Synonym urbaner Armut; eine Entwicklung, die in der westdeutschen Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt wurde. Auch dort begann das amerikanische Ghetto für Kriminalität und ausgeprägte Ungleichheit zu stehen. Dass Sebastian Haffner als Fluchtpunkt der deutschen Entwicklung den „Stadtkern als Getto“ zeichnete, war daher kennzeichnend für eine gängige Angst, wonach sich im westdeutschen urbanen Raum möglicherweise eine Formation spannungsgeladener Ungleichheit etablierte, die der amerikanischen ähnelte. Das galt umso mehr, als mit dem wachsenden Anteil ausländischer Bewohner an der westdeutschen Wohnbevölkerung die ethnische Differenzierung urbaner Räume neue soziale Fragen aufwarf.

2. Segregation und Ghettoisierung: Soziales Wissen an der Schnittstelle von Soziologie und Politik

Mit der Charakterisierung sozialräumlicher Entwicklungen als ethnische oder soziale „Segregation“ und „Ghettoisierung“ griffen Politik und Medien in den 1970er Jahren Deutungsschemata auf, die ursprünglich den Sozialwissenschaften entstammten. Eine wachsende Zahl soziologischer Studien befasste sich in den 1970er Jahren mit Prozessen der sozialen Entmischung und Abschließung.³⁰ Bemerkenswert

²⁹ Zu der Entwicklung dieser Debatten vgl. Michael B. Katz, *The Undeserving Poor. From the War on Poverty to the War on Welfare*, 1. Auflage New York 1989, vor allem S. 16-60.

³⁰ Siehe u.a. Ulfert Herlyn (Hrsg.), *Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung*, München 1974; Franz Hiss, Hannelore Schneider und Hans Ulrich Wegener, *Soziologische Theorie und sozialräumliche Ungleichheit*, in: *Bauwelt* 67:12 (1976), S. 378-383; Ulfert Herlyn, *Soziale Segregation*, in: Wolfgang Pehnt (Hrsg.), *Die Stadt in der Bundesrepublik*, Stuttgart 1974, S. 89-106; Ulfert Herlyn, *Soziale Sortierung in der Stadt in ihren Konsequenzen für soziale Randgruppen*, in: *Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege* 3 (1976), S. 81-94; Lasz-

ist daran, dass ihre Autorinnen und Autoren ein Bild der sozialen Ordnung entwarfen, das eben nicht um das Theorem einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft gruppiert war. Vielmehr hatte sich das Interesse von einer Integration der Arbeiterschaft hin zu Unterschichtung und Marginalisierung verschoben. Auch spielten neben sozialen nun ethnische Differenzierungen eine Rolle.

Im Rahmen der westdeutschen Anwerbepolitik war im Laufe der 1960er Jahre die Zahl der Arbeitsmigrantinnen und -migranten deutlich gewachsen. Gegenüber der 1961 verzeichneten ausländischen Wohnbevölkerung von 686 000 lebten 1971 bereits 3,4 Millionen ausländische Migranten in der Bundesrepublik.³¹ Von dem ursprünglich anvisierten Gastarbeiterprinzip, wonach Arbeitsmigranten sich lediglich temporär und ohne Familie im Land aufhalten sollten, wich der westdeutsche Migrationsalltag ab: Immer mehr Migranten zogen es vor, gemeinsam mit ihren Familien in regulären Wohnungen, meist in innerstädtischen Sanierungsgebieten, unterzukommen, statt in separaten Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen. Ihre Aufenthaltsdauer verlängerte sich, die regionale Mobilität innerhalb Deutschlands sank. Diese Lebensumstände migrantischer Familien, die den Zielsetzungen der westdeutschen Anwerbepolitik zuwider liefen, gerieten Ende der 1960er Jahre endgültig in den Fokus der Politik.³² Insbesondere in der Kommunalpolitik wandte man sich der Frage zu, was der langfristige Aufenthalt migrantischer Familien für soziale Konsequenzen hatte, was für Infrastruktur-Maßnahmen er erforderte und welche Kosten er mit sich brachte. Die Tatsache, dass die Präsenz von Migranten insbesondere in Großstädten mit hohen Zuzugsraten immer sichtbarer wurde, trug entscheidend dazu bei, dass sich das westdeutsche Migrationsregime in einer Phase der Transformation befand, die 1973 in den Anwerbestopp mündete.

In den 1970er Jahren wurde es zu einer etablierten Praxis, dass politische Akteure wissenschaftliche Studien in Auftrag gaben, um Entscheidungen nicht nur vorzubereiten, sondern um sie im Zuge einer immer engeren Verkoppelung von Politik und Medien auch öffentlich zu legitimieren. Dieser Trend, wonach Politik, mediale Berichterstattung und wissenschaftliche Wissensproduktion immer stärker aufeinander bezogen waren, machte vor der Lokalpolitik nicht Halt. Das zeigt der Rückgriff auf Expertenwissen zu Problemvierteln – sozialräumlichen Formationen, die als sozial oder ordnungspolitisch riskant identifiziert wurden. In Kommunalpolitik

Io A. Vaskovics, Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften, Frankfurt am Main und New York 1976; Hannelore Schneider, Segregation und Ghettobildung in der modernen Großstadt, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte und Stadtsoziologie und Denkmalpflege 4 (1977), S. 327-350.

³¹ Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, Bonn 2003, S.198-199, S. 226.

³² Serhat Karakayali, Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2008, S. 156-160.

und Stadtplanung stieg am Übergang zu den 1970er Jahren die Nachfrage nach Untersuchungen, die sich mit der sozialen Struktur urbaner Viertel befassen. Auffallend ist, dass viele dieser sozialräumlichen Studien sich stark an der US-amerikanischen Stadtsoziologie orientierten. Der allgemeinen Ausrichtung der westdeutschen an der amerikanischen Soziologie gemäß übernahmen die Verfasser dieser Studien von dort Methoden und Kategorien. Interessant sind die unterschiedlichen Effekte, die dieser Wissenstransfer in Wissenschaft, Politik und Medien zeitigte. Denn während in wissenschaftlichen Analysen Begriffe wie Ghettoisierung oder Segregation noch der reinen Deutung quantitativer Daten zum Anteil der über Einkommen und ethnische Zugehörigkeit definierten Bevölkerungsgruppen in einzelnen Vierteln dienen mochten, gerieten die gleichen Begriffe in Politik und Medien zu politischen Schlagworten.

Ein anschauliches Beispiel für diese Dynamik ist die Rezeption einer Studie zur Lage ausländischer Migrantinnen und Migranten, die das Münchener Stadtentwicklungsreferat 1972 veröffentlichte.³³ Wie auch andere Länderregierungen und Kommunen reagierte der Münchener Stadtrat auf den Mangel an Daten über die wachsende migrantische Bevölkerung, indem er, angeregt durch die SPD-Fraktion, 1970 eine sogenannte „Problemstudie“ in Auftrag gab, die sich mit deren Zuzug befassen sollte.³⁴ Die Autorinnen und Autoren der Münchener Untersuchung waren ausgebildete Soziologen und Stadtplaner, die sich an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft bewegten und sowohl im Stadtentwicklungsreferat als auch an der Universität tätig waren.³⁵ Sie warnten in ihrer Untersuchung eindringlich vor einem weiteren Zuzug ausländischer Familien in Münchner Altbauquartiere. Die „räumliche Absonderung (Segregation) und Konzentration“ erschwere nicht nur deren Einbindung in die deutsche Gesellschaft, hieß es, sondern sie berge „vor allem die Gefahr, dass sich diese Viertel allmählich zu Wohn-Ghettos für ausländische Arbeitskräfte und asoziale Deutsche entwickeln“.³⁶ Um diese Gefahr zu illustrieren, waren der Studie Karten beigegeben, die die Konzentration von „Ausländern“ und „Deutschen“ in unterschiedlichen Stadtteilen zeigten, wobei die dunkle Einfärbung

³³ Landeshauptstadt München. Stadtentwicklungsreferat, Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München. Problemstudie, München 1972.

³⁴ Ebd. Siehe unter anderem auch die vom Frankfurter Magistrat in Auftrag gegebene Studie von Maria Borris, *Ausländische Arbeiter in einer Großstadt. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Frankfurt*, 2. Auflage Frankfurt am Main 1974; sowie: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *So wohnen unsere ausländischen Mitbürger. Wohnverhältnisse von Familien ausländischer Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf 1971.

³⁵ Zu den Autorinnen und Autoren gehörten unter anderem Karl Ganser, der nach seiner Tätigkeit beim Stadtentwicklungsreferat Leiter des Instituts für Landeskunde in Bonn wurde, und Karolus Heil, der später als Professor für Planungstheorie an der TU Berlin tätig war.

³⁶ Landeshauptstadt München, *Kommunalpolitische Aspekte*, S. 143.

der Stadtmitte die vermehrte Ansiedlung ausländischer Mieter in der Innenstadt kenntlich machen sollte. Eine solche Kartierung, wie sie in der amerikanischen Stadtsoziologie in der Chicago School üblich war, unterstrich die Stoßrichtung der Studie, deren Verfasser zwar mit wissenschaftlichen Methoden arbeiteten, aber politische Ziele formulierten.³⁷ Sie forderten, dass die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden müssten, um den beschriebenen Wohnungsproblemen zu begegnen und den Mangel an öffentlichen Einrichtungen und kulturellen Anlaufpunkten für die ausländische Bevölkerung auszugleichen. Wie seit den 1970er Jahren in vielen Studien diente ihnen als zentraler Marker für den Status urbaner Räume als „Problemviertel“ der prozentuale Anteil ausländischer Bewohner an der Wohnbevölkerung.

Indem sie das „Absinken“ urbaner Viertel gemäß dem in der Chicago School gängigen Schema vor *invasion* und *succession* deuteten, beschrieben westdeutsche Soziologen deren Entwicklung als einen Prozess, der einem einheitlichen Schema folgte. Demnach führte der sinkende Wohnwert eines Gebietes dazu, dass es finanziell besser gestellte Familien verließen. Die frei gewordenen Wohnungen konnten nur noch an finanzschwache Mieter vermietet werden. Deren Eindringen beschleunigte den weiteren Abzug einkommensstarker Bewohner. Das Umkippen eines Viertels erschien als sich selbst verstärkender Vorgang. „Ist ein bestimmtes Wohnviertel einmal sozial eindeutig etikettiert,“ erklärte der Soziologe Ulfert Herlyn, „übt es gewissermaßen einen Sog auf Bewohner ähnlicher Soziallagen aus und wird – vermittelt durch das Image – praktisch zu einer abgeleiteten Ursache weiterer Segregationsvorgänge“.³⁸ In ähnlicher Weise warnte der Stadtsoziologe Hans-Paul Bahrdt 1968 vor der Entstehung von „Gastarbeiter-Ghettos“, wenn der Abzug „wirtschaftlich erfolgreicher Einheimischer“ aus auffälligen Vierteln durch Vorurteile gegenüber Fremden verstärkt würde.³⁹ Autorität erhielten solche Vorhersagen stets durch den Verweis auf US-amerikanische Studien.⁴⁰ Dass sich Segregationsprozesse in den USA in einer anders strukturierten Gesellschaft, im Rahmen eines anders strukturierten Mietmarktes entwickelten und sich vor allem entlang von *race*-basierten Grenzziehungen vollzogen, problematisierten die Verfasser nicht. Tatsächlich lässt sich argumentieren, dass sich die soziologische Forschung zu Segregation und Ghettoisierung für politische Vereinnahmungen besonders anbot: Zum einen, weil die

³⁷ Vgl. zu dieser Form der Wissensproduktion Rolf Lindner, *Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung*, Frankfurt am Main 2004, S. 144-145.

³⁸ Herlyn, *Soziale Segregation*, S. 99.

³⁹ Hans Paul Bahrdt, *Humaner Städtebau. Überlegungen zur Wohnungspolitik und Stadtplanung für eine nahe Zukunft*, Hamburg 1968, S. 123-125.

⁴⁰ Auch Bahrdt bezog sich mit Blick auf das Prestigefälle von Vierteln in erster Linie auf US-amerikanische Beispiele. Ebd., S. 125-127.

Beschreibungen des Absinkens von Stadtvierteln im Stile der Chicago School einem dramatischen Narrativ folgten. Zum anderen, weil darüber auf der semantischen Ebene immer wieder ein Bezug zu den USA hergestellt wurde, der implizit Verhältnisse „wie in den USA“ nahelegte.

Das galt auch für die Münchner „Problemstudie“. Deren Autoren griffen ebenfalls auf die US-amerikanische Forschung zurück, um die lokale Entwicklung einzuordnen: „Beispiele aus den Vereinigten Staaten belegen“, hieß es, „dass eingesessene Bevölkerungsgruppen ihr Wohngebiet räumen, wenn eindringende fremdartige Gruppe einen gewissen Konzentrationsgrad überschreiten“. Die Massierung von Ausländern führe zu Verfallerscheinungen und schließlich zur „zunehmenden Entwertung“ der Viertel, die „alle Züge sozialer Problemgebiete“ zeigten: „schlechte Wohnverhältnisse, (...) Diskriminierungen für normale deutsche Mieter, Stagnation der Investitionen, Verfall der Häuser, Kriminalität“.⁴¹ Allerdings waren Segregation und Ghettoisierung keineswegs die zentralen analytischen Kategorien der Münchener Studie. Zwar gehörte die räumliche Konzentration ausländischer Bewohner in Teilen der Stadt tatsächlich zu deren wichtigsten Ergebnissen, aber kaum zu ihren einzigen. Die Untersuchung widmete sich ausführlicher der Beschäftigungssituation ausländischer Arbeitnehmer oder dem Bildungsweg ihrer Kinder. Doch war es maßgeblich die Warnung vor „Ausländerghettos“, die in den Medien aufgegriffen wurde. Ob der Münchener Stadtanzeiger in einer mehrteiligen Artikelserie oder Der Spiegel in seiner eingangs zitierten Titelstory: Beide Zeitungen zitierten in ihren Berichten über die „Problemstudie“ wortwörtlich eben jene Passagen zur „räumlichen Absonderung“ von Ausländern, die oben angeführt sind.⁴² Das in der Untersuchung selbst nur an wenigen Stellen entwickelte Szenario eines stufenweisen Absinkens einzelner Viertel zu „Wohn-Ghettos“, in denen sich die „Unterschicht“ konzentrierte, wurde in der Rezeption durch die Medien zu ihrem zentralen Ergebnis.

Im Münchener Fall entsprach es dem kommunalpolitischen Interesse der Stadtverwaltung, dass auch überregionale Medien über die Ergebnisse der „Problemstudie“ berichteten.⁴³ Schon im Vorfeld hatte es im Stadtrat geheißt, dass die politische und finanzielle Verantwortung für die ausländische Bevölkerung nicht allein bei den Kommunen liegen könne.⁴⁴ 1972 erklärte der Rat dann mit Verweis auf die

⁴¹ Landeshauptstadt München, Kommunalpolitische Aspekte, S. 144.

⁴² Die Ausländer in München, in: Münchener Stadtanzeiger, 15. Juni 1972, S. 1, 4-5; Die Ausländer in München II, in: Münchener Stadtanzeiger, 11. Juli 1972, S. 11-12; „Die Türken kommen – rette sich wer kann“, in: Der Spiegel 31 (1973), hier: S. 30.

⁴³ Vgl. die Dokumentation der umfangreichen Berichterstattung in: Stadtarchiv München, Presseamt, Zeitungsausschnitte Nr. 135. Ausländer.

⁴⁴ Stadtarchiv München, Ratssitzungsprotokolle, 743/9, Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsausschuss. Planungskommission, 21. Januar 1970, S. 103.

fertige Studie, die Stadt trete für eine *bundesweite* Steuerung des Zuzugs ausländischer Arbeitnehmer ein, die der infrastrukturellen Ausstattung der betroffenen Gemeinden gerecht werde. Die „Grenze der Aufnahmefähigkeit“ sei in München „erreicht“, wenn nicht „überschritten“.⁴⁵ Ähnlich wie in der Presse war es auch in der Münchner Politik maßgeblich der Begriff des „Ausländerghettos“, über den der Zuzug ausländischer Migranten als Problem markiert wurde. Die bereits in der viel zitierten „Problemstudie“ empfohlene Maßnahme, in „überlasteten Stadtteilen“ Zuzugsbeschränkungen für Ausländer zu erlassen, begrüßte Oberbürgermeister Kronawitter 1974 dementsprechend mit den Worten: „Wer Harlem und andere Ausländerghettos gesehen hat, muss wissen, dass wir einer solchen Gettoisierung rechtzeitig einen Riegel vorschieben müssen“.⁴⁶ Die Presse griff diese Diktion auf.⁴⁷

München war nicht die einzige Stadt, die 1973/74 plante, in bestimmten Vierteln Zuzugsbeschränkungen für Ausländer zu erlassen. Der Berliner Senat erließ eine solche Sperre 1974, im Hamburger Senat wurde sie rege diskutiert. Alle drei Vorstöße wurden mit dem Hinweis gerechtfertigt, dass die konzentrierte Ansiedlung in innerstädtischen Stadtquartieren der Bildung von Ghettos Vorschub leiste.⁴⁸ Zwar war in der Bundesrepublik vereinzelt bereits früher, im Zusammenhang mit der Unterbringung von Migranten in Sammelunterkünften, von Ghettoisierung gesprochen worden⁴⁹, doch gewann der Begriff am Übergang zu den 1970er Jahren in den Medien und im politischen Diskurs an Präsenz. Mit Blick auf die Konzentration in sanierungsbedürftigen Altbauvierteln und auffälligen, aber überpreuerten Wohnungen mehrten sich die Warnungen vor ethnisch segregierten Vierteln, die als soziale Brennpunkte galten und die mit Unterschichtungsprozessen in Verbindung gebracht wurden. Der Aufenthalt von Migranten wurde auf diese Weise als lokal verdichtetes soziales Problem präsentiert, das ebenso auf Bundes- wie auf lokaler Ebene Maßnahmen erforderlich machte. Damit trugen kommunalpolitische Beden-

⁴⁵ Die Bayerische Landesregierung, wenngleich in vielem mit der Stadtregierung uneins, bekräftigte diese Forderung; die Bundesregierung nahm sie zur Kenntnis. „Keine offenen Tore für Gastarbeiter“, in: Süddeutsche Zeitung, 31. Oktober 1972.

⁴⁶ Stadtarchiv München, Ratssitzungsprotokolle, 747/1, Stadtrat, 6. März 1974, hier: S. 341.

⁴⁷ „So will der Stadtrat Ausländer-Ghettos verhindern“, Bild-Zeitung, 4. Dezember 1973; „Die Stadtviertel sollen keine Ghettos werden“, in: Süddeutsche Zeitung, 11. März 1974.

⁴⁸ „Einzelne Stadtteile für Ausländer sperren? Senator Weiß warnt vor künftigen Slums und Ghettos“, in: Hamburger Abendblatt, 6. Dezember 1973, S. 5; „Ausländer-Flut strömt in die City“, in: Hamburger Abendblatt, 15. November 1974, S. 3. Siehe hierzu auch Karakayali, Gespenster, S. 158-159.

⁴⁹ Eine erste, Mitte der 1960er Jahren aufkommende Auseinandersetzung mit den Wohnbedingungen ausländischer Migranten hatte sich eher auf Regierungskreise denn eine breite Öffentlichkeit beschränkt und war dann rasch wieder abgeebbt. Karen Schönwälder, Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001, S. 316-317.

ken zur Transformation des westdeutschen Migrationsregimes Anfang der 1970er Jahre maßgeblich bei.

In Presse und Politik wurde von Ghettos und Ghettoisierung keineswegs durchgehend unter Bezug auf soziologische Studien gesprochen. Nicht immer wurden also soziologische Wissensbestände derart direkt für politische Zwecke vereinnahmt wie im Münchener Fall durch das ständige Zitieren der „Problemstudie“, das seinerseits von dem kommunalpolitischen Bestreben zeugte, die lokale Entwicklung als gesamtgesellschaftliches und damit durch den Bund zu lösendes Problem zu kennzeichnen. Doch fällt auf, dass der Zuzug von Migranten in den Medien und der Politik häufig als Abfolge von Invasion, Verdrängung und Verfall beschrieben wurde. Wenngleich in banalisierter Form, war es damit das soziologische Vokabular der Chicago School, über das Viertel mit hohem Migrantenanteil als Problemviertel dargestellt wurden. Als der Deutsche Städtetag 1973 Thesen zum Umgang mit ausländischen Arbeitskräften formulierte, schilderten die Vertreter der Kommunen so den Verfall zentrumsnaher Sanierungsgebiete als Prozess der Konzentration, Abwanderung und Verdrängung, an dessen Ende „Wohnghettos ausländischer Arbeitskräfte und asozialer Einheimischer nach amerikanischem Muster“ standen.⁵⁰ Als Kernproblem galt in der kommunalen Perspektive die Überlastung sozialer und kultureller Infrastrukturen. Auffallend ist indes, dass die räumliche Konzentration in sogenannten urbanen Ghettos als Exklusionsprozess von gesellschaftlicher Sprengkraft verstanden wurde. „Es droht die Gefahr“, hieß es 1974 in einer ‚ausländerpolitischen Empfehlung‘ des Städtetags „dass sich eine kulturell isolierte, räumlich abgesonderte und sozial deklassierte Unterschicht ausbildet, die in ein Leben äußerer und innerer Ghettoisierung hineintreibt.“⁵¹ Die Angst vor einer isolierten Unterschicht, die in der Ghettoisierungsrhetorik zum Ausdruck kam, beschränkte sich, das zeigt der Verweis auf die „asozialen Einheimischen“, nicht auf die migrantische Bevölkerung. Vielmehr verband sich damit eine Warnung vor sozialer und kultureller Randständigkeit, die eine Vielzahl von Gruppen umfasste. Bemerkenswert ist dies insofern, als damit die Beschreibung sozialer Ungleichheit einen neuen Schwerpunkt bekam: Statt um oben und unten ging es um den Gegensatz von drinnen und draußen, Teilhabe oder Ausschluss – und damit nicht mehr allein um Unterschiede im Einkommen und in den materiellen Lebensbedingungen.⁵²

⁵⁰ Landesarchiv Berlin (im Folgenden LAB), B Rep 142-09, Nr. 6/30-55, Bd. 3, Deutscher Städtetag, Zum Grundproblem der Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer, 7. Februar 1973.

⁵¹ LAB, B Rep 142-09, Nr. 6/30-55, Bd. 4, Deutscher Städtetag, Empfehlungen zur Ausländerpolitik der Städte, 3. April 1974.

⁵² Siehe zu dieser Verschiebung auch: Benjamin Ziemann, Die Metaphorik des Sozialen. Soziologische Selbstbeschreibungen der Gesellschaft im 20. Jahrhundert, in: Lutz Raphael (Hrsg.), Theorien und Experimente der Moderne, Köln 2012 (im Erscheinen).

3. Ghettos am Rande: Stadtränder und soziale Randständigkeit

Anders als in den USA beschränkte sich die Warnung vor urbanen Problemzonen in der Bundesrepublik nicht auf die Innenstädte, sondern sie schloss die Stadtränder ein. Während die Sanierung städtischer Altbauviertel stärker auf die politische Agenda rückte, befassten sich Soziologen seit dem Ende der 1960er Jahre in einer wachsenden Zahl empirischer Studien mit der Sozialstruktur städtischer Sanierungsgebiete. Vielfach wiesen sie dort ein „Milieu von Armut, Alter und Unbildung“ nach.⁵³ Parallel zur Rückständigkeit des Wohnraums – der porösen Bau-substanz, sanitären Unterausstattung und mangelhaften Anbindung – zeichneten sie ein Bild der Mieterschaft als unterprivilegiert und dem Modernisierungsgrad der Gesellschaft nicht gemäß. Doch waren innerstädtische Altbauviertel nicht die einzigen Räume, die „sozial Schwachen“ zugeordnet wurden. In Teilen traf das auch auf die neuen Trabantenviertel zu, die seit den späten 1950er Jahren an den Rändern zahlreicher westdeutscher Städte entstanden waren.

Die Bindung sozial benachteiligter Milieus an bestimmte städtische Räume rückte zu einem Zeitpunkt in den Fokus, als der akute Wohnungsmangel der Nachkriegsjahre überwunden schien und der westdeutsche Wohnungsmarkt sich weiter ausdifferenzierte. 1974 entsprach die Gesamtzahl der Haushalte in Westdeutschland zum ersten Mal seit dem Krieg der Anzahl an verfügbaren Wohnungen, wenngleich mit lokalen Schwankungen.⁵⁴ Gepaart mit dem staatlich geförderten Eigenheimbau konnten damit, anders als zuvor, wachsende Teile der Mittelschicht wählen, wo sie leben wollten. Zugleich stieg der finanzielle Druck auf einkommensschwache Haushalte. Die Regierung hatte im Laufe der 1960er Jahre die Mietpreisbindung für Altbauten schrittweise gelockert. Infolge der Deregulierung stiegen in Altbauwohnungen mit zuvor niedrigen Mieten die Kosten. Von diesen Mietsteigerungen waren einkommensschwache Haushalte besonders betroffen. Ihnen boten die neu erbauten Großsiedlungen am Stadtrand wiederum keine Abhilfe, da der Mietspiegel dort deutlich über dem in innerstädtischen Sanierungsgebieten lag.

⁵³ Katrin Zapf, *Rückständige Viertel. Eine soziologische Analyse der städtebaulichen Sanierung in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 1969, S. 138. Vgl. auch die Bemerkungen zur „ökonomischen Unterprivilegiertheit“ der Bewohner von Sanierungsgebieten bei Norbert Schmidt-Relenberg, Gernot Feldhusen und Christian Luetkens, *Sanierung und Sozialplan. Mitbestimmung gegen Sozialtechnik*, München 1973, S. 35. Hierzu aus sozialhistorischer Sicht: Adelheid von Saldern, *Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, 2. durchgesehene Auflage, Bonn 1997, S. 271-273, 363-365.

⁵⁴ Klaus von Beyme, *Wohnen und Politik*, in: Ingeborg Flagge (Hrsg.), *Geschichte des Wohnens*, Bd. 5, Stuttgart 1999, S. 81-152, S. 126; Lidwina Kühne-Büning, Werner Plumpe und Jan-Ottmar Hesse, *Die Entwicklung der Wohnungsmärkte in der Bundesrepublik, 1949-1989/1990-1998*, in: Ebd., S. 153-232.

Während in den frühen 1950er Jahren Haushalte mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen einen ähnlichen Anteil ihrer Ausgaben auf das Wohnen verwandten, gaben Ende der 1960er Jahre die Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen den im Vergleich höchsten Anteil für Wohnkosten aus. Der Wohnungsmarkt wurde segmentierter: Mittelschichthaushalten standen mehr Optionen zur Verfügung, während sich die Auswahl für einkommensschwache Haushalte verringerte. Diese Entwicklung war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die soziale Struktur von Wohnvierteln an Brisanz gewann. Während es die Wohnungssituation sozialen Gruppen zuvor nur bis zu einem gewissen Grad erlaubt hatte, „unter ihresgleichen zu sein“, änderte sich das nun.

Darüber hinaus war die krisenhafte Sicht auf sozialräumliche Entwicklungen nicht zu trennen von einer massiven Um- und Abwertung moderner Stadtplanungsideale, wie sie in der Bundesrepublik seit den späten 1960er Jahren zu beobachten war. Das wird an den Trabantenvierteln besonders deutlich. Mit den Großsiedlungen wurden im öffentlichen Diskurs der 1970er Jahre vor allem vier Problemfelder in Verbindung gebracht: Bereits die gängige Rede von der „Stadt aus der Retorte“ legt nahe, dass die neuen Siedlungen erstens als Ausdruck einer standardisierten industriellen Massenproduktion und einer modernen Stadtplanung gesehen wurden, die als entfremdend erfahren wurden.⁵⁵ Zweitens gerierte in Anlehnung an Repräsentationen Suburbias in den USA das Leben in den Hochhaussiedlungen zum Schauplatz von Debatten über Rollenbilder. Die Frau als Hausfrau und „grüne Witwe“, die allein und neurotisch zurückblieb, während der Mann zum Arbeiten in die Innenstadt fuhr, entwickelte sich zu einem gängigen Topos.⁵⁶ Überhaupt umkreisten sozialpsychologische Deutungen die „Menschen am Stadtrand“, indem drittens die Lebensverhältnisse in den Neuen Städten daraufhin befragt wurden, ob sie als Auslöser oder Ausdruck gesellschaftlicher Isolation gelten konnten.⁵⁷ Viertens

⁵⁵ Zur kritischen Auseinandersetzung mit deren negativem Image vgl. Elisabeth Pfeil, Stadtrandsiedlungen und Großwohnanlagen. Methodische Probleme ihrer Erforschung, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 12 (1973), S. 257-268; Karolus Heil, Neue Wohnquartiere am Stadtrand, in: Pehnt, Die Stadt, S. 181-200, vor allem S.188.

⁵⁶ Vgl. etwa die Artikelserie „Paradies für Männer, eine Hölle für die Frauen. Was tut sich in Deutschlands Trabantenstädten?“, die 1967 in der Zeitschrift Quick (Heft Nr. 40-46) erschien. Siehe auch Zapf, Heil und Rudolph, Stadt am Stadtrand, S. 245-252.

⁵⁷ Karolus Heil, Kommunikation und Entfremdung. Menschen am Stadtrand. Eine vergleichende Studie in einem Altbauquartier und in einer neuen Großsiedlung in München, Stuttgart und Bern 1971; Hermann Fischer-Harriehausen, Berliner Neubauquartiere. Ein Beitrag zur Entstehung der sozialökologischen Problematik moderner Großsiedlungen, Berlin 1973, S. 25-28. Dorsch verweist sogar auf den Begriff der „Kommunikose“ zur Beschreibung der von den neuen Wohngebieten verursachten Erkrankungen; Petra Dorsch, Eine neue Heimat in Perlach. Das Einleben als Kommunikationsprozess, München 1972, hier: S. 14.

wurde anhand der neuen Großsiedlungen über soziale Isolierung gesprochen; entweder, indem auf eine Abschottung unterschiedlicher sozialer Gruppen innerhalb der Siedlungen verwiesen oder indem vor einer Herausbildung reiner Unterschichtenviertel am Stadtrand gewarnt wurde.

Die Trabantenstädte dienten im zeitgenössischen Diskurs als Brenngläser, die lokal kondensiert den Blick auf gesellschaftliche Entwicklungen freigaben. Auch in diesem Zusammenhang gehörte der Ghetto-Begriff zu den Toponymen, über die ein Problemstatus kommuniziert wurde. Im Rahmen der wachsenden Kritik an Trabantenvierteln als tristen Beispielen einer funktionalen Moderne sprach Der Spiegel 1969 von „tristen Vorstadt-Gettos“ in denen Menschen „eingepfercht in die engen Zellen betongrauer Wohnmaschinen“ hausten, und verwies auf Proteste der Bewohner gegen die „lähmende Monotonie“ der Satelliten-Städte, die „zu Brutstätten von Langeweile, Krankheit und Kriminalität“ würden⁵⁸, während die FAZ mit Blick auf das Westberliner Märkische Viertel über die „abweisenden Fronten dieses Gettos von Berlin“ schrieb, wo „innerhalb kürzester Zeit dreißigtausend Menschen in Bontürmen von trister Eintönigkeit zusammengepfercht“ worden seien.⁵⁹ Wenngleich andere stärker das Für und Wider abwogen, zeugen derartige Stellungnahmen doch von einer Ablehnung der Großbauprojekte, die sich neben infrastrukturellen Mängeln an der emotionalen Qualität und sozialen Struktur der neu entstandenen Räume stieß. Das „Ghetto“ wurde hier zu einem Synonym für Vereinzelung.

Mangelhaft war an den neu entstandenen Stadtrandsiedlungen in den Augen der Kritiker zunächst einmal ihre ungenügende Infrastruktur, die Unterausstattung mit öffentlichen Einrichtungen für Kinder und eine ungenügende Verkehrsanbindung. Darüber hinaus galten zwar keineswegs alle, aber einige der Siedlungen als Problemviertel, in denen sich die Schwierigkeiten „sozial minderbegünstigter Schichten“ verdichteten. Das Märkische Viertel in Westberlin etwa oder München-Hasenberg wurden herangezogen, um mit Blick auf ihr von kinderreichen Arbeiterfamilien dominiertes Profil, den hohen Anteil an Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus, eine angesichts der hohen Mieten verbreitete Verschuldung oder anhand von Schwierigkeiten bei der Kindererziehung auf die Situation sogenannter Problemfamilien aufmerksam zu machen.⁶⁰ Wurden die neu erbauten Viertel am

⁵⁸ „Zukunft verbaut. Wohnen in Deutschland,“ in: Der Spiegel 6 (1969), S. 38-63, hier: S. 38, 41.

⁵⁹ „Mit Pauken und Trompeten durchgefallen“, in: FAZ, 4. Oktober 1969, S. 7; „Ein Sammelsurium von kleinen Gettos“, in: FAZ, 16. August 1969, S. 26.

⁶⁰ Als die Soziologen Karolus Heil und Katrin Zapf 1969 mit dem Architekten Justus Rudolph eine vergleichende Analyse Münchner Stadtrandsiedlungen vorlegten, zeichneten sie ein überwiegend positives Bild der Quartiere. Als abweichend beschrieben sie lediglich München-Hasenberg, dessen schlechtes Image sie sich aus der Lage, der „sozialen Monostruktur mit dem hohen Arbeiteranteil“ und einer Dominanz öffentlich geförderter Wohnungen erklärten. Zapf, Heil und Rudolph, Stadt am Stadtrand, vor

Stadtrand zu Beginn der 1960er Jahre noch als Wohnform der Zukunft gepriesen, die einer breiten Bevölkerung modernen Wohnraum bot, galten sie in den 1970er Jahren oft als gescheiterte Experimente. In der sozialen Topographie der Städte nahmen sie zunehmend eine Position am unteren Ende der sozialräumlichen Hierarchie ein.

Sozialwissenschaftliche Arbeiten trugen zu dieser veränderten Deutung bei, unter anderem, indem sie anhand der Großsiedlungen vor sozialer Entmischung warnten. Dafür charakteristisch ist ein Gutachten, das die Neue Heimat, seinerzeit die größte deutsche Wohnungsbaugesellschaft, 1969 in Auftrag gab. Am Beispiel der Bremer Neuen Vahr sollte festgestellt werden, ob und in welchem Ausmaß in Großsiedlungen wie der Vahr eine „bedenkliche Verschiebung der Sozialstruktur“ zu beobachten sei. Und tatsächlich warnte die Gutachterin Monika Kurth vor einer Verschiebung in der Mietklientel, weil einkommensstarke Familien fortzögen und geringer verdienende nachrückten. Eine „Monosozialstruktur“ müsse jedoch verhindert werden, schloss Kurth: „Keine Stadt wird es zulassen, mit erheblichem Aufwand gebaute Neubausstadtviertel quasi zu Ghettos von lower-class-families herabsinken zu lassen, die dadurch vielfach außerdem ein schlechtes Image erhalten.“⁶¹ Die verbreitete Warnung vor „sozialen Monostrukturen“ folgte letztlich dem etablierten Leitgedanken einer optimalen sozialen Durchmischung. Doch mehrten sich nun die Zweifel, dass sich bestehende Ungleichheiten einfach über räumliche Nähe ausgleichen und sich das schlechte soziale Image urbaner Quartiere leicht aufbessern ließ. Soziologinnen und Soziologen gingen eher von Prozessen der sozialen Schließung aus. Mit Blick auf die Neubausiedlung München-Hasenberg, 1969 bereits „abgestempelt als Wohngegend minderen Ranges“, zweifelte die Soziologin Katrin Zapf dementsprechend an den Möglichkeiten sozialer Durchmischung. Ebenso wie reine Einfamilienhauskolonien tendierten reine Mietblöcke dazu, zum „Ghetto für eine bestimmte soziale Schicht“ zu werden, schrieb sie. Die Einfamilienhausidylle unmittelbar im Blickfeld mittelmäßiger Hochbebauung fördere „soziale Vorurteile und klassenhaßgeladene Segregationen“ eher, als sie abzubauen.⁶²

alles S. 170-176. Zum Märkischen Viertel siehe: Jetzt reden wir: Betroffene des Märkischen Viertels, Wohnste sozial, haste die Qual. Mühsamer Weg zur Solidarisierung, Reinbek bei Hamburg 1975. Vgl. dazu auch Christiane Reinecke, Vom schlechten Ruf der Neuen Städte: Trabantenstädte und die Herstellung sozialer Topographien in Westdeutschland, in: ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung 2010, S. 160-171.

⁶¹ Gutachterliche Stellungnahme zur Frage der Lockerung von Belegungsbedingungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau zur Verbesserung der Sozialstrukturen in Sozialwohnungsanlagen. Dargestellt am Beispiel „Neue Vahr“, bearbeitet von Dr. Monika Kurth, Dipl. Volkswirtin Ingrid Steinbuch, Hamburg 1970, hier: S. 2.

⁶² Zapf, Heil und Rudolph, Stadt am Stadtrand, S. 220.

Während den Trabantenstädten ursprünglich der Leitgedanke einer optimalen Durchmischung und die Hoffnung auf soziale Annäherung zugrunde lag, wurden sie in den 1970er Jahren verstärkt dazu herangezogen, das „Für sich-Sein“ sozialer Schichten, ihre Isoliertheit oder Randständigkeit zu problematisieren. Überhaupt trug der zeitgenössische Diskurs zu Segregation und Ghettoisierung dazu bei, eine veränderte Semantik der Ungleichheit zu etablieren. Die gängige Rede von der „Randständigkeit“, „Isoliertheit“ oder dem „Ausschluss“ bestimmter sozialer Gruppen – in sanierungsbedürftigen Altbauquartieren, in Trabantenvierteln oder in Obdachlosensiedlungen – deutet jedenfalls darauf hin, dass die durch die Stadtsoziologie entworfene urbane Geographie auf einem Verständnis sozialer Benachteiligung beruhte, das nicht allein ökonomisch begründet war, sondern sich auch im Ausschluss von gesellschaftlichen Kommunikations- und Entscheidungsprozessen ausdrückte.⁶³

4. Auf dem Weg zu einer neuen sozialen Frage? Abschließende Überlegungen

Als „neue soziale Frage“ gilt in der Forschung gemeinhin die veränderte Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit und sozialen Risiken im Zuge des fundamentalen Wandels in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen seit Mitte der 1970er Jahre. Arbeitslosigkeit entwickelte sich in Folge des Ölpreisschocks zu einem Massenphänomen, und während das umfassende Sicherheitsversprechen des keynesianschen Wohlfahrtsstaats brüchig wurde, wuchs sich soziale Vulnerabilität auch für die vorher so gesichert erscheinenden Mittelschichten zu einem Problem aus. Ein wachsender Teil der Bevölkerung sah sich dem Risiko prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse ausgesetzt. Als wichtiger Anstoß für die öffentliche Diskussion dieser Veränderungen gilt eine Rede des Sozialpolitikers Heiner Geißler auf dem CDU-Parteitag in Mannheim 1975 sowie dessen Streitschrift „Die neue soziale Frage“.⁶⁴ Geißler hob mit seiner provokanten Bemerkung, dass in Westdeutschland seinerzeit 6 Millionen Arme lebten, nicht allein auf deren materielle Benachteiligung ab, sondern vor allem auf nicht-materielle Aspekte: auf den Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe als zentralen Moment sozialer Benachteiligung. Geißlers Vorstoß diente

⁶³ Seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre erschien eine Reihe von Studien, die das Leben in stigmatisierten Quartieren anführten, um die Randständigkeit bestimmter Gruppen zu illustrieren. Siehe unter anderem Alexander Spoerl, *Menschen dritter Klasse? Unter Obdachlosen*, Düsseldorf 1968; Jürgen Roth, *Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Beschreibungen, Familiengeschichten, Analysen, Dokumentationen*, Oldenburg 1971; Henner Hess und Achim Mechler, *Ghetto ohne Mauern. Ein Bericht aus der Unterschicht*, Frankfurt am Main 1973; Vaskovics, *Segregierte Armut*.

⁶⁴ Heiner Geißler, *Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente*, Freiburg 1976.

auch der Kritik am sozialdemokratischen Arbeitnehmerstaat.⁶⁵ Interessant ist aber, dass die Frage von Ausschluss und Teilhabe, die er in den Mittelpunkt stellte, in der Ungleichheitsdebatte der späten 1970er und 1980er Jahre eine zentrale Rolle spielte. Infrage gestellt wurde unter dem Signum von „neuer sozialer Frage“ und „neuer Armut“ an erster Stelle die Fähigkeit der westdeutschen Gesellschaft, soziale Integration zu gewährleisten. Und interessanterweise war es genau dieses Problem, um das auch die Ghettorhetorik kreiste.

Die 1950er und 1960er Jahre waren in Westdeutschland vom Glauben an Prosperität und eine umfassende Aufwärtsmobilität geprägt. Demgegenüber geriet in den 1970er Jahren die Vorstellung einer „wohlfahrtsstaatlichen Einhegung der Gesellschaft“ ins Wanken.⁶⁶ Die historische Forschung hat das wachsende Bewusstsein sozialer Fragilität sowie das Umschlagen eines verbreiteten Fortschrittsglaubens in eine akute Krisenwahrnehmung bisher vor allem als Strukturwandel, ausgehend von umfassenden wirtschaftlichen Umschwüngen und ihren sozioökonomischen Folgen zu fassen versucht.⁶⁷ Doch lenken die Verschiebungen in der Benennung und Klassifizierung des urbanen Raums den Blick auf zeitgenössische Wahrnehmungsweisen. In dieser Perspektive und gemessen an der Repräsentation des urbanen Raums zeichnete sich bereits am Übergang zu den 1970er Jahren ein Wandel in den Beschreibungen des Sozialen ab. Den Warnungen vor segregierten Städten, vor Problemvierteln, Ausländerghettos im Stadtkern und tristen Wohnmaschinen am Stadtrand war gemein, dass sie maßgeblich eine Warnung vor der Isolation sozialer Gruppen darstellten. Nachdem in Westdeutschland die Beschreibung des Sozialraums Stadt in den 1950er und 1960er Jahren unter dem Signum der Auflösung von Klassengrenzen gestanden hatte, dominierten nun neue Grenzziehungen: die Grenze zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen und zwischen einer integrierten breiten Bevölkerung und marginalisierten Randgruppen. Die frühere Hoffnung auf ein Abschleifen spannungsgeladener sozialer Differenz wich der Befürchtung, es im urbanen Raum möglicherweise mit konflikthafter Ungleichheitserscheinungen zu tun zu haben. An dem gemeinsamen Erwartungshorizont der nivellierten Mittel-

⁶⁵ Siehe dazu vor allem Marcel Boldorf, Die ‚Neue Soziale Frage‘ und die ‚Neue Armut‘ in den siebziger Jahren, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 138-156; Winfried Süß, *Armut im Wohlfahrtsstaat*, in: Hans-Günter Hockerts und Winfried Süß (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich*, München 2011, S. 19-41.

⁶⁶ Siehe dazu unter anderem Jarausch, *Das Ende der Zuversicht*; Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.

⁶⁷ Vgl. diese Kritik auch bei Martin H. Geyer, *Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre*, *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 643-669.

standsgesellschaft wurden merklich Zweifel laut, und das keineswegs nur im Rahmen marxistischer Deutungen.

Die Art und Weise, wie Ghetto und Ghettoisierung seit den späten 1960er Jahren in das begriffliche Inventar westdeutscher Stadtbeschreibungen integriert wurden, ist kennzeichnend für diese krisenhafte Sicht auf die sozialen als Teil der urbanen Verhältnisse. Die Designation von Ghettos im westdeutschen Raum bündelte Befürchtungen, dass sich in den Großstädten soziale und ethnische Entmischungsprozesse abzeichneten, die Konfliktpotential bargen und die Kommunen zu überlasten drohten. Auch fungierte der Begriff als Codewort für Unterschichtung und Desintegration. Als Vergleichsfolie für das Szenario zunehmend segregierter Städte dienten maßgeblich die USA. Dies war sowohl in der Sozialwissenschaften so, indem die Autorinnen und Autoren stadtsoziologischer Studien Deutungen aus der US-amerikanischen Soziologie übernahmen, als auch in Politik und Medien.

„The word ghetto, just like everything else these days, has gone global“. Mit diesen Worten beschrieb der Historiker Carl H. Nightingale 2003 die weltweite Verbreitung eines Ghettobegriffs, der sich weniger an der jüdischen Geschichte als an den segregierten, primär afroamerikanischen Communities US-amerikanischer Großstädte orientierte.⁶⁸ In der Tat spricht das westdeutsche Beispiel für die Globalisierung eines Begriffs, der im politischen Kontext unter Bezug auf die USA als Codewort für Armut und Konflikt fungierte und in den Sozialwissenschaften als analytisches Konzept diente, um nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden in urbaner Segregation zu fragen. Damit weist die Verbreitung von Ghettoisierung und Segregation als neuen Worten der Stadt entscheidende Parallelen zu der Zirkulation anderer soziologischer Konzepte auf, deren transnationale Karriere im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts jüngere soziologische und historische Studien gezeigt haben.⁶⁹ *New urban underclass*, Exklusion und Marginalität erweiterten demnach in den 1970er und 1980er Jahren das semantische Inventar zur Beschreibung des sozialen Raums. Indem sie in unterschiedlichen Sprachräumen und nationalen Kontexten auf neue Erscheinungsformen urbaner Armut bezogen wurden, erweckten die an US-amerikanischen Städten entwickelten und auf andere Räume übertragenen Konzepte jeweils den Anschein einer Universalität sozialer Problemlagen. Das gilt insbesondere für Ghettoisierung und Segregation als neuen globalisierten Deutungsrourcen. Mit beiden Begriffen verband sich eine Analyse, die weniger die Divergenz zwischen einem gesellschaftlichen Unten und Oben in den Mittelpunkt stellte als

⁶⁸ Nightingale, A tale, S. 257.

⁶⁹ Helmuth Berking, Local Frames and Global Images – Nation State and New Urban Underclass: Über die Globalisierung lokaler Wissensbestände, in: Löw, Differenzierungen, S. 107-121; Didier Fassin, Exclusion, underclass, marginalidad. Figures contemporaines de la pauvreté urbaine en France, aux États-Unis et en Amérique latine, in : Revue française de sociologie 37 (1996), S. 37-75; Ziemann, Metaphorik.

die Isolation und den Ausschluss sozialer Gruppen. Insofern – in der Konzentration auf Isolation und Desintegration – hatte die Evokation einer „neuen sozialen Frage“ in den urbanen Krisenbeschreibungen der frühen 1970er Jahre einen wichtigen Vorläufer.

**Dr. Christiane Reinecke, Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg,
reinecke@zeitgeschichte-hamburg.de**

Grenzen und Spielräume in der „Fürsorgediktatur“. Staatliche Wohnungspolitik und städtische Wohnrauml lenkung in Leipzig in den 1970er und 1980er Jahren

1. Die „Fürsorgediktatur“ nach dem VIII. Parteitag. Kontinuitäten und Wandel der Wohnungspolitik nach 1971

Der vom 15. bis 19. Juni 1971 in Ost-Berlin tagende VIII. Parteitag der SED stellte, so die offizielle Lesart, „eine Wende in der Politik der Partei, insbesondere der Wirtschafts- und Sozialpolitik, dar.“¹ Mit der Formel „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die einerseits auf die Hebung des Lebensstandards und andererseits auf die Intensivierung der Außenwirtschaftsbeziehungen abzielte, grenzte sich Erich Honecker von seinem Vorgänger Walter Ulbricht ab, der Sozial- und Wohnungspolitik vornehmlich als „ökonomischen Hebel“ verstanden hatte. Nicht nur, dass Ulbricht mit seiner Vision, die „DDR als sozialistisches Musterland“² zu entwickeln, in den Augen Moskaus zu eigenmächtig geworden war³, die Wirtschaftsexperimente der 1960er Jahre gingen zudem substantiell zu Lasten der Versorgungslage im Innern und leisteten damit einer Erosion der SED-Herrschaft Vorschub, so dass die konservativen Parteikreise um Honecker mit einer sozialpolitischen Großoffensive reagierten und den Blick auf die „großen Städte und Arbeiterzentren“ lenkten. Hier fehlte es insbesondere an zumutbarem Wohnraum. Das Wohnungsbauprogramm von 1973 versprach deshalb, zwischen 1976 und 1990 rund drei Millionen Wohnungen durch Neubau oder Modernisierung zu schaffen.⁴

Symptomatisch für das Fürsorgedenken der SED-Führung war dabei, dass die Ausgaben für Sozialversicherungen, Renten, Sozial- und Gesundheitswesen, Bildungswesen und Preisstützungen, tief geprägt durch die Krisenerscheinungen im

¹ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), *Geschichte der SED. Abriss*, Berlin (Ost) 1978, S. 563.

² Egon Krenz, *Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen*, Wien 1990, S. 54.

³ Vgl. Jochen Stelkens, *Machtwechsel in Ost-Berlin. Der Sturz Walter Ulbrichts 1971*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45: 4 (1997), S. 503-533, hier: S. 527-528.

⁴ Vgl. Wolfgang Junker, *Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990*, Berlin (Ost) 1973, S. 16.

Innern und in den Staaten des Ostblocks (1953, 1956, 1968), massiv anwachsen.⁵ Auf die langfristigen finanziellen Folgen für den Staatshaushalt und das apodiktische Festhalten Honeckers am Fürsorge-Kurs der SED wurde bereits an anderer Stelle ausführlich eingegangen.⁶ Allein das Wohnungsbauprogramm beanspruchte Mitte der 1980er Jahre etwa 14 Prozent des Staatshaushaltes, wohingegen die staatlich gestützten Mieten zuletzt nur noch 2,4 Prozent der durchschnittlichen Jahreshaushaltsausgaben betragen. 1989 konnte das Wohnungsbauprogramm gerade einmal zu 60 Prozent erfüllt werden.⁷

Wohnungsbau allein zog jedoch noch keine gerechte Verteilung des Wohnraumes nach sich. Hierzu bedurfte es einer staatlich kontrollierten und institutionalisierten Wohnraumlenkung, die diese ambitionierte Zielstellung sicherstellen sollte. In diesem Bereich lassen sich, verglichen mit dem Wohnungsbau, weitaus mehr Kontinuitäten feststellen, denn die SED-Führung widmete der Wohnraumlenkung kaum ihre Aufmerksamkeit. Nicht nur, dass eine zentrale Institutionalisierung dieses Bereiches ausblieb⁸, die mit der Wohnraumlenkung beauftragten örtlichen Staatsorgane in den Städten, Gemeinden und Stadtbezirken fanden in den vom Politbüro im Frühjahr 1972 formulierten „Vorschlägen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der Werktätigen“ kaum Erwähnung. Darin legte die SED konkrete Zielvorgaben zu Mietpreisen, Mietbeihilfen und Zuteilungskriterien fest, ohne die kommunalen Verwaltungsorgane entsprechend auszustatten. Im Gegensatz zur Ausweitung der Aufgabenbereiche der Wohnungspolitik sollten die mit der Umsetzung beauftragten Behörden lediglich unter stärkere Kontrolle der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI) gestellt werden.⁹

⁵ Vgl. Steffen Otte, Das Rentensystem der DDR – Musterbeispiel realsozialistischer Sozialpolitik?, in: Horch und Guck 73:3 (2011), S. 14-19, hier: S. 15.

⁶ Vgl. insbesondere die Beiträge in Christoph Boyer (Hrsg.), Deutsche Demokratische Republik. 1971-1989: Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden 2008. Zur Beratungsresistenz Erich Honeckers; Andreas Malycha, Ungeschminkte Wahrheiten. Ein vertrauliches Gespräch von Gerhard Schürer, Chefplaner der DDR, mit der Stasi über die Wirtschaftspolitik der SED im April 1978, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59:2 (2011), S. 283-305.

⁷ Vgl. Thomas Topfstedt, Wohnen und Städtebau in der DDR, in: Ingeborg Flagge (Hrsg.), Geschichte des Wohnens, Bd. 5: 1945 bis heute. Aufbau-Neubau-Umbau, Stuttgart 1999, S. 419-562, hier: S. 555; Siegfried Grundmann, Die absurde Logik des Wohnungs- und Städtebaus der DDR, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Das war die DDR. DDR-Forschung im Fadenkreuz von Herrschaft, Außenbeziehungen, Kultur und Souveränität, Münster 2004, S. 321-337, hier S. 325.

⁸ Vgl. Jay Rowell, Wohnungspolitik, in: Boyer (Hrsg.), Deutsche Demokratische Republik. 1971-1989, S.681-701, hier: S. 684.

⁹ Vgl. Vorschläge zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der Werktätigen, 3.3.1972, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv (nachfolgend SAPMO-BArch), DY 30/J IV 2/2A/1581, Bl. 39-40.

Dieser Beitrag widmet sich der Wohnraumlentung vor Ort am Beispiel Leipzigs, der zweitgrößten Stadt der DDR.¹⁰ Im Zentrum steht dabei die Frage nach der Durchsetzung und den Grenzen der SED-Herrschaft. Während sich in der deutschsprachigen Forschung zur Sozialpolitik in der DDR vor allem der Erklärungsansatz der „Fürsorgediktatur“ etabliert hat, demzufolge die Sozialpolitik vordergründig der Ruhigstellung der Bevölkerung gedient habe¹¹, wird in diesem Beitrag argumentiert, dass diese Begrifflichkeit wenig über das tatsächliche Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung aussagt, da sie dieses Verhältnis vielmehr als Gegensatz denn als Vielfalt von Aushandlungsprozessen konstruiert. Will man ein tieferes „Verständnis gesamtgesellschaftlicher Abläufe“¹² in der DDR gewinnen, so Heinz Mestrup, müsse man dagegen jene Prozesse vor Ort untersuchen, bei denen Vertreter des Staates und die Bevölkerung interagierend zusammentrafen. Unter den lokalen Entitäten spielten Städte im Sozialismus eine besondere Rolle. Obgleich die marxistisch-leninistische Ideologie jegliche Eigenlogiken von Städten¹³ negierte¹⁴, musste die SED-Führung – nicht zuletzt aufgrund ihrer eigenen Sozialisation – zugestehen, dass Städte identitätsstiftende Funktion und lebensweltliche Relevanz besaßen, was sich nicht nur in dem zuvor angeführten Zitat Honeckers auf dem VIII. Parteitag, sondern auch in der Herrschaftsrepräsentation der SED in den großen Städten niederschlug.¹⁵ Die SED suchte den städtischen Raum unter Anknüpfung an das „fortschrittliche Erbe“ für sich einzunehmen. Stadtverwaltungen agierten dabei als Schnittstellen zwischen „Herrschern“ und „Beherrschten“, waren zentralen Vorgaben verpflichtet, mussten aber zugleich mit lokalen (Fehl-) Entwicklungen und den sich differenzierenden Bedürfnissen der Bevölkerung sowie dem Druck über- und nebengeordneter Staats- und Parteiorgane gleichermaßen umgehen. Wohnraumlent-

¹⁰ Der Beitrag umfasst Teilergebnisse aus dem Dissertationsprojekt des Verfassers „Der Rat der Stadt Leipzig 1957-1989. Studien zu Institution, Personal und Herrschaftsalldag“ (Arbeitstitel), das am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Leipzig betreut wird.

¹¹ Vgl. Konrad Jarausch, *Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48:(1998), Bd. 1, S. 33-46.

¹² Vgl. Heinz Mestrup, *Zwischen zentralistischem Einheitsstaat und regionalen Eigeninteressen. Ein Plädoyer für die Erforschung des „sozialistischen Herrschaftsalldags“*, in: Monika Gibas (Hrsg.), *Couragierte Wissenschaft. Eine Festschrift für Jürgen John zum 65. Geburtstag*, Jena 2007, S. 77-93.

¹³ Vgl. Martina Löw, *Eigenlogische Strukturen. Differenzen zwischen Städten als konzeptuelle Herausforderung*, in: Dies., Helmuth Berking (Hrsg.), *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege der Stadtforschung*, Frankfurt am Main 2008, S. 33-53.

¹⁴ Deutlich wird dies im dritten Grundsatz des Städtebaus von 1950: „Städte ‚an sich‘ entstehen nicht und existieren nicht.“ Vgl. *Grundsätze des Städtebaus vom 15.9.1950*, in: *Ministerialblatt der DDR* 1950, S. 153.

¹⁵ Vgl. Ulrike Ernst, *Die ‚sozialistische Stadt‘ als Ausdruck politischer Repräsentation. Idee und Realität der Nutzung öffentlichen Raums im Sozialismus*, in: Gabriele B. Clemens (Hrsg.), *Städtischer Raum im Wandel. Modernität, Mobilität, Repräsentationen*, Berlin 2011, S. 77-85, hier: S. 77-78.

kung speziell bietet sich für eine Untersuchung der Aushandlungsprozesse zwischen Staat und Gesellschaft und des Einflusses von Alltag auf die Diktatur vor Ort an, da sie als eine der wenigen Kompetenzen bis zum Ende der DDR in städtischer Verantwortung blieb.¹⁶ Dabei werden die Verhältnisse und Handlungsbedingungen innerhalb der Behörde einerseits und die Beziehungen zwischen Stadtverwaltung und Bevölkerung andererseits untersucht. Schließlich wird auf die Zusammenhänge zwischen beiden Handlungsebenen eingegangen.¹⁷

2. Rahmenbedingungen, Innenleben und Arbeitsalltag in den städtischen Wohnungsverwaltungen Leipzigs

2 a.) Wohnraumsituation und Wohnraumlenkung in Leipzig

Wer in der DDR eine Wohnung legal beziehen wollte, musste sie sich zunächst von den kommunalen Verwaltungsorganen bestätigen bzw. zuteilen lassen.¹⁸ Erst anschließend durfte ein Mietverhältnis eingegangen werden. Die Wohnraumvergabe war im Laufe der 1960er Jahre zum „Dauerrecht“ des Staates ausgebaut worden.¹⁹ Als Leitprinzipien galten dabei die gerechte Verteilung des Wohnraumes sowie die Vergabe unter Nützlichkeitsabwägungen. Zu diesen Zwecken besaßen einige größere Kombinate eigene Wohnungskommissionen, andere Betriebe waren in sogenannten Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) zusammengefasst. Darüber hin-

¹⁶ Forschungen zur kommunalen Wohnungspolitik in der DDR wurden bisher nur selten auf eine empirische Grundlage gestellt. Die Arbeiten von Anita Maaß, *Wohnen in der DDR. Dresden-Prohlis. Wohnungspolitik und Wohnungsbau 1975 bis 1981*, München 2006; Stefan Schmidt, *„Jedem eine Wohnung“ – Partizipationsmöglichkeiten der DDR-Bevölkerung am Beispiel der Wohnungspolitik der SED in den 1970er Jahren*, in: *Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte 1* (2008), S. 27-62 und des französischen Sozialhistorikers Jay Rowell, *Le totalitarisme au concret. Les politiques du logement en RDA*, Paris 2006 mit Bezug zu Leipzig stellen dabei eine Ausnahme dar, wobei die institutionellen und personellen Bedingungen im lokalen Staatsapparat zu kurz kommen. Probleme der staatlichen Wohnraumlenkung am Leipziger und Hallenser Beispiel arbeitet heraus: Udo Grashoff, *Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlenkung in der DDR*, Göttingen 2011.

¹⁷ Einen ähnlichen Ansatz verfolgt Andrew I. Port, *Die rätselhafte Stabilität der DDR. Alltag und Arbeit im sozialistischen Deutschland*, Berlin 2010, der soziale Beziehungen zwischen Bürgern und die Verhältnisse zwischen örtlichen Funktionären und Bevölkerung am Beispiel Saalfeld untersucht.

¹⁸ Die öffentliche Wohnraumlenkung hatte nicht nur in der Stadt Leipzig eine längere Tradition, die bis in die Weimarer Republik zurückreicht, denn in der gesamten DDR bestanden die Preisstopperverordnung für Mietpreise von 1936 und das alliierte Wohnungsgesetz von 1946 in ihren Grundsätzen bis 1990 fort. Vgl. Karl Christian Führer, *Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914-1960*, Stuttgart 1995, S. 389.

¹⁹ Vgl. Lothar Weiß, *Kontinuität und Wandel in der staatlichen Wohnraumlenkung der DDR*, in: *Deutschland Archiv 21* (1988), S. 647-652.

aus unterhielten die Räte der Stadtbezirke Abteilungen für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft.²⁰

Die Vergabe des Wohnraums an die „wohnraumlenkende Organe“ der Stadt (Räte, AWG) richtete sich nach zentralen Vorgaben und lokalen Gegebenheiten. Dabei wurden die zu erwartenden Neubauwohnungen auf Basis der Perspektiv- und Volkswirtschaftspläne des Bezirkes auf einzelne Positionen aufgegliedert, welche die Entscheidungshoheit über die Vergabe begrenzte. Eine Vorbilanz des Rates der Stadt Leipzig über die für 1978 geplanten 4.251 Neubauwohnungen sah etwa folgendes Vergabeschema vor:

	Staatliche Aufgaben	Bau- freiheit	Räte der Stadt- bezirke	AWG	Sonstige Zweck- bindungen	Operative Reserven
Gesamt	637	1.200	210	1.890	339	200
VEB Gebäude- wirtschaft	262	1.200	210	-	339	200
AWG	375	-	-	1.890	-	-

Tabelle 1: Wohnungsvergabeprogramm Neubau 1978, Vorbilanz 30.5.1977²¹

Von den 1942 geschätzten 225.000 Wohnungen in Leipzig gingen 44.000 bis 1945 verloren, lediglich 94.000 waren gänzlich unbeschädigt geblieben.²² Im Wohnungsbau hatte Leipzig als Messe- und Weltstadt eine besonders schlechte Ausgangsposition. 1959 hatte Ulbricht den städtischen Vertretern erstmals unverhohlen gedroht, Wohnungsbaumittel jederzeit für den Aufbau des repräsentativen Stadtzentrums einzusetzen²³, was sich 1968 in einer vergleichsweise ernüchternden Baubilanz niederschlug, wonach der Bezirk Leipzig im Wohnungs- und Gesellschaftsbau an zwölfter Stelle unter den 15 Bezirken lag.²⁴ Die Mahnung des Stadtarchitekten Horst

²⁰ Vgl. Führer, Mieter, S. 389-392; Grashoff, Schwarzwohnen, S. 13-45; sowie Bernd Kaden und Karl-Wilhelm Nuss, Das gesellschaftliche Leben im Wohngebiet. Handbuch, Berlin (Ost), 1989, S. 242-243.

²¹ Vgl. Bericht des Rates der Stadt Leipzig über Ergebnisse und weitere Aufgaben der Wohnraumlenkung und der Gebäudewirtschaft, 31.5.1977, Stadtarchiv Leipzig (nachfolgend StAL), StVuR, 21446, Bl. 80.

²² Vgl. Rainer Gries, Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991, S. 41; Manfred Unger, Leipzig 1945, in: Sächsische Heimatblätter 15:5 (1969), S. 211-218, hier: S. 211.

²³ Vgl. Protokoll der Besprechung des 1. Sekretärs der SED Walter Ulbricht mit der SED-Bezirks- und Stadtleitung und Vertretern des Stadtbauamtes am 26. November 1959 über den Aufbau des Stadtzentrums, StAL, StVuR (1), 3589, Bl. 21.

²⁴ SED-Bezirksleitung, Abt. Grundstoffindustrie und Bauwesen, Arbeitsmaterial für den Sekretär der Bezirksleitung, Betreff: Kennzahlen Bauwesen zur Kenntnis für die Beratung des Politbüros zum Plan der Stadt Leipzig, o. D. [1967], Sächsisches Staatsarchiv, Außenstelle Leipzig (nachfolgend SächsStAL),

Siegel, dass es „fast ein Halle-Neustadt innerhalb von Leipzig“²⁵ bedurfte, um seine Wohnungsprobleme zu lösen, verdeutlicht die prekäre Situation in der Stadt. Ende der 1970er Jahre war der Wohnungsbestand zwar auf knapp 234.000 angewachsen, jedoch stieg der tatsächliche Bestand qualitativer Wohnungen nur geringfügig, da der Neubau den fortschreitenden Verfall der Altbausubstanz kaum auszugleichen vermochte. Zwischen 1986 und 1990 drohten etwa, so eine Prognose aus dem Jahr 1981, 76,4 Prozent der 26.000 geplanten Neubauwohnungen durch Aussonderung von Altbauwohnungen aufgezehrt zu werden.²⁶

Von den knapp 234.000 Wohnungen befand sich 1979 etwa die Hälfte im engeren Sinne in staatlichem Eigentum²⁷, ein Drittel noch in privater Hand. Die restlichen 18 Prozent gehörten den AWG, die als Instrument der „Arbeitskräftelenkung“ gedacht waren²⁸, auf die der Staat aber mit der Zeit an Einfluss verlor. Ein Bericht der ABI vom 7. November 1973 macht deutlich, dass die AWG nahezu „selbständig“ arbeiteten und die Wohnraumvergabe in der Praxis eher nach „zeitlicher Reihenfolge“ der Mitgliedschaft sowie „individuellen Leistungen der Genossenschafter“, denn nach sozialpolitischen Belegungsnormen durchführten. Zudem hatten sich die AWG, von denen in Leipzig in den 1970er Jahren noch sechs existierten, zu Instrumenten der Solidarisierung leitender Angestellter entwickelt, welche durch die Vergaberichtlinien der SED-Führung, die Arbeiter, junge Ehepaare und kinderreiche Familien bevorzugten, benachteiligt waren oder nicht auf anderem Wege, etwa durch Kontakte zu lokalen SED-Funktionären, an Wohnungen kamen. So rekrutierten sich 47 von 58 Vorstandsmitgliedern aus Vertretern der Angestellten und Intelligenz, dem nur sechs Arbeiter gegenüberstanden. Auch musste man für eine Mitgliedschaft knapp 2.000 Mark „Aufnahmegebühr“ aufbringen, was in etwa dem Monatsgehalt eines Kombinatdirektors entsprach.²⁹ Daher verwun-

21123, IV/B/2/6/408, unp.

²⁵ Horst Siegel, Zu städtebaulichen Strukturmodellen als Kernstück der Einheit von Generalbebauungsplan, Generalverkehrsplan und Plan zur Entwicklung des Bauwesens am Beispiel der Stadt Leipzig, in: Hubert Scholz u.a. (Hrsg.), Generalbebauungsplanung der Städte der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Beitrag zur prognostisch begründeten hocheffektiven Strukturpolitik. Fachtagung der Zentralen Fachgruppe Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung des BDA, 20. und 21. Februar 1969 in Magdeburg, Berlin-Ost 1970, S. 54-57, hier: S. 54.

²⁶ Vgl. Entwicklungen der Haushalte und Wohnungen der Stadt Leipzig im Zeitraum 1975-1990, Stadt: September 1981, o.D., StAL, StVuR (2), 17894, Bl. 49.

²⁷ Als unmittelbarer staatlicher Eigentümer trat der VEB Gebäudewirtschaft auf, welcher der Abteilung Wohnungspolitik im Rat der Stadt direkt unterstellt war. Die AWG erhielten dagegen ein bestimmtes Kontingent an Wohnungen zugeteilt.

²⁸ Vgl. Nabert, Wohnungsbauprogramm, S. 141.

²⁹ Vgl. ABI, Stadtkomitee, Bericht über die Kontrolle zur weiteren Durchsetzung der sozialistischen Wohnungspolitik, insbesondere zur Realisierung des Beschlusses des Ministerrates vom 10.5.1972,

dert es kaum, dass neben diesen vor allem Lehrer, Justiziere und Wissenschaftler in den Vorständen saßen.³⁰ Diese konnten qua Position gezielt Arbeitskräftepolitik im Sinne ihrer Einrichtungen betreiben. Aus diesem Grunde musste die Frage, wer als „Arbeiter“ zu gelten habe, zum stetigen Gegenstand interner Aushandlungsprozesse werden. Einem Bericht von 1980 zufolge seien so zwar 52,7 Prozent der AWG-Wohnungen im Neubaugebiet Grünau an „Arbeiter“ vergeben worden, jedoch nur 0,3 Prozent an junge Ehepaare und 6 Prozent an kinderreiche Familien.³¹ Auch wenn die AWG nur über ein knappes Fünftel der Leipziger Wohnungen verfügen konnten, steigerte sich ihre Beliebtheit vor allem dadurch, dass sie fast die Hälfte der zwischen 1971 und 1979 neugebauten Wohnungen verteilen konnten. Dagegen mussten die Räte der Stadtbezirke mit lediglich etwa 5,5 Prozent der Neubauwohnungen auskommen und vergaben daher hauptsächlich Altbauwohnungen.³² Ein Fünftel dieser galt in den 1970er Jahren jedoch bereits als abbruchreif, die noch bewohnbaren Wohnungen ließen zum Teil jegliche Wohnqualität vermissen.³³ Tendenziell verbesserten sich die Wohnbedingungen jedoch merklich.

	1963	1973	1981
Wohnungsbestand	207.243	216.551 (1971)	253.600
Gebaut seit 1945	4,9 %	12,4 %	35 %
Zentralheizung	2,5 %	9,6 %	33 %
Innen-WC	43,7 %	48,2 %	69 %
Bad/Dusche	35,1 %	44,1 %	71 %

Tabelle 2: Wohnbedingungen in Leipzig³⁴

7.11.1973, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/167, unpubl. ABI, Stadtkomitee, Aktennotiz, 19.9.1973, SächsStAL, 20301, 501, unpubl.

³⁰ Vgl. ebd.

³¹ Vgl. Rat der Stadt Leipzig, Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Neubaugebiete, Vorlage für die Beratung der AG „Komplexer Wohnungsbau“ des Rates des Bezirkes am 28.10.1980, 15.10.180, SächsStAL, 20237, 25557, unpubl.

³² Vgl. Material zur Studie der Wohnungsanträge und die Ursachen für steigende Tendenzen 1980, o.D., StAL, StVuR (2), 20651, Bl. 32.

³³ Die Hälfte der Altbauwohnungen verfügte zudem nicht über ein Innen-WC, Bad oder Dusche, nur 15 Prozent besaßen ein modernes Heizsystem, davon weniger als 10 Prozent einen Fernwärmeanschluss. Vgl. SED-Bezirksleitung Leipzig, Information über Erfahrungen und Probleme der weiteren Qualifizierung der Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe, 11.5.1977, SächsStAL, 21123, IV/D/2/12/523, Bl. 4.

³⁴ Datengrundlage: Zwischenbericht über die Arbeit an der generellen Stadtplanung Leipzig, 23.7.1963, StAL, StVuR (1), 2114, Bl. 132. Kurzdokumentation (Stand 14.10.1981) zur Lösung der Wohnungsfrage in der Stadt Leipzig bis 1990 – Stand und weitere Maßnahmen zur Erfüllung des Politbürobeschlusses

Obgleich die Stadtbezirke bei der Vergabe von Neubauwohnungen durch den rapiden Verfall der Altbausubstanz zusätzlich benachteiligt wurden, nahm ihre Bedeutung als Anlaufpunkt für die Masse der Stadtbewohner in Wohnungsfragen stetig zu. Zwischen 1971 und 1979 verdoppelte sich die Zahl der Wohnungsanträge nahezu von 22.746 auf 44.217.³⁵ Etwa 80 Prozent der Anträge ging durchschnittlich bei den Räten der Stadtbezirke ein.³⁶ Hinzu kam eine kaum zu beziffernde Zahl an Fällen, bei denen die zuständigen AWG nicht mehr imstande waren, Lösungen anzubieten.³⁷

2 b.) Aufgaben der staatlichen Wohnraumlenkung in den Räten der Stadtbezirke

Die am 29. September 1971 von der Leipziger Stadtverordnetenversammlung bestätigten „weiteren Maßnahmen zur Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages auf dem Gebiet der sozialistischen Wohnungspolitik“ wies den sieben Stadtbezirken die gesamte „rationelle Auslastung und Nutzung“ des Wohnraumes zu, was bis dahin auch von den Betrieben und AWG geleistet worden war.³⁸ Dies deutet aus Sicht der SED auf ein stärkeres Bedürfnis nach staatlicher Kontrolle der Wohnungspolitik im Gesamten hin, denn auf Betriebe und AWG waren die Einflussmöglichkeiten der SED trotz „Gleichschaltung“ bei weitem nicht derart tiefgreifend. Konkret bestand die Tätigkeit der Stadtbezirke dabei in der Erarbeitung von Übersichten zum Wohnungsbestand, jährlichen Vergabeplänen sowie Analysen über leerstehenden und zweckentfremdeten Wohnraum. Darüber hinaus sollten sie den Wohnungsaustausch fördern und Manipulationen unterbinden. Betriebe und ehrenamtliche Wohnungskommissionen sollten nur noch unterstützend tätig werden. Der den Räten der Stadtbezirke übergeordnete Rat der Stadt behielt sich schließlich das Recht vor, in „Ausnahmefällen“ Auflagen erteilen zu können. Ferner sollte eine Reihe weiterer Richtlinien und Arbeitsanweisungen zur Erfassung über-

vom 30.8.1977, StAL, StVuR (2), 17894, Bl. 184. Führungsgrößen zur Ausarbeitung der langfristigen Entwicklungstendenzen der Stadt Leipzig, 18.10.1973, SächsStAL, 21123, IV/C/2/3/133, unpubl.

³⁵ Vgl. Studie zur Analyse der Wohnungsanträge und die Ursachen für steigende Tendenzen 1980, StAL, StVuR (2), 20651, Bl. 80. ABI-Stadtbezirkskomitee Nord, Information über die Kontrolle zur Durchsetzung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Wohnungspolitik in der Stadt Leipzig, 9.6.1982, SächsStAL, 20301, 668, unpubl.

³⁶ Vgl. Bericht des Rates der Stadt Leipzig über Ergebnisse und weitere Aufgaben der Wohnraumlenkung und der Gebäudewirtschaft, 31.5.1977, StAL, StVuR, 21446, Bl. 77.

³⁷ Vgl. Rat der Stadt, Abt. Wohnungspolitik, Information zur Bereitstellung von Wohnraum 1984 in der Stadt Leipzig, 13.2.1984, StAL, StVuR (2), 17898, Bl. 208.

³⁸ Vgl. Weitere Maßnahmen zur Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED auf dem Gebiet der sozialistischen Wohnungspolitik in der Stadt Leipzig, 11.10.1971, StAL, StVuR (2), 18607, Bl. 242-244.

belegten Wohnraumes und zur Bearbeitung und Überleitung von Wohnungsanträgen mittlerer Betriebe an die zuständigen Stadtbezirke die „sozialistische Wohnungspolitik“ in die richtigen Bahnen lenken, was in der Praxis allerdings eher zu Verwirrungen führte.³⁹ Der Erweiterung des Aufgabenspektrums standen allerdings keine institutionellen Implikationen gegenüber. Bereits im Vorfeld der Beschlussfassung warnte daher sogar die Parteigruppe „Wohnungspolitik“ der SED-Grundorganisation im Rat der Stadt davor, dass die Maßnahmen „nicht dazu angetan sein [werden, d. Verf.], die Wohnraumpolitik besser als bisher durchzuführen.“⁴⁰ Man befürchtete zu diesem Zeitpunkt bereits lange Warteschlangen vor den Sprechzimmern, den Anstieg der Mitarbeiterfluktuation sowie die Zunahme der Kritik seitens der Bevölkerung. Es dauerte deshalb nicht lange, bis sich Horst Schumann, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, verärgert darüber zeigte, „daß man beim Rat der Stadt in der Abteilung Wohnungspolitik drei Monate benötigte, um die 9. Stadtverordnetenversammlung auszuwerten“ und Parteikontrollen in den Stadtbezirken anordnete.⁴¹

2 c.) Das Personal in den Räten der Stadtbezirke. Sozialstruktur und Berufsbild

Sozialstatistische Angaben, die eine Untersuchung langfristiger Trends zulassen, müssen aus vereinzelt vorliegenden Kaderanalysen und -berichten gewonnen werden. Quellenkritisch ist dabei in Rechnung zu stellen, dass diese Statistiken vornehmlich der Kontrolle darüber dienten, ob der Parteieinfluss in einer Institution ideologisch und fachlich gesichert war⁴², was die Auswahl sowie Tiefe der Informationen bestimmte. Je nach Institution konnte der Umfang aber erheblich differieren, denn auch Kaderakten und -aussprachen gehörten zu den Hauptquellen und -methoden praktischer Kaderarbeit. Einer Standardisierung unterlagen Kaderanalysen unterer Ebenen frühestens mit der Einführung des Zentralen Kaderdatenspeichers, dessen Daten erst ab 1980 überliefert sind.⁴³ Da eine sozialstatistische Erhebung neben der Parteimitgliedschaft jedoch eine Vielzahl weiterer Variablen über

³⁹ Eine Reihe dieser Richtlinien befindet sich lose eingelegt in: SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/150, unpag.

⁴⁰ Vgl. Sekretär der APO 3, Bericht über die durchgeführte Gruppenversammlung am 13.9.1971, 14.9.1971, SächsStAL, 21479, IV/B/7/139/06, unpag.

⁴¹ Vgl. Stadtbezirksparteikontrollkommission Nord, Untersuchungsbericht von der Parteiorganisation Rat des Stadtbezirkes Nord, 5.4.1972, SächsStAL, 21145, IV/C5/01/150, unpag.

⁴² Vgl. Gert-Joachim Glaeßner, Kaderpolitik, in: DDR Handbuch, Bd. 1, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 3. überarb. u. erw. Aufl., Köln 1985, S. 698.

⁴³ Vgl. Dietmar Remy, Datenfriedhof oder Füllhorn für die DDR-Forschung? Geschichte, Funktionsweise und wissenschaftlicher Wert des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR, in: Historical Social Research 28:1/2 (2003), S. 73-107, hier: S. 75.

einen längeren Zeitraum einbeziehen muss, müssen Überprüfungsberichte der Parteikontrollkommissionen und der ABI ergänzend herangezogen werden.

Im November 1979 arbeiteten in fünf von sieben Fachabteilungen für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft nur rund ein Drittel SED-Mitglieder.⁴⁴ Dieser Durchschnitt lässt sich kontinuierlich für alle sieben Abteilungen bis in das Jahr 1972 zurückverfolgen.⁴⁵ Auf der Leitungsebene sah es aus Sicht der SED kaum günstiger aus. In den Problem-Bezirken Süd (hoher Anteil an verfallener Altbausubstanz) und Mitte (hohe soziale und ökonomische Differenzierung) mussten die Positionen des Stadtbezirksrates mit LDPD- und CDU-Kadern besetzt werden, die zur Kommunalwahl 1974 wegen Arbeitsüberlastung bereits wieder ausschieden.⁴⁶ Schon 1972 musste gegen den Stadtbezirksrat in Mitte, dessen Vorgänger (NDPD) bereits wegen Bevorzugung Dritter aufgefallen war⁴⁷, ein Disziplinarverfahren geführt werden, da er Mittel für die Erarbeitung der Wohnungskartei zweckentfremdet hatte.⁴⁸ Für den Stadtbezirk Süd fällt die ABI 1973 ein nahezu vernichtendes Urteil: „Von den 14 Mitarbeitern der Abteilung sind zwei Mitglieder der SED, eine Kollegin ist Mitglied der NDPD. Der Stadtrat ist Mitglied der LDPD, damit ist der Parteieinfluß sehr gering. Insgesamt verfügen 10 Mitarbeiter nur über einen 8-Klassenabschluss. Eine kadermäßige Übersicht weist aus, dass bei der Mehrzahl der Mitarbeiter aufgrund der bisherigen beruflichen Entwicklung die Voraussetzungen nicht gegeben sind, die soz. Wohnungspolitik durchzusetzen.“ Aufgrund psychischer Belastungen, welche die kaum erfolgversprechende Tätigkeit in der Abteilung Wohnungspolitik mit sich brachte, arbeitete der Stadtbezirksrat, ein früherer Sportlehrer, vorwiegend zu Hause und war häufig krankgeschrieben.⁴⁹ Noch 1976 waren beide Funktionen in den Stadtbezirken Mitte und Süd vakant.⁵⁰

⁴⁴ Vgl. Verbaleinschätzungen der Räte der Stadtbezirke zur Abteilung Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft, November 1979, StAL, StVuR (2), 1153, Bl. 2-10.

⁴⁵ Vgl. Struktur und Zusammensetzung der Abt. Wohnungswirtschaft in den Stadtbezirken, 25.4.1972, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/150, unpag.

⁴⁶ Vgl. Kadersituation in den Fachorganen Wohnungspolitik des Rates des Bezirkes, des Rates der Stadt und der Räte der Stadtbezirke, 1.11.1976, SächsStAL, 20237, 24347, unpag.

⁴⁷ Vgl. Bericht der Bezirksparteikontrollkommission zur Einleitung eines Parteiverfahrens, 7.1.1970, SächsStAL, 21123, IV/B/2/3/206, Bl. 112.

⁴⁸ Vgl. Stadtsparteikontrollkommission, ABI-Kontrolle Wohnungswirtschaft Stadtbezirk Mitte, 4.4.1972, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/150, unpag.

⁴⁹ Vgl. ABI Bezirkskomitee Leipzig, 24. Information zur Kontrolle über die Verwirklichung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Wohnungspolitik im Stadtbezirk Leipzig-Süd, 5.6.1973, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/167, unpag. Zit. ebd.

⁵⁰ Vgl. Rat des Bezirkes, Untersuchungen zum Stand der sozialistischen Kaderpolitik in den Räten der Stadtbezirke der Stadt Leipzig, 30.3.1976, StAL, StVuR (2), 634, Bl. 95.

Die Mitarbeiter waren in der Regel gering bzw. fachfremd qualifiziert. Von 128 Mitarbeitern im Jahr 1978 besaßen 96 einen Facharbeiterabschluss, 16 waren ohne Berufsbildung. Bei einer Gegenüberstellung aller Abteilungen schnitt die Wohnungspolitik 1976 in fachlicher Hinsicht am schlechtesten ab.⁵¹ Dies traf insbesondere auf die Wohnraumlener zu.⁵² Im Stadtbezirk Süd führte dies zu Beginn der 1970er Jahre zu erheblichen Differenzen zwischen den Mitarbeitern der Fachabteilung und der Bezirksbürgermeisterin, die den einzigen Ausweg schließlich darin sah, Wohnungsprobleme künftig durch die Autorität der SED-Stadtbezirksleitung entscheiden zu lassen, deren Sonderwünsche ohnehin stets berücksichtigt werden mussten.⁵³ 1977 waren in allen sieben Stadtbezirken nur 15 Prozent der Planstellen mit festgelegten Qualifikationsanforderungen entsprechend besetzt.⁵⁴ Unter den fachfremd eingesetzten Mitarbeitern dominierten 1978 Modistinnen, Säuglingsschwestern und Verkäuferinnen.⁵⁵ Wie diese Zusammenstellung bereits erkennen lässt, bestimmten Frauen die Geschlechterstruktur der städtischen Wohnraumlener. 1975 waren in den Stadtbezirken ausschließlich und 1978 noch immer 85 Prozent Frauen beschäftigt⁵⁶, die vielfach aus familiären Gründen (Kinderbetreuung) in Teilzeit arbeiteten. Zwischen 1972 und 1975 schieden insgesamt 72,2 Prozent der Mitarbeiter der Abteilungen durch Fluktuation aus. Im Stadtbezirk Südwest wurde in diesem Zeitraum überdies das gesamte Kollegium ausgewechselt.⁵⁷ Für die Monate Januar bis September 1976 wurde allein eine Fluktuationsrate von rund 19 Prozent berechnet.⁵⁸ Im Stadtbezirk Nord betrug dieser Anteil 1978 sogar 36,4 Prozent.⁵⁹ In keiner anderen Ratsabteilung lassen sich solch hohe Fluktuationsraten nachweisen.

⁵¹ Vgl. Kadersituation in den Fachorganen Wohnungspolitik des Rates des Bezirkes, des Rates der Stadt und der Räte der Stadtbezirke, 1.11.1976, SächsStAL, 20237, 24347, unpag.

⁵² Vgl. Verbaleinschätzungen der Räte der Stadtbezirke zur Abteilung Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft, November 1979, StAL (2), 1153, Bl. 2-10.

⁵³ Vgl. SPKK, Ideologische Probleme im Rat des Stadtbezirkes Süd zu Problemen der Wohnraumlener, 17.1.1971, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/150, unpag.

⁵⁴ Vgl. Verbalanalyse zum Stand der Kaderentwicklung der Abt. Wohnungspolitik im Rat der Stadt und in den Räten der Stadtbezirke, in: Bl. 79.

⁵⁵ Vgl. Ergänzung zum Bericht der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft 1978, SächsStAL, 20237, 25554, unpag.

⁵⁶ Vgl. Ebd.; SED-Bezirksleitung Leipzig, Abt. Parteiorgane, Kadermäßige Zusammensetzung der Mitarbeiter beim Rat der Stadt und in den Räten der Stadtbezirke, 6.2.1975, SächsStAL, 21123, IV/C/2/4/310, unpag.

⁵⁷ Vgl. Rat des Bezirkes, Untersuchungen zum Stand der sozialistischen Kaderpolitik in den Räten der Stadtbezirke der Stadt Leipzig, 30.3.1976, StAL, StVuR (2), 634, Bl. 98.

⁵⁸ Vgl. Bericht über den Stand des Kaderprogramms, September 1976, StAL, StVuR (2), 1153, Bl. 65.

⁵⁹ Vgl. Analyse der kaderpolitischen Situation in den Abt. Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft des Rates der Stadt und der Räte der Stadtbezirke, Stand: 3.1.1978, Ebd., Bl. 33.

Bei der Gewinnung qualifizierten Personals schreckte in erster Linie die verhältnismäßig geringe Vergütung ab. Einfache Sachbearbeiter verdienten meist nicht mehr als eine Schreibkraft in einem Betrieb.⁶⁰ Wie wenig Spielraum die örtlichen Staatsorgane in dieser Hinsicht besaßen, veranschaulicht ein Beispiel aus dem Stadtbezirk Süd. „Auch die Erhöhung der Planstellen von 12 auf 17 sowie der Vergütung von 460,- M auf 600,- M brachte bisher keine wesentliche Verbesserung der Arbeitsergebnisse.“⁶¹ Noch 1979 forderten die Stadtbezirke vom 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters wiederholt die Aufwertung von Planstellen, was jedoch stets mit dem Hinweis auf die begrenzten Möglichkeiten abgewiesen werden musste. Zwischen 1972 und 1976 wurden die Stellenpläne in den Stadtbezirken zwar von 65 auf 123 nahezu verdoppelt⁶², aber auch dies führte vor dem Hintergrund geringer Vergütung, mangelnder Qualifikation, hoher Fluktuationsraten und überdurchschnittlicher Teilzeitbeschäftigung zu keiner zufriedenstellenden Lösung. Eine fachlich qualifizierte Arbeit wurde zudem dadurch behindert, dass es weder eine Berufsausbildung noch spezifische Schulungsprogramme für Wohnraumlener gab.⁶³

Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass kaum adäquate Arbeitsbeziehungen aufgebaut werden konnten, was innere Differenzen noch begünstigte. Zudem verhinderten hohe Fluktuationsraten und fehlender 'Chorgeist', dass sich unter den Funktionären und Mitarbeitern, die ihre Tätigkeit in der Regel nicht aus eigener Initiative bzw. innerer Verbundenheit mit städtischen Belangen heraus angetreten waren, eine Identifikation mit ihrem Berufsfeld, geschweige denn ein Gespür für städtische Problemlagen ausbildeten. Umgekehrt waren die Abteilungen für Wohnungspolitik im Rat allgemein schlecht angesehen. So äußerte sich eine Mitarbeiterin in einem vertraulichen Gespräch mit einem Parteikontrolleur beschämt über das „innere Grinsen“, das ihr von Kollegen aus anderen Abteilungen entgegengebracht wurde. „Aber keiner möchte bei uns arbeiten“, lautete ihr Fazit.⁶⁴ Nicht

⁶⁰ Ein Industriearbeiter ohne Studium verdiente um 1970 durchschnittlich 800 Mark, eine Sekretärin 650 Mark und eine Schreibkraft 450 Mark. Vgl. Heinz Vortmann, Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zum Beginn der achtziger Jahre. Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik, Berlin 1985, S. 87.

⁶¹ Vgl. ABI Bezirkskomitee Leipzig, 24. Information zur Kontrolle über die Verwirklichung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Wohnungspolitik im Stadtbezirk Leipzig-Süd, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/167, unpubl.

⁶² Vgl. Struktur und Zusammensetzung der Abt. Wohnungswirtschaft in den Stadtbezirken, 25.4.1972, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/150, unpubl.; Analyse der kaderpolitischen Situation in den Abt. Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft des Rates der Stadt und der Räte der Stadtbezirke, Stand: 3.1.1978, StAL, StVuR (2), 1153, Bl. 34.

⁶³ Vgl. ABI-Stadtbezirkskomitee Nord, Bericht von der Kontrolle Wohnungswirtschaft, 13.6.1973, SächsStAL, 20301, 657, unpubl.

⁶⁴ Vgl. Aktennotiz über Aussprache mit Genn. R. [anonymisiert], stellv. Leiter der Abteilung Wohnungs-

zufällig beteiligten sich alle sieben Fachabteilungen am 30. Januar 1990 geschlossen an einem offenen Brief, in dem sie die sofortige Auflösung ihrer Abteilungen wegen angeblicher Unkontrollierbarkeit und ausuferndem Bürokratismus forderten.⁶⁵ Ein ähnlich akuter Ausdruck innerer Demoralisierung ist für keine weitere Abteilung überliefert.

2 d.) Behördenalltag in den Räten der Stadtbezirke

Das immense Aufgabenspektrum und die permanente Überforderung der städtischen Wohnraumlenker spiegelt sich in einer auf empirischer Basis erstellten Statistik zur Arbeitszeitverteilung aus dem Jahr 1978 wider.

Aufgabenbereich	Anteil in %
Durchführung von Sprechstunden	16
Aussprachen mit Bürgern außerhalb des Sprechtages/Betriebs-sprechstunde	12
Operative Tätigkeit im Wahlkreis, Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Kräften	12
Arbeitsgruppentätigkeit, Arbeitsberatungen, Eigenqualifizierung	12
Eingaben- und Postbearbeitung	25
Aktualisierung der Wohnungskartei/Meldespäne	5
Sonderaufgaben	2
Ausfallzeiten durch Fluktuation, Krankheit	14

Tabelle 3: Arbeitszeitverteilung der Abteilungen Wohnungspolitik in den Stadtbezirken 1978⁶⁶

Schon bei der Erstellung von Wohnraum- und Wohnungssuchendenkarteien arbeiteten die lokalen Wohnraumlenker unter erschwerten Bedingungen. Die Verwendung interner Statistiken war gesetzlich untersagt⁶⁷, was durch den Zugriff auf Meldkarteien der Volkspolizei kompensiert werden sollte, deren Exaktheit aber ebenso zweifelhaft war und deren Zugänglichkeit von der Kooperationsbereitschaft der ört-

wirtschaft am 1.7.1982, SächsStAL, 21138, IV/E/5/02/121, unpubl.

⁶⁵ Vgl. Offener Brief, 30.1.1990, StAL, StVuR (2), 17901, Bl. 12-13.

⁶⁶ Vgl. Ergänzung zum Bericht der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft 1978, SächsStAL, 20237, 25554, unpubl.

⁶⁷ Vgl. Rowell, Wohnungspolitik, S. 699.

lichen Polizeibehörden abhing. Die Erfassung von Wohnraum und Wohnungssuchenden war daher einer gewissen Beliebigkeit unterworfen. Es verwundert nicht, dass nur etwa fünf Prozent der Arbeitszeit auf diese eigentlich grundlegende Tätigkeit entfielen. Oftmals stammten Informationen über leerstehenden Wohnraum von Wohnungssuchenden selbst⁶⁸, die sich dadurch eine Zuweisung in die gemeldete Wohnung erhofften – oftmals vergebens. Anderenorts arbeitete man mit veralteten Karteien aus der unmittelbaren Nachkriegszeit und hatte demzufolge gerade einmal zehn Prozent aller Wohnungen nach Über- und Unterbelegung erfasst.⁶⁹ Zur Unterstützung des Stadtbezirkes Mitte bei der Aktualisierung der Karteien stellte der Rat der Stadt 1971 34.000 Mark zur Verfügung, von denen pro gemeldeter Wohnung eine Mark an den helfenden Bürger ausgezahlt werden sollte. Die Anreizwirkung dieser Maßnahme wurde allerdings verfehlt, so dass der Stadtbezirksrat schließlich 20.000 Mark an Verwandte und Kollegen auszahlte, die mithilfe des Behördenmaterials eine Kartei erarbeiteten, ohne jemals eine Wohnung auf ihren tatsächlichen Zustand hin überprüft zu haben. Ein weiteres Problem betraf die mangelnde Bereitschaft von Hauseigentümern zur Freimeldung von Wohnungen. Um finanzielle Einbußen durch dauerhaften Leerstand zu vermeiden, suchten sich Hauseigentümer oftmals selbst neue Mieter. Die Stadtbezirke wurden über diese „Schwarzbezüge“ freilich nicht informiert.⁷⁰ Bei nachträglicher Kritik an der verspäteten Freimeldung konnten Hauseigentümer zudem auf eine rechtliche Grauzone in der Wohnraumlenkungsverordnung von 1967 zurückgreifen, denn die Form der Freimeldung war nicht geregelt.

Auch die Wohnungsvergabe orientierte sich in der Praxis weniger an den zentralen Vorgaben, wonach 60 Prozent der Wohnungen an „Arbeiter“ in der Industrieproduktion gehen sollten, sondern an lokalen Gegebenheiten. Eine Parteikontrolle in den Stadtbezirken Süd und Nord im April 1972 ergab, dass es „endlose Diskussionen“ über die Frage gegeben habe, wer als „Arbeiter“ zu gelten habe. Im Stadtbezirk Süd legte man den Arbeiteranteil auf 95 Prozent fest, um womöglich weiteren Kontrollen zu entgehen. Diese Vorgehensweise erregte jedoch die Aufmerksamkeit der

⁶⁸ Vgl. Stadtparteikontrollkommission, Einschätzung und Fakten aus ABI-Berichten, 1.4.1972, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/150, unpag.

⁶⁹ Vgl. ABI-Bezirkskomitee, Bericht über die Ergebnisse der Kontrolle der Eingabearbeit beim Rat des Stadtbezirkes Südwest, insbesondere auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft, 16.11.1971, 21123, IV/B/2/4/01/234, unpag.

⁷⁰ Im Stadtbezirk Nord errechnete man 1973, dass eine Wohnung durchschnittlich 7,9 Monate leer stand, bevor sie von den örtlichen Staatsorganen registriert worden war. Vgl. ABI-Stadtbezirkskomitee Nord, Bericht von der Weiterführung der Überprüfung zur Verbesserung der Wohnverhältnisse kinderreicher Familien und über die Durchführung gezielter Kontrollen zu ausgewählten Schwerpunkten der sozialistischen Wohnungspolitik, 31.10.1973, SächsStAL, 20301, 658, unpag.

Parteikontrollkommission und wurde schließlich als „sektiererische Auslegung der Beschlüsse“ gewertet. Eine Nachkontrolle ergab, dass tatsächlich nur 51,5 Prozent „Arbeiter“ im Vergabeplan standen. Auch im Stadtbezirk Nord seien statt den angegebenen 70 allenfalls 40 Prozent „Arbeiter“ erfasst gewesen. Hier genügte bereits der erlernte Beruf, um als „Arbeiter“ zu gelten. Im Stadtbezirk Mitte erfasste man, der Sozial- und Wohnstruktur entsprechend, auch die Familien- und Wohnungsgröße der „Arbeiter“. Hier wurden zuallererst „Katastrophenfälle“ und überbelegter Wohnraum bearbeitet. Da die Pläne aber kaum Spielräume ließen, wurden dringende Fälle vielfach außerplanmäßig gelöst, so etwa 74 Prozent der im Jahre 1973 registrierten Anträge kinderreicher Familien.⁷¹ Im Stadtbezirk Süd bekam man eine Wohnung, wenn man nachdrücklich mit einer Eingabe beim ZK bzw. bei der benachbarten SED-Bezirksleitung drohte. Unter diesen Wohnungssuchenden seien die wenigsten „Arbeiter“ gewesen.

Das Fehlen von Übersichten über sogenannten „unterbelegten“ Wohnraum erklärt sich dagegen weniger aus örtlichen Gegebenheiten, denn aus der mangelnden Bereitschaft der Bürger, ihre Wohnungen auf Unterbelegung hin untersuchen zu lassen und gegebenenfalls eine „Zwangsumsiedlung“ in eine potentiell schlechtere Wohnung zu riskieren. So wurden 1976 insgesamt 9.695 Wohnungen mit vier bis sechs Räumen als „krass unterbelegt“ (mit ein bis zwei Personen) registriert.⁷² Ein in der Bevölkerung stetig steigender Bedarf nach Wohnkomfort stand mit den Belegungsnormen der SED zunehmend nicht mehr im Einklang und dem Wohnungstausch somit massiv entgegen. 1982 galten etwa knapp 100.000 Wohnungen, d.h. fast 40 Prozent aller städtischen Wohnungen als „unterbelegt“.⁷³ So verursachten Tausche und Lenkungen einen unvermeidbaren Mehraufwand für die Behörden, obgleich sie durch eine Wohnungstauschzentrale entlastet werden sollten. Für das Jahr 1988 lassen sich die komplizierten Ausmaße quantitativ fassen. Hier mussten für 1.400 Tauschaktionen im Vorfeld 35.000 Wohnungsangebote unterbreitet werden.⁷⁴ Um zumindest einen kleinen Teil der „unterbelegten“ Wohnungen erfassen

⁷¹ Vgl. Stadtparteikontrollkommission, ABI-Kontrolle Wohnungswirtschaft Stadtbezirk Mitte, 4.4.1972, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/150, unpubl.; ABI Stadtkomitee, Bericht über die Kontrolle zur weiteren Durchsetzung der sozialistischen Wohnungspolitik, insbesondere zur Realisierung des Beschlusses des Ministerrates vom 10.5.1972, 7.11.1973, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/167, unpubl.

⁷² Vgl. Rat des Bezirkes Leipzig, Abt. Wohnungspolitik an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, 11.10.1976, SächsStAL, 20237, 24784, unpubl.

⁷³ Vgl. ABI-Stadtkomitee, Information über Kontrollergebnisse zur Durchsetzung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Wohnungspolitik in der Stadt Leipzig, 24.6.1982, SächsStAL, 20301, 503, unpubl.

⁷⁴ Vgl. Rat der Stadt, Instrukteurabteilung, Kontrollbericht im Ergebnis der Untersuchung zur Verwirklichung des Beschlusses 0149 des Rates der Stadt vom 13.07.1988 – Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der sozialpolitischen Wirksamkeit der Wohnungspolitik und zur effektiven Nutzung und Erhaltung des Wohnungsfonds in der Stadt Leipzig, 5.12.1988, StAL, StVuR (2), 17900, Bl. 4.

zu können, nutzten die Stadtbezirke die wenigen ihnen zur Verfügung stehenden Neubauwohnungen als Tauschanreize.⁷⁵ Im Stadtbezirk Nord stellte man 1973 zudem fest, dass sämtliche Tausche allein unter Wohnungssuchenden stattfanden und es keine Tauschwilligen gegeben habe.⁷⁶

Begünstigt wurde der administrative Eigensinn in den Stadtbezirken nicht zuletzt durch das Desinteresse des Rates der Stadt, der sich mit seinen Aufgaben im Bereich Wohnraumlenkung selbst überfordert zeigte. Wie ein gemeinsames Seminar von Vertretern der Stadtbezirke Nord und Nordost sowie des Rates der Stadt im Frühjahr 1978 zeigte, waren beide städtische Ebenen unterschiedlich stark in den lokalen Kontext eingebunden, was die Arbeitsbeziehungen und gegenseitige Wahrnehmung jenseits der postulierten Kollektivität prägte: „Die drei anwesenden Mitarbeiter der Abteilung Wohnungspolitik des Rates der Stadt beteiligten sich nicht an der Diskussion. Vom Seminarleiter nach ihrer Meinung befragt, erklärten sie, daß sie von der Fachabteilung des Rates der Stadt sind und keine Eingaben zu bearbeiten haben. Eine Mitarbeiterin verließ das Seminar ohne Begründung vorzeitig.“⁷⁷ Viele Mitarbeiter betrachteten den Rat der Stadt aus diesem Grunde als „Insel“.⁷⁸

3. Der Staat und seine Bürger. Beziehungen und Aushandlungsprozesse vor Ort

3 a.) Die Verwaltung des Bürgers. Wohnungsanträge und Eingaben

Eingaben und Wohnungsanträge stellten ein wesentliches Kommunikationsmittel zwischen Bevölkerung und Staat vor Ort dar, dementsprechend wurden hierüber differenzierte Statistiken geführt. Während der kommunikative Aspekt im Hinblick auf Eingaben als Druck- und Informationsmittel bereits einschlägig untersucht wurde⁷⁹,

⁷⁵ Vgl. ABI Stadtkomitee, 2. Information zu Kontrollen über die Durchführung der Beschlüsse der 5. Tagung des ZK der SED zur Verbesserung der Wohnbedingungen der Arbeiterklasse und kinderreichen Familien zu ausgewählten Fragen, 15.8.1972, SächsStAL, 20301, 501, unpag.

⁷⁶ Vgl. ABI-Stadtbezirkkomitee Nord, Bericht von der Kontrolle Wohnungswirtschaft, 13.6.1973, SächsStAL, 20301, 657, unpag.

⁷⁷ Rat der Stadt, Instrukteurabteilung, Aktuelle Probleme auf dem Gebiet der Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft, 24.4.1978, StAL, StVuR, 25218, Bl. 9.

⁷⁸ Vgl. Bezirksparteikontrollkommission, Aussprache mit Genossen der APO III beim Rat der Stadt Leipzig am 21. Januar 1976, 28.1.1975, SächsStAL, 21123, IV/C/2/4/310, unpag.

⁷⁹ Vgl. Steffen H. Elsner, Flankierende Stabilisierungsmechanismen diktatorischer Herrschaft. Das Eingebewesen in der DDR, in: Christoph Boyer und Peter Skyba (Hrsg.), Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung in der DDR und der CSSR, Dresden 1999, S. 75-86. Mit Leipziger Bezug vgl. Oliver Werner, „Politisch überzeugend, feinfühlig und vertrauensvoll“? Eingabebearbeitung in der SED, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR, Berlin 1996, S. 461-479; Ursula Wittich, „Dann schreibe ich eben an Erich Honecker!“: „Eingaben“ und „Stellung-

existieren bislang kaum Studien zum Umgang mit den zum Ausdruck gebrachten Sorgen seitens der Behörden.⁸⁰

Wohnungsanträge wurden in Leipzig einerseits nach zentral vorgegebenen sozialpolitischen Kriterien und andererseits nach lokalen Wohnbedingungen untergliedert⁸¹:

	Nach sozialpolitischen Kriterien		Nach Wohnverhältnissen		
	April 1977	1983		April 1977	1983
Arbeiter	12.932 (55,2 %)	30.889 (61,6 %)	gesperrt	578 (2,5 %)	15 (-)
Junge Ehepaare	3.074 (13,1 %)	6.067 (12,1 %)	verworfen/nass	497 (2,1 %)	7.083 (14,1 %)
Kinderreiche Familien	309 (1,3 %)	427 (0,9 %)	überbelegt	10.234 (43,7 %)	5.469 (11 %)
Familien bis 3 Kinder	8.862 (37,9 %)	1.091 (2,2 %)	ohne eigenen Wohnraum	14.707 (62,8 %)	17.467 (34,9 %)
Gesundheitsgeschädigte Bürger	k.A.	2.640 (5,3 %)			
Ältere Bürger	1.981 (8,4 %)	5.131 (10,2 %)			
Gesamtzahl der Anträge	23.428	50.102	Gesamtzahl der Anträge	23.428	50.102

Tabelle 4: Wohnungsanträge im Vergleich (April 1977/Dezember 1983)⁸²

Betrachtet man die Relationen der nach Wohnverhältnissen aufgedichteten Wohnungsanträge vom April 1977, so fällt zunächst auf, dass eine eindeutige Klassifizie-

nahmen“ im Alltag der DDR, in: Ruth Reiher und Antje Baumann (Hrsg.), Vorwärts und nichts vergessen. Sprache in der DDR – Was war, was ist, was bleibt, Berlin 2004, S. 195-205.

⁸⁰ Eine systematische Analyse zur internen Gewichtung von 317 Eingaben der Jahre von 1950 bis 1979 findet sich bei Rowell, Le totalitarisme, S. 296-321.

⁸¹ Eine ähnliche Einteilungsstrategie lässt sich für Dresden nachweisen. Vgl. Maaß, Wohnen, S. 61-62.

⁸² Datengrundlage: Rat der Stadt, Bericht über Ergebnisse und weitere Aufgaben der Wohnraumlenkung und der Gebäudewirtschaft für die Sitzung des Rates des Bezirkes am 10. Juni 1977, 31.5.1977, StAL, StVuR, 21446, Bl. 64-78. Rat der Stadt, Abt. Wohnungspolitik, Information zur Bereitstellung von Wohnraum in der Zeit vom 1. Januar 1983 bis zum 31. Dezember 1983 in der Stadt Leipzig, 29.2.194, StAL, StVuR (2), 17897, Bl. 245.

zung der Anträge nach spezifischen Wohnbedingungen nicht immer möglich war. Oftmals trafen mehrere Merkmale auf eine Wohnung zu. Ein Blick auf die beanstandeten Wohnverhältnisse des Jahres 1983 verdeutlicht zudem, dass ein erheblicher Teil der Anträge (ca. 40 Prozent) nicht mehr als dringlich im Sinne der staatlich anerkannten Kriterien eingestuft wurde. So galt etwa die Hälfte der 47.096 Wohnungsanträge des Jahres 1981 als „Komfortverbesserung“.⁸³ Die vorgegebenen Bewertungskriterien für die Wohnungsvergabe verzerrten das Bild über die tatsächliche Wohnungssituation in der Stadt. Einerseits mussten bestimmte Belegungsnormen erfüllt werden⁸⁴, andererseits galt seit den 1980er Jahren das weit interpretierbare Kriterium „trocken – sicher – warm“ als „grundlegende Nutzungsanforderung“.⁸⁵ Für eine bedarfsgerechte Vergabe mangelte es zudem an den materiellen Voraussetzungen, was die Behörden zur Selektion und dogmatischen Bearbeitung der Anträge zwang.⁸⁶ Ende des Jahres 1979 standen den Stadtbezirken für 34.622 Wohnungsanträge gerade einmal 10.810 zu vergebende Wohnungen zur Verfügung, der Großteil davon mit erheblichen Mängeln.⁸⁷ So stiegen die Zahlen der Wohnungsanträge von Arbeitern, jungen Ehepaaren sowie Rentnern im Zeitraum zwischen 1977 und 1983 teilweise über das Doppelte an, wohingegen der Anteil der Familien mit bis zu drei Kindern numerisch und relational sank. Wie bereits dargestellt, wurden ihre Anträge oftmals außerhalb des Planes durch Lenkungen und Tausche gelöst, denen aber ein unverhältnismäßig hoher Aufwand gegenüberstand. Bedingt war dies vor allem dadurch, dass nur ein verhältnismäßig geringer Teil an zumutbaren und leer stehenden Wohnungen mit mehr als drei Zimmern zur Verfügung stand.⁸⁸ Jedoch schienen die Behörden das Problem überbelegter Wohnungen allmählich in den Griff bekommen zu haben. Wie allerdings die sprunghafte Zu-

⁸³ Vgl. ABI-Stadtkomitee, Information über Kontrollergebnisse zur Durchsetzung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Wohnungspolitik der Stadt Leipzig, 24.6.1982, SächsStAL, 20301, 503, unpubl.

⁸⁴ Danach stand einem 1-Personen-Haushalt eine 1-Raum-Wohnung, einem 2-3-Personen-Haushalt eine 2-Raum-Wohnung, einem 3-4-Personen-Haushalt eine 2-3-Raum-Wohnung, einem 4-5-Personen-Haushalt eine 3-4-Raum-Wohnung und nur größeren Haushalten Wohnungen mit über 4 Räumen zu. Vgl. Manfred Melzer, Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten – ein Vergleich, Berlin 1983, S. 158.

⁸⁵ Vgl. Siegfried Grundmann, Der Einfluß der Standortwahl des Wohnungsbaus auf die räumliche Umverteilung der Bevölkerung der DDR, in: *Comparativ* 3 (1996), S. 151.

⁸⁶ Wie wenig Spielraum etwa bei den Belegungsnormen bestand, um diese den lokalen Gegebenheiten anzupassen, zeigt ein Maßnahmenkatalog des Rates des Bezirkes Leipzig von 1981. Danach galt: 1-Personen-Haushalte: 1 Zimmer, 2-3-Personen-Haushalte: 1 ½ -2 Zimmer, 3-4-Personen-Haushalte: 2-2 ½ Zimmer, 4-5-Personen-Haushalte: 2 ½ – 2 2/2 Zimmer. Vgl. Maßnahmenkatalog zur Verwirklichung der Wohnungspolitik, 25.2.1981, SächsStAL, 21123, IV/D/2/03/174, unpubl.

⁸⁷ Vgl. Studie zur Analyse der Wohnungsanträge und die Ursachen für steigende Tendenzen 1980, STAL, StVuR (2), 20651, Bl. 80.

⁸⁸ Vgl. exemplarisch StAL, SB Südost, 798, Bd. 1.

nahme der Zahl der Antragsteller aus nassen und verworfenen Wohnungen zeigt, verbargen sich dahinter oftmals Verlegenheitslösungen. Mit dem Versprechen, dass dies keine Dauerlösung sein würde, wurden Bürger aus überbelegten Wohnungen in zum Teil unzumutbare Wohnungen gelenkt – oftmals in dem Bewusstsein, dass es nicht zu den angekündigten Lösungen kommen würde.

Aus Sicht der Bevölkerung nahm das Eingabewesen eine herausragende Stellung in der Geltendmachung persönlicher Bedürfnisse gegenüber dem Staat ein. Es stellte gewissermaßen den Ersatz für das Fehlen von Möglichkeiten der Wahrnehmung subjektiver Rechte dar.⁸⁹ So schärfte nicht zuletzt dessen Ausbau Mitte der 1970er Jahre⁹⁰ das Bewusstsein der Bevölkerung, gezielt Einfluss auf ihre persönlichen Belange gewinnen zu können, die ganz in den Händen des Staates lagen.⁹¹ Im ersten Halbjahr 1974 machten etwa 2.400 Bürger von dieser Konfliktbewältigungsstrategie Gebrauch.⁹² Wie viele Wohnungseingaben sich hierunter befanden, lässt sich aufgrund fehlender Statistiken nur ungefähr schätzen. Für Halle, das eine vergleichsweise bessere Wohnungssituation aufwies, ist ein durchschnittlicher Wert von 50 Prozent überliefert.⁹³ Für Leipzig dürfte der Wert parallel zur Wohnungssituation weit höher gelegen haben. Für 1987 findet sich eine Berechnung in den Akten, wonach 45,5 Prozent der 3.347 allein an den Staatsrat gerichteten Eingaben Wohnungsprobleme beinhalteten.⁹⁴ Im Rat des Stadtbezirkes Mitte schätzte man 1982, dass 80-90 Prozent aller Eingaben Fragen der Wohnungspolitik betrafen.⁹⁵ Jedoch sind diese Zahlen mit Bedacht zu interpretieren, da mündliche Eingaben oftmals nicht aktenkundig wurden. Monatlich erreichten die Stadtbezirke, so verschiedene und voneinander unabhängige Schätzungen, zwischen 30 und 60 Eingaben.

Das Mitwirkungsbedürfnis der Bürger konzentrierte sich in der Praxis auf die Reklamation persönlicher Bedürfnisse, ferner auf Kritik an den örtlichen Staatsorganen. „Vorschläge“, etwa zur freiwilligen Mitarbeit, wurden nur in wenigen Fällen unterbreitet. Im Hinblick auf die Eingabenpraxis der Bevölkerung lässt sich ein Lernprozess im Rechtsbewusstsein feststellen, nachdem Eingaben immer stärker und gezielter als Druckmittel eingesetzt wurden. Wurden 1962 etwa 90,6 der 1.633

⁸⁹ Vgl. Michael Stolleis, *Sozialistische Gesetzlichkeit. Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in der DDR*, München 2009, S. 149.

⁹⁰ Vgl. Gesetz über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger vom 19. Juni 1975, in: *Gesetzblatt der DDR* 1975, Teil 1, S. 461.

⁹¹ Vgl. Schmidt, „Jedem eine Wohnung“, S. 44.

⁹² Vgl. Eingabenanalyse I. Halbjahr 1974, StAL, StVuR, 21416, Bl. 256.

⁹³ Vgl. Schmidt, „Jedem eine Wohnung“, S. 50.

⁹⁴ Vgl. Eingaben an den Staatsrat 1987, SächsStAL, 20237, 25794, unpubl.

⁹⁵ Vgl. SED-Stadtbezirksparteikontrollkommission, Aktennotiz über Aussprache mit Gen. B. [anonymisiert] am 30.6.1982, 8.7.1982, SächsStAL, 21138, IV/E/5/02/121, unpubl.

registrierten Eingaben an die Stadtbezirke bzw. die zuständige Fachabteilung im Rat der Stadt übersandt⁹⁶, so zeigt sich 1974 ein umgekehrtes Bild. Hier wurden 45,7 Prozent der 2.406 Eingaben direkt an örtliche Schlüsselfunktionäre (Oberbürgermeister, Abgeordnete) und weitere 25,2 Prozent an zentrale bzw. bezirkliche Organe geleitet, die fachlich nicht für Wohnungsfragen zuständig waren, von deren Einflussmöglichkeiten man sich jedoch bessere Erfolgsaussichten versprach. Da die Kenntnisnahme von Eingaben vom Wohlwollen des Adressaten abhing, wurden Eingaben gezielt anlässlich „politischer Höhepunkte“ verfasst. Besonders im Vorfeld von Kommunalwahlen erhoffte sich so ein Großteil der Eingabegeber, den Vertretern des Staates vor Ort unter Bezugnahme auf die Versprechen der Parteiführung konkrete Zugeständnisse abzuverlangen. 1974 betraf dies rund 46 Prozent der Eingaben, 30 Eingabegeber wagten sogar, offensiv mit Wahlverweigerung zu drohen. Tatsächlich aber gingen die Eingaben stets an die zuständige Fachabteilung zurück, mit dem Verweis, diese termingerecht innerhalb von vier Wochen zu bearbeiten. Hierüber hatten die örtlichen Staatsorgane dann Bericht zu erstatten. Da Statistiken fehlen, die mit denen der Wohnungsanträge vergleichbar wären, können nur Tendenzen über die Praxis der Eingabebearbeitung geäußert werden, die sich aus der kurssorischen Durchsicht der relevanten Quellenbestände zeigen. Allgemein lässt sich beobachten, dass die vergleichsweise kleine Anzahl an Eingaben den Wohnungsanträgen gegenüber als nachrangig betrachtet wurde und nicht als unmittelbarer Teil des Berufsverständnisses galt. Entsprechend unkoordiniert und sporadisch verlief die Eingabebearbeitung, für die vor allem fachfremde Mitarbeiter eingesetzt wurden. Auch die Eingabebücher waren in der Regel unvollständig, der Name des Bearbeiters und der Bearbeitungsstand gingen nur selten aus ihnen hervor, was aber zum Teil auch als Selbstschutz vor Parteikontrollen gewertet werden kann.⁹⁷ Eingaben galten als Belastung oder auch „Extrawünsche“ der SED-Stadtbezirksleitung.⁹⁸ In der Praxis entschied vielmehr die jeweilige lokale Drucksituation darüber, ob eine Eingabe bearbeitet wurde. Im Stadtbezirk Süd, der aufgrund seines hohen Anteils an Altbausubstanz und den daraus resultierenden Problemen der Wohnraumlenkung unter kontinuierlicher Beobachtung der Stadtpartei kontrollkommission stand, genügte oftmals die Drohung mit dem ZK bzw. der räumlich nahen SED-Bezirkslei-

⁹⁶ Vgl. Analyse der Arbeitsweise der Abt. Wohnraumlenkung des Rat des Stadtbezirkes Südwest, 14.10.1964, StAL, StVuR (1), 3001, Bl. 9.

⁹⁷ Vgl. Stadtpartei kontrollkommission, Einschätzungen und Fakten aus ABI-Berichten, 1.4.1972, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/150, unpag.; ABI Bezirkskomitee Leipzig, 24. Information zur Kontrolle über die Verwirklichung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Wohnungspolitik im Stadtbezirk Leipzig-Süd, 5.6.1973, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/167, unpag.

⁹⁸ Vgl. Untersuchung der SED-Stadtpartei kontrollkommission Süd in der Grundorganisation des Rates des Stadtbezirkes Süd 6.12.1976-27.1.1977, SächsStAL, 21141, IV/D/5/05/122, unpag.

tung, um ohne weitere Überprüfung zum Erfolg zu kommen.⁹⁹ Entscheidend konnte auch sein, wie oft sich ein Bürger an übergeordnete Organe gewandt hatte.¹⁰⁰ Bürger, die diese Standhaftigkeit jedoch nicht an den Tag legten, konnten weiterhin erfolgreich hingehalten werden.

3 b.) Verwaltung mit dem Bürger. „Bürgerkollektive“ und „Wohnungskommissionen“

Sogenannte „Bürgerkollektive“ und andere ehrenamtliche Beteiligungsformen, zu denen auch Wohnungskommissionen zählten, waren ein wichtiger Bestandteil der Legitimationsstrategie des SED-Staates, denn sie sollten das in Artikel 21 der Verfassung der DDR verankerte Mitbestimmungsrecht der Bürger gewährleisten. Als „höchste Form“ galt dabei das Abgeordnetenmandat in einer örtlichen „Volksvertretung“.¹⁰¹ Stets kehrte die SED die Vielfalt an Beteiligungsformen nach außen und demonstrierte damit den demokratischen Charakter der DDR. So hätten sich 1975 etwa knapp 1,5 Millionen DDR-Bürger ehrenamtlich engagiert.¹⁰² Über die tatsächliche Funktion der „Bürgerkollektive“ existieren bislang kaum empirisch gestützte Studien. Auf ihren Beitrag zur Systemstabilisierung im Sinne einer „partizipativen Diktatur“ hat Mary Fulbrook unlängst hingewiesen.¹⁰³ Über direkte Entscheidungskompetenzen verfügten die Kommissionen und sogenannten „Aktive“ nicht, wohl aber konnten sie eine Art Ersatzöffentlichkeit für die fehlende institutionalisierte Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft darstellen¹⁰⁴, denn sie standen, anders als etwa die Stadtverordnetenversammlungen, nicht unter institutionalisierter Aufsicht der örtlichen Parteiorgane.¹⁰⁵

⁹⁹ Vgl. ABI Bezirkskomitee Leipzig, 24. Information zur Kontrolle über die Verwirklichung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Wohnungspolitik im Stadtbezirk Leipzig-Süd, 5.6.1973, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/167, unpubl.

¹⁰⁰ Vgl. SED-Stadtparteikontrollkommission Mitte, Untersuchungsbericht, 17.7.1982, SächsStAL, 21138, IV/E/5/02/121, unpubl.

¹⁰¹ Vgl. Handbuch für den Abgeordneten, hrsg. v. d. Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Berlin (Ost) 1984, S. 54.

¹⁰² Vgl. Ehrenamtliche Arbeit – Wie organisieren?, hrsg. v. d. Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1977, S. 9.

¹⁰³ Vgl. Mary Fulbrook, Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008, S. 284-285.

¹⁰⁴ Vgl. Michael Völker, Kommunalpolitik in der ehemaligen DDR – ein Sonderfall?, in: Franz Braschos und Rüdiger Voigt (Hrsg.), Kommunalpolitik in Stadt und Land, Erfurt-Bonn 1991, S. 79-89, hier: S. 83.

¹⁰⁵ Vgl. Carsten Benke, Ludwigsfelde. Stadt der Automobilbauer: Stadtentwicklung, Kommunalpolitik und städtisches Leben in einer kleinen Industriestadt der DDR, Berlin 2010, S. 268-269.

Dass diese zwanglosere Form der Kommunikation auch von den örtlichen Staatsvertretern genutzt wurde, um lokale Konflikte zu entschärfen, lässt sich daran verdeutlichen, dass immerhin zwölf Prozent der Arbeitszeit für die Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Kräften aufgewendet und dabei ein ebenso großer Anteil an Eingaben „beraten“ wurde wie in den Sprechstunden (1974 jeweils etwa ein Fünftel).¹⁰⁶ So vermerkte auch ein Bericht der ABI aus dem Jahre 1982, dass im Stadtbezirk Südost 85 Prozent der Eingaben insbesondere mit den ehrenamtlichen Wohnraumlenkungsaktivs im mündlichen Gespräch „bearbeitet“ wurden, während man die offiziellen „Volksvertreter“ nicht als Interessenvertreter der Bürger betrachtete und nur sporadisch im Rahmen von Sprechstunden hinzuzog.¹⁰⁷ In quantitativer Hinsicht lässt sich feststellen, dass sich ehrenamtliche Wohnungskommissionen sukzessive verkleinerten. Bestanden im Stadtbezirk 1973 etwa noch fünf Kommissionen mit 101 Mitglieder, so waren neun Jahre später nur noch 24 Mitglieder in acht Kommissionen organisiert. Dies wirft die Frage nach Zusammensetzung und Motivation der Kommissionsmitglieder auf. Von den 1973 gezählten 101 Mitgliedern waren 37 „Arbeiter“ und lediglich neun in der SED organisiert, wobei eine der fünf Kommissionen überhaupt kein SED-Mitglied registrierte. 24 Mitglieder hatten selbst einen Antrag auf Wohnraum gestellt.¹⁰⁸ Wie sich das oft postulierte „enge Verhältnis“ der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter gestaltete, legt ein Bericht des ABI-Bezirkskomitees aus dem Stadtbezirk Südwest aus dem Jahre 1971 offen. Hier wurde das Gros der Mitglieder aus dem Kreis der Wohnungssuchenden während der Sprechstunden gewonnen und ihnen im Gegenzug dazu Bevorteilung bei der Vergabe zugesichert.¹⁰⁹ Für die Stadtbezirke stellten die Wohnungskommissionen dagegen ein nützliches Instrument der Arbeitsentlastung dar. Leerstehende Wohnungen wurden den Behörden so schneller bekannt, während innerhalb der Bevölkerung eine große Bereitschaft bestand, leerstehenden Wohnraum in der Hoffnung zu melden, diesen zugeteilt zu bekommen. Wie sehr die Eigeninteressen der Wohnungssuchenden berücksichtigt wurden, entschied maßgeblich über die Wahrnehmung eines ehrenamtlichen Engagements. So waren die betrieblichen Woh-

¹⁰⁶ Vgl. Eingabeanalyse I. Halbjahr 1974, StAL, StVuR, 21416, Bl. 256.

¹⁰⁷ Vgl. ABI-Stadtbezirkskomitee Südost, Information über Ergebnisse aus der Kontrolle zum Einsatz der Baureparaturkapazitäten für die Modernisierung und Erhaltung der Wohnbausubstanz entsprechend den vom Bezirkstag und den jeweiligen Kreistagen beschlossenen Volkswirtschaftspläne 1982 im Bezirk, 12.7.1982, SächsStAL, 20301, 847, unpubl.

¹⁰⁸ Vgl. ABI-Stadtbezirkskomitee Nord, Information über die Kontrolle zur Durchführung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Wohnungspolitik in der Stadt Leipzig, SächsStAL, 20301, 668, unpubl.

¹⁰⁹ Vgl. ABI-Bezirkskomitee, Bericht über die Ergebnisse der Kontrolle der Eingabenarbeit beim Rat des Stadtbezirkes Südwest, insbesondere auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft, 16.11.1971, SächsStAL, 21123, IV/B/2/4/1/234, unpubl.

nungskommissionen im Stadtbezirk Nord gerade deshalb so inaktiv, da zu den verteilungsberechtigten AWG nur ein loser Kontakt bestand und sie somit keinen Einfluss auf Wohnungsvergaben gewinnen konnten.¹¹⁰ Auch verweist der Rückgang der Mitglieder ehrenamtlicher Wohnungskommissionen darauf, dass die Interessen der Bürger zugunsten der Staatsvorgaben mit zunehmender Verschlechterung der Wohnungssituation immer weniger Berücksichtigung fanden. Auch unter altgedienten ehrenamtlichen Mitarbeitern rief die zunehmende Abschottung der Wohnungswalter von der Basis Verdächtigungen hervor, „die Mitarbeiter dort stecken die Lorbeeren ein“¹¹¹, während die ehrenamtlichen Mitarbeiter lediglich als Laufburschen ausgenutzt würden.

3 c.) Die feinen Unterschiede.¹¹² Soziale Unterschiede und Konflikte zwischen Arbeitern

Ob sie den „Klassencharakter“ der DDR-Gesellschaft bestimmten oder der Selbstreferenz der ostdeutschen „Arbeitsgesellschaft“ Rechnung trugen, „Arbeiter“ nahmen in der Herrschaftslegitimation der SED und Sozialstruktur der DDR einen herausragenden Stellenwert ein. Demzufolge sollten nach dem VIII. Parteitag mindestens 60 Prozent der Neubaubewohner aus der „Arbeiterklasse“ kommen. Bekanntermaßen war die Arbeiterschaft in der DDR keineswegs die postulierte homogene staatstragende Masse, vielmehr bestanden „feine Unterschiede“, die sich weniger in finanziellen Differenzen oder räumlicher Segregation als im unterschiedlichen Zugang zu knappen und begehrten Ressourcen ausdrückten. Dies wiederum bewirkte Gefühle der Ungleichbehandlung und barg Potential für gesellschaftliche Konflikte. Hierzu trugen offizielle, aber weitestgehend tabuisierte, und inoffizielle Formen der Wohnungsvergabe bei.

Die verwaltungsinternen Verteilungskriterien des Wohnungsbestandes begünstigte Arbeiter privilegierter Betriebe und Einrichtungen. Dies war allein schon der Tatsache geschuldet, dass Wohnungsneubau vorwiegend in Gebieten mit „strukturbestimmender“ Industrie stattfand, die diese Wohnungen größtenteils zugesprochen bekamen.¹¹³ In der Regel verfügten große Betriebe über ein entsprechendes Kontingent an Baukapazitäten, mit denen sie Renovierungsarbeiten ihrer Beleg-

¹¹⁰ Vgl. ABI-Stadtbezirkskomitee Nord, Information über die Kontrolle zur Durchführung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Wohnungspolitik in der Stadt Leipzig, SächsStAL, 20301, 668, unpag.

¹¹¹ Befragungsprotokoll, 4.3.1987, BStU, MfS, BV Lpz. AOPK 657/89, Bd. 3, Bl. 28.

¹¹² Dieser Ausdruck verweist auf das gleichnamige Buch von Pierre Bourdieu, das der Frage nach den sozialen Folgen eingepprägter gesellschaftlicher Strukturen nachgeht. Vgl. Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main 1982.

¹¹³ Vgl. Grundmann, Einfluß, S. 154.

schaft fördern konnten. Kleinere, insbesondere städtische Betriebe waren dagegen strukturell benachteiligt.¹¹⁴ Eine interne Studie zur Umgestaltung des Altbaugebietes Ostvorstadt aus dem Jahre 1976 zeigt die Auswirkungen der ökonomischen Dimension der Wohnungspolitik. Die etwa 80.000 Einwohner dieses Stadtgebietes, von denen etwa 30.000 in den ansässigen „kleineren“ Betrieben arbeiteten, wohnten zu 90 Prozent in über 60 Jahre alten Grundstücken, von denen ein Drittel als nicht mehr modernisierungswürdig erachtet wurde. Drei Viertel der Wohnungen besaßen kein Bad und WC. Zudem waren 90 Prozent der Erdgeschosswohnungen feucht.¹¹⁵ Verglichen mit einer 1979 angefertigten soziologischen Studie zu Grünau, zeichneten sich sogar Segregationstendenzen hinsichtlich des Bildungsniveaus und des damit verbundenen Ansehens in der „Arbeitsgesellschaft“ der DDR ab. Vor allem soziale Randgruppen wie Haftentlassene, Rentner, Jugendliche ohne Berufsausbildung, aber auch gering qualifizierte Bürger, wurden eher in den Altbaugebieten untergebracht, was oftmals sozialen Konfliktstoff mit sich brachte. So hatten 37,7 Prozent der Einwohner der Ostvorstadt keinen Abschluss, 30,3 Prozent waren ausgebildete Facharbeiter und weitere 23,4 Prozent Kinder. Die restlichen 8,6 Prozent machten höher qualifizierte aus.¹¹⁶ In Grünau dagegen hatten nur neun Prozent der Bewohner keine Ausbildung abgeschlossen, etwa 46 hatten einen Facharbeiterabschluss, 28 Prozent einen Fachschul- und 17 Prozent einen Hochschulabschluss.¹¹⁷

Mit dem Anstieg des Wohnungsneubaus erhöhte sich auch unter Arbeitern der Wunsch nach Komfortverbesserung, zumal die Mieten finanziell kaum ins Gewicht fielen.¹¹⁸ Die Belegungs- und Vergabennormen standen den persönlichen Bedürfnissen jedoch massiv entgegen, was die hohe Zahl an Wohnungsanträgen und Eingaben von Arbeitern belegt. Dieser Widerspruch ließ sich bisweilen aber mit amtlicher Hilfe der lokalen Staatsfunktionäre umgehen. Die Zustände in den Wohnungsbehörden, insbesondere die hohe Fluktuation, die fehlende Geschlossenheit sowie der Mangel an beruflicher Identifikation, trugen maßgeblich dazu bei, dass Handlungsspielräume einzelner Funktionäre eine Eigendynamik entwickelten und für persönliche Netzwerke nutzbar gemacht werden konnten. Zudem gehörte die Arbeit an

¹¹⁴ So gab der Leipziger Oberbürgermeister etwa 1977 intern zu, dass Wohnungsanträge praktisch keine Bedeutung für die Vergabe von Neubauwohnungen hätten, sondern in erster Linie die Bevorzugung ausgewählter Betriebe entscheidend sei. Vgl. Vorschlag zur mündlichen Ergänzung über die Ergebnisse und weiteren Aufgaben der Wohnraumlentung und Gebäudewirtschaft vor dem Rat des Bezirkes am 10.6.1977, 2.6.1977, StAL, StVuR, 8486, Bl. 52-53.

¹¹⁵ Vgl. Konzeption zur Lösung der Wohnungsfrage in der Stadt Leipzig bis 1990, SächsStAL, 21123, IV/D/2/6/04/412, Bl. 37.

¹¹⁶ Vgl. Ebd., Bl. 231.

¹¹⁷ Vgl. Alice Kahl, Erlebnis Plattenbau. Eine Langzeitstudie, Opladen 2003, S. 74.

¹¹⁸ Vgl. Beatrix Bouvier, Die DDR – Ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002, S. 194.

der Grenze zur Illegalität zum Herrschaftsalltag vor Ort. Jederzeit konnten übergeordnete Partei- und Staatsfunktionäre auf mündlichem Wege verlangen, Wohnungen ohne Anträge und außerhalb des ohnehin nicht erfüllbaren Planes zu besorgen. Eine Mitarbeiterin des Stadtbezirkes Süd charakterisierte die mentale Wirkung dieser Alltagserscheinung folgendermaßen: „Wer schreit, wer schreibt, wer Instanzen kennt, der kommt mit seinen Forderungen durch!“¹¹⁹ Sanktionsmöglichkeiten gegen ‚Wohnungsverschiebungen‘ bestanden dadurch praktisch kaum. Bisweilen wurden lediglich einzelne Fälle kleinerer Bestechungsversuche im Rahmen von Parteikontrollen aufgedeckt, was für alle Beteiligten unangenehme Folgen haben konnte. So wurde eine Sachbearbeiterin im Stadtbezirk Südost, der man während einer Sprechstunde 50 Mark zugeschoben hatte, zur Verantwortung gezogen. Obgleich sie ohne die Unterschrift ihres Abteilungsleiters ohnehin keine Wohnung zuteilen konnte und lediglich in der Lage war, die Dringlichkeit eines Einzelfalles etwas zu dramatisieren, kam es zu einer gemeinsamen „Aussprache“ mit den jeweiligen Vorgesetzten der betreffenden Personen und ihrer Familienangehörigen. Die Sachbearbeiterin wurde beurlaubt, der Wohnungssuchende wegen „aktiver Bestechung“ vom Rat des Stadtbezirkes angezeigt. Noch 1975 wurden im Stadtbezirk Südost fünf Mitarbeiter wegen Korruption entlassen.¹²⁰ Dagegen konnten der Stadtbezirksrat und seine Stellvertreterin, zugleich Abteilungsleiterin Wohnungspolitik, im Stadtbezirk Süd fast über zehn Jahre Wohnungen im großen Stil verschieben. Die verwandtschaftliche Beziehung der Stellvertreterin zu einem Sekretär der SED-Bezirksleitung und ein vom Stadtbezirksrat angelegtes Dokument unter dem fast zynischen Titel „Buch der guten Taten“, das alle „Auftraggeber“ übergeordneter Organe verzeichnete, boten die Gewähr, dass die Kollegen im Rat des Stadtbezirkes aus Angst vor Konsequenzen nicht einmal dem MfS gegenüber zu detaillierteren Aussagen bereit waren.¹²¹ Ungehindert konnten so Neubauwohnungen gegen Entgelte von 3.000 bis 18.000 Mark ‚verschoben‘ werden. Dieser geheime Wohnungsmarkt stand einem exklusiven, begüterten Kreis offen, der in den gleichen Intershops und Interhotels wie der Stadtbezirksrat und seine Stellvertreterin verkehrte oder über Kontakte in entsprechenden Einrichtungen verfügte und schließlich bereit war, die nicht geringen Summen zu bezahlen bzw. andere begehrte Ressourcen, wie Westgeld oder Handwerkskapazitäten, zur Verfügung zu stellen. Während sich das Strukturmerkmal der ökonomisch motivierten sozialen Ungleichheit auf der einen Seite

¹¹⁹ Untersuchung der Stadtparteikontrollkommission in den Räten der Stadtbezirke Süd und Nord, 25.4.1972, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/150, unpubl.

¹²⁰ Vgl. Rat des Stadtbezirkes Südost an das Revier der Volkspolizei Südost, Anzeige wegen Verdacht auf Bestechung, 1.2.1972, Ebd., unpubl.; Kadersituation in den Fachorganen Wohnungspolitik des Rates des Bezirkes, des Rates der Stadt und der Räte der Stadtbezirke, 1.11.1976, SächsStAL, 20237, 24347, unpubl.

¹²¹ Der Vorfall ist dokumentiert in: BStU, MfS, BV Lpz. KD Lpz.-Stadt 04903.

in einer Ungleichverteilung von Wohnungen äußerte, begünstigen auf Struktur-schwächen basierende personelle Netzwerke auf der anderen Seite diejenigen Personen, die von der offiziellen Sozialpolitik weitestgehend unberücksichtigt blieben. So waren es neben – vorwiegend parteilosen – Arbeitern privilegierter Betriebe (Sekretärinnen, KFZ-Schlosser, Konditoren) vor allem Arbeiter exklusiver Dienstleistungsbetriebe (Kellner in Interhotels, Verkäuferinnen in Intershops) sowie private und genossenschaftliche Dienstleister (Fliesenleger, Antennenbauer), die das nötige Geld bzw. die entsprechenden Ressourcen zur Befriedigung ihrer privater Komfortbedürfnisse aufzubringen vermochten.¹²² Dagegen konnte etwa eine Näherin im volkseigenen örtlichen Textilbetrieb nicht einmal 2.500 Mark für die Mitgliedschaft in einer AWG aufbringen und musste sich weiterhin mit ihrem geschiedenen Ehemann sowie ihren zwei Kindern eine feuchte und kaum beheizbare Altbauwohnung teilen.¹²³

Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse spielte für das individuelle Selbstverständnis in den 1970er und 1980er Jahren kaum noch eine Rolle. Arbeiter, Angestellte und Intelligenzler wohnten Tür an Tür und die Einstufung von Wohnungsproblemen nach „Dringlichkeit“ betraf alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Jedoch machten sich gefühlte Statusunterschiede immer noch an unterschiedlichen Lebensstilen, dem Zugang zu exklusiven Gütern und schließlich auch an den Wohnbedingungen (Altbau- vs. Neubauwohnung) fest. Das Gefühl, ein Mensch zweiter Klasse zu sein, äußerte sich dann oftmals in schriftlichen oder mündlichen, zum Teil denunziatorischen Beschwerden über Nachbarn, die in den Verdacht gerieten, ihre weitaus komfortablere Wohnung auf „unsaubere“ Weise bekommen zu haben.

3 d.) Am Rande der „Arbeitsgesellschaft“ – am Rande der Stadtgesellschaft? Rentner in der Wohnungspolitik der SED

Rentner machten durchschnittlich ein Fünftel der DDR-Gesellschaft aus. Diese Zahl gilt auch für Leipzig. 1969 waren es 22,2 Prozent, 1990 noch 18,9 Prozent der Stadtbevölkerung, wobei rund 71 Prozent hiervon Frauen waren.¹²⁴ In der Forschung¹²⁵ dominiert die Auffassung, dass Rentner aufgrund ihrer randständigen Position in der „Arbeitsgesellschaft“ der DDR sozialpolitisch benachteiligt waren. Stef-

¹²² Vgl. KD Leipzig-Stadt, Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen, 24.8.1987, ebd., Bl. 62-64.

¹²³ Zum Vorgang vgl. StAL, SB Südost, 758, Bd. 2, Bl. 79-170.

¹²⁴ Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig 1970, S. 189. Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig 1991, S. 42-44.

¹²⁵ Hier sei insbesondere auf die umfangreichen Studien von Dierk Hoffmann und Hans-Günther Hockerts verwiesen, die aus Platzgründen an dieser Stelle nicht aufgezählt werden können.

fen Otte, der im Rahmen seines Dissertationsprojektes diese These hinterfragt, weist dagegen auf die hohe „soziale Differenzierung im Rentensystem der DDR“ hin.¹²⁶ Während für den Bereich der sozialen Sicherungssysteme diesbezüglich bereits belastbares Material vorliegt¹²⁷, ist die Wohnungssituation von Rentnern dagegen noch unerforscht.

Durch die Abkopplung vom Arbeitsleben waren Rentner von der Wohnraumlenkung der Räte der Stadtbezirke abhängig. Dadurch war ihnen der Zugang zu Neubauwohnungen weitestgehend verwehrt. Erschwerend kam hinzu, dass etliche Neubauwohnungen in den Stadtbezirken zur Lösung von als „dringlich“ eingestuften Fällen (vor allem kinderreiche Familien und junge Ehepaare) verwendet wurden. Einer 1985 beim Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vorgelegten Studie zufolge wohnten in Altbaugebieten mit tendenziell unzureichender Infrastruktur etwa drei- bis fünfmal so viele Rentner wie in Neubaugebieten.¹²⁸ Nicht zufällig galt das Leipziger Neubaugebiet Grünau Ende der 1970er Jahre als „junges und kinderreiches Wohngebiet“.¹²⁹ Betrachtet man die Wohnsituation der Rentner im Spiegel der Wohnungsanträge, so fällt ins Auge, dass ihr Anteil zwischen 1972 und 1976 konstant bei etwa sechs bis sieben Prozent lag. Erst danach stieg er an und pendelte sich bis Mitte der 1980er Jahre bei rund 10 Prozent (ca. 5.000 Anträge) ein.¹³⁰ Dieser geringe Anteil bzw. der nicht übermäßige Anstieg seit 1976 lässt sich dadurch erklären, dass Rentner in der Regel nicht nur naturgemäß immobilere waren, sondern aufgrund ihrer Sozialisation (vornehmlich in der Weimarer Republik) auch vergleichsweise geringere Ansprüche an die Wohnqualität stellten, d.h. ein stärkeres Beharrungsvermögen aufwiesen und einen mitunter nicht enden wollenden Konflikt mit der Verwaltung vermieden. Im Übrigen weisen auch die Vorstellungen der alternden SED-Führung über Belegungsnormen und Mindeststandards der Wohnqualität Parallelen zu denen der Weimarer Republik auf. So taucht in den überlieferten Eingaben von Rentnern häufig nur der vergleichsweise bescheidene Wunsch nach Bezug von Wohnungen unterer Etagen auf. Gesundheitliche Gründe überwogen dabei in der Argumentation. Eine kleinere Zahl an Rentnern

¹²⁶ Vgl. Otte, Rentensystem, S. 19.

¹²⁷ Vgl. Johannes Frerich, Martin Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2, München 1993, S. 350-364.

¹²⁸ Vgl. Rolf Kuhn, Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem in ihrem Einfluß auf Lebensweise und Stadtgestaltung, Berlin (Ost) 1985, S. 109.

¹²⁹ Vgl. Kahl, Erlebnis Plattenbau, S. 72.

¹³⁰ Studie zur Analyse der Wohnungsanträge und die Ursachen für steigende Tendenzen 1980, StAL, StVuR (2), 20651, Bl. 81. Rat der Stadt, Abt. Wohnungspolitik, Information zur Bereitstellung von Wohnraum in der Zeit vom 1. Januar 1983 bis zum 31. Dezember 1983 in der Stadt Leipzig, StAL, StVuR (2), 17897, Bl. 245. Rat der Stadt, Abt. Wohnungspolitik, Information zur Bereitstellung von Wohnraum 1984 in der Stadt Leipzig, 13.2.1984, StAL, StVuR (2), 17898, Bl. 209.

konnte in neugebauten Rentnerwohnheimen untergebracht werden. 1979 wurden etwa 334, 1982 sogar 763 Plätze zur Verfügung gestellt, allerdings sank dieser Wert mit dem Rückgang des Wohnungsneubaus im darauffolgenden Jahr bereits drastisch auf 298 ab.¹³¹ Aber auch in der Hochphase des Wohnungsneubaus reichten die zur Verfügung stehenden Heimplätze mitnichten aus. Um die Situation abzumildern, bemühte sich der Rat der Stadt etwa 1975 um die Schaffung von 122 zusätzlichen Rentnerwohnheimplätzen im Neubaugebiet Schönefeld. Um diese außerplanmäßige Maßnahme zu rechtfertigen, sollten zugleich 20 wohnungssuchende Angestellte des Gesundheitswesens, des Handels, der örtlichen Versorgungswirtschaft und des pädagogischen Dienstes im Wohnheim untergebracht werden, um Rentnern im Gegenzug einen außerplanmäßigen Zugang zu entsprechender Infrastruktur auf der Basis von Nachbarschaftshilfe zu verschaffen.¹³² Paradoxerweise ermöglichten erst planwirtschaftliche Fehlentwicklungen im real-existierenden Sozialismus entsprechende Projekte. So wurden 1978 zwölf Rentnerwohnheime nur in Angriff genommen, weil ein geplantes Lückenschließungsprogramm aufgrund von Kapazitätsmangel nicht realisiert werden konnte. Von den zwölf Rentnerwohnheimen konnten letztendlich aber nur sieben umgesetzt werden, da es auch hier an Erschließungskapazitäten mangelte.¹³³

Die Zahl der Rentner, die durch frühere Positionen privilegiert waren und in Neubaugebieten bzw. sanierten Altbauten unterkamen, lässt sich kaum bestimmen. Aber anders als ihre benachteiligten Altersgenossen in Abrissgebieten konnten sie ihre Kontakte zu lokalen SED-Funktionären nutzen, um ihre Wohnungsprobleme zu lösen. So hatte etwa die Witwe eines verstorbenen „Genossen“ nach dem Tod des Ehegatten 1978 den Versuch unternommen, ihre 2 ½-Zimmer-Neubauwohnung gegen die 2-Zimmer-Wohnung ihrer Tochter, einer Mitarbeiterin des Exportbetriebes VEB Wälzlagerwerk Leipzig, im Nachbarhaus zu tauschen. Unter Bezugnahme auf die geltenden Belegungsnormen lehnte die AWG ihrer Tochter dies jedoch ab. Auch der Versuch, über den Stadtbezirk West zum Erfolg zu kommen, verlief ohne Erfolg. Erst ihre persönlichen Kontakte zur SED-Stadtleitung beschleunigten schließlich die Lösung ihres Falles binnen eines Monats.¹³⁴ Obgleich es kaum möglich ist, die Unterschiede in den Wohnbedingungen von Rentnern quantitativ zu fassen, lassen erste Ergebnisse den Schluss zu, dass es auch in diesem Bereich keine

¹³¹ Vgl. Ebd.; Entwicklung des Wohnungsneubaus 1981-1986, StAL, StVuR (2), 17898, Bl. 15.

¹³² Vgl. Oberbürgermeister der Stadt Leipzig an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig, Schaffung von Rentnerwohnheimplätzen im Neubaugebiet Schönefeld 1976 – Hochhaus Typ „Erfurt“, 10.5.1975, StAL, StVuR, 20616, Bl. 107-108.

¹³³ Vgl. die handschriftlichen Notizen aus dem Bereich des Hauptplanträgers Komplexer Wohnungsbau der Stadt Leipzig in: StAL, StVuR, 21972, Bl. 15-16, 39.

¹³⁴ Zum Vorfall vgl. StAL, StVuR (2), 958, Bl. 156-160.

Unterschiede gab, deren Ursachen, Dimensionen und soziale Folgen es weiter zu untersuchen lohnt.

4. Wohnungspolitik zwischen Stabilisierung und Erosion der SED-Herrschaft

Sicherlich bedeutete das Wohnungsbauprogramm Honeckers trotz aller Defizite für viele Bürger eine Verbesserung des Wohnkomforts. So stieg die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner in Leipzig zwischen 1971 und 1989 von 23,1 auf 30,6 qm.¹³⁵ Vielmehr aber stiegen die Ansprüche an den Wohnstandard, während die Lebenswirklichkeit jedoch für viele Menschen, besonders in den verfallenden Altbaugebieten, anders aussah. Da Wohnungen in der DDR unter ökonomischen Kriterien verteilt wurden und eine knappe Ressource darstellten, konzentrierten sich in Altbaugebieten vorwiegend ältere und gering qualifizierte sowie „Haftentlassene und sozial gefährdete Bürger“.¹³⁶ Mit dem Rückgang des Wohnungsneubaus seit etwa 1983 summierten sich auch die Probleme in den AWG. Zwischen 1981 und 1986 sank die Neuaufnahme von 2.600 Mitgliedern um über die Hälfte auf 1.097 Mitglieder ab¹³⁷, während die „dringenden“ Wohnungsprobleme in den Räten der Stadtbezirke stetig zunahmen.¹³⁸ Am Ende waren etwa 10 Prozent der Leipziger auf der Suche nach einer besseren Wohnung, die Zahl der tatsächlich Betroffenen lag jedoch weitaus höher.

Auch das Verhältnis zwischen dem Staat als Fürsorger und der Bevölkerung als passiver Nutznießer entsprach keineswegs der Realität. Allein der staatlichen Wohnungsverwaltung mangelte es bereits an den materiellen und personellen Voraussetzungen, um den hohen bürokratischen Aufwand zur Gewährleistung des Anspruchs der SED auf umfassende Verfügungsgewalt über den Wohnraum bewältigen zu können. Die Folgen waren administrative Eigendynamiken und Abschottungstendenzen von der Basis. Im Stadtbezirk Mitte fühlte sich die Hälfte der 26 betroffenen Familien bei der Vergabe nicht mitspracheberechtigt, 90 Prozent gaben an, einen gestörten Kontakt zur Abteilung Wohnungspolitik zu haben.¹³⁹ Daneben tru-

¹³⁵ Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig 1990/91, Leipzig 1991, S. 99.

¹³⁶ Vgl. SED-Stadtleitung, Analyse der Ergebnisse der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und den Stadtbezirksversammlungen der Stadt Leipzig am 19.5.1974, 15.7.1974, SächsStAL, 21145, IV/C/5/01/267, unpubl.

¹³⁷ Vgl. Entwicklung des Wohnungsneubaus 1981-86, StAL, StVuR (2), 17898, Bl. 15.

¹³⁸ Vgl. Rat der Stadt, Abt. Wohnungspolitik, Information zur Bereitstellung von Wohnraum 1984 in der Stadt Leipzig, 13.2.1984, ebd., Bl. 208.

¹³⁹ Vgl. ABI-Stadtbezirkskomitee Mitte, Bericht über die Kontrolle zur Realisierung der Wohnraumvergabepläne bei den Räten der Stadtbezirke mit dem Schwerpunkt kinderreicher Familien und Anträge von Familien aus bauaufsichtlich gesperrten Wohnungen, 26.7.1988, SächsStAL, 20301, 716, unpubl.

gen jedoch Ersatz- bzw. Halböffentlichkeiten und inoffizielle Kompensationsgeschäfte aus Mangel an institutionellen Beschwerdemechanismen und auf Basis des Ressourcentausches zur partiellen Entschärfung bzw. Unterdrückung latent vorhandener Konflikte und dadurch zumindest zeitweilig zur Herrschaftsstabilisierung bei. Andere bedienten sich bis zuletzt der Eingaben als Form der offiziellen Kommunikation mit den Behörden oder persönlicher Kontakte zu lokalen Funktionären. Ein ebenso kaum zu beziffernder Teil nutzte die Überlastung der Behörden für „Schwarzbezüge“, teilweise auch mit Duldung der staatlichen Organe bzw. der Hauseigentümer.¹⁴⁰ Der weit größere Teil der Wohnungssuchenden aber scheint sich mit den Wohnverhältnissen arrangiert und auf die Bearbeitung der Anträge gehofft zu haben. Inwiefern sich dieses Arrangement etwa durch Eigeninitiativen oder Solidarisierung (Hilfe zwischen Nachbarn oder Betriebsangehörigen)¹⁴¹ erklären lässt, bedarf noch weiterer Untersuchungen. Ebenfalls bleibt zu fragen, wie soziale Konflikte als Folge der Wohnraumlentkung vor Ort ausgetragen wurden und inwiefern hierbei herrschaftsstabilisierende Strategien (Denunziation) konfliktregulierend wirkten.

Erst der durch Gorbatschow eingeleitete Reformprozess eröffnete reale Handlungsalternativen, den Unmut über die sich dramatisierende Versorgungslage in den Städten öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Anlässlich der Kommunalwahlen im Frühjahr 1989 brachen die lauter werdenden Unmutsbekundungen in offene Konfrontation um. So waren es nun nicht mehr nur die bereits als Oppositionelle bekannten Einzelpersonen, sondern vorwiegend „zuverlässige Bürger“ der Problembezirke, die Wahlveranstaltungen mit kommunalen Fragen (auf welche die Funktionäre kaum noch zu reagieren vermochten) boykottierten.¹⁴² Auch in den Betrieben und den Räten der Stadtbezirke, zum Teil auch unter den inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit erodierte die SED-Herrschaft bereits am Vorabend der Kommu-

¹⁴⁰ Vgl. Grashoff, Schwarzwohnen, S. 54-68.

¹⁴¹ In den Akten finden sich immer wieder Verweise auf eine prinzipiell hohe Bereitschaft der Bürger zum Um- und Ausbau von Wohnungen in Feierabendarbeit, was jedoch stets an der chronischen Materialknappheit scheiterte. Die Volkspolizei registrierte etwa 1974, dass 37,5 Prozent der Diebstähle im Bauwesen von in diesem Bereich Beschäftigten begangen wurden. Zudem sei eine Reihe schwerer Diebstähle innerbetrieblich „bereinigt“ worden, so dass die tatsächliche Zahl als weitaus höher eingestuft wurde. Vgl. Abschrift aus dem Bericht über Straftaten in der Volkswirtschaft gemäß Informationsordnung 081/73, SächsStAL, 21123, IV/C/2/4/310, unpubl.

¹⁴² Vgl. Information zur Vorbereitung der Kommunalwahlen im Stadtbezirk Südwest, 6.3.1989, BStU, MfS, BV Lpz. KD Leipzig-Stadt 01071, Bl. 157. IM-Bericht, 19.5.1989, BStU, MfS, BV Lpz. AKG 00969/01, Bl. 118. Bericht über den Stand der Vorbereitungen der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 sowie vorliegende Erkenntnisse zu beabsichtigten Wahlverweigerungen und deren Ursachen, 3.5.1989, ebd., Bl. 104-113. IM-Bericht, WPO-Versammlung im Leipziger Stadtbezirk Nord, 26.4.1989, BV Lpz. AKG 00969/02, Bl. 12. Bericht über den Stadtbezirk Nordost, ebd., Bl. 82.

nalwahlen. Im Stadtbezirk Süd etwa hatte sich der Vorstand des Wohnbezirksausschusses der Nationalen Front bereits am 18. März 1989 aufgelöst. Im Stadtbezirk Nordost wurden die internen Konflikte zwischen der SED-Stadtbezirksleitung und dem Rat des Stadtbezirkes nunmehr offen ausgetragen. Am 9. November lösten sich schließlich auch die noch verbliebenen Reste der SED-Grundorganisation im VEB Baureparaturen und Rekonstruktion auf.¹⁴³

**Christian Rau, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am
Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Leipzig,
christian.rau@uni-leipzig.de**

¹⁴³ Vgl. Information Nr. 157/89, Erscheinungen im Zusammenhang mit der Wahlvorbereitung im Stadtbezirk Süd, 18.3.1989, BStU, MfS, BV Lpz. AKG 00969/02, Bl. 59. Bericht des Leiters der Kreisdienststelle Leipzig-Stadt, Mängel in der Führungstätigkeit der Parteileitung der SED-Grundorganisation im VE Kombinat Baureparaturen und Rekonstruktion, 9.11.1989, BStU, MfS, BV Lpz. KD Leipzig-Stadt 00920, Bl. 203-204.

A L L G E M E I N E B E R I C H T E

A X E L P R I E B S

Bericht: 100 Jahre Gründung des Verbandes Groß Berlin

Einleitung

Vor hundert Jahren, am 1.4.1912, nahm der Verband Groß Berlin seine Arbeit auf. Dieses Ereignis markiert nicht nur einen wichtigen Meilenstein in der Stadtgeschichte Berlins, vielmehr wurde damit erstmals in Deutschland ein verbindlicher institutioneller Rahmen für eine administrativ zersplitterte Stadtlandschaft geschaffen. Allerdings hat der Verband „von jeher mehr Kritik als Anerkennung gefunden“¹ und wird in der Planungsgeschichte eher am Rande erwähnt. Auch seine Pionierfunktion als stadtre regionales Organisationsmodell wurde bislang kaum gewürdigt. Das Jubiläum der Verbandsgründung ist Anlass, an die Leistungen dieses Verbandes für einen Verdichtungsraum mit rund vier Millionen Einwohnern zu erinnern.

Vorgeschichte der Verbandsbildung

Der einzigartige Entwicklungsboom der vorangegangenen Jahrzehnte hatte Berlin und seine Nachbarkommunen am Anfang des 20. Jahrhunderts vor erhebliche Probleme gestellt. Dabei wurde deutlich, dass die Lösung der Verkehrsverhältnisse, die Steuerung der Siedlungsentwicklung und die Sicherung von Erholungsflächen nur auf stadtre regionaler Ebene gelöst werden konnten. Neben der von Berlin vorrangig gewünschten deutlichen Vergrößerung des Berliner Stadtgebietes durch Eingemeindungen wurden auch die Bildung eines Kranzes von leistungsfähigen Städten um Berlin sowie die Bildung von Zweckverbänden intensiv diskutiert.² Abgelehnt wurde die Eingemeindungslösung durch die preußische Regierung und den Oberpräsidenten. Während manche Städte und Gemeinden einen Anschluss nach Berlin an-

¹ Richard Dietrich, Berlin und die Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert. Geschichte von Berlin und Brandenburg, Bd. 3 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 25), Berlin 1968, S.265.

² Die damalige Berliner Diskussion wird von Scheller als Ursprung des „mittlerweile klassischen Streits um Verbandsmodelle oder gebietskörperschaftliche Regelungen“ bezeichnet; vgl. Jens Scheller, Rhein-Main: Eine Region auf dem Weg zur politischen Existenz. Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung der J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main (Hrsg.), Materialien 25, Frankfurt am Main 1998, S.67, Fußnote 50.

strebten, herrschte nicht zuletzt bei den wohlhabenden Vorortgemeinden Zurückhaltung oder Ablehnung vor. Widerstand sowohl gegen Eingemeindungen als auch den Städtekranz leisteten die Landräte des Berliner Umlandes, die eine Abspaltung ihrer steuerstärksten Kommunen befürchteten.

Wichtige Impulse für die stadregionale Perspektive gab die öffentliche Präsentation der Ergebnisse des Städtebauwettbewerbs Groß-Berlin auf der Allgemeinen Städtebau-Ausstellung in Berlin 1910.³ Sowohl die Beteiligung der umliegenden Kreise und Gemeinden bei der Ausschreibung des Wettbewerbs durch die Stadt Berlin als auch dessen Aufgabenstellung zeigten den übergeordneten und integrativen Ansatz zur räumlichen Ordnung des Großraums Berlin. 1910 wurde „erstmalig die Stadtregion ein zentrales Thema des Städtebaus“.⁴ Da angesichts der schwierigen Interessenlagen Eingemeindungen als Lösung ausschieden und Ansätze zur freiwilligen Gründung eines Nahverkehrsverbandes gescheitert waren, wählte die preussische Regierung schließlich den Weg der Sondergesetzgebung zur Bildung eines Zweckverbandes für Groß-Berlin. Begründet wurde dies mit dem notwendigen wirtschaftlichen Vereinigungsprozess, der Ablehnung administrativen Zwanges angesichts der Komplexität und Bedeutung der verschiedenen Interessenlagen und der gewünschten Einbeziehung der Berliner Nachbarkreise.⁵ Am 19. Juli 1911 wurde das Zweckverbandsgesetz für Groß Berlin beschlossen und sein Inkrafttreten auf den 1. April 1912 festgelegt.⁶ Das Verbandsgebiet erstreckte sich auf die Stadt Berlin, sechs weitere Stadtkreise (Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Deutsch Wilmersdorf, Lichtenberg und Spandau) sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim. Außerdem gehörten dem Verband sieben kreisangehörige Gemeinden (z. B. Steglitz, Friedenau, Cöpenick, Pankow) als selbständige Verbandsglieder an.

Aufgaben und innere Struktur des Verbandes

Die Aufgaben des Verbandes Groß Berlin waren eng abgegrenzt und umfassten die „Regelung des Verhältnisses zu öffentlichen, auf Schienen betriebenen Transportanstalten mit Ausnahme der Staatseisenbahnen“, die „Beteiligung an der Feststellung der Fluchtlinien- und Bebauungspläne für das Verbandsgebiet und Mitwirkung an dem Erlasse von Baupolizeiverordnungen“ sowie die „Erwerbung und Erhaltung größerer, von der Bebauung frei zu haltender Flächen (Wälder, Parks, Wiesen, Seen,

³ Vgl. IMS 1 (2010), Themenschwerpunkt: Der Wettbewerb Groß-Berlin im internationalen Kontext.

⁴ Christoph Bernhardt und Harald Bodenschatz, Berlin 1910 – Kulminationspunkt einer internationalen Städtebau-Bewegung, in: IMS 1 (2010), S. 12.

⁵ Sigurd-H. Schmidt, Groß-Berlin entsteht, in: Landesarchiv Berlin (Hrsg.), Vor 75 Jahren: Groß-Berlin entsteht. Ausstellungskataloge des Landearchivs Berlin 14, Berlin 1995, S. 38.

⁶ Zweckverbandsgesetz für Groß Berlin vom 19. Juli 1911, Preuß. Gesetzsammlung 1911, S. 123-138.

Schmuck-, Spiel- Sportplätze usw.)“.⁷ Als Organe sah das Gesetz die Verbandsversammlung, den Verbandsausschuss sowie den Verbandsdirektor vor.⁸ Die Verbandsversammlung bestand aus 101 Mitgliedern; ihre Zusammensetzung musste sowohl der Bedeutung Berlins als auch den Interessen der anderen kommunalen Körperschaften Rechnung tragen. Jedes Verbandsglied musste mindestens einen Vertreter haben, entscheidend für die Sitzverteilung war die Einwohnerzahl. Das Gewicht Berlins wurde dadurch begrenzt, dass kein Verbandsglied mehr als zwei Fünftel der Gesamtvertreterzahl erhalten durfte, jedoch war der Erste Bürgermeister der Stadt Berlin kraft Gesetz Vorsitzender der Verbandsversammlung, und sein Sitz wurde nicht auf die Zahl der Berliner Vertreter angerechnet.⁹

Bewertung der Verbandstätigkeit

Bei der Betrachtung der Tätigkeit des Verbandes wird deutlich, dass er seinen größten Erfolg bei der Vereinheitlichung des Groß-Berliner Nahverkehrs hatte.¹⁰ Schrittweise gelang ihm die Zusammenführung der verschiedenen Straßenbahn- und Vorortbahngesellschaften, bis 87% des Groß Berliner Straßenbahnverkehrs in öffentlicher Hand war. Den Höhepunkt bildete der Erwerb der Großen Berliner Straßenbahn. Dadurch konnte die 1920 gegründete Einheitsgemeinde ein weitgehend vereinheitlichtes Straßenbahnnetz übernehmen. Erfolgreich war der Verband auch bei der Sicherung der öffentlichen Grün- bzw. Erholungsflächen. Unter schwierigen Rahmenbedingungen gelang es dem Verband, 10.000 ha Waldflächen der Berliner Umgebung zu erwerben und der Allgemeinheit für die Erholungsnutzung zu sichern. Zwar konnte der Verband wegen des Widerstands der Gemeinden keinen verbindlichen Generalbebauungs- oder Generalsiedlungsplan aufstellen, doch vermochte er über sein Einspruchsrecht gegen Bebauungspläne der Einzelgemeinden eine planlose Anlage von Straßen und neuen Baugebieten zu verhindern.

Wenn die Tätigkeit des Verbandes¹¹ trotz dieser Erfolge überwiegend kritisch beurteilt wird, so gibt es dafür mehrere Gründe. So galt er im Vergleich zur Einheitsgemeinde, wie sie 1920 in einer besonderen politischen Situation realisiert wurde, immer als zweitbeste Lösung. Belastet war seine Tätigkeit auch durch „personelle

⁷ § 1 des Zweckverbandsgesetzes für Groß Berlin vom 19. Juli 1911, Preuß. Gesetzsammlung 1911, S. 123.

⁸ Dies erfolgte abweichend von den Regelungen des am gleichen Tage verabschiedeten allgemeinen Zweckverbandsgesetzes, das nur 2 Organe vorsah.

⁹ § 15 des Zweckverbandsgesetzes für Groß Berlin vom 19. Juli 1911, Preuß. Gesetzsammlung 1911, hier S. 130.

¹⁰ Richard Dietrich, Berlin und die Provinz Brandenburg, S.265.

¹¹ Vgl. auch Verband Groß Berlin (Hrsg.), Verwaltungsbericht für die Zeit des Bestehens des Verbandes vom 1. April 1912 bis 30. September 1920, Berlin 1920.

Spannungen“ (u. a. zwischen Vorsitzendem und Verbandsdirektor), durch „die Einbeziehung der gesamten Gebiete“ der Nachbarkreise, durch „ungenügende Kompetenzen“ sowie „die anomalen Verhältnisse der Kriegszeit“.¹² Auch die unzureichende Vertretung der Kommunen in der Verbandsversammlung und die fehlende Direktwahl der Verbandsversammlung wurden als Kritikpunkte genannt.¹³ Aus der Rückschau muss außerdem die kurze Dauer der Verbandstätigkeit berücksichtigt werden.

Der Verband Groß-Berlin als Vorreiter für andere stadtregionale Institutionen

Rechtskonstruktion und Tätigkeitsfelder des Verbandes Groß Berlin wurden in den folgenden Jahrzehnten Vorbild für andere stadtregionale Verbände. So sind bei Bildung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR) im Jahr 1920 aus dem Gründungsgesetz des Berliner Verbandes „viele Bestimmungen über seine Aufgaben und seine Organisation später in die Verbandsordnung des SVR in gleichartiger Form oder auf Grund der Berliner Erfahrungen in abgewandelter Weise übernommen“ worden.¹⁴ Noch rund 50 Jahre nach der Gründung des Verbandes Groß Berlin wurden Regelungen aus dem Verbandsgesetz herangezogen. Als bei der Gründung des Verbandes Großraum Hannover Anfang der 1960er Jahre die Befürchtung aufkam, das Umland würde durch die Kernstadt majorisiert, verwies ein Experte des Deutschen Städtetages auf die positiven Erfahrungen beim Verband Groß Berlin mit der erwähnten Begrenzung der Berliner Stimmen auf 40%.¹⁵ Auch im Ausland wurde der Berliner Weg zur Neuordnung der Stadtregion aufmerksam verfolgt. So wurden beispielsweise bei den Überlegungen zur Neuordnung der Verkehrsfragen im Großraum Stockholm in den 1930er Jahren¹⁶ und zur administrativen Neuordnung des Großraums Kopenhagen im Jahr 1948¹⁷ die Erfahrungen und Arbeitsergebnisse des Verbandes Groß Berlin herangezogen.

Betrachtet man die erwähnten Kritikpunkte am Verband Groß Berlin, so sind sie meist systembedingt. Dies betrifft etwa die begrenzten Kompetenzen, da ansonsten diejenigen der Verbandsglieder stark beschnitten würden. Erst als der Kommunal-

¹² Richard Dietrich, Berlin und die Provinz Brandenburg, S. 265.

¹³ Sigurd-H. Schmidt, Groß-Berlin entsteht, S. 40 und 45.

¹⁴ Josef Umlauf, Die Entstehung der regionalen Gesamtplanung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und ihre Auswirkungen auf das Ruhrgebiet, in: Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (Hrsg.), Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 1920-1970, Essen 1970, S.36.

¹⁵ Schreiben des Beigeordneten Dr. Brügelmann beim Deutschen Städtetag an den Stadtbaurat von Hannover, Prof. Hillebrecht, vom 12.1.1960 (Stadtarchiv Hannover 211).

¹⁶ Bilaga 2 (Anlage 2) in: Regionplan för Stockholm med omnejd. Stockholm 1936, S. 227-237, hier S. 229.

¹⁷ Bilag 1 (Anlage 1) in: Betænkning afgivet af Hovedstadskommissionen. København 1948, S. 342-352.

verband Großraum Hannover 2001 in der gebietskörperschaftlich verfassten Region Hannover aufging, erhielt er ein umfassendes stadregionales Aufgabenprofil. Die Direktwahl der Regionalversammlung durch die Bevölkerung hingegen ist auch in einer Verbandskonstruktion möglich, wie der 1994 gebildete Verband Region Stuttgart zeigt, der aktuell das am weitesten entwickelte stadregionale Verbandsmodell darstellt.

Ausblick

Die aktuellen Stadt-Umland-Diskussionen zeigen die Aktualität der vor mehr als hundert Jahren im Großraum Berlin diskutierten Fragen.¹⁸ Weil weit gehende Lösungen wie in den Regionen Hannover oder Stuttgart auch heute noch nicht selbstverständlich sind und stadregionale Politik aus einem Guss die Ausnahme ist, wird das beim Verband Groß Berlin erstmals erprobte Verbandsmodell auch künftig seine Bedeutung behalten. Dass ein Stadt-Umland-Verband wie in Berlin den Übergang zur Einheitsgemeinde ebnet, ist bislang allerdings einzigartig geblieben. Eingemeindungen der damaligen Dimension sind in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Ohnehin schließen sich Eingemeindungen und Verbandslösungen nicht aus, weil auch für sehr große Städte die Zusammenarbeit mit dem Umland organisiert werden muss.

**Prof. Dr. Axel Priebes, Geographisches Institut der Universität Kiel,
axel.priebs@t-online.de**

H A R A L D E N G L E R

Tagungsbericht:12. Werkstattgespräch zur DDR-Planungsgeschichte am 19. und 20. Januar 2012 im IRS Erkner bei Berlin

Die Forschung zur DDR-Planungsgeschichte ist überaus lebendig. Dieses Resümee lässt sich aus dem jüngsten Werkstattgespräch zur DDR-Planungsgeschichte am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner zie-

¹⁸ Vgl. hierzu Axel Priebes, Entwicklung, Stand und Perspektiven stadtreregionaler Planungs- und Verwaltungsinstitutionen in Deutschland, in: Die Öffentliche Verwaltung (63) 2010, S. 503-511.

hen. Die inzwischen 12. Auflage der etablierten Tagungsreihe zur Bau-, Planungs- und Architekturgeschichte der DDR, die wiederum von Christoph Bernhardt und Harald Engler organisiert wurde, wartete als Programmhöhepunkt mit einer Podiumsdiskussion auf, die sich mit dem umstrittenen und breit diskutierten Stellenwert von Bauten aus der DDR-Zeit in der Denkmalpflege beschäftigte. Nach einer geschichtlichen Einordnung der Denkmalpflege in der DDR am Beispiel der Stadt Weimar (KATJA WÜLLNER, BTU Cottbus/IRS) führte ein Vortrag von MARK ESCHERICH (Weimar/Erfurt) in die aktuellen Fragen des Umgangs der Denkmalpflege mit Bauten aus der DDR-Zeit in die Thematik der Podiumsdiskussion ein. Er betonte, dass es Ende der 1990er Jahre zwar durch Architekturkritik und Feuilleton zu einer Wiederentdeckung der „Ostmoderne“ gekommen sei, die Aneignung in der Denkmalpflege allerdings nur sehr zögerlich erfolgte. Auf dem prominent besetzten und von Andreas Butter (IRS) moderierten Podium diskutierten Jörg Haspel (Landeskonservator von Berlin), Gabi Dolff-Bonekämper (Professorin an der TU Berlin), Thomas Topfstedt (Lehrstuhlinhaber an der Universität Leipzig), Thomas Flierl (ehemaliger Kultursenator von Berlin), Dankwart Guratzsch (Architekturkritiker) sowie Mark Escherich (Denkmalschutzbehörde der Stadt Erfurt/Bauhaus-Universität Weimar) die prekäre Lage zwischen kultureller Entwertung, baulichem Verfall und neuen Nutzungsanforderungen, in der sich viele Bauten aus der DDR-Zeit befinden. Die Diskutanten waren sich weitgehend einig, dass angesichts des Drucks auf die Bauten der Moderne (übrigens auch im Westen) und Konflikten um den Umgang mit Baubeständen zum Beispiel in Dresden und Potsdam ein erheblicher Forschungs-, Diskussions- und Handlungsbedarf besteht, um wichtige Bauten zu dokumentieren und reflektierte Strategien für die Denkmalpflege zu entwickeln. Dabei käme es vor allem darauf an, die öffentliche Wahrnehmung für die Moderne in Ost und West gleichermaßen zu schärfen. Diskutiert wurde die Frage, über welches Identifikationspotenzial Plattenbauviertel verfügten und ob sie für ihre Bewohner eine Form von „Heimat“ bieten könnten. Auch hier erging der dringende Appell, dieses Thema verstärkt in einer gesamteuropäischen Perspektive zu analysieren, da die Nachkriegsarchitektur eine Frage der gemeinsamen europäischen Kultur darstelle.

Neben der Podiumsdiskussion bestand die 12. Auflage des Werkstattgesprächs wieder aus der bewährten Mischung aus etablierten Forschern, Nachwuchswissenschaftlern und Zeitzeugen. Die Konferenz verfolgte das Ziel, in verschiedenen Themensektionen aktuelle und wichtige Stränge der Forschung widerzuspiegeln und der Planungsgeschichte der DDR ein offenes Forum zu bieten. In der Sektion „Kunst im öffentlichen Raum“ präsentierte der Sozialwissenschaftler PEER PASTERNAK (Universität Halle-Wittenberg) ein differenziertes Bild der „Stadt-

raumbekundung“ von Halle-Neustadt. Demnach wurde politische Propaganda vor allem an prominenten Stellen des Stadtraumes platziert, während die überwiegende Mehrzahl der über 180 Kunstwerke sich nicht mit politischen, sondern mit Themen aus dem Alltag sowie Arbeit, Bildung oder Sport beschäftigten. Ergänzt wurde dieses Thema durch den instruktiven Vortrag des französischen Stadtforschers LOÏC VADELORGE (Universität Paris-Villetaneuse) zur Rolle der Kunst im öffentlichen Raum französischer „Villes Nouvelles“ um eine internationale Perspektive. Das eine Prozent der Bausumme, das hier für Kunst verwendet wurde, sollte die Identifikation der Bewohner mit den neu entstandenen Planstädten ermöglichen. In der Sektion „Gesellschaftsbauten“ untersuchte die Leipziger Professorin für Kunstgeschichte Annette Menting tiefenscharf die verwickelte und komplizierte Baugeschichte des Leipziger Gewandhauses und den nur schwer zu ermittelnden Beitrag verschiedener Beteiligter rund um das vom Chefarchitekten Rudolf Skoda geleitete Planerkollektiv. Stärker auf Fragen der Bautypologie orientiert war eine Sektion mit Vorträgen über Warenhäuser in der DDR als „sozialistischer“ Bautyp (TOBIAS WOLF, Landesamt für Denkmalpflege Hessen/Marburg), die deutlich in der Tradition der Moderne gestanden und sich durch eine besonders ausgeprägte Repräsentativität ausgezeichnet habe. Mit der Rezeptionsgeschichte der markanten Schalenbauten des Bauingenieurs und -unternehmers ULRICH MÜTHER mit dem Fokus auf der Zeit nach der Wiedervereinigung beschäftigte sich TANJA SEEBÖCK (Berlin).

Es ist der neu gegründeten Historischen Forschungsstelle des IRS – sie stellte am Abend des ersten Tages bei einem Empfang im rekonstruierten Pavillon ihr neues Domizil vor – ein besonderes Anliegen, die Forschungen zur ostdeutschen Planungsgeschichte aus der verengten Kirchturmperspektive der nur auf die DDR fixierten Analysen zu befreien und um deutsch-deutsche sowie transnationale Perspektiven zu erweitern. Den Versuch eines internationalen Vergleichs unternahm MARTINA METZGER (Universität Lüneburg), die am Beispiel von Berlin und London die politischen Dimensionen des Neuaufbaus beleuchtete, während SYLVIA NECKER (Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg) ein Forschungsvorhaben zur Untersuchung der Transitautobahn Berlin-Hamburg vorstellte, das neben planungsgeschichtlichen auch Fragen der Alltags- und Aneignungsgeschichte dieser deutsch-deutschen Verkehrsader analysieren will. Die beiden IRS-Historiker HARALD ENGLER und UTE HASENÖHRL rückten die Erholungsplanung in beiden deutschen Staaten in einer Themensektion zur Freiraumplanung in der DDR vergleichend in den Fokus und analysierten dabei insbesondere die Funktion und Bedeutung der beteiligten Akteure und Institutionen einschließlich ihrer Handlungsspielräume im jeweiligen politischen und Planungssystem. Ergänzt wurde dieser Themenblock um die Analyse postmoderner Ansätze der Landschaftsarchitektur am

Beispiel des Berliner Gendarmenmarktes (AXEL ZUTZ, Berlin). Ein weiteres Schwerpunktthema der Werkstattgespräche bildete nicht zum ersten Mal die Planungsgeschichte Dresdens, die in einer weiteren Sektion kritisch analysiert wurde. Während ANDREAS KRIEGE-STEFFEN (ETH Zürich) die Bedeutung älterer Vorarbeiten für die Neuplanung des Dresdner Altmarktes in den 1950er Jahren beleuchtete, spannten TANJA SCHEFFLER (TU Dresden) und CHLOE VOISIN-BORMUTH (Universität Lyon/TU Dresden) in ihren Vorträgen einen Bogen von den Planungen des Stadtzentrums der sächsischen Hauptstadt in der DDR-Zeit bis zum Umgang mit dem „sozialistischen“ städtebaulichen Erbe vor dem Hintergrund neuer Planungsparadigmen in der Nachwendezeit.

In einem knappen Resümee betonte CHRISTOPH BERNHARDT (IRS Erkner), dass die Werkstattgespräche ein Schlaglicht auf aktuelle Forschungen zur Planungsgeschichte werfen würden. Die Beiträge hätten Symmetrien, Asymmetrien, aber auch Transferprozesse aufgezeigt, allerdings hätten Macht- und Herrschaftsprozesse nur eine marginale Rolle in den Vorträgen gespielt. Insgesamt zeichnete sich die 12. Ausgabe der Werkstattgespräche durch ein hohes Vortrags- und Diskussionsniveau aus und konnte damit die selbstgestellte Aufgabe als wichtiges wissenschaftliches Forum zur DDR-Planungsgeschichte erfüllen. Die große Teilnehmerzahl und ein starkes Echo in den Medien insbesondere auf das brisante Thema der Podiumsdiskussion unterstrichen das breite Interesse in Forschung und Öffentlichkeit an der ostdeutschen Planungsgeschichte und der Diskussion um die Bewertung und den Umgang mit Bauten aus der DDR-Zeit. Auch die Tagungsteilnehmer zeigten sich sehr angetan von dem besonderen Format der Werkstattgespräche als wichtiges Diskussionsforum für Forscher verschiedener Disziplinen und Zeitzeugen.

Dr. Harald Engler, IRS Erkner, Historische Forschungsstelle/Wissenschaftliche Sammlungen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, Engler@irs-net.de

Tagungsbericht: 42. Frühjahrskolloquium „Urbanität. Formen der Inszenierung in Texten, Karten, Bildern“ des Instituts für vergleichende Städtegeschichte und des Kuratoriums für vergleichende Städtegeschichte an der Universität Duisburg-Essen vom 19. bis 20. März 2012

„Urbanität“ ist ein gewichtiges Thema heutiger Stadtentwicklung. Das Ziel, Urbanität über Planung von „Dichte“ herzustellen, bildete ein Schlagwort in den Städtebauprogrammen der alten Bundesrepublik – und scheiterte. Urbanität ist ein Begriff, der trotz seiner erheblichen Vieldeutigkeit unerlässlich ist, denn auf ihn nehmen verschiedene wissenschaftliche Disziplinen Bezug. Vielfach taucht der Begriff indes nicht explizit auf, zumal in älteren historischen Quellen und selbst dort, wo er gemeint ist. Manchmal wird stattdessen vom „Städtischen“ gesprochen. Dennoch gibt es Debatten um die spezifische Qualität des Urbanen: Es wird danach gefragt, ob Urbanität sich durch die Suburbanisierung, die Publikumsmedien sowie neue Mobilitätsmuster im 20. Jahrhundert von der abgegrenzten Stadt gelöst hat. Aber gab es nicht auch schon in historischen Zeiten Formen der Urbanität auf dem Land? Man denke an die Landsitze von Adligen und Bürgern. Ebenso verweisen arkadische Konzepte des Landes mehr auf Urbanität (und urbane Bedingungen) als auf das Land selbst. Wie sehr also war und ist Urbanität an die Städte gebunden? Wie stark kann man bei diesem – doch überwiegend ex-post zu verstehenden, wissenschaftlichen – Begriff von heutigen soziologischen Definitionsansätzen ausgehen, muss man ihn nicht historisieren?

Die Frage nach der Definition einer distinkten Urbanität (bislang meist in anti-ker Denktradition verstanden) stand bei der Tagung zwar auch auf dem Programm, aber nicht in deren Mittelpunkt. Diese wollte sich keineswegs auf eine herkömmliche begriffsgeschichtliche Strategie beschränken. Nicht wenige der Referate erwähnten den Begriff nur am Rande oder begnügten sich stattdessen mit Aussagen zu dem „Spezifischen“ einer Stadt oder des Städtischen – eben mit einer Minimaldefinition von „Urbanität“. Die vom Münsteraner Städteinstitut eingeladenen Tagungsleiterinnen Martina Stercken aus Zürich und Ute Schneider aus Essen bekannten sich zur Komplexität des Urbanitätsbegriffs. Neben der Geschichtswissenschaft war in Münster besonders die Literaturwissenschaft vertreten. Die dadurch angelegte methodische Ausweitung wurde wiederum durch eine Beschränkung auf überwiegend europäische Horizonte und Beispiele aufzufangen versucht. Stercken und

Schneider führten aus, dass ihr Tagungskonzept „von den Artefakten her“ entwickelt worden sei. Zentrales Ziel der Tagung sei demnach, zu untersuchen, wie mit Artefakten (Bildern, Filmen, Karten, also Medien) Urbanität vermittelt worden sei. Es sollte ferner um die Kontexte gehen, in denen Urbanität situativ „inszeniert“ wurde. Das Spektrum medialer Formate von Stadtdarstellung ist tatsächlich beträchtlich und deren Wechselbezüge führen wiederum zu einer beträchtlichen medialen Komplexität.

Zunächst sprach INGRID BAUMGÄRTNER (Kassel) über den beträchtlichen Korpus mittelalterlicher Jerusalemkarten. Es ging ihr um die orientierenden Funktionen kartographischer Darstellung in interkultureller Perspektive. Bislang als ständig reproduzierte Stereotypen betrachtet, und trotz anhaltender Schemata bei der aufgezeigten Topografie, ging es der Historikerin darum, zu zeigen, wie durch sich verändernde politische Situationen, internationalen Wissenstransfer und allmählichen Einbau realer baulicher Elemente sich die Karten veränderten. In ihren einzelnen Orten erscheine auch die besondere Urbanität (=Spezifik) der heilsgeschichtlich einmalig bedeutenden Stadt.

GERHARD FOUQUET (Kiel) ging mit seinem Vortrag „Stadtbilder vom Spätmittelalter bis in die Frühe Neuzeit“ konkret auf die Begrifflichkeit von in Stadtansichten involvierter Urbanität ein. Gezeigt werde im 16. Jahrhunderts mehr als „Realität“, obwohl die Darstellungen gebaute Realitäten wiedergegeben hätten. Ansichten ordentlich gepflasterter Marktplätze, von Kirchen, Straßenszenen, gerade auch der gestalteten Natur um die Städte herum, hätten auf den zivilisatorischen und raumgreifenden Anspruch eben dieser (oberdeutschen) Städte verwiesen. Stark arbeitete Fouquet heraus, dass hier nicht nur Ordnung und Schönheit der Stadtansicht das Kriterium frühmoderner *urbanitas* werde, sondern auch die Stadttechnik, die bereits neue kartographische Darstellungsformen nötig gemacht habe.

BIRGIT STUDDT (Freiburg) stellte in „Geschichtsschreibung als Gewissen der Stadt“ ihr Forschungsprojekt zur Historiographie oberdeutscher Städte vor. Studt betrachtet zeitgenössische Werke lokaler Geschichtsschreibung, so besonders die in reichhaltigen Varianten vorliegenden Konstanzer Konzilschroniken, die sie als „mediale Form städtischen Wissens“ auffasst. Die Mediävistin betonte, dass die Geschichtsschreibung als aktiver Prozess zu betrachten sei, an der verschiedene soziale Gruppen, Orden, Institutionen, Gelehrte und Familienclans in regelrechten Schreibwerkstätten mitschrieben. „Überlieferung“ sei demnach mehr als ein „Speicher“, sondern werde „angewendet“. Urbanität, so könne man schließen, zeige sich vor allem an den vielfältigen Schreibleistungen als aktiver Umgang mit Wissensbeständen.

PETER JOHANEK (Münster) erläuterte in „Von Stereotypen und (feinen) Unterschieden. Wie schafft sich eine Stadt ein Image?“ nicht nur inhaltliche Festlegungen von Urbanität als gutes Leben oder als Wehrhaftigkeit, sondern vertrat auch die These, dass der moderne Forschungsgegenstand des *City Branding* auch auf die Vormoderne anzuwenden sei, wie bereits von Carla Meyer paradigmatisch aufgezeigt worden sei.¹

Bei TANJA MICHALSKY (Berlin) im Vortrag „Die Stadt im Buch: Die Konstruktion städtischer Ordnung in frühneuzeitlichen Beschreibungen am Beispiel Neapels“ ging es sowohl um die Praktiken der Urbanität als um deren mediale Konstruktion. Am Beispiel zentraler neapolitanischer Stadtführer, wie sie seit dem 16. Jahrhundert erschienen, zeichnete die Kunsthistorikerin das enorme Bemühen um „Ordnung“ auf, um das die Autoren der Stadtführer zuallererst bemüht gewesen seien. Die städtische Topographie werde in den gedruckten Führern im Rundgang erfahren bzw. vermittelt. Wiederum die Abfolge der genauestens beschriebenen Kirchen und Denkmäler sei hoch organisiert. Den Lesern gegenüber habe so ein „Blickregime“ etabliert werden können. Wichtig war es Michalsky auch, aufzuzeigen, dass man sich bei den gedruckten Stadtführern die parallelen gemalten Bilder vergegenwärtigen sollte. Urbanität erscheine in den einschlägigen Medien also vor allem als eine spezifische Ordnung, auch als politische Ordnung, als Schönheit und Einmaligkeit der Kunstwerke.

Die Romanistin CERSTIN BAUER-FUNKE (Münster) wandte sich fiktionalen Textgattungen des 17. und 18. Jahrhunderts zu. So erscheine in Cyrano de Bergeracs utopischem Roman „L'autre monde“ 1648 die Stadt in ihrer Multiperspektivität. Sie werde relational aufgefasst, als sich ständig verändernd. Das bisherige Stadtmodell wird bis zur Mobilisierung aller Gebäude aufgelöst. Damit ist das Stadtkonzept als historisch wandelbar gefasst. Im pseudohistorischen Roman „Clélie“ der Madeleine de Scudéry von 1654 zeichnet sich das Konzept von Urbanität durch die Betonung von gepflegten Kulturpraktiken aus. Die Stadt ist ideal der Ort echter Bildung, auch der Herzensbildung und der erfüllenden Liebe. Im 18. Jahrhundert kam es dann bekanntlich zu einer literarischen Aufwertung des Landlebens und zur Stadtkritik, so bei Montesquieu und La Fontaine. Insgesamt definiere sich, so die Referentin, die Urbanität über Eigenschaften, die der Stadt zugeschrieben worden seien, wachsend auch über die Konfrontation mit dem „Land“, das selbstverständlich ebenfalls kulturell konstruiert gewesen sei.

Die Amerikanistin NICOLE WALLER (Würzburg) argumentierte in „National oder Transnational? Die Inszenierung von New Orleans in Spike Lee's Film ‚When

¹ Vgl. Carla Meyer, „City branding“ im Mittelalter? Städtische Medien der Imagepflege bis 1500, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.), Stadt und Medien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Köln 2012, S. 19–48.

the Leevs Broke' (2006)", dass in diesem eindringlichen Dokumentarfilm einer urbanen Katastrophe der Filmemacher Spike Lee harsche politische Kritik an der Regierung der Vereinigten Staaten unter Bush übe. Befrage man den Film auf die „Urbanität“ hin, bestehe diese offensichtlich in der Betonung der *citizenship* als wirklicher kommunaler Gemeinschaftsbildung, im Stolz auf die geleistete Selbsthilfe und Solidarität. Urbanität erscheine so als kämpferische Selbstermächtigung. Ferner tauche sie im Rückbezug auf örtliche und regionale Kulturtraditionen auf, die der nationalen „amerikanischen“ Sinnstiftung diametral entgegengesetzt würden. Die kulturellen Praktiken, die (buchstäblichen) *Stimmen* der Einwohner brächten bei Lee's Film die unverwechselbare Urbanität der Stadt hervor, so die Deutung Wallers.

Medialer Gegenwartskultur wandte sich ebenso die Anglistin JULIKA GRIEM (Darmstadt) in „Baltimore als Serienheld: *The Wire* als multimediales Epos“ zu. Die relativ bekannte Serie – auch bei Amazon ist sie erhältlich – stelle eine Stadt dar, in der sich komplexe Formen „seriellen Erzählens“ mit einer „Programmatur der Verstörung“ verbinden würden. Die der Serie zugeschriebene Authentizität entstehe durch die exzessive Verwendung von Originalidiom und durch das Engagement von Laienschauspielern. Die Referentin zeigte ferner auf, wie diese Serie in der soziologischen Fachliteratur als Quasi-Soziologie überhöht, aber doch in Verkennung ihres literarischen Charakters „dichter“ Erzählpraktiken missinterpretiert worden sei. Inhaltlich, so könne man schließen, stelle sich in *The Wire* die Urbanität als Zustand, als postindustrieller Überlebenskampf dar.

CHRISTOPH LUCHSINGER (Wien), Architekt und Prof. für Städtebau, zeigte in „Die Stadt im Schnitt. Infrastrukturen und ihre Bedeutung für Verständnis und Abbild der Stadt“, wie sich im Städtebau mehr und mehr das Konzept einer vielschichtig vertikalen Stadt entwickelte. Zur Urbanität (verstanden als funktionalistisches Stadtkonzept) zählten seit 1900 die unterirdische Stadt, die man nicht sehe, und die durch besondere Darstellungen (Zeichnungen von Architekten, Pläne, Spezialkarten) als *Schnitt* sichtbar gemacht werde.

ANTONIA VON SCHÖNING (Basel) zeigte in „Paris, Die Erfindung des Pariser Untergrunds“ ebenfalls, wie in Paris schon im frühen 19. Jahrhundert die bedeutende unterirdische Infrastruktur der komplexen und weit ausgedehnten Kanalisation entstanden sei. Zur (als Standard materialisierten) Urbanität gehöre seitdem das Modell einer beherrschten Zirkulation. Um es real überhaupt umzusetzen (und wohl auch zur Herstellung bürgerschaftlicher Öffentlichkeit für die Stadtreform), sei die Entwicklung neuer und besonderer Darstellungstechniken nötig gewesen. Herkömmliche Karten hätten nicht mehr genügt. Es hätten sich statistische Karten und der *Atlas* der Topographie sowohl der zu korrigierenden Zustände wie der neuen Zirkulationssysteme entwickelt. Urbanität, so könne man erneut schließen, sei

ohne solche modernisierte Regulierungs- und mediale Darstellungstechnik nicht mehr vorstellbar.

In ihrem Resümee stellten MARTINA STERCKEN und UTE SCHNEIDER schließlich zentrale Aspekte der Urbanitätsdebatte zusammen, soweit sie bei der Tagung zum Tragen gekommen waren. Demnach handele es sich bei „Urbanität“ stets um die Zuschreibung von Qualitäten. Oft hätten solche Zuschreibungen dazu gedient, in Konkurrenzsituationen die Differenz einer Stadt zu einer anderen herauszustellen. Bei solchen Definitionen solle, so die Veranstalterinnen, darauf geachtet werden, wer jeweils an den Skripten mit formuliere – allerdings könne man nun nicht gerade sagen, dass bei der Tagung ein akteurszentrierter Ansatz vorgeherrscht habe. Inszenierungen von Urbanität würden, so Stercken und Schneider, insbesondere auf Bewegungsakte und Herstellung von Dichte verweisen. Mediale Formen der Vermittlung von Urbanität hätten sich vielfältig entwickelt und würden häufig aufeinander Bezug nehmen. Schließlich: Urbanität als Text, als Setzung, als *Branding* wirke stets zurück auf die tatsächliche, auf die gebaute Stadt.

Bei der Tagung, so kann man feststellen, zeigte sich sowohl die hohe Variabilität von Manifestationen der Urbanität, die mehr war –und noch immer ist – als eine Lebensform, als auch die lange Dauer von bestimmten Urbanitätsmerkmalen. Letzteres ist für die moderne Stadtgeschichte besonders wichtig, da sie sich solcher Tradierungen wohl kaum genügend bewusst ist.

Clemens Zimmermann, Lehrstuhl für Kultur- und Mediengeschichte an der Universität des Saarlandes, cl.zimmermann@mx.uni-saarland.de

**Berichte von der 11. Konferenz der European Association
for Urban History in Prag
vom 29. August bis 1. September 2012**

DIETER SCHOTT

Bericht vom International Committee der European Association for Urban History

Der turnusmäßige Wechsel (die Mitgliedschaft im International Committee ist auf acht Jahre beschränkt) setzte sich in Prag fort. Für die ausscheidenden Mitglieder Lars Nilsson (Stockholm), Lydia Sapounaki-Dracacis (Athen) und Marc Boone (Gent) wurden Mats Berglund (Stockholm), Colonas Vassilios (Thessaloniki) und Peter Stabel (Antwerpen) neu in das International Committee aufgenommen. Außerdem wurde Andrew May (Melbourne), auf der Konferenz in Gent als korrespondierendes Mitglied für Australien und Asien aufgenommen, erstmals persönlich begrüßt. Die Konferenz von Prag war mit fast 700 Teilnehmern bislang die größte in der Geschichte der European Association for Urban History. Die mittel- und osteuropäischen Länder waren etwas stärker vertreten als bei früheren Konferenzen, allerdings spielt die Frage der Kosten – neben Registrierung auch Reise und Unterkunft – hier offenbar immer noch eine prohibitive Rolle. Aus Deutschland kamen rund 50 Teilnehmer, zehn von 80 Sektionen wurden von deutschen Teilnehmern organisiert oder mitorganisiert, 30 Vorträge wurden von deutschen Teilnehmern gehalten. Gegenüber Gent war die deutsche Beteiligung etwas gestiegen (damals 39), aber noch immer liegt der deutsche Anteil deutlich unter den Teilnehmerzahlen von Frankreich, Großbritannien oder Italien. Auffällig ist vor allem, dass aus dem Bereich der Frühen Neuzeit nur wenig deutsche Teilnehmer kommen.

Die Prager Konferenz wurde durchgehend für die gute Organisation und den reibungslosen Ablauf gelobt. Allerdings stellten Mitglieder des International Committee fest, dass die Konferenzen zukünftig nicht noch größer werden sollten, weil dann der Überblick verloren gehe. International wurde in Prag deutlich, dass die EAUH-Konferenzen zunehmend über Europa hinaus global Teilnehmer anziehen. Die EAUH hatte 20 Bursaries (Erlass der Registrierungsgebühr) und fünf Reisestipendien vergeben. Die Website der EAUH wurde vorgestellt (<http://www.eauh.eu/>), die nun unabhängig von der jeweiligen Konferenz-Website über die Programme der

Konferenzen, daraus resultierende Publikationen und generell stadtgeschichtliche Institutionen und Vereinigungen in Europa informiert. Die nächste EAUH-Konferenz findet vom 3. bis 6. September 2014 in Lissabon statt, daher wurde die portugiesische Vertreterin Amelia Andrade (Lissabon) zur Präsidentin der EAUH gewählt. Das Thema wird im Hinblick auf die koloniale Rolle Lissabons und Portugals „Cities in Europe and the World“ sein. Für 2016 wurde die Kandidatur von Helsinki begrüßt und akzeptiert. Das Committee organisierte auch eine Evaluation der Sektionen, um festzustellen, wo es Probleme in der Durchführung gab, was bei den kommenden Beschlussfassungen über Sektionen berücksichtigt werden soll.

M A R T I N S C H M I D

Sektion M04: Cities and Rivers – Long Term Development of Socio-Natural Sites

Städte und Flüsse haben eine gemeinsame Geschichte. Das Verhältnis von Stadt und Fluss lässt sich als ko-evolutionär beschreiben, wie DIETER SCHOTT in seiner Einleitung zu dieser von ihm und MARTIN KNOLL (beide TU Darmstadt) und MARTIN SCHMID (Alpen-Adria Universität Klagenfurt, Graz, Wien) organisierten Sektion herausstrich. Die Organisatoren wollten damit Stadt- und Umweltgeschichte in einen für beide Seiten anregenden Dialog bringen. Über den Fluss kommt „Natur“ in die Stadtgeschichte und über die Stadt kommen unter anderem „Kultur“ und Ökonomie in die Umweltgeschichte von Flüssen. Mit Beispielen aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Österreich, Italien, Russland und Kanada wurde das facettenreiche und von fundamentalem Wandel gekennzeichnete Verhältnis von Stadt und Fluss vom Mittelalter bis in die Gegenwart ausgeleuchtet.

Der erste Teil der Sektion bot mittelalterliche und frühneuzeitliche Beispiele. Schon MARC SUTTOR (Université d'Artois, Belgien) spannte einen weiten Bogen vom Frühmittelalter bis zum ausgehenden 16. Jahrhundert. Er konzentrierte sich in seiner Analyse der Interaktion von Stadt und Fluss im Raum zwischen Garonne im Süden und Maas im Norden auf Fragen der Infrastruktur und Technologie, der Ökonomie und der politischen Macht. Suttor konnte zeigen, dass schon für das 9. und 10. Jahrhundert fluvial-urbane Infrastrukturen wie Häfen, Brücken, Mühlen etc. dokumentiert sind, die sich unter anderem aus den Besonderheiten der jeweiligen Flussabschnitte erklären lassen. Auch KIM ZWEERINK (TU Delft, Niederlande) fokussierte auf Infrastrukturen insbesondere zum Transport und fragte nach der Verwandlung urbaner Räume im Westen der Niederlande vor dem Hintergrund fluvialer Prozesse wie Verlandung oder der Verlagerung von Flussmündungen. Die Ge-

schichte dieser Deltaregion im Nordwesten Europas, einer der am dichtesten und frühesten „urbanisierten“ Räume des Kontinents, erweist sich als eine Geschichte fluvialer Dynamik und der technischen Manipulation von Flüssen. SEVERIN HOHENSINNER (Universität für Bodenkultur, Wien) und CHRISTOPH SONNLECHNER (Wiener Stadt- und Landesarchiv) boten eine detaillierte Rekonstruktion der gemeinsamen Geschichte Wiens und der Donau ab der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Eindrücklich führte dieser Beitrag den Wert interdisziplinärer Zugänge vor Augen. Die beiden Autoren kombinierten detaillierte naturwissenschaftlich fundierte Rekonstruktionen der Flusslandschaft mit genuin geschichtswissenschaftlichen Fragen nach den Motiven und Handlungsspielräumen der frühneuzeitlichen Residenzstadt im Umgang mit dem Fluss. In seinem Kommentar betonte Martin Knoll unter anderem die sozionaturale Hybridität aller präsentierten Beispiele, fragte nach geeigneten Narrativen und plädierte für Zugänge, die konsequent den Wandel der Wahrnehmung des Flusses berücksichtigen. Knolls Kommentar und auch die anschließende Diskussion setzten unter anderem einen Schwerpunkt auf methodischen Fragen der Auswertung im weitesten Sinn topographischer Quellen für gemeinsame Geschichten von Stadt und Fluss in vorindustrieller Zeit.

Wohlthuend überbrückte der von Laurence Lestel präsentierte Beitrag von SABINE BARLES (Université Sorbonne, Paris) die chronologische Ordnung der Sektion in einen vorindustriellen ersten Teil bis um ca. 1800 und einen zweiten Teil mit Industrialisierungsgeschichte ab dem 18. Jahrhundert. Barles zeigte, wie es sich bei der Seine schon im 17. Jahrhundert um einen weitgehend von den Bedürfnissen der Stadt Paris geprägten Fluss handelte. Dies zeigt, wie erfolgreich europäische Metropolen unter geeigneten politischen Rahmenbedingungen waren, ihre Interessen sogar über die Grenzen des Einzugsgebietes „ihres“ Flusses gegen lokale Interessen durchzusetzen. ALEXEI KRAIKOVSKI und JULIA LAJUS (European University at St. Petersburg, Russland) beschrieben am besonders interessanten Fall der imperialen Metropole St. Petersburg und der Newa, alltägliche Praktiken in der Interaktion der Städter mit dem Fluss, die sich im Lauf des Jahreskreises radikal unterschieden. So erfüllte etwa die im Winter zugefrorene Newa die Funktion eines zentralen Hauptplatzes für die Kapitale. Der von Sylvia Gierlinger vorgetragene und gemeinsam mit FRIDOLIN KRAUSMANN, SIMONE GINGRICH (alle Alpen-Adria Universität, Wien) und GERTRUD HAIDVOGL (Universität für Bodenkultur, Wien) verfasste Beitrag zeigte, wie sich die Rolle der umfassend regulierten Donau im urbanen Metabolismus Wiens im 19. Jahrhundert veränderte. Die Donau büßte im Zuge der industriellen Transition von Holz auf Kohle ihre Rolle als energetische Versorgungsader der Stadt ein. LAURENCE LESTEL (CNRS, Paris) berichtete aus einem international

komparativen Projekt, das die Rolle wissenschaftlicher Expertise im Management urbaner Wasserkreisläufe in Paris, Brüssel, Berlin und Mailand vergleichend analysiert und die bemerkenswerten Ungleichzeitigkeiten in der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, etwa bei der Abwasserreinigung herausarbeitete. STÉPHANE CASTONGUAY (Université du Québec, Trois-Rivières, Kanada) verglich die Verwandlung der Einzugsgebiete zweier Zubringer des Sankt Lorenz-Stromes (Saint Maurice und St. Francis) während verschiedener Phasen des Industrialisierungsprozesses – von der ersten Industrialisierung im frühen 19. Jahrhundert über den Ausbau der Flüsse zur Elektrizitätsproduktion ab etwa 1900 bis zur „Renaturierung“ heute. Flüsse als „sozio-technische Systeme“ („socio-technical systems“) fassend plädierte er für das Einzugsgebiet als geeignete räumliche Einheit für solche Analysen. In seinem Kommentar zum zweiten Teil der Sektion diskutierte MARTIN SCHMID (Alpen-Adria Universität Klagenfurt, Graz, Wien) entsprechend auch geeignete räumliche und zeitliche Skalenebenen und theoretische Konzepte für bestimmte Fragen der gemeinsamen Stadt- und Umweltgeschichte von Städten und Flüssen. Die abschließende Diskussion vertiefte unter anderem Fragen nach dem sich wandelnden Verhältnis zwischen Politik und (wissenschaftlicher) Expertise im Umgang mit Flüssen und ob es (städtischen) Gesellschaften prinzipiell unmöglich ist, Flüsse total zu kontrollieren. Aktuell dominante Muster der Beziehung zwischen Stadt und Fluss, die mit Stichworten wie „Renaturierung“ oder „De-Industrialisierung“ zur Erschließung urbaner Erholungsfreiräume beschrieben werden, wurden einer kritischen Analyse unterzogen. Die langfristige Perspektive auf die gemeinsame Geschichte von Städten und Flüssen, die diese Sektion eröffnete, erwies sich für eine solche kritische Einordnung aktueller Verhältnisse als unverzichtbar. Eine Fortsetzung in Form eines Workshops „Rivers, Cities, Historical Interactions“ am Rachel Carson Center in München im Februar 2013 ist bereits gewiss.

T I M V E R L A A N

Sektion M 43: ‘Rights and responsibilities: citizenship in twentieth-century cities’

The rights and responsibilities of citizens are usually determined according to the definitions and parameters of the nation state. However, when we look at civic identities and practices outside of the national realm, it becomes clear that in daily life the urban condition is much more important in defining citizens’ rights and possibilities. Citizenship is not solely a national identity, as was the underlying assumption of the session “‘Rights and responsibilities: citizenship in twentieth-cen-

ture cities'". By accepting papers that widely differed in space and time, session organizers SEBASTIAN HAUMANN (Technische Universität Darmstadt) and TOM HULME (University of Leicester) neatly fitted their session into the comparative theme of the congress. In his paper, Hulme elaborated on the way in which citizenship was aligned to the urban everyday life in interwar Manchester and Chicago. Hulme contends that during this period citizenship was an identity discourse tied strongly to a notion of the city, and used as a tool of governance to inculcate and incite loyalty in the local citizenry. Municipal governments envisioned citizens as interlocking parts of local communities that inhabited a municipal utopia, realized through egalitarian social service provision like public baths and parks, or electricity and water. In Manchester, civic leaders and councillors showed remarkable foresight and courage in envisioning grand planning schemes, which were praised by the local media. According to Hulme, civic textbooks and newspaper articles demonstrate that citizenship formation was consciously and successfully encouraged by the municipality. Chicago's civic leaders were less successful in promoting urban citizenship due to a constant distrust of the corrupted municipality, but civic textbooks demonstrate that its urban government was just as much at the forefront of citizenship discourse as its counterpart from Manchester.

Using the same comparative analysis as Hulme, OLGA SPARSCHUH (Freie Universität Berlin) investigated the relevance of citizenship status for southern Italian migrants living in post-war Munich and Turin. A comparison between the migrant communities in these two cities demonstrates that the formal, national qualifications for citizenship matter little in everyday life, contends Sparschuh. For example, Italian migrant workers already gained joint-decision making rights in German factories in the early-1960s – an example of how local calls for emancipation could overrule national and European legislation. Even more so, despite this legislation the legal, political and social position of migrant workers remained rather disadvantageous due to their belonging to a less privileged stratum of the urban society in Italy as well as in Germany. After the Europe-wide introduction of freedom of movement and the consequential legal equalization in the labor market, citizenship status was not necessary for Italian labor migrants in Germany to attain more democratic rights. However, the ability of migrants to make use of the rights awarded to them remained partial in both Munich and Turin.

ANNE BORSAY (Swansea University) tested the common assumption that during the first post-war decades, social exclusion of people suffering from side effects of the drug 'thalidomide' was more prevalent in urban than rural localities. By combining (auto-)biographical accounts with the significance of adaptations to the built environment, the responses of individuals and businesses to thalidomiders,

the importance of families and neighborhoods in negotiating these reactions and the role of community experiences in shaping thalidomide identities, Borsay suggested that if urban and rural neighborhoods were similarly receptive to thalidomide children, the amenities that towns and cities supplied did not avoid intolerance. Borsay reaffirmed Hulme's and Sparschuh's assumption that the urban condition has been much more important than the national, legislative framework.

After the war, huge slum clearance programs physically destroyed large areas of British cities and towns in one fell swoop. PETER SHAPELY (Bangor University) examined the state attempts to create stable and cohesive communities after these programs were finished by focusing on the Urban Program and particularly the Community Development Projects. Shapely stated that while these programs appeared to rediscover poverty in Britain, the reality was that the problems they identified were nothing new. Economic changes and structures still created and maintained the British social order. Since 1945, successive governments struggled with regeneration policies, which were give greater or less emphasis over time depending on social and political circumstances. However, these well-intended policies only aggravated the marginal position of those evacuated by the slum clearances. This led the initiators of these policies to believe that structural problems were to blame – the problems and inequalities created by a capitalist society. From the 1970s onwards, confidence in the state as a means for achieving meaningful change on a collective basis through effective social policy collapsed.

SEBASTIAN HAUMANN investigated the legal and democratic consequences of post-war urban renewal as well, this time with a comparative perspective on developments in Cologne and Philadelphia during the 1960s and 1970s. According to Haumann, what was at issue was nothing less than the redefinition of individuals' rights in relation to planned urban renewal processes. His case studies demonstrate that local peculiarities not only influenced, but even determined these processes. Social structure, real-estate ownership, power relations, political culture and the material structure of areas all played major roles in the physical outcome of re-development schemes, but also modified the idea of what citizenship actually was despite an overarching national idea of citizenship. The discussions about participation and equal say in urban renewal established new rights in addition to those entrenched in older existing forms of citizenship, but to talk of a 'participatory revolution' in the 1960s and 1970s would be an exaggeration.

In conclusion, this session demonstrated that citizenship in the twentieth century was an identity realised through a process of contestation and practices, which were facilitated by the experience and particularity of the modern city. It is true that twentieth-century citizenship became more strongly located in the national –

both in cultural and legal terms. However, local specifics and the path dependency of cities resulted in a widely-differing ideas about, and meanings of citizenship.

**Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt (deutscher Vertreter in der EAUH),
schott@pg.tu-darmstadt.de**

**Ass.-Prof. Mag. Dr. Martin Schmid, Zentrum für Umweltgeschichte, Social Ecology Vienna, Alpen-Adria Universität Klagenfurt, Graz, Wien,
martin.schmid@aau.at**

Tim Verlaan, PhD candidate, University of Amsterdam, t.verlaan@uva.nl

C H R I S T O P H B E R N H A R D T

Bericht von der Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, am 26.9.2012 in Mainz

Die Mitgliederversammlung der GSU fand dieses Jahr am Rande des Historikertages in Mainz statt. Im Anschluss an die von der GSU unterstützte Sektion „Die Ressourcen der Stadt“ diskutierten ca. 35 Teilnehmer, davon gut die Hälfte GSU-Mitglieder, ein umfangreiches Programm (ein detailliertes Protokoll geht den GSU-Mitgliedern gesondert zu). Zunächst erstattete der Vorsitzende Prof. Schott seinen Bericht über die Entwicklung der Gesellschaft. Er informierte unter anderem über die auf nunmehr 220 gestiegene Mitgliederzahl sowie über die Schwerpunkte der Vorstandstätigkeit. Wichtige Ereignisse seien die erfolgreiche Durchführung der Nachwuchstagung mit dem Workshop zum Thema „Moderne“ im September 2011 in Darmstadt, die Ausschreibung des Nachwuchspreises, die Auslobung von Reisestipendien zur EAUH-Konferenz in Prag sowie die erfolgreiche Bewerbung um die soeben durchgeführte Sektion auf dem Historikertag gewesen.

Des weiteren berichtete Prof. Schott über die vom Vorstand angeregte Reihe von Theorie-Workshops, mit der die nach Gründung der GSU intensiv geführte Grundsatzdiskussion über Stand und Perspektiven der Stadtgeschichte wieder aufgenommen werden sollte. Dem oben genannten Workshop zur „Moderne“ unter Leitung von Prof. Zimmermann folgte Ende Mai 2012 der zweite Workshop „Urbanisierung im 20. Jahrhundert“, veranstaltet von PD Dr. Bernhardt und Prof. Brantz in Erkner und Berlin. Geplant sei eine Serie von bis zu drei weiteren Workshops, die im Frühjahr und Sommer 2013 in Hamburg die Themen „Pfadabhängigkeiten“ und „Actor-

Network-Theory“ sowie möglicherweise im Frühjahr 2014 das Thema „Fordismus/ Postfordismus“ behandeln sollten. Die sich anschließende kurze Diskussion ergab eine breite Zustimmung zu diesen Vorhaben. Prof. Schott berichtete sodann über eine Reihe weiterer Tagungen mit Beteiligung der GSU, so unter anderem im November 2010 in Berlin zu „Der Kult des großen Plans“, im Mai 2011 in Hamburg zu „Jane Jacobs“, im Dezember 2011 zu „Edgar Salin“ in Berlin sowie im Juni 2012 in Wolfsburg zum Thema „Autostädte“. Diese durchweg von der Sektion Planungsgeschichte der GSU mitgestalteten Tagungen sollten im November 2011 mit einer Tagung in Essen über „Robert Schmidt“ fortgesetzt werden.

In Vertretung des verhinderten Schatzmeisters Prof. Baumeister trug die zweite Vorsitzende Prof. Mettele sodann den Finanzbericht vor. Die Kassenprüfer Prof. Roth und Prof. Hein bestätigten die ordnungsgemäße Buchführung und lückenlose Vorlage der Belege. Prof. Zimmermann stellte daraufhin den Antrag auf Entlastung des Vorstands, den die anwesenden GSU-Mitglieder einstimmig bei drei Enthaltungen erteilten.

In der Folge wurden verschiedene Kurzberichte diskutiert. Prof. Schott informierte über die letzten und die geplanten nächsten Hefte der IMS, über das neue Format mit der „offenen Rubrik“ und forderte zu Einsendungen auf. PD Dr. Bernhard informierte über die Buchreihe „Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung“, die letzten und derzeit geplanten Bände und forderte ebenfalls zur Einreichung von Manuskripten auf. Prof. Schott informierte über die EAUH-Konferenz 2012 in Prag und die Beteiligung deutscher Historiker sowie über die nächste Konferenz 2014 in Lissabon und warb nachdrücklich für möglichst viele Sektionsvorschläge deutscher Historiker. Dr. Kress erstattete den Bericht über die Aktivitäten der Sektion Städtebau und Planungsgeschichte (siehe oben) und wies unter anderem auf die neue, aus einer der Tagungen hervorgegangene und von Uwe Altrock herausgegebene Publikation hin. An die Berichte schlossen sich jeweils kurze Debatten an.

Unter TOP 5 begründete Prof. Schott den mit der Einladung zur Mitgliederversammlung verschickten Antrag auf Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Er wies auf den gestiegenen Umfang und die gestiegenen Kosten für die IMS hin, deren Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten ist, sowie die Kosten aus den zahlreichen anderen Leistungen der GSU, z.B. für Reisestipendien, Unterstützung von Tagungen usw. Daraufhin wurde der Antrag auf Erhöhung des Mitgliedsbeitrags auf 50,- Euro (ermäßigt 25,- Euro) einstimmig ohne Enthaltung angenommen. Im Anschluss war der Vorstand neu zu wählen. Prof. Schott stellte den bisherigen Vorstand vor und teilte mit, dass Prof. Lenger nicht mehr für den Vorstand zur Verfügung steht und Prof.

Baumeister nicht weiter die Schatzmeisterfunktion ausüben kann. Er stellte den folgenden Vorschlag für die Wahl zum neuen Vorstand vor:

Vorsitzender: Dieter Schott

Stellv. Vorsitzender: Martin Baumeister

Stellv. Vorsitzende und Schatzmeisterin: Gisela Mettele

Schriftführer: Christoph Bernhardt

Beisitzerin: Dorothee Brantz

Beisitzerin: Celina Kress

Nachwuchsvertreterin: Sylvia Necker

neue Beisitzerin: Martina Heßler

Nachdem Prof. Zimmermann zur Einreichung von Vorschlägen für weitere Kandidaten aufgefordert hatte, die jedoch nicht eingingen, wurden die Genannten einstimmig bei vier Enthaltungen als neuer Vorstand gewählt. Im Anschluss wurden als Kassenprüfer Prof. Roth und Dr. Toyka-Seid gewählt. Abschluss und Höhepunkt der Mitgliederversammlung bildete die Verleihung des Nachwuchspreises (siehe gesonderter Bericht in diesem Heft), der sich ein kleiner Empfang anschloss.

PD Dr. Christoph Bernhardt, Schriftführer der GSU, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Bernhardt@irs-net.de

M I C H A E L T O Y K A - S E I D

Tagungsbericht Round-Table „Die Ressourcen der Stadt. Konzepte zur Untersuchung der historischen Stadt als materielles Phänomen“ auf dem Deutschen Historikertag in Mainz, 26. September 2012

„Die Ressourcen der Stadt. Konzepte zur Untersuchung der historischen Stadt als materielles Phänomen“ lautete der Titel eines Round-Table auf dem Deutschen Historikertag, der zugleich als Sektion der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung e.V. (GSU) firmierte. Ziel war es, wie DIETER SCHOTT (Darmstadt), Organisator des Round-Table einleitend ausführte, aktuelle konzeptionelle und quellenkritische Beiträge zum Thema „Ressourcen und Ressourcennutzung der Stadt“ zu erschließen. Dies geschah in vier Vorträgen, die in unterschiedlichen zeitlichen und räumlichen Kontexten thematisierten, wie die Zusammenhänge zwi-

schen der Verfügbarkeit materieller Ressourcen und der Überlebensfähigkeit der städtischen Zivilisation für die Umweltgeschichte der Stadt fruchtbar gemacht werden können.

Die Ressourcen der Stadt seien, wie Dieter Schott nach einem kleinen Exkurs zur Aktualität des Themas – Stichwort Energiewende und die damit verbundenen nationalen und lokalen Debatten und Aufregungen – feststellte, vielgestaltig. Da seien zum einen materielle Ressourcen, die die Erfüllung körperlicher Notwendigkeiten der Stadtbewohner sicherstellten und deren Verfügbarmachung im Zeichen des sozialen Stoffwechsels der Stadt (Fischer-Kowalski) ein immer weiteres Ausgreifen der Stadt auf ihre Umwelt und damit eine „Kolonialisierung der Natur“ zur Folge hätten. Zum anderen gebe es auch eine Fülle nicht-materieller Ressourcen. Dazu zählten naturräumliche Voraussetzungen wie die Lage am Fluss, die Kontrolle über Verkehrsrouten und Pässe oder der Zugriff auf natürliche Ressourcen, aber auch städtische Rituale und Formen der städtischen Selbstdarstellung. In der Moderne hätten schließlich Wissen und Kreativität, verknüpft mit einem Ausbau der dafür verbundenen Institutionen, einen erheblichen Bedeutungsgewinn erfahren, ohne dass bislang Klarheit darüber bestünde, wie diese Ressourcen am besten gehoben werden könnten.

Mit der Frage nach der Nachhaltigkeit städtischer Zivilisation hat auch die Vorstellung des ökologischen Fußabdrucks der Stadt (William Rees & Mathis Wackernagel) Einzug in die wissenschaftliche Debatte gehalten. Der Erwartung, anhand des Flächenverbrauchs für die Produktion von Ressourcen und die Entsorgung der Abfälle die Einflüsse der Städte auf ihre Umwelt quantifizieren zu können, hat allerdings jüngst der Mediävist Richard Hofmann mit dem Hinweis auf die fehlende Datenbasis eine Absage erteilt. SABINE BARLES (Paris) unterstrich dagegen in ihrer Präsentation zu „The contribution of material and energy flow analysis to the study of urban resources“ durchaus die nicht nur metaphorischen Gewinne von MEFA (Material-and-Energy-Flow-Analysis) und SFA (Substance-Flow-Analysis) für die Umweltgeschichte der Stadt. Am Beispiel des Großraums Paris im 19. und 20. Jahrhundert entwickelte sie ein facettenreiches und zahlengesättigtes Spektrum des städtischen Stoffwechsels. Dabei wurde deutlich, dass bereits in der zeitgenössischen Wahrnehmung der Zwiespalt zwischen der Anerkennung des Ressourcenflusses als überlebenswichtige Voraussetzung städtischen Lebens einerseits und den negativen Folgen des Ressourcenverbrauchs andererseits thematisiert wurde. Barles ließ keinen Zweifel daran, dass es aus historischer Perspektive keinen Sinn mache, die Stadt als Organismus zu deuten; dennoch sei die Stadt als Bezugsgröße für die Analyse von sozioökologischen und Stadt-Natur-Interaktionen hilfreich. Zwar erfolge die Zirkulation der Stoffe, wie in ihrem Beispiel des Pariser Nitrogenhaushalts im

Jahre 1817, über technische Hilfsmittel und nicht „natürlich“. Wie Paris weise aber jede Stadt ein spezifisches Set ökologischer Prägungen auf, die häufig weit über die politischen und verwaltungsmäßigen Grenzen der Stadt hinauswiesen. Barles sprach in diesem Zusammenhang von „Urban Out-infrastructures“, Infrastrukturen wie beispielsweise ein weit von der Stadt entferntes Wasser-Reservoir, essentiell für den Stoffwechsel der Stadt und nur wegen diesem überhaupt vorhanden, und vom „Socio-ecological trajectory“, dem spezifischen Entwicklungsweg eines städtischen sozio-ökologischen Systems. Entscheidend auch für eine städtische Umweltgeschichte aber blieben die grundlegenden Fragen nach der zeitgenössischen Wahrnehmung von Ressourcen und Energie, nach Entscheidern und Organisatoren der Stoffströme, nach Profiteuren und Betroffenen.

Die damit angerissene Frage nach technischen Infrastrukturen als Ressourcen städtischer Macht stellte JENS IVO ENGELS (Darmstadt) in das Zentrum seines konzeptionellen Überlegungen gewidmeten Vortrags zu „Infrastructures as Power Resources“. Im Zeitalter der Urbanisierung konzentrierten sich technische Infrastrukturen in stetig wachsendem Ausmaß in Städten, sie würden diese mit ihrem Umland und mit anderen Städten verbinden. Mittels Energie-, Wasser- oder Verkehrsinfrastrukturen erfolge die Verteilung der für den städtischen Stoffhaushalt benötigten Materialien. Nirgends zeige sich die Bedeutung der technischen Infrastruktur folglich so unmittelbar wie in Städten, wo die Verflechtungen enger sein, die Knotenpunkte näher zueinander liegen würden, die Gewährleistung der Materialflüsse über Infrastrukturen unmittelbar das Leben der Stadt und ihrer Bewohner bestimmten. Zugleich wirkten diese Infrastrukturen tief in die Entwicklung der Stadt ein, sie ermöglichten Wachstum und Entwicklung, könnten diese aber auch erschweren oder sogar behindern. Der Zugriff auf diese Infrastrukturen entscheide also, so Engels, über das ökonomische, soziale und ökologische Wohlergehen der Stadtbevölkerung, über die Chancen zur Regulierung des städtischen Lebens und diene nicht zuletzt der symbolischen Selbstdarstellung städtischer Macht. Infrastrukturen seien daher aus historischer Sicht gleichermaßen als Instrumente der Macht wie auch als Manifestationen städtischer Herrschaft zu interpretieren.

Für die konzeptionelle Herangehensweise an die Infrastrukturen der historischen Stadt entwickelte Engels drei Leitgedanken. Zum einen bestünde Macht über soziale und soziale Umbrüche hinweg (wie exemplarisch an der Wasserversorgung Djakartas nach dem Rückzug der niederländischen Kolonialmacht in den 1950ern zu sehen sei). Diese Dauerhaftigkeit schränke aber auch Wahlmöglichkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten für die Bevölkerung ein. Zum anderen gebe es Territorialisierung von Macht, die sich in vielfältigen, häufig überlappenden Einflussbereichen manifestiere. Und schließlich bleibe die Zirkulation von Macht keineswegs nur an

einen Ort oder einen Akteur gebunden. So gebe es Einflussmöglichkeiten kleiner und lokal begrenzter Gruppen, die weit über den eigentlichen Protestanlass hinausgehen könnten, aber auch eine infrastrukturelle Städtekonzurrenz mit teilweise drastischen Folgen – hier diene der Niedergang des historischen Brügge als Möglichkeitsfolie für die Gefährdung der stolzen Hansestadt Hamburg durch die Errichtung des Jade-Weser-Ports.

Auf der Basis seiner vor kurzem abgeschlossenen Habilitation zu Wahrnehmung und Repräsentation von Natur in historischen Topographien sprach anschließend MARTIN KNOLL (Darmstadt) über „Visualizing Urban resources. Iconography in Environmental History“. Quellennah verfolgte er, ausgehend vom berühmten Nürnberger Waldplan von Erhard Etzlaub aus dem Jahr 1516, seine zentrale methodische Fragestellung nach der Ikonographie der Stadt als umwelthistorischer Quelle. Die Stadt Nürnberg sei, so Knoll, zweifellos Pionierin einer geplanten Ressourcen-Nutzung gewesen – aber es sei die Frage zu stellen, ob gleichwohl nicht die gezielte (Selbst-)Präsentation der Stadt als gute Verwalterin des städtischen Wohlstands den Aussagewert der Quelle mindere. Knoll plädierte für einen bewussten Umgang mit solchen Quellenformen, die in der frühen Neuzeit in großer Zahl verfertigt wurden. Städte würden in dieser städtischen Ikonographie als funktionale Knotenpunkte zwischen sozialer Praxis und Materialität dargestellt, zugleich aber auch idealisiert; gerade die Frage, wie städtischer Ressourcenverbrauch und die damit verbundenen Probleme in den ikonographischen Darstellungen thematisiert und in Szene gesetzt würden (ober eben auch nicht), ermögliche aber Aussagen über die ökologischen Aspekte des frühneuzeitlichen Ressourcenverbrauchs und der Wahrnehmung von Stadt. Dies gelte auch, wenn, wie in der Darstellung von Matthäus Merian, zwar der Eingriff in die ökologische Struktur Regensburgs im 14. Jahrhundert thematisiert, die daraus resultierende Konfliktgeschichte aber ausgeblendet werde. Denn die Umweltgeschichte sei nicht gezwungen, eine Entscheidung zu treffen zwischen der Intention des Künstlers und den Bedingungen seines Wirkens einerseits und der umwelthistorischen Aussagekraft andererseits. Wenn die ikonographische Darstellung kontextualisiert werde, dann ermögliche sie auch aufschlussreiche Einsichten in die Kulturgeschichte historischer Umwelten.

Die Konzeptionalisierung des Zusammenhangs von Stadt und Umwelt in der Geschichte war auch das Ziel des abschließenden Vortrags von MARTIN SCHMID und VERENA WINIWARTER (Klagenfurt/ Graz/ Wien) zum Thema „Nature, Nurture, or Socio-natural site? Conceptualizing cities and their resources in environmental history“. Mit ihrem Konzept des sozio-naturalen Schauplatzes, auf dem Menschen und ihre Umwelt ebenso zusammengedacht werden wie Akteure und Systeme, wollen die Forscher von der Alpen-Adria-Universität Umweltgeschichte als

ein integratives Narrativ schreiben. Sozio-naturale Schauplätze resultierten demnach aus Praktiken und ihren materiellen Voraussetzungen, den Arrangements. Die Praktiken würden wahrgenommen und repräsentiert, aus den Repräsentationen entstünden Programme zur Intervention in den Arrangements. Als Beispiel diene den Vortragenden die Wiener Donau zwischen dem 15. und dem 20. Jahrhundert. Der Fluss werde hier in der Vielfalt seiner Ressourcen-Nutzung wahrgenommen, als Ressourcen-Pool für Fischer wie als Transportweg für entfernte Ressourcen, als Quelle für Energie zur Umwandlung von Ressourcen und nicht zuletzt als Abfallstätte für verbrauchte Ressourcen. Aber auch die Stadt müsse zur Sicherung ihrer Funktionsfähigkeit Infrastrukturen bereitstellen, die wiederum Ressourcen in Anspruch nehmen und zugleich langlebige Strukturen schaffen.

Kann ein solches umwelthistorisches Narrativ einen Beitrag zur Nachhaltigkeitsforschung leisten? Für Schmid und Winiwarter liegt ein Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage in der kontinuierlichen Veränderung der Arrangements als Folge menschlicher Interventionen, mit denen zusätzliche nutzbare Energie (*exergy*) generiert werden solle. Dabei entstünden Arrangements unterschiedlicher Dauerhaftigkeit und umweltspezifischer Relevanz (*legacy*).

In der anschließenden regen Diskussion sorgte der Vorschlag der Vortragenden, das Konzept der sozio-naturalen Schauplätze für eine Klassifizierung der ökologischen Schädlichkeit solcher *legacies* zu nutzen, für manche Nachfrage. Übereinstimmung herrschte aber nach dem anregenden Round-Table darüber, dass kulturelle Wandlungen und Wahrnehmungsveränderungen im städtischen Ressourcenverbrauch die Materialität der Stadt nachhaltig verändern. Wenn es, wie vom Sektionsleiter prognostiziert, im Zuge der Energiewende hierzulande zu einer Re-Lokalisierung der Energie- und Ressourcennutzung kommen wird, dürften auch die Städte wieder an Bedeutung gewinnen als Akteure und Koordinatoren solcher Prozesse.

**Dr. Michael Toyka-Seid, Wiss. Mitarbeiter im Projektverbund „Wege zur nachhaltigen Entwicklung von Städten“, TU Darmstadt,
toyka-seid@stadtforschung.tu-darmstadt.de**

Verleihung des GSU-Forschungspreises in Mainz am 26.09.2012

GSU-Forschungspreis verliehen

Auf der Mitgliederversammlung der GSU am 26.9.2012 am Rande des Historikertags in Mainz wurde der zum dritten Mal ausgeschriebene Forschungspreis für Nachwuchswissenschaftler/innen (Preisgeld 1.000 Euro) an Frau Esther Meier verliehen. Insgesamt elf Bewerbungen um den Preis waren eingegangen, die ein weites Themenspektrum vom Alltag in der mittelalterlichen russischen Stadt Novgorod bis zu den Sozialen Bewegungen im Rom der 1970er Jahre behandelten. Die aus Vorstandsmitgliedern der GSU gebildete Jury unter Vorsitz von Frau Prof. Dr. Gisela Mettelle (Jena) begutachtete in mehreren Runden die eingereichten Arbeiten und kam im Ergebnis zu einem einstimmigen Votum.

Der folgende Text beginnt mit der Laudatio der Koordinatorin der Sektion Planungsgeschichte und Mitglied im Vorstand der GSU, Dr. Celina Kress, als Sprecherin der Jury. Neben Frau Meier wurden drei weitere Arbeiten von Dr. Jochen Guckes, Silvio Reichelt und Dr. Nikolai Roskamm mit einer „Anerkennung“ ausgezeichnet. Sie werden hier anschließend vom Schriftführer im Vorstand der GSU, PD Dr. Christoph Bernhardt gewürdigt.

ESTHER MEIER, Massenmobilisierung in der Ära Breznev? Das Großprojekt KamAZ/Nabereznje Celny. Phil. Diss. an der Universität Hamburg, 332 Manuskriptseiten.

Esther Meier entführt uns mit ihrer Arbeit in die Stadt Nabereznje Celny in Tatarstan, einer heute autonomen Republik im östlichen Teil des europäischen Russland. Sie fokussiert zeitlich auf die Ära Breznev Ende der 1960er Jahre bis Anfang der 1980er Jahre. Man könnte befürchten, es dabei mit einer jener sehr speziell informierten Arbeiten zu tun zu haben, die es Nichtexperten eher schwer machen, einen Zugang zum Thema zu finden. Diese Sorge ist hier völlig unbegründet: Frau Meier hat sich vorgenommen, eine „Alltagsgeschichte der Breznev-Ära“ zu schreiben. Es ist ihr dabei gelungen, eine sehr lebendige, facettenreiche und multiperspektivische Stadtgeschichte zu schreiben, die uns mit der besonderen Entwicklung der Stadt Nabereznje Celny in poststalinistischer Zeit bekannt macht.

Zentral für die Entwicklung der Stadt war der Bau des Lastwagenwerks KamAZ (KAMAZ, Kamskij Automobil'nyj Zavod) ab 1969 – eines der größten Bauprojekte

der Sowjetunion, errichtet auf einer Fläche von 6.500 Hektar, oder 9.000 Fußballfeldern. In der räumlichen Dimension deutet sich an, dass es hier in den folgenden Jahren um die Ankunft, Ansiedlung und Integration einer enormen Zahl von Zuwanderern ging. Bei Baubeginn 1969 hatte Nabereznje Celny 40.000 Einwohner. In den folgenden Jahren stieg die Zahl der Bewohner jährlich um eben genau dieselbe Zahl. Gegen Ende der 1960er Jahre lebten 300.000 Menschen in der Stadt, am Ende der Sowjetunion eine halbe Million. Die neuen Einwohner kamen aus ganz verschiedenen Landesteilen und machten Nabereznje Celny zu einer multiethnischen Stadt. – Unter den rund 60 „Nationalitäten“ bildeten Russen und Tataren lediglich die größten ethnischen Gruppen.

Die Verfasserin geht verschiedenen Fragen der materiellen und sozialen Prägung des Raumes nach: Welche Vorbereitungen wurden für die Ankunft so vieler Menschen getroffen? Was wurde geplant, was umgesetzt? Wie wurde gebaut? Wie wurden die Menschen angeworben? Welche Versprechen, welche Bilder zirkulierten? Wie wurde das Zusammenleben organisiert? Welche Regeln, welche Sanktionen gab es? Wie wurden sie durchgesetzt? Gab es Enttäuschungen? Wie reagierten die Menschen darauf?

Diesen und ähnlichen Fragen geht die Arbeit in vier thematischen Blöcken nach: Im ersten Teil geht es um Planung und Organisation des Großprojekts und seine Position in der sowjetische Wirtschaftsplanung, der nächste Block fokussiert auf die Menschen, die in die Stadt kamen, und beleuchtet Formen und Zielgebiete der Anwerbung. Es folgen Kapitel zu lokalen und individuellen Raumkonstruktionen. Darin geht es zum einen um Stadt- und Bauplanung und zum anderen um Raumnutzung, –wahrnehmung und –aneignung durch die Akteure. Abschließend wird der Blick auf das Lastwagenwerk selbst gelenkt, auf die innerbetrieblichen Beziehungen und Funktionsweisen dieses Herrschafts- und Organisationszentrums der Stadt.

Eindrücklich kontrastiert die Verfasserin die zentral gesteuerte Planung, Realisierung und Funktionsweise des industriellen Großstandorts mit der privaten Erlebensebene der heterogenen Bewohnerschaft (Zuwanderer unterschiedlicher Nationalitäten und die Einwohner der ursprünglichen Stadt sowie der umliegenden Dörfer, die für den Bau des Werks und der neuen Stadt zerstört wurden).

Methodisch entscheidend für ihre multiperspektivische Annäherung ist die Vielfalt von Quellentypen, die Frau Meier in ihrer Arbeit bewusst konfrontiert: sie hat öffentlich zugängliche und weniger zugängliche Archive sowie private Sammlungen konsultiert, offizielle Materialien, private Schriftwechsel, literarische und visuelle Quellen (Fotos, Filme, Liedtexte, Romane und Gedichte, Kunstwerke etc.) und selbst geführte Zeitzeugen-Interviews ausgewertet. So ist es auch kaum verwunder-

lich, dass sich das Kapitel über Auswahl und Zugang zu verschiedenen Quellen streckenweise wie ein spannender Krimi liest. Die Arbeit eröffnet ein bemerkenswert breites Spektrum an Einsichten in die Planung und Funktionsweise einer sowjetischen poststalinistischen Industriestadt und beleuchtet damit das Verhältnis von Herrschaft, Raum und Alltag in der Stadt. Im Sinne Henri Lefebvres gelingt Esther Meier damit, der gedachten, gebauten und gelebten Stadt nachzuspüren, sie zu analysieren und konkret erlebbar zu machen. Die Arbeit zeichnet sich durch besondere Lebendigkeit aus sowie durch ihren klaren, gut lesbaren Schreibstil. Innovativ sind sowohl das Thema selbst wie auch die multiperspektivische analytische Methode. Nicht zuletzt ist auch der Mut hervorzuheben, der für eine solche Herangehensweise erforderlich ist.

Mit dem Nachwuchspreis würdigt die GSU diese besondere stadtgeschichtliche Arbeit und möchte die Autorin ermutigen, die hier erprobte Herangehensweise weiterzuführen, mit Einzelstudien, insbesondere aber auch – wie sie es selbst in Ihrem Ausblick formuliert hat – in einer globalgeschichtlich vergleichenden Perspektive.

Von den drei mit einer „Anerkennung“ ausgezeichneten Studien verschränkt die Arbeit von Silvio Reichelt: „Der Erlebnisraum Lutherstadt Wittenberg. Genese, Entwicklung und Bestand eines protestantischen Erinnerungsortes“ die florierende neue Forschung zu den Erinnerungsorten mit der Stadtgeschichte. Sie wurde 2011 an der Martin-Luther-Universität Wittenberg angenommen und diskutiert auf hohem theoretischem Niveau die Ansätze von Pierre Nora, Halbwachs sowie das von Manfred Hettling vorgeschlagene Konzept des Erlebnisraums, die sie für den Untersuchungsgegenstand Wittenberg fruchtbar macht. Die Studie, die auch interessante raumtheoretische Bezüge thematisiert, nimmt die Untersuchung mit dem Luther-Jubiläum 1883 auf und bezieht die Denkmalpraxis, die Festkultur und die öffentlichen Debatten ein. Für die erste Periode werden unter anderem die Funktion als Nationaldenkmal, der Aufbau einer lokalen Museumskultur und der Aufstieg des Tourismus analysiert, für die Zeit des Nationalsozialismus der versuchte Aufbau als zentraler Ort des deutschen Protestantismus. Für die DDR-Zeit werden unter anderem die Anstrengungen zur Konstruktion des konkurrierenden Images und Stadttyps einer sozialistischen Industriestadt herausgearbeitet. Im Ergebnis destilliert die Arbeit sehr wirkungsmächtige, im kulturellen Gedächtnis verankerte Bilder vom Wesen der Lutherstadt. Hervorzuheben sind unter anderem die weitgehend gleichgewichtige Behandlung der fünf untersuchten Epochen vom Kaiserreich bis heute und die ausgesprochen überzeugende Nutzung des Erlebnisraum-Konzeptes zur Erklärung der Modellierung und Vermarktung der Gedenkstätten in Wittenberg und der damit verbundenen touristischen Strategien und Formen bis in die Gegenwart hinein. Die Studie von JOCHEN GUCKES: „Konstruktionen bürgerlicher Identität. Städti-

sche Selbstbilder in Freiburg, Dresden und Dortmund 1900-1960“ wurde ebenfalls 2011 an der Humboldt-Universität zu Berlin angenommen und im gleichen Jahr publiziert. Der Autor rekonstruiert die Entstehung städtischer Selbstbilder wesentlich aus den Diskussionen städtischer Deutungseliten und schlägt eine Brücke von der herkömmlichen Sozialstrukturanalyse, bei der auch quantitative Daten zu Wanderungen, sozialer Schichtung usw. ausgewertet werden, zur neueren Kulturgeschichte. Es gelingt ihm gut, die orientierungsstiftende und integrative Wirkung städtischer Selbstbilder herauszuarbeiten. Als konstituierende Momente der Selbstbildgenerierung werden Identitäts- und Baupolitik sowie Image- und Interessenpolitik identifiziert. Im Ergebnis charakterisiert die Arbeit die Universitäts- und Verwaltungsstadt Freiburg als „Normalfall“ eines traditionsorientierten bürgerlichen Selbstbildentwurfs. Die Kunst- und Kulturmetropole Dresden sei insbesondere in der DDR-Zeit relativ stark auch durch nichtbürgerliche Selbstbilder geprägt worden, während sich in Dortmund als fortschrittsorientierter Industriegroßstadt eine bemerkenswerte Anpassungsleistung des Stadtbürgertums in einem schwierigen Umfeld zeigte. Der Arbeit gelingt der ambitionierte Langzeitvergleich dreier Fallbeispiele und der Brückenschlag zur Kulturgeschichte ausgesprochen gut.

NIKOLAI ROSKAMM verfolgt mit seiner Studie: „Dichte. Eine transdisziplinäre Dekonstruktion. Diskurse zu Stadt und Raum“ eine sehr interessante sozialwissenschaftliche Fragestellung mit diachroner Perspektive. Die 2010 an der Bauhaus-Uni Weimar eingereichte und 2011 publizierte Untersuchung ist als Rekonstruktion einer zentralen Dimension raumtheoretischer und politischer Debatten geradezu eine Entdeckung mit hoher Relevanz auch für die Stadtgeschichte. Ausgehend von den Ursprüngen des Dichte-Begriffs in Philosophie und Physik sowie bei Emile Durkheim werden auf anspruchsvollem theoretischem Niveau Tiefenbohrungen zur Bedeutung und Aufladung dieser Kategorie etwa in den historischen Diskussionen um „Volk ohne Raum“ sowie in verschiedenen weiteren historischen Diskursen über Architektur, Städtebau und Raumordnung vorgenommen. Es kann nicht verwundern, dass dabei Dichte als soziale Konstruktion, der immer wieder neue Effekte vor allem negativer Art zugeschrieben werden, dekonstruiert wird, wie bereits der Untertitel der Arbeit anzeigt. Anders ausgerichtete Debatten, wie jene um die Schaffung von „Urbanität durch Dichte“ in den 1960er Jahren, werden dabei keineswegs unterschlagen. Die Ergebnisse der Studie sind in vielen Teilergebnissen überraschend und enthalten wertvolle Einsichten für verschiedene raumbezogene Disziplinen auch jenseits der historischen Stadt- und Urbanisierungsforschung.

**Dipl.-Ing. Celina Kress, Center for Metropolitan Studies, TU Berlin,
celina.kress@metropolitanstudies.de,**

PD Dr. Christoph Bernhardt, IRS, Bernhardt@irs-net.de

Termine

1. Halbjahr 2013

17. – 18. Januar
Konferenz: *Going Underground: Travel Beneath the Metropolis 1863-2013 – A Conference to Mark the 150th Anniversary of the London Underground*
University of London, Institute of Historical Research
London
<http://www.history.ac.uk/events/london-underground>
13. – 15. Februar
Konferenz: *Urban Violence in the Middle East: New Histories of Place and Event*
University of London
London
<http://www.urban-violence-middle-east.net>
21. – 23. Februar
Konferenz: *Rivers, Cities, Historical Interactions*
Rachel Carson Center, LMU München
München
<http://www.carsoncenter.uni-muenchen.de/index.html>
4. – 5. April
Konferenz: *Sensing the City. Experience, Emotion and Exploration, 1600-2013*
University of York, Großbritannien
<http://www.history.ac.uk/events/event/4312>
6. – 7. Juni
Tagung: *Bauten der 1950er bis 1970er Jahre in Klein- und Mittelstädten*
Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.
Nagold, Baden-Württemberg
http://www.forum-stadt.eu/servlet/PB/menu/1428282_11/index.html

2. Halbjahr 2013

9. – 10. Juli Konferenz: *The Transformation of Urban Britain Since 1945*
Centre for Urban History, University of Leicester
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news>
25. – 27. Juli Konferenz: *Port Towns and Urban Culture*
University of Portsmouth
Portsmouth, Großbritannien
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/>
12. – 14. September VI International Conference of the Italian Association of Urban History (AISU): *Visible and invisible: perceiving the city between descriptions and omissions*
Catania, Italien
<http://www.storiaurbana.org>